

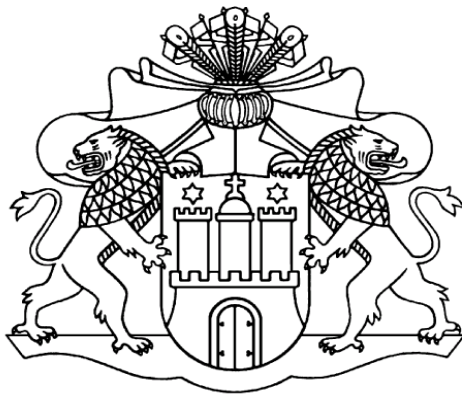
Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan - Entwurf

2013/2014

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan - Entwurf

2013/2014

Inhaltsübersicht

Einzelplan 8.1

	Seite
Standardisiertes Vorwort (weißes Papier)	1
Zahlenwerk (weißes Papier)	3
Kontenrahmen für Versorgung	32
Erläuterungen	37
Anlage 1 Anlage zum Haushaltsplan gemäß § 15a Abs. 1 LHO (lindgrünes Papier)	
1.1 Vorwort zum Einzelplan	41
1.2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans	53
1.3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans	55
1.4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans	
1.4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung	58
1.4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz	82
1.4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt	89
1.4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei	106
1.4.5 Teilplan des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule	130
1.4.6 Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr	135
1.5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche	
1.5.1 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung	158
1.5.2 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz	162
1.5.3 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt	164
1.5.4 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 275 Polizei	167
1.5.5 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule	171
1.5.6 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr	174
Anlage 2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2 Landesbetrieb Verkehr	177
Anlage 3 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	203
Anlage 4 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
4.1 Übersicht über Zuwendungen über 100.000 Euro	205
4.2 Übersicht über Zuwendungen bis zu 100.000 Euro	209
4.3 Übersicht über sonstige Zuwendungen	210
Anlage 5 Stellenplan (blaues Papier)	211
Anlage 6 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	275
Anlage 7 Überleitungstabelle (weißes Papier)	277

Vorwort zum Einzelplan 8.1

Der Senat hat in seinem Regierungsprogramm eine Strategische Neuausrichtung des Haushalts (SNH) ausgehend von den Ergebnissen des bisherigen Projektes Neues Haushaltswesen Hamburg, (NHH) beschlossen. Im Rahmen dieser Neuausrichtung ist die bisherige Struktur der Wirtschaftspläne nach § 15a LHO überarbeitet worden und wird der Bürgerschaft jetzt mit den Einzelplänen der bereits auf doppische Strukturen umgestellten Behörden erstmalig vorgelegt (Anlage des Einzelplans doppischer Produkthaushalt). Dies entspricht dem im Interfraktionellen Antrag der Bürgerschaft formulierten Wunsch, die bisher im NHH wirtschaftenden Behörden mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2013/14 auf das neue System umzustellen (Drs. 20/2363, VII, Nr. 2).

Bis zur vollständigen Umstellung der Haushaltswirtschaft auf einen doppischen Produkthaushalt durch eine entsprechende Änderung der LHO bleibt das kamerale System aber weiter führend. Die Kapitel der Einzelpläne verbleiben daher auch weiterhin im kameralem Haushaltsplan. Anstelle der ursprünglichen Titel können gemäß § 15a LHO Titel mit der folgenden Bezeichnung ausgeprägt werden:

- Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich,
- Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich,
- Zuschuss zu den Darlehensmitteln an den Aufgabenbereich,
- Ablieferung aus der laufenden Verwaltungstätigkeit des Aufgabenbereichs.

Die Ansätze der oben genannten Zuschüsse bzw. einer Ablieferung ergeben sich jeweils aus dem Finanzplan des Aufgabenbereichs (Salden). Sie befinden sich in der Anlage zum Haushaltsplan gemäß § 15a Abs. 1 LHO.

Erläuterungen für bis zur vollständigen Umstellung des Haushalts grundsätzlich kameral verbleibende Ausgabetitel in den Einzelplänen der Auswahlbereiche

1. Personalausgaben

Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN)

Die Personalausgaben des Kontenrahmens für Nebenleistungen (KRN) werden weiterhin kameral veranschlagt und bewirtschaftet. Sie umfassen Ausgaben für Beihilfen (441.92), Fürsorgeleistungen und Unterstützungen (443.92), Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung (451.92), Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen (453.92) und Sonstige personalbezogene Sachausgaben (459.92) für aktiv Beschäftigte. Grundsätzlich sind die Mittel des KRN zentral im Kapitel 9710 des Einzelplans 9.2 veranschlagt und werden dezentral in den Kapiteln der Einzelpläne bewirtschaftet.

Die Beihilfen wurden kameral bisher in Höhe von 4% der Beamtenbezüge dezentral in den Personalausgabenbudgets der Einzelpläne als Beihilfeszuschlag veranschlagt. In den Einzelplänen der Auswahlbereiche sind nunmehr diese 4 % kameral unter KRN/441.92 und die Mittel der Heilfürsorge der Vollzugsdienste von Polizei und Feuerwehr wie bisher bei KRN/8500.443.92 und KRN/8550.443.92 veranschlagt. In den doppischen Wirtschaftsplänen der Auswahlbereiche werden zum Zwecke der Vollkostendarstellung die Nebenleistungen als kalkulatorischer (nicht zahlungswirksamer) Aufwand bei den Sozialleistungen ausgewiesen.

Kontenrahmen für Versorgung (KRV)

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplanes nach Statusgruppen getrennt veranschlagt und bewirtschaftet. Die Veranschlagung der Versorgungsbezüge basiert auf der für die FHH erstellten Versorgungsprognose. Die Personalausgaben des Kontenrahmens für Versorgung (KRV) werden weiterhin kameral veranschlagt und bewirtschaftet. Der KRV umfasst die Ausgaben für die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats (431.93), die Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (432.93), die Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (438.93) sowie die Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger (446.93). Für die Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger werden pauschal 14,3 v. H. (2013) und 14,4 v. H. (2014) der

Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene veranschlagt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben.

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet.

2. Ausgabetitel mit Bezirksbezug

Alle Haushaltstitel mit direktem Bezirksbezug (Einzel-, Rahmen- und Zweckzuweisungen) werden weiterhin kameral veranschlagt bis die Einzelpläne der Bezirksämter selbst in die doppischen Strukturen überführt werden.

Gleiches gilt für einzelne Titel des Kapitels 8780, soweit diese voraussichtlich im Rahmen der Umsetzung der Entflechtungsmaßnahmen des Senats auf die Bezirke übergeleitet werden.

3. Einnahmen

Der zentrale Einnahmeblock „Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten“ wird weiterhin im Einzelplan 8.1 ausgewiesen.

Die Einnahmen aus den Konzessionsabgaben für Lotterien und Sportwetten werden im kameralen Einzelplan 9.2 veranschlagt. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Behörde für Inneres und Sport.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2013 / 2014

Einzelplan 08.1

Behörde für Inneres und Sport

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan 08.1

01 Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit
(konsumtiv) an Aufgabenbereiche der Behörde für
Inneres und Sport

02 Laufende Bewirtschaftungs- und Unterhaltungs-
ausgaben sowie Mieten für das Stadtteilhaus Horn

Deckungskreis im Kapitel 8780

01 Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8
- ohne Grunderwerb -)

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
8000	Allgemeine Verwaltung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
8010	Einwohner-Zentralamt	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	34.700	32.700	32.700
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
8770	Sportförderung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
8780	Sportstätten	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	34.700	32.700	32.700
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		- G	- G
			- A	- A		2.000-	2.000-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
4.200	4.200	4.200	-	-	-	-	-	-	8000
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8010
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8590
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8770
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8780
			- Z	- Z	- Z				
4.200	4.200	4.200	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			- Z	- Z	- Z				
	-	-		-	-		-	-	+/-
				- Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014
		16	17	18
8000	Allgemeine Verwaltung	4.200	4.200	4.200
8010	Einwohner-Zentralamt	34.700	32.700	32.700
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	-	-	-
8770	Sportförderung	-	-	-
8780	Sportstätten	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2012 / 2013 / 2014	38.900	36.900	36.900
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		2.000-	2.000-

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6
8000	Allgemeine Verwaltung	4.975	5.316	5.344	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
8010	Einwohner-Zentralamt	2.450	2.666	2.767	7.440	1.400	1.400
		-	-	-	-	-	-
8500	Polizei	223.924	226.253	230.949	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	459	514	508	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst	54.923	56.119	57.255	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
8580	Katastrophenschutz	907	957	949	47	47	47
		-	-	-	-	-	-
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	3.101	2.858	2.972	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
8770	Sportförderung	1.654	331	330	300	-	-
		-	-	-	-	-	-
8780	Sportstätten	-	-	-	4.575	4.538	4.538
		-	-	-	-	-	-
8790	Universiade 2015	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	292.393	295.014	301.074	12.362	5.985	5.985
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		2.621 +	8.681 +		6.377-	6.377-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
36.368	28.874	35.325	-	-	-	8000
1.543	3.250	3.250	-	-	-	
17.570	17.120	17.292	-	-	-	8010
-	-	-	-	-	-	
440.291	461.059	463.235	-	-	-	8500
10.724	12.016	12.840	-	-	-	
73-	293-	274-	-	-	-	8520
96	-	-	-	-	-	
80.289	83.182	85.179	-	-	-	8550
626	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	8580
-	-	-	-	-	-	
9.298	9.652	9.661	-	-	-	8590
-	-	-	-	-	-	
10.873	-	-	-	-	-	8770
2.650	-	-	-	-	-	
286	-	-	-	-	-	8780
100	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	8790
-	-	-	-	-	-	
594.902	599.594	610.418	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	4.692 +	15.516 +		-	-	+/-
				- H	- H	
15.739	15.266	16.090	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	473-	351 +		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2012	2013	2014
		13	14	15	16	17	18
8000	Allgemeine Verwaltung	12.785-	-	-	28.558	34.190	40.669
		-	-	-	1.543	3.250	3.250
8010	Einwohner-Zentralamt	-	-	-	27.460	21.186	21.459
		-	-	-	-	-	-
8500	Polizei	-	-	-	664.215	687.312	694.184
		-	-	-	10.724	12.016	12.840
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	-	-	-	386	221	234
		-	-	-	96	-	-
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst	-	-	-	135.212	139.301	142.434
		-	-	-	626	-	-
8580	Katastrophenschutz	-	-	-	954	1.004	996
		-	-	-	-	-	-
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	-	-	-	12.399	12.510	12.633
		-	-	-	-	-	-
8770	Sportförderung	-	-	-	12.827	331	330
		15.000	-	-	17.650	-	-
8780	Sportstätten	624-	-	-	4.237	4.538	4.538
		-	-	-	100	-	-
8790	Universiade 2015	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2012 / 2013 / 2014	13.409-	-	-	886.248	900.593	917.477
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		13.409 +	13.409 +		14.345 +	31.229 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	15.000	-	-	30.739	15.266	16.090
	Gegenüber 2012 mehr (+) / weniger (-)		15.000-	15.000-		15.473-	14.649-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2012	2013	2014	2012	2013	2014	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
5.179	5.950	2.350	33.737	40.140	43.019	8000
3.700	2.200	2.200	5.243	5.450	5.450	
-	-	-	27.460	21.186	21.459	8010
-	-	-	-	-	-	
14.501	18.035	9.052	678.716	705.347	703.236	8500
8.912	9.395	8.139	19.636	21.411	20.979	
333	299	18	719	520	252	8520
1.490	-	-	1.586	-	-	
7.366	8.811	10.606	142.578	148.112	153.040	8550
8.580	10.606	9.406	9.206	10.606	9.406	
-	-	-	954	1.004	996	8580
-	-	-	-	-	-	
200	200	200	12.599	12.710	12.833	8590
200	200	200	200	200	200	
-	-	-	12.827	331	330	8770
-	-	-	17.650	-	-	
11.613	7.863	7.863	15.850	12.401	12.401	8780
9.300	2.800	2.800	9.400	2.800	2.800	
-	-	-	-	-	-	8790
-	-	-	-	-	-	
9.263 B	6.913 B	6.913 B	925.440	941.751	947.566	Ges. Aus.
29.929	34.245	23.176				
	2.350-B	2.350-B		16.311 +	22.126 +	+/-
	4.316 +	6.753--				
8.300 B	2.800 B	2.800 B	62.921	40.467	38.835	Ges. VE
23.882	22.401	19.945				
	5.500-B	5.500-B		22.454-	24.086-	+/-
	1.481--	3.937--				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

8000	Allgemeine Verwaltung				
(012)					
	EINNAHMEN				
093.01 (860)	Spielbankabgabe	19.590 0	0		
099.01 (860)	Troncabgabe	286 0	0		
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	18 0	0	-	-
121.01	Gewinnabführung der IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft für Polizei und Feuerwehr mbH	0 0	0	-	-
122.01 (860)	Konzessionsabgaben für in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten	24.181 0	0		
282.01 (048)	Eigenbeteiligung von Polizei- und Feuerwehr- beamten an der Heilfürsorge	4.746 4.038	4.200	4.200	4.200
	Gesamteinnahmen		4.200	4.200	4.200
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	41 255	189	257	261
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	6 7	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.546 4.363	4.786	5.059	5.083
412.87 (011)	Aufwendungen für ehrenamtliche Wahlhelfer Zweckzuweisungen an die Bezirke	(5) (7.197)	0		
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.412.07 08.1.8000.412.87 08.1.8000.511.07 08.1.8000.511.86 .				
461.01 (011)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 8.1	0 0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehr- einnahmen bei 08.1.8000.261.04.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
	Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stelligegebundenen Personalausgaben im KRDBereich des Einzelplans				
511.86 (011)	Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.412.07 08.1.8000.412.87 08.1.8000.511.07 08.1.8000.511.86 .	(2) (1.013) 4.665R	0		
511.87 (011)	Ausgaben für die Durchführung von Volksbegehren, Volksentscheiden und Volkspetitionen Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.511.08 08.1.8000.511.87 .	(1.857) (27)	0	-	-
671.03 (018)	Erstattung von Versorgungsaufwendungen an die TÜV Hanse GmbH	65 80	0	-	-
685.03 (011)	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich 272 Steuerung und Service Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8000.894.02. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-081-01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen der Glücksspielaufsicht können zur Verwendung im Sinne der Drs. 18/7229 bis zur Höhe von 1.000 Tsd. EUR auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sach- lich zuständigen Kapitel übertragen werden	0 38.614 3.460 R	22.652 1.543 VE	28.874 3.250 VE	35.325 3.250 VE
685.04	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich Steuerung und Service Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8000.894.03.	0 15.954 264 R	13.716		
710.56	Baumaßnahmen für IT-Vorhaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
861.01 (011)	Zuschuss zu den Darlehensmitteln an den Aufgabenbereich Steuerung und Service Übertragbar	0 0	0		
861.02	Zuschuss zu den Darlehensmitteln an den Aufgabenbereich Steuerung und Service Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8000 -----					
894.02 (011)	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich 272 Steuerung und Service Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8000.685.03.	19 1.653 7.569 R	4.599 3.600 VE	5.950 2.200 VE	2.350 2.200 VE
894.03	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich Steuerung und Service Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8000.685.04.	0 1.380 100 R	580 100 VE		
971.03 (856)	Verwendung der Troncabgabe für einmalige Zwecke Übertragbar Ausgaben dürfen in Höhe der im Vorjahr bei 09.2.9500.099.01 vereinnahmten Beträge geleistet werden. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Die Mittelverwendung bedarf der Freigabe durch die Bürgerschaft.	0 0	0		
972.01	Globale Minderausgabe Konsolidierung (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
972.02	Globale Minderausgabe durch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung Übertragbar	0 0	12.785-		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		33.737 5.243 VE	40.140 5.450 VE	43.019 5.450 VE
8010 (012)	Einwohner-Zentralamt ----- EINNAHMEN				
112.01 (043)	Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.511.01 08.1.8010.511.62.	29.255 30.284	34.500	32.700	32.700
119.95 (043)	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	188 215	200		
	Gesamteinnahmen AUSGABEN		34.700	32.700	32.700

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8010 -----					
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	0 0	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	35 269	169	219	222
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2- 2.353	2.281	2.447	2.545
511.01 (043)	Post- und Fernmeldegebühren Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8010.112.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8010.119.98.	1.102 1.207 783 R	1.490	1.400	1.400
511.86 (043)	Betriebskosten im Zusammenhang mit der Ausgabe von Lohnsteuerkarten, Personalausweisen, Reisepässen und dgl. - Zweckzuweisung an die Bezirke - Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(0) (0) 1.339R	5.950		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8010 -----					
685.01 (011)	Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich 274 Einwohnerzentramt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8010.894.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-081-01.	0 17.776 1.927 R	17.570	17.120	17.292
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Aufgabenbereich 274 Einwohnerzentramt Übertragbar	0 0	0	-	-
894.01 (011)	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich 274 Einwohnerzentramt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8010.685.01. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	-	-
8500	Polizei ----- (042)		27.460	21.186	21.459
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	15.573 18.798	28.262	28.868	29.076
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	863 1.291	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	199.087 193.865	195.662	197.385	201.873
685.02	Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich 275 Polizei Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.894.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-081-01.	456.352 452.255 1.596 R	437.711 10.724 VE	461.059 12.016 VE	463.235 12.840 VE
685.03	Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich Hochschule der Polizei Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.894.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8500.119.09.	1.151 1.705	2.580		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8500 -----					
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Aufgabenbereich 275 Polizei Übertragbar	0 0	0	-	-
894.01	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich 275 Polizei Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.685.02.	19.618 18.089 12.069 R	14.501 8.912 VE	18.035 9.395 VE	9.052 8.139 VE
894.02	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich Hochschule der Polizei Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.685.03.	0 133 37 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		678.716 19.636 VE	705.347 21.411 VE	703.236 20.979 VE
8520	Wasserschutzpolizei-Schule ----- (042)				
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	12- 2	28	29	30
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	287 434	431	485	478
685.01	Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich 276 Wasserschutzpolizeischule Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 08.1.8520.894.01	0 885-	73- 96 VE	293-	274-
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Aufgabenbereich 276 Wasserschutzpolizeischule Übertragbar	0 0	0		
894.01	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich 276 Wasserschutzpolizeischule Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Lasten 08.1.8520.685.01	0 166 518 R	333 1.490 VE	299	18
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		719 1.586 VE	520	252

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst				
(044)	----- AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	1.879 4.972	7.557	7.874	7.937
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	2 5	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	19.113 46.746	47.366	48.245	49.318
685.02	Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich Feuerwehrakademie (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8550.894.02.	0 4.575	4.208		
685.03	Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich 277 Feuerwehr Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8550.894.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-081-01.	0 77.095 4.363 R	76.081 626 VE	83.182	85.179
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Aufgabenbereich 277 Feuerwehr Übertragbar	0 0	0		
894.01	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich 277 Feuerwehr Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8550.685.03.	0 5.802 4.842 R	7.366 8.580 VE	8.811 10.606 VE	10.606 9.406 VE
894.02	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich Feuerwehrakademie Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8550.685.02.	0 23 1.584 R	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		142.578 9.206 VE	148.112 10.606 VE	153.040 9.406 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8580	Katastrophenschutz				
(045)	-----				
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1 0	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	10- 0	33	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	635 788	856	939	931
412.86	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige Zweckzuweisungen an die Bezirke	(8) (7) 7R	18	18	18
511.86	Aufwendungen für den Katastrophenschutz Zweckzuweisungen an die Bezirke	(23) (28) 49R	47	47	47
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		954	1.004	996
8590	Landesamt für Verfassungsschutz				
(047)	-----				
	EINNAHMEN				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	59 237	187	197	200
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 2	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	729 2.325	2.914	2.661	2.772

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8590 -----					
685.01 (049)	Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit an den Aufgabenbereich 273 Landesamt für Verfassungsschutz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8590.894.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-081-01.	0 9.465 101 R	9.298	9.652	9.661
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Aufgabenbereich 273 Landesamt für Verfassungsschutz Übertragbar	0 0	0		
894.01	Zuschuss zu den Investitionsmitteln an den Aufgabenbereich 273 Landesamt für Verfassungsschutz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8590.685.01.	0 354 265 R	200 200 VE	200 200 VE	200 200 VE
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		12.599 200 VE	12.710 200 VE	12.833 200 VE
8770	Sportförderung				
(322)	EINNAHMEN				
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8770.546.91	756 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.255 77-	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	1- 11	0	38	39
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	70 71	48	293	291
525.92 (012)	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 1	1		
535.56 (012)	Sachausgaben für Informationstechnik Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0 2 R	2		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8770 -----					
539.01	Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 in Hamburg (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8770.539.01 08.1.8770.683.03 08.1.8770.684.01 08.1.8770.684.02 08.1.8770.684.04 08.1.8780.684.01 08.1.8780.684.02 .	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8770 -----					
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8770.282.91 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 7 R	0	-	-
671.53 (012)	Erstattung an Dataport für ESARI-Aufwendungen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0 36 R	36		
671.55 (012)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0 1 R	1		
682.01	Betriebszuschuss an die Sprinkenhof AG für den Betrieb der Eissporthalle Farmsen (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	162 0	0		
683.03	Sportmarketing (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8770.539.01 08.1.8770.683.03 08.1.8770.684.01 08.1.8770.684.02 08.1.8770.684.04 08.1.8780.684.01 08.1.8780.684.02 .	281 205 19 R	184		
684.01	Sportförderung (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 80% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8770.539.01 08.1.8770.683.03 08.1.8770.684.01 08.1.8770.684.02 08.1.8770.684.04 08.1.8780.684.01 08.1.8780.684.02 .	2.470 2.265 157 R	2.163 1.000 VE		
684.02	Sportveranstaltungen (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 80% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8770.539.01 08.1.8770.683.03 08.1.8770.684.01 08.1.8770.684.02 08.1.8770.684.04 08.1.8780.684.01 08.1.8780.684.02 .	1.805 1.708 101 R	774 650 VE		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8770 -----					
684.04	Förderung des Leistungssports (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 80% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8770.539.01 08.1.8770.683.03 08.1.8770.684.01 08.1.8770.684.02 08.1.8770.684.04 08.1.8780.684.01 08.1.8780.684.02 .	1.650 1.337 84 R	1.414 1.000 VE		
684.05	Zuschüsse im Rahmen des Sportfördervertrages an den HSB und HFV (Grundförderung) (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	6.300 6.300	6.300		
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Sportamt -----				
422.61	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 303 156 R	903		
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 1.038	363		
432.61	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter Übertragbar	0 114	271		
438.61	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	0 58	33		
441.61 (840)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	0 13	36		
511.61 (012)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 20	5		
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	11		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8770 -----					
517.61 (012)	Bewirtschaftung der Grundstücke	0 13 4 R	75		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
518.61 (012)	Mieten und Pachten	0 221 4 R	167		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
519.61 (012)	Unterhaltung der Grundstücke	0 5	4		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
525.61 (012)	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	0 0 1 R	1		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
526.61 (012)	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	0 8 1 R	9		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
527.61 (012)	Dienstreisen	0 12	12		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
531.61	Öffentlichkeitsarbeit, Verkehrserziehung und Personalwerbung	0 0 3 R	3		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
539.61 (012)	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0 3 2 R	10		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
685.61 (012)	Mitgliedsbeiträge	0 1	1		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Summen für Z61	1.808 172 R	1.904	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8770 -----					
971.01	Garantien und Finanzierungszusagen für Bewerbungen zu nationalen und internationalen Sportveranstaltungen (Weggefallener Ansatz)	0 0	0 15.000 VE	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		12.827 17.650 VE	331	330
8780	Sportstätten -----				
(322)	EINNAHMEN				
124.01	Einnahmen aus Vermietung von Sportstätten, Werbung etc. (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8780.517.81.	0 0	0	-	-
131.12	Einnahmen aus Mobilisierung von Grundstücken für den Grunderwerb der Leichtathletik-Trainingshalle (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8780.821.02	1.800 0	0	-	-
131.91	Verkauf von Grundstücken (Weggefallener Ansatz) 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8780.821.01.	304 8-	0	-	-
331.02	Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen an Sportstätten (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8780.791.01.	498 1.102	0	-	-
341.02	Zweckgebundene Einnahmen für Sportbauinvestitionen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8780.741.86 08.1.8780.742.86.	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
517.81	Betriebsmittel für die Unterhaltung von Sportstätten -Rahmenzuweisungen an die Bezirke- Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8780.124.01.	(4.135) (4.367) 4R	4.533	4.456	4.456

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8780 -----					
518.01	Mieten und Pachten Übertragbar	22 22 20 R	42	82	82
539.01	Vorlaufkosten Doppelrennbahn für den Pferdesport mit erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag zur Stadtentwicklung in Hamburg Horn u. Bahrenfeld (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
684.01	Zuwendung an Vereine für den Betrieb öffentlicher Sportplätze Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8770.539.01 08.1.8770.683.03 08.1.8770.684.01 08.1.8770.684.02 08.1.8770.684.04 08.1.8780.684.01 08.1.8780.684.02 .	483 443 116 R	0	-	-
684.02	Zuschüsse für Sondersportstätten (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8770.539.01 08.1.8770.683.03 08.1.8770.684.01 08.1.8770.684.02 08.1.8770.684.04 08.1.8780.684.01 08.1.8780.684.02 .	0 178 111 R	286 100 VE		
710.01	Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 .	2.023 997 2.479 R	3.525 1.400 VE	1.400 1.400 VE	1.400 1.400 VE
710.02	Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau) Temporäre Investition, TSI Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 .	0 0	0	2.000	2.000
710.04	Bau einer Leichtathletik-Trainingshalle Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 .	0 0	0		
741.86	Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau) Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8780.341.02.	(853) (587)	3.538 1.400VE	1.413 1.400VE	1.413 1.400VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8780 -----					
742.86	Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau) Zweckzuweisung Temporäre Investition, TSI Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8780.341.02.	(0) (0)	0	2.000	2.000
791.01	Baumaßnahmen zur Förderung des Spitzensports Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8780.791.01 08.1.8780.821.01 . Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8780.331.02.	2.176 4.208 750 R	2.100 5.500 VE		
799.02	Baunebenkosten für Tiefbauinvestitionen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01.	231 175	100	100	100
799.05	Planungsmittel Doppelrennbahn für den Pferdesport mit erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag zur Stadtentwicklung in Hamburg Horn u. Bahrenfeld Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01.	495 23	0		
799.09	Masterplanung Volkspark Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	4 0 2 R	0		
812.86	Beschaffung v. Geräten u. Ausstattungsgegenständen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01.	(41) (9)	150	150	150
821.01	Grunderwerb für Sportanlagen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8780.791.01 08.1.8780.821.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.1.8780.131.91.	578 76	800	800	800
821.02	Grunderwerb für die Leichtathletik-Trainingshalle Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8780.131.12	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8780 -----					
892.80	Bundeskonjunkturprogramm Sportstätten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	2.701 150	0		
893.02	Zuschüsse für Vereinssportstätten u. dgl. Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 .	2.800 2.563 682 R	1.400 1.000 VE		
893.03	Zuschüsse für Vereinssportstätten u. dgl. Temporäre Investition, TSI Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 .	0 0	0		
893.05	Zuwendung zur Instandsetzung des Geläufs auf dem Reitturnierplatz Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 .	0 0	0	-	-
893.06	Investitionszuschuss an den FC St. Pauli für den Umbau und die Modernisierung des Millerntor- stadions Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 0	0		
893.07	Zuwendung zur Errichtung einer Trainingsarena für Eis- und Ballsport im Volkspark Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	12 0	0		
893.09	Realisierung einer Doppelrennbahn f. d. Pferde- sport m. erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag z. Stadtteilentwickl.in HH-Horn u. Bahrenf Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 .	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2010 , 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR	Ansatz 2013 Tsd EUR	Ansatz 2014 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
8780 -----					
972.02 (880)	Globale Minderausgabe für laufende Ausgaben -Sport- (Weggefallener Ansatz)	0 0	624-		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		15.850 9.400 VE	12.401 2.800 VE	12.401 2.800 VE
8790	Universiade 2015 -----				
(322)	AUSGABEN				
534.01	Lizenzgebühren an die FISU (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
684.01	Förderung von Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Bewerbung für die Universiade 2015 (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	27 0	0		
831.01	Gründungskosten einer Bewerbungsgesellschaft Universiade 2015, Beteiligung der FHH und Kapitalrücklage Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		0	0	0

Frei aus redaktionellen Gründen

Frei aus redaktionellen Gründen

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

08.1 Behörde für Inneres und Sport

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.059	---	3.013
8010	Einwohner-Zentralamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.447	---	1.496
8500	Polizei -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	197.385	---	168.622
8520	Wasserschutzpolizei-Schule -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	485	---	399
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	48.245	---	41.677
8580	Katastrophenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	939	---	806
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.661	---	2.114
8770	Sportförderung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	293	---	241
	Summe Gesamtansatz 2013	257.514	---	218.368
	Summe Vergleichszahl 2012	254.344	---	216.306
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	250.945	---	209.613
	Summe Rest 2011	---	---	---

08.1 Behörde für Inneres und Sport

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
8000	1.615	431
8010	737	214
8500	4.650	24.113
8520	28	58
8550	608	5.960
8580	17	116
8590	244	303
8770	17	35
	7.916	31.230
	7.624	30.414
	8.065	33.267
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

08.1 Behörde für Inneres und Sport

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.083	---	3.076
8010	Einwohner-Zentralamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.545	---	1.576
8500	Polizei -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	201.873	---	172.408
8520	Wasserschutzpolizei-Schule -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	478	---	394
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	49.318	---	42.575
8580	Katastrophenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	931	---	798
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.772	---	2.210
8770	Sportförderung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	291	---	238
	Summe Gesamtansatz 2014	263.291	---	223.275
	Summe Vergleichszahl 2013	257.514	---	218.368
	Summe (Vergleichs-)Ist 2011	250.945	---	209.613
	Summe Rest 2011	---	---	---

08.1 Behörde für Inneres und Sport

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
8000	1.564	443
8010	742	227
8500	4.638	24.827
8520	27	57
8550	612	6.131
8580	18	115
8590	243	319
8770	18	35
	7.862	32.154
	7.916	31.230
	8.065	33.267
	---	---

8000 Amt für Innere Verwaltung und Planung (inkl. Kapitel 8580 Katastrophenschutz)

Nachstehende kameral verbleibende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen für die Haushaltsjahre 2013 (2014) erläutert (ohne Berücksichtigung der kameralen konsumtiven und investiven Zuschusstitel der Aufgabenbereiche der BIS):

Kapitel 8000

Die Ansätze der bis ins Haushaltsjahr 2010 im Kapitel 8000 abgebildeten Titel mit den Zweckbestimmungen Spielbankabgabe (093.01), Troncabgabe (099.01), Konzessionsabgaben für in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten (122.01) sowie Verwendung der Troncabgabe (971.03) verbleiben kameral und werden seit 2011 im Einzelplan 9.2 der Finanzbehörde veranschlagt. Die Glücksspielaufsicht selbst verbleibt jedoch in der Behörde für Inneres und Sport, ebenso die Zuständigkeit für die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel.

- 282.01 Eigenbeteiligung von Polizei- und Feuerwehrbeamten an der Heilfürsorge
4.200 (4.200) Tsd. Euro. Die Einführung der Eigenbeteiligung ab 2005 war einer der Beiträge der Behörde für Inneres und Sport zur Konsolidierung des hamburgischen Haushalts.
- 412.87 Aufwendungen für ehrenamtliche Wahlhelfer (Zweckzuweisungen an die Bezirke)
Die ursprünglich auf diesem Titel veranschlagten Ausgaben für die Bundestagswahl 2013 sowie für die Europawahl und die Wahl zu den Bezirksversammlungen 2014 für ehrenamtliche Wahlhelfer in den Bezirken werden in voller Höhe beim Landeswahlamt veranschlagt. Hierdurch wird die ab 2011 weggefallene Deckungsfähigkeit und damit fehlende Flexibilität zwischen Fachbehörden- und Bezirkstiteln aufgefangen.
- 511.86 Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen (Zweckzuweisungen an die Bezirke)
Die ursprünglich auf diesem Titel veranschlagten Ausgaben für die Bundestagswahl 2013 sowie für die Europawahl und die Wahl zu den Bezirksversammlungen 2014 für Sachausgaben für Wahlen in den Bezirken werden in voller Höhe beim Landeswahlamt veranschlagt. Hierdurch wird die ab 2011 weggefallene Deckungsfähigkeit und damit fehlende Flexibilität zwischen Fachbehörden- und Bezirkstiteln aufgefangen.
- 511.87 Ausgaben für die Durchführung von Volksbegehren, Volksentscheiden und Volkspetitionen (Zweckzuweisungen an die Bezirke)
Aufgrund der Nichtvorhersehbarkeit von Volksabstimmungsverfahren werden keine Mittel veranschlagt. Die im Haushaltsjahr tatsächlich erforderlichen Mittel werden jeweils bei der Finanzbehörde abgefordert.

Kapitel 8580

- 412.86 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige (Zweckzuweisungen an die Bezirke)
Veranschlagt sind 18 Tsd. Euro (18 Tsd. Euro) für Brunnenwarte, Sirenenwarte, Schutzraum-/Bunkerwarte, Funker im Rahmen regelmäßiger Funkübungen und sonstige Entschädigungen im Rahmen von Übungen und Einsätzen in allen sieben Hamburger Bezirken.
- 511.86 Aufwendungen für den Katastrophenschutz (Zweckzuweisungen an die Bezirke)
Veranschlagt sind Sachkosten in Höhe von 47 Tsd. Euro (47 Tsd. Euro), die den Bezirken u. a. für Übungen mit den Hilfsorganisationen und Geräte und Ausstattungsgegenstände zur Verfügung gestellt werden.

8010 Einwohner - Zentralamt

- 112.01 Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten
Die Reduzierung des bisherigen Ansatzes von 34.500 Tsd. Euro um 1.800 Tsd. Euro auf 32.700 Tsd. Euro erfolgt im Hinblick auf eine realistische Veranschlagung auf Basis des Ergebnisses 2011 in Höhe von 31.059 Tsd. Euro.
- 511.01 Post- und Fernmeldegebühren
Die Ausgabeansätze 2013 und 2014 werden in Abhängigkeit zu dem Ansatz des Titels 8010.112.01 für Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten um 90 Tsd. Euro auf 1.400 Tsd. Euro reduziert.
- 511.86 Betriebskosten im Zusammenhang mit der Ausgabe von Lohnsteuerkarten, Personalausweisen, Reisepässen und dgl. - Zweckzuweisung an die Bezirke.
Die Kosten für Pass- und Ausweisedrucke der Bezirke wurden bis ins Haushaltjahr 2012 beim Einwohner-Zentralamt veranschlagt. Ab dem Haushaltsjahr 2013 erfolgt die Veranschlagung direkt bei den Bezirken.

8770 / 8780 Sportförderung / Sportstätten

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Einzelheiten zur Aufgabenwahrnehmung des Landessportamtes sind dem doppelten Teilplan des Aufgabenbereichs 272 - Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung und hier der Produktgruppe 272.03 Sport zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Siehe hierzu den Einzelplan doppischer Produkthaushalt und die Anlagen zu Zuwendungen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben im Kapitel 8770

Einnahmen

Entfällt.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Entfällt.

4. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben im Kapitel 8780

Einnahmen

Entfällt.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

517.81 Betriebsmittel für die Unterhaltung von Sportstätten - Rahmenzuweisung an die Bezirke -

Dieser Zuweisungstitel umfasst im Wesentlichen die Bewirtschaftung und Unterhaltung (auch der technischen und baulichen Anlagen) von staatlichen Sportanlagen einschl. Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie die Kosten für die Anmietung einzelner Sportstätten.

Die veranschlagten Kassenmittel werden im Wege der Sollübertragung entsprechend einem Verteilerschlüssel gemäß § 37 Abs. 3 BezVG auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	2012	2013	2014
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	851	787	787
Altona	492	499	499
Eimsbüttel	722	695	695
Hamburg-Nord	914	979	979
Wandsbek	856	828	828
Bergedorf	424	415	415
Harburg	274	253	253
Gesamt	4.533	4.456	4.456

Investitionen

710.01 Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau)

Dieser Titel umfasst die Grundinstandsetzung sowie kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten inkl. Baunebenkosten im Bereich Hochbau. Die erhöhten Ansätze ergeben sich aus der vom Senat beschlossenen Offensive zur Sanierung öffentlicher Sportanlagen im Zeitraum 2011 bis 2014. Dies gilt hier insbesondere für die Sanierung /den Neubau von Sportplatzgebäuden.

710.02 Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau) Temporäre Investition, TSI

Hier stehen Mittel für temporäre Investitionsschwerpunkte zur Verfügung (siehe auch 710.01).

741.86 Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau) Zweckzuweisung an die Bezirke

Der Titel umfasst die Grundinstandsetzung von staatlichen Sportanlagen sowie kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich Tiefbau. Wie bei 710.01 ergeben sich die erhöhten Ansätze aus der vom Senat beschlossenen Offensive zur Sanierung öffentlicher Sportanlagen im Zeitraum 2011 bis 2014. Dies betrifft hier vor allem die Instandsetzung von Sportfreiflächen.

742.86 Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau) Zweckzuweisung Temporäre Investition, TSI

Hier stehen Mittel für temporäre Investitionsschwerpunkte zur Verfügung (siehe auch 741.86).

821.01 Grunderwerb für Sportanlagen

Die Mittel werden benötigt für bereits vorzeitig überlassene Grundstücke und für zukünftig notwendig werdende Grundstückübertragungen. Die Mittelanmeldung entspricht den Jahresraten aus dem Finanzplan.

Besondere Finanzierungsausgaben

Keine.

Anlage 1: Anlage zum Haushaltsplan gemäß § 15a Abs. 1 LHO

1.1 Vorwort zum Einzelplan

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Die Behörde für Inneres und Sport arbeitet seit dem Jahr 2010 beginnend mit der Polizei und der Hochschule der Polizei (HdP) als Pilotbereiche und sukzessiver Umstellung der übrigen Bereiche der Behörde (mit Ausnahme des Landessportamtes) nach den Grundsätzen des Neuen Haushaltswesens (NHH). Zum Haushalt 2013/2014 sind diese Bereiche in die strategische Neuausrichtung (SNH) des Neuen Haushaltswesens übergeleitet worden. Für den bis einschließlich 2012 noch kameralen Bereich des Landessportamtes erfolgte zum Haushaltsvoranschlag 2013/2014 eine stufige Überleitung zunächst nach NHH, danach nach SNH. Somit sind im vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 alle Bereiche der Behörde für Inneres und Sport nach den Grundsätzen des SNH abgebildet.

Im Zuge der strategischen Neuausrichtung wurde eine Neubezeichnung der Aufgabenbereiche erforderlich; außerdem wurden die Besonderen Budgetbereiche aufgelöst und in die Aufgabenbereiche integriert bzw. eigenständiger Aufgabenbereich (Wasserschutzpolizeischule). Die jetzige Struktur umfasst folgende sechs Aufgabenbereiche mit ihren neuen Nummerierungen:

- **Aufgabenbereich 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung** (bisher Aufgabenbereich 106 Regierungsaufgaben und Besonderer Budgetbereich Q 03 Behördenverwaltung)
- **Aufgabenbereich 273 Verfassungsschutz** (bisher Aufgabenbereich 107 Verfassungsschutz)
- **Aufgabenbereich 274 Einwohner-Zentralamt** (bisher Aufgabenbereich 109 Einwohner-Zentralamt)
- **Aufgabenbereich 275 Polizei** (bisher Aufgabenbereich 110 Polizei und Besonderer Budgetbereich Q 04 Hochschule der Polizei)
- **Aufgabenbereich 276 Wasserschutzpolizeischule** (bisher Besonderer Budgetbereich Q 010 Wasserschutzpolizeischule)
- **Aufgabenbereich 277 Feuerwehr** (bisher Aufgabenbereich 112 Feuerwehr und Besonderer Budgetbereich Q 05 Feuerwehrrakademie)

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Einzelplans umfassen u. a.:

- Durchführung einer Einbürgerungsinitiative zur vermehrten Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft,
- Bewerbungen um nationale und internationale Sportgroßveranstaltungen,
- Gewährleistung der inneren Sicherheit durch vollständigen Verzicht auf Stellenstreichungen in den Vollzugsbereichen von Polizei und Feuerwehr,
- Nachhaltige personelle Stärkung der Polizei durch Einstellung von konstant 250 Nachwuchskräften jährlich,
- Ausbau der Polizeipräsenz,
- Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Internetkriminalität und Korruption,
- Weiterentwicklung und Ausbau des Konzepts zur Bekämpfung der Jugendgewalt,
- Abwehr von Brand-, Explosions- oder Umweltgefahren,
- Sicherstellung der Notfallrettung und des Krankentransports als medizinisch organisatorische Einheit der Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge,
- technische Hilfe in Not-, Unglücks- und Großschadensfällen,
- Bekämpfung des Extremismus und Prävention.

Darüber hinaus werden nachstehende Bereiche aufgrund ihrer besonderen Stellung als **öffentliche Unternehmen** mit Bezug zum Aufgabenbereich 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung der Behörde für Inneres und Sport durch den Abdruck der jeweiligen Wirtschaftspläne wie folgt erläutert:

IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft mbH (Erfolgsplan)

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

Erfolgsplan der IMPF - Einzelübersicht 2011 - 2014

		Prognose GJ 2011 Tsd. Euro (u. Vorbe- halt)	Erfolgsplan GJ 2012 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2013 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2014 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Mieterträge	31.120	31.473	31.470	31.470
1.2	Umlagen	9.100	9.282	9.470	9.660
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	10.475	10.486	10.586	10.766
	Summe der Erträge	50.695	51.241	51.526	51.896
	1	2	3	4	5
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand				
2.1.1	Betriebskosten	9.100	9.282	9.470	9.660
2.1.2	Bewirtschaftungs-/ Instandhaltungskosten	12.400	10.020	10.100	10.280
2.2	Personalaufwand				
2.2.1	Löhne und Gehälter	3.582	3.628	3.628	3.628
2.2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützungen	668	677	677	677
2.3	Abschreibungen	110	100	100	100
2.4	Mieten und Pachten	23.367	26.141	26.145	26.145
2.5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.150	1.140	1.200	1.220
	Summe der Aufwendungen	50.377	50.988	51.320	51.710
3.	Finanzergebnis	65	90	90	90
4.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
5.	Unternehmensergebnis vor Steuern	383	343	296	276
6.	Gewinnabführung an die HGV	383	343	296	276

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2012

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

1.1 Mieterträge

Ertragssteigerungen sind im Wesentlichen begründet mit der Vermietung des Neubaus des
Polizeitrainingszentrums (PTZ)
+ **353 T€**

1.2 Umlagen

Anstieg durch allgemeine Preiserhöhungen insbesondere auf dem Energiemarkt. Weiterberechnung über
Betriebskosten 2.1.1.
+ **182 T€**

1.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die Ertrags Erwartungen beruhen auf einer konstanten Auftragslage.
+ **11 T€**

2.1.1 Betriebskosten

Gegenposition zu den Erträgen aus 1.2. Hauptgrund sind die steigenden Energiepreise.
+ **182 T€**

2.1.2 Bewirtschaftungs- / Instandhaltungskosten

Seit 2008 wurde die Pacht jährlich abgesenkt, um diese Mittel in gleicher Höhe in die
Vermieterinstandsetzungen fließen zu lassen. Ab 2012 werden die Pachtabsenkungen ersetzt durch das
Instandsetzungsprogramm 2, welches jedoch direkt über die Eigentümerin, der HGV abgerechnet wird.
Somit tauchen diese Leistungen ab 2012 nicht mehr in den Abrechnungen der IMPF auf.
- **2.380 T€**

2.2 Personalaufwand

Der Anstieg begründet sich im Wesentlichen durch die prognostizierten Tarifsteigerungen.
+ **55 T€**

2.4 Mieten und Pachten

Da ab 2012 die Pachtabsenkung der HGV ersetzt wird durch das Instandsetzungsprogramm 2, steigt der
Pachtaufwand entsprechend an.
+ **2.774 T€**

5. Unternehmensergebnis vor Steuern

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 wird von einer nahezu gleichbleibenden Gewinnentwicklung
ausgegangen. Weitere Sonderprojekte können das Ergebnis positiv beeinflussen.
- **40 T€**

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2013

(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

1.1 Mieterträge

Es sind bisher keine wesentlichen Veränderungen bekannt.

1.2 Umlagen

Der Anstieg der Erträge aus Umlagen ergibt sich aus erwarteten steigenden Preisen, insbesondere
höheren Energiepreisen.
+ **188 T€**

1.3 Sonstige betriebliche Erträge

Konstante Entwicklung der Auftragslage und zielgerichteter Unternehmensentwicklung..
+ **100 T€**

2.1.1 Betriebskosten

Wie 1.2 bedingt durch den Anstieg der Energiekosten (Gegenposition).
+ **188 T€**

- 2.1.2 Bewirtschaftungs- / Instandhaltungskosten**
Allgemeine Kostensteigerungen bei den Leistungen Dritter (Fremdleistungen)
+ **80 T€**
- 2.2 Personalaufwand**
Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.
- 2.4 Mieten und Pachten**
Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.
- 5. Unternehmensergebnis vor Steuern**
Künftig wird sich der Gewinn unter den o.g. Bedingungen in dieser Größenordnung bewegen. Weitere Sonderprojekte können das Ergebnis positiv verändern.
- **47 T€**

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

- 1.1 Mieterträge**
Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.
- 1.2 Umlagen**
Erwarteter Anstieg durch allgemeine und Energiepreiserhöhungen.
+ **190 T€**
- 1.3 Sonstige betriebliche Erträge**
Konstante positive Entwicklung der Auftragslage und Entwicklung der Honorarerlöse.
+ **180 T€**
- 2.1.1 Betriebskosten**
Wie 1.2 bedingt durch den Anstieg der Energiekosten (Gegenposition)
+ **190 T€**
- 2.1.2 Bewirtschaftungs- / Instandhaltungskosten**
Anstieg durch die allgemeine Preis- und Kostenentwicklung. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Fremdleistungen Dritter.
+ **180 T€**
- 2.2 Personalaufwand**
Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.
- 2.4 Mieten und Pachten**
Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.
- 5. Unternehmensergebnis vor Steuern**
Künftig wird sich der Gewinn unter den o.g. Bedingungen in dieser Größenordnung bewegen. Weitere Sonderprojekte können das Ergebnis positiv verändern.
- **20 T€**

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - AöR (Statistikamt Nord)

Zum 01. Januar 2004 wurde das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet. Vorrangiges Ziel der Zusammenführung der beiden ehemaligen Statistischen Landesämter war die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der amtlichen Statistik durch die Erzielung von Effizienzsteigerungen und Synergieeffekten unter Wahrung der sozialen Belange der Beschäftigten.

Das Statistikamt Nord ist der zentrale Dienstleister für beide Länder auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Zur Wahrnehmung der statistischen Aufgaben vertritt es die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins auf nationaler und internationaler Ebene. Als fachkundige Stelle unterstützt und berät das Statistikamt Nord in allen Fragen der Statistik.

Die Zuschüsse an das Statistikamt Nord werden entsprechend dem Staatsvertrag (vgl. Drucksachen 17/3233 und 17/3522) von Hamburg gezahlt. Die Zuschüsse sind in voller Höhe als Ausgaben, der Anteil Schleswig-Holsteins als Einnahme veranschlagt. Im Folgenden ist der Wirtschaftsplan abgebildet:

Wirtschaftsplan

A. Erfolgsplan

Lfd. Nr.	Kontenbezeichnung	HR			
		2011	2012	2013	2014
		in Tsd. Euro			
	Erträge				
1	Umsatzerlöse	331	250	250	250
2	Transfererträge (ohne Zuschuss der Träger)	102	0	0	0
3	Sonstige betriebliche Erträge	5.240	3.979	2.394	2.109
3.1	aus Zwangsgeldern	21	30	20	20
3.2	Ertrag aus Eigenanteil Arbeitnehmer ZVG, VBL	203	204	183	172
3.3	Ertrag Forderungen aus Pensionen, ZVG, Beihilfe	896	849	869	759
3.4	übrige betriebliche Erträge	4.111	2.664	1.288	1.125
3.5	Erstattungen Personalausgaben	9	0	0	0
3.6	Erträge Verbundzahlungen	0	233	33	33
4	Gesamterträge	5.673	4.229	2.644	2.359
	Aufwendungen				
5	Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.270	5.508	4.651	4.544
5.1	Rechenzentrumsleistungen - Dataport	3.000	3.080	3.010	2.960
5.2	Mikrozensus (inkl. EU-SILC, IKT, DSP)	340	395	410	410
5.3	Landwirtschafts- und Agrarstatistiken	39	55	140	41
5.4	Preisstatistik	150	170	175	180

Vorwort zum Einzelplan

Lfd.Nr.	Kontenbezeichnung	HR			
		2011	2012	2013	2014
		in Tsd. Euro			
5.5	Laufende Wirtschaftsrechnungen oder EVS	131	290	644	230
5.6	Wanderungsstatistik	0	0	0	0
5.7	Straßenverkehrsunfallstatistik	9	10	10	10
5.8	Statistik der Personenbeförderung	29	29	29	29
5.9	übrige Aufwendungen für die Statistikproduktion	2.573	1.280	235	185
5.10	Zensus	1.000	200	0	0
5.11	Ausgleichszahlungen Verbund	0	0	0	500
6	Personalaufwand	23.172	22.999	21.294	20.423
6.1	Löhne und Gehälter	16.485	16.525	15.142	14.374
6.2	Beamtenbesoldung	1.747	1.550	1.573	1.546
6.3	soziale Abgaben	2.973	2.950	2.704	2.566
6.4	Versorgungs- und Beihilfezahlungen	372	412	423	460
6.5	Rückstellung für Versorgung und Beihilfe	1.595	1.561	1.452	1.476
7	Abschreibungen	654	500	450	400
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.500	5.970	5.172	5.013
8.1	Gebäudeaufwand	2.621	2.408	2.141	2.089
8.2	IT-Betriebsmittel	1.167	939	558	555
8.3	Post-, Fernmelde-, Rundfunk-, Fernsehgebühren	1.300	460	430	422
8.4	Aufwendungen für Verwaltungsdienstleistungen	73	87	85	85
8.5	Büromaterial, Bücher, Zeitschriften etc.	132	137	131	126
8.6	Druckerzeugnisse, Veröffentlichungen	295	140	190	150
8.7	Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	252	255	235	215
8.8	Reisekosten	150	170	150	145
8.9	Aus- und Fortbildung	46	60	70	70
8.10	übrige betriebliche Aufwendungen	3.463	1.313	1.182	1.156
9	Gesamtaufwendungen	40.596	34.977	31.568	30.379
10	Ergebnis	-34.923	-30.747	-28.924	-28.020
11	Zinsaufwand und Ertrag	60	65	70	75
12	Außerordentlicher Aufwand und Ertrag				
13	Jahresfehlbetrag vor Zuschuss Trägerländer	-34.863	-30.682	-28.854	-27.945

B. Investitionsplan

Lfd.Nr.	Investition	HR	2012	2013	2014
		2011			
in Tsd. Euro					
1	IT Planung				
	EDV-Software	14	30	30	30
	EDV-Hardware	504	184	217	364
	GWG	30	9	10	10
	Zwischensumme	548	223	257	404
2	Planung Rechts- und Grundsatzreferat				
	Büro- und Betriebsausstattung	57	10	10	10
	GWG	33	5	5	5
	Zwischensumme	90	15	15	15
	Summe	638	238	272	419

nachrichtlich darunter für Zensus-Projekte:

3	Zensus, EVZ, RSZ				
	EDV-Software	0	0	0	0
	EDV-Hardware	280	0	0	0
	Büro- und Betriebsausstattung	10	0	0	0
	GWG	35	0	0	0
	Summe	325	0	0	0

C. Finanzierungsplan

Lfd.Nr.	Investition	HR	2012	2013	2014
		2011			
in Tsd. Euro					
1	Finanzbedarf				
1.1	Investitionen	638	238	272	419
	- darunter Belegung Zensus	325	0	0	0
	Summe Investitionen	638	238	272	419
1.2	Sonstiger Finanzbedarf				
	- Jahresfehlbetrag gem. Erfolgsplan	34.863	30.682	28.854	27.945
	- nicht zahlungswirksame Ergebnispositionen einschl. AfA	-545	-437	-527	-507
	- außerplanmäßige Korrekturen	0	0	0	0
	Summe sonstiger Finanzbedarf	34.318	30.245	28.327	27.438
	Summe	34.956	30.483	28.599	27.857
2	Deckungsmittel				
2.1	Zuschuss der Anstaltsträger	36.422	27.653	28.599	27.857
2.2	Zuschussabsenkung FHH	-546			
2.3	Gewinnrücklage 2010 (gem. VR-Beschluss vom 17.06.2011)		983		
2.4	Bildung einer Gewinnrücklage 2011		1.847		
	Gesamtsumme Deckungsmittel	35.876	30.483	28.599	27.857

Allgemeine Hinweise zum Einzelplan 8.1

1. Der zentrale Einnahmeblock „Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten“ wird weiterhin im kameralen Einzelplan 8.1 ausgewiesen. Die Einnahmen aus den Konzessionsabgaben für Lotterien und Sportwetten werden im kameralen Einzelplan 9.2 veranschlagt. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Behörde für Inneres und Sport.
2. Bei den bisher ausgewiesenen Kennzahlen sind in der Regel die Planwerte für 2012 entsprechend des Bürgerschaftsbeschlusses über den Haushalt 2011 / 2012 ausgebracht. Bei neuen Kennzahlen für 2013 / 2014 sind grundsätzlich keine Planwerte für 2012 ausgewiesen. Bei den ausgewiesenen „Planwerten“ handelt es sich ggf. um Prognosen, die auf Erfahrungswerten bzw. Ist-Ergebnissen basieren.
3. Der Senat plant im Rahmen seiner Entflechtungsstrategie zu den Durchführungsaufgaben zum 01. Januar 2013 eine Reihe von Änderungen, die auch die Behörde für Inneres und Sport betreffen; hierzu gehört u. A. das Sportstättenmanagement. Der jetzige Stand des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 bildet diese geplanten Veränderungen noch nicht ab, deshalb sollen die vorgesehenen Maßnahmen kurz erläutert werden:
Für öffentliche Sportstätten - mit Ausnahme der Schulsportanlagen - liegt die Zuständigkeit für die Unterhaltung und die Vergabe von Belegungszeiten bei den Bezirksamtern. Dem gegenüber werden die Investitionen in diese Sportanlagen von der Behörde für Inneres und Sport gesteuert. Damit geht eine einheitliche Sicht auf die einzelne Sportanlage verloren. Die Bezirksamter sollen daher die uneingeschränkte Zuständigkeit für alle öffentlichen Sportstätten erhalten. Hiermit verbunden ist auch die Übertragung sämtlicher Unterhaltungs- und Investitionsmittel sowie der Grundstücke in deren Verwaltungsvermögen.
Unberührt bleiben die Zuständigkeiten der Behörde für Wissenschaft und Forschung und des Sondervermögens Schulbau Hamburg für die Sportstätten der Hochschulen bzw. Schulen. Die Zuständigkeit für Angelegenheiten der Leistungszentren und die Bewirtschaftung des Titels für die Baumaßnahmen zur Förderung des Spitzensports verbleiben in der Behörde für Inneres und Sport (Landessportamt). Ebenfalls unverändert sollen die Betreiber der Leistungszentren bleiben. Mit technischen Dienstleistungen kann das bezirkliche Sportstättenmanagement beauftragt werden.
Die Zuständigkeit für die finanzielle Förderung des Baus von Vereinssportstätten geht mit dem Sportfördervertrag 2013/2014 komplett auf den Hamburger Sportbund e.V. (HSB) über.
Außerdem soll mit Wirkung zum 01.01.2013 die fachbehördliche Zuständigkeit für die Mitbenutzung von Schulsportstätten durch Sportvereine und -verbände von der Behörde für Schule und Berufsbildung auf die Behörde für Inneres und Sport verlagert werden. Hierdurch erfolgt zum einen eine Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse und zum anderen eine klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Davon unberührt bleibt die Zuständigkeit der Behörde für Schule und Berufsbildung, den Umfang der Hauptnutzung der schulischen Anlagen und Gebäude für schulische Zwecke festzulegen.

Überleitung der Ist-Ergebnisse und Planansätze aus NHH-Strukturen in SNH-Strukturen

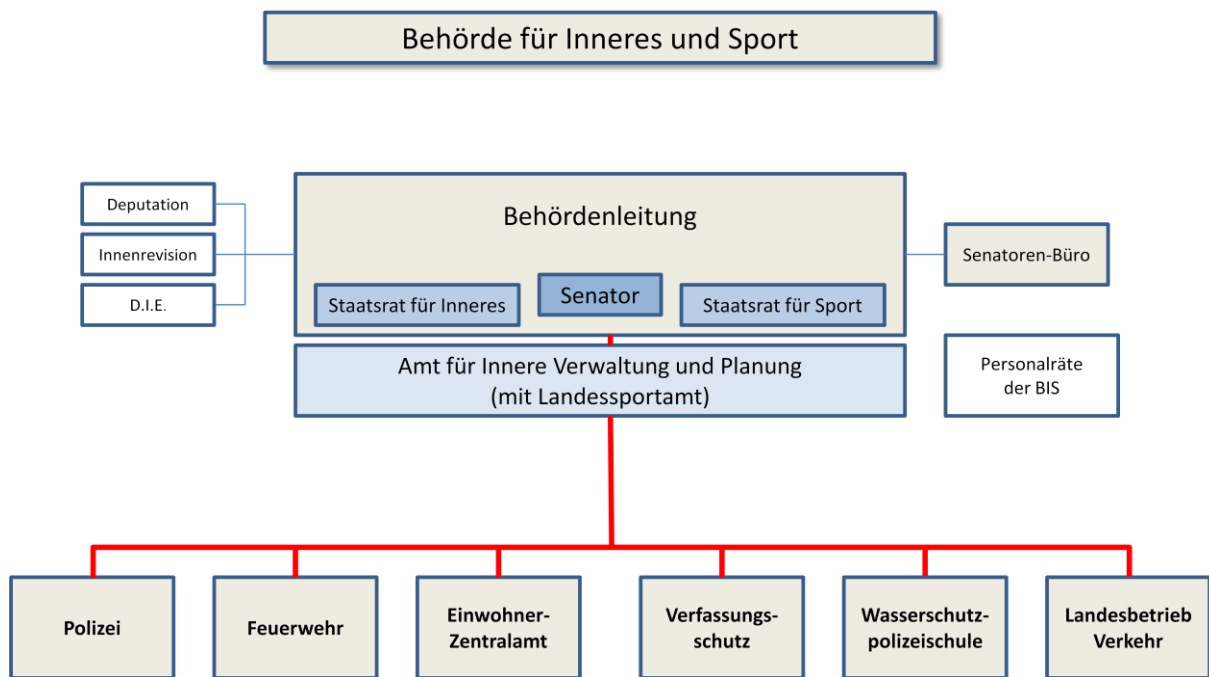
Der Haushaltsplanentwurf 2013/2014 wurde von den bereits doppisch wirtschaftenden Behörden zunächst in den bisherigen NHH-Strukturen geplant und während des Aufstellungsprozesses in die neuen SNH-Strukturen überführt. Das heißt u.a., dass die bisherigen Besonderen Budgetbereiche nach SNH überführt wurden und die bisher in NHH vorgesehenen Verrechnungen zwischen Besonderen Budgetbereichen und Aufgabenbereichen entfallen. Die Überleitung erfolgte – unterstützt durch eine Excelanwendung - auf der Ebene Subbudgetbereich zu Produktgruppe für jede Plankostenart. Soweit hierbei Ist-Ergebnisse bzw. Planansätze einzelner Plankostenarten gesplittet werden mussten (z. B. wenn ein Subbudgetbereich sich zukünftig auf zwei oder mehr Produktgruppen verteilt), wurden die einzelnen Jahreswerte, um die Komplexität der Überleitung zu reduzieren, in allen Jahren mit den selben Prozentsätzen aufgeteilt. Dabei kommt es aufgrund der Unterschiede der verschiedenen Systeme teilweise zu Brüchen in den dargestellten Zahlenreihen.

Soweit eine gesamte Behörde bzw. einzelne Bereiche 2010 noch kameral bewirtschaftet wurden, sind die kameralen Ist-Ergebnisse 2010 zunächst entsprechend der kameral / doppischen Überleitung dieser Bereiche für den Haushaltsplan 2011/2012 in die bisherigen NHH-Strukturen übergeleitet worden und anschließend dann wie vorstehend geschildert in die SNH-Strukturen. Auch hieraus resultiert in einigen Fällen eine eingeschränkte Vergleichbarkeit der Jahreswerte 2010 ff.

Ein Wunsch der Bürgerschaft ist, dass im Haushaltsplan der **fortgeschriebene Plan** (d.h. der ursprünglich beschlossene Haushalt einschließlich aller Nachbewilligungen durch die Bürgerschaft) ausgewiesen werden soll. Für die Darstellung des Jahres 2012 im Haushaltsplan(entwurf) 2013/2014 kann diese Anforderung noch nicht vollständig umgesetzt werden. Der der Bürgerschaft vorgelegte Haushaltsplanentwurf weist als Vergleichswert für 2012 noch Planwerte einschließlich der bis zum Mai 2012 durch die Verwaltung vorgenommenen Sollveränderungen aus. Im Druck des beschlossenen Haushalts 2013/2014 nach Bürgerschaftsbeschluss sollen diese Werte durch die Werte des ursprünglich beschlossenen Plans 2012 (ohne verwaltungsseitige Sollveränderungen, aber auch ohne die in neuer Struktur noch nicht verfügbaren Nachbewilligungen) ersetzt werden. In weiteren Berichten und künftigen Haushaltsplänen wird dann durchgängig der fortgeschriebene Plan verwendet.

2. Organisations- und Aufgabenstruktur

Organisationsstruktur der Behörde für Inneres und Sport



Aufgabenstruktur der Behörde für Inneres und Sport

Neue Aufgabenstruktur unter SNH:	
Aufgabenbereich / Produktgruppe (AB /PG)	Bezeichnung
Behörde für Inneres und Sport	
AB 272	Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung
PG 272.01	Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben
PG 272.02	Katastrophen- und Bevölkerungsschutz
PG 272.03	Sport
PG 272.04	Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr
PG 272.05	Zuschuss an das Statistikamt Nord
PG 272.06	Zentraler Ansatz BIS
AB 273	Verfassungsschutz
PG 273.01	Verfassungsschutz
AB 274	Einwohner-Zentralamt
PG 274.01	Service
PG 274.02	Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten
PG 274.03	Ausländerangelegenheiten
PG 274.04	Einbürgerungsangelegenheiten
PG 274.05	Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr
AB 275	Polizei
PG 275.01	Kernbereich Vollzug
PG 275.02	Landeskriminalamt (LKA)
PG 275.03	Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)
PG 275.04	Landesbereitschaftspolizei (LBP)
PG 275.05	Vollzugsunterstützung und Ausbildung
PG 275.06	Hochschule der Polizei (HdP)
AB 276	Wasserschutzpolizeischule
PG 276.01	Wasserschutzpolizeischule
AB 277	Feuerwehr
PG 277.01	Einsatzdienst Feuerwehr
PG 277.02	Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz
PG 277.03	Landesbereich Freiwillige Feuerwehren
PG 277.04	Feuerwehrakademie
PG 277.05	Zentrale Dienste
PG 277.06	Technik und Logistik

3. Übersicht über die ausgegliederten Bereiche

Zur Behörde für Inneres und Sport gehören die folgenden Landesbetriebe mit eigenem Rechnungswesen:

Einrichtung	Gesamtaufwand - in Tsd. Euro -		Zuführung (-) aus dem Ablieferung (+) an den Haushalt - in Tsd. Euro	
	2013	2014	2013	2014
Landesbetrieb Verkehr (§ 26 Abs. 1 LHO)	23.858	23.722	+ 3.967	+ 2.967

Wirtschaftspläne, Lageberichte und Erläuterungen befinden sich in der Anlage.

4. Zuwendungen

Die rechtlichen Grundlagen zur Zuwendungsvergabe werden in der Landshaushaltsordnung (LHO) in den §§ 23 und 44 sowie in den entsprechenden Verwaltungsvorschriften (VV) formuliert. Unterschieden werden institutionelle Förderung und Projektförderung. Im Rahmen der institutionellen Förderung ist ein nicht abgegrenzter Teil der Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers zuwendungsfähig. Die Projektförderung umfasst dagegen entweder ein inhaltlich und / oder zeitlich abgegrenztes Vorhaben oder einen abgegrenzten Teil der Ausgaben des Zuwendungsempfängers.

Unter anderem an folgende Institutionen vergibt die BIS zurzeit jährliche Zuwendungen (zu Details wird auf die Anlagen zu Zuwendungen verwiesen):

- Hamburger Sportbund (HSB), Hamburger Fußball-Verband (HFV) sowie diesen Verbänden angeschlossene Vereine.
- Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz (Zuwendungsempfänger sind der Arbeiter-Samariter-Bund, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter Unfallhilfe und der Malteser Hilfsdienst).
- Deutsche Lebensrettungsgesellschaft Landesverband Hamburg e. V.
- Verkehrswacht Hamburg e. V. (Zuwendung für den Verkehrsübungsplatz Großmannstraße)

Darüber hinaus vergibt die Behörde für Inneres und Sport ferner eine Vielzahl von Projektförderungen in den Bereichen Leistungssport, Breitensport, Sportstättenbau und -unterhaltung sowie Sportveranstaltungen.

Regelmäßig kommen neben den o. g. Zuwendungen auch Zuwendungen in kleinerer Höhe aus der Troncabgabe hinzu. Bei der Troncabgabe handelt es sich um eine Abgabe der Spielbank für gemeinnützige Zwecke in Höhe von 4 % aus Zuwendungen der Besucherinnen und Besucher in die dafür aufgestellten Behälter (Tronc). Die Verwendung der Mittel unterliegt der Bürgerschaft.

5. Personalausgaben

Abweichend vom bisher üblichen Verfahren erfolgt im Einzelplan 9.2 keine zentrale Veranschlagung von Verstärkungsmitteln für Tarif-, und Besoldungs- und Versorgungsanpassungen für 2013 ff. Der zu veranschlagende Personalaufwand ergibt sich aus dem Produkt der Vollzeitäquivalente (VZÄ) und von der Finanzbehörde ermittelten Personalkostenverrechnungssätzen. Dabei wird individuell für jedes Planjahr ein um die folgenden Faktoren aktualisierter Verrechnungssatz angewendet:

- Ausfinanzierung der Tarif- und Besoldungsanpassung 2011/2012,
- Aktualisierung der Sonderzahlungen im Beamtenbereich,
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2013,
- Veränderungen bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung.

6. Verrechnung interner auf externe Produkte (Ergebnis 2)

Um den Erfordernissen des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu entsprechen, müssen die Kosten und Erlöse der internen Produkte im Sinne des bundeseinheitlichen Integrierten Produktrahmens (IPR, vgl. Anlage 3 zu den VV zu § 15a LHO) nach vollständiger Umstellung des Haushaltswesens auf den doppischen Produkthaushalt auf die der externen Produkte verrechnet und dort ausgewiesen werden. Durch diese Verrechnung wird das „Ergebnis 2“ erzeugt, welches jedoch für die Ermächtigung durch die Bürgerschaft nicht relevant ist. Die Verrechnung der Erlöse und Kosten der internen auf die der externen Produkte wird voraussichtlich für das Haushaltsjahr 2014 realisiert werden. Daher enthalten die Zeilen im vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf, die das Ergebnis 2 ausweisen, keine Daten.

Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans

1.2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans

1.2.1 Ergebnisplan des Einzelplans

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-64.750	-73.880	-56.943	-59.392	-59.708	-60.055	-60.411
2. Erlöse aus Transferleistungen	-20.403	-23.504	-19.339	-21.965	-20.550	-17.160	-17.142
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
4. Aktivierte Eigenleistungen	0	-3	0	0	0	0	0
5. Sonstige Erlöse	-9.620	-21.718	-1.785	-3.541	-3.510	-3.184	-3.221
6. Erlöse aus Verrechnungen	0	0	0	0	0	0	0
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	132.871	159.190	119.913	129.875	132.916	132.368	127.832
8. Personalkosten	659.214	681.862	676.757	699.904	705.530	710.555	715.578
a) Kosten für Entgelte	62.372	62.420	56.446	61.697	62.317	63.062	63.687
b) Kosten für Bezüge	437.073	438.483	439.803	452.204	455.742	458.720	461.783
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	213	0	134	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	20.594	38.459	37.825	39.430	39.757	40.076	39.479
e) Kosten für Versorgungsleistungen	139.059	142.499	142.550	146.575	147.722	148.697	149.729
9. Kosten für Transferleistungen	44.735	51.337	41.677	41.676	41.132	40.495	41.049
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	31.239	32.857	30.823	30.183	31.621	27.474	28.240
12. Sonstige Kosten	9.548	10.444	5.883	7.701	11.206	11.178	8.404
13. Kosten aus Verrechnungen	0	0	0	0	0	0	0
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	782.834	816.585	796.986	824.441	838.637	841.671	840.329
15. Erlöse aus Beteiligungen	0	-1.826	0	0	0	0	0
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	-40	-83	0	0	0	0	0
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0	0
19. Zinsen und ähnliche Kosten	0	23	0	0	0	0	0
20. Finanzergebnis	-40	-1.886	0	0	0	0	0
21. Ordentliches Ergebnis (14 + 20)	782.794	814.699	796.986	824.441	838.637	841.671	840.329
22. Außerordentliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
23. Außerordentliche Kosten	0	0	0	0	0	0	0
24. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (21 + 24)	782.794	814.699	796.986	824.441	838.637	841.671	840.329
26. Globale Mehr- oder Minderkosten	0	0	-764	-19.843	-20.392	-34.546	-43.959
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25 + 26)	782.794	814.699	796.222	804.598	818.245	807.125	796.370

Hinsichtlich des Ergebnisplans des Einzelplans 8.1 der Behörde für Inneres und Sport wird auf die Erläuterungen in den Ergebnisplänen der Aufgabenbereiche der BIS verwiesen.

Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans

1.2.2 Finanzplan des Einzelplans

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-115.445	-102.783	-77.443	-84.308	-83.185	-80.190	-80.579
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	697.902	723.060	673.941	683.902	693.603	682.102	669.729
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	582.455	620.278	596.498	599.594	610.418	601.912	589.150
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	-5.870	-4.460	-1.631	-1.255	-77	-159	-159
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-586	-633	-350	-350	-350	-350	-350
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	0	-266	0	0	0	0	0
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	7.573	5.246	420	270	270	270	270
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	0	6.178	0	0	0	0	0
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	9.401	4.717	9.691	12.847	2.171	2.301	2.251
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	22.324	18.950	21.917	21.783	20.212	17.691	16.506
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	1.338	1.712	0	0	0	0	0
14. Saldo Investitionsmittel	34.182	31.444	30.047	33.295	22.226	19.753	18.518
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
16. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
17. Saldo Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
18. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	616.637	651.722	626.545	632.889	632.644	621.665	607.668

Hinsichtlich des Finanzplans des Einzelplans 8.1 der Behörde für Inneres und Sport wird auf die Erläuterungen in den Finanzplänen der Aufgabenbereiche der BIS verwiesen.

1.3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung							
Erlöse der PG 272.01 Steuerung und Service inkl. Besondere Regierungsaufgaben	-928	-3.382	-21	-1.448	-1.489	-21	-21
Kosten der PG 272.01 Steuerung und Service inkl. Besondere Regierungsaufgaben	20.405	40.347	25.251	27.959	35.674	33.741	25.658
Erlöse der PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz							
Kosten der PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz	5.076	5.773	4.255	3.984	2.615	2.654	2.693
Erlöse der PG 272.03 Sport	-756						
Kosten der PG 272.03 Sport	23.450	23.675	21.962	22.434	22.671	16.895	16.969
Erlöse der PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr	-1.252	-1.467	-1.623	-3.967	-2.967	-1.467	-1.467
Kosten der PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr							
Erlöse der PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord	-16.332	-18.508	-15.671	-16.143	-15.672	-15.250	-15.232
Kosten der PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord	28.544	36.365	27.353	28.599	27.857	27.209	27.753
Erlöse der PG 272.06 Zentraler Ansatz BIS							
Kosten der PG 272.06 Zentraler Ansatz BIS			-140	-19.843	-20.392	-34.546	-43.959
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	58.207	82.803	61.366	41.575	48.297	29.215	12.394
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-498	-1.102					
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.701	8.048	7.647	5.950	2.350	2.350	2.350
Saldo aus Investitionstätigkeit	9.203	6.946	7.647	5.950	2.350	2.350	2.350
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
273 Verfassungsschutz							
Erlöse der PG 273.01 Verfassungsschutz	-137	-187					
Kosten der PG 273.01 Verfassungsschutz	11.553	11.685	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		-4					
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	123	357	200	200	200	200	200
Saldo aus Investitionstätigkeit	123	354	200	200	200	200	200
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
274 Einwohner-Zentralamt							
Erlöse der PG 274.01 Service	-81	-128	-71	-83	-83	-83	-83
Kosten der PG 274.01 Service	6.581	6.228	6.086	6.309	6.349	6.364	6.412
Erlöse der PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten	-68	-119	-36	-46	-46	-46	-46
Kosten der PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten	301	462	310	367	371	378	383
Erlöse der PG 274.03 Ausländerangelegenheiten	-556	-1.038	-473	-464	-464	-464	-464
Kosten der PG 274.03 Ausländerangelegenheiten	8.540	10.237	8.967	8.727	8.792	8.887	8.843

Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Erlöse der PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten	-1.076	-1.121	-1.050	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
Kosten der PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten	1.359	1.919	1.410	1.509	1.527	1.553	1.576
Erlöse der PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr							
Kosten der PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr	4.674	3.886	4.671	4.495	4.550	4.625	4.593
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	19.674	20.326	19.814	19.614	19.796	20.014	20.014
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
Saldo aus Investitionstätigkeit							
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
275 Polizei							
Erlöse der PG 275.01 Kernbereich Vollzug	-105	-195		-7	-7	-7	-7
Kosten der PG 275.01 Kernbereich Vollzug	321.879	331.042	314.279	342.864	344.619	346.233	347.663
Erlöse der PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)							
Kosten der PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)	86.198	85.184	83.769	87.432	87.768	87.925	88.086
Erlöse der PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)							
Kosten der PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)	3.023	2.914	2.895	2.878	2.896	2.907	2.920
Erlöse der PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)	-1.645	-1.634	-145	-165	-165	-165	-165
Kosten der PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)	43.161	43.781	40.168	44.935	45.175	45.396	45.583
Erlöse der PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung	-20.074	-18.282	-11.939	-12.134	-12.415	-12.425	-12.705
Kosten der PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung	140.118	142.612	149.729	136.042	136.101	136.752	137.382
Erlöse der PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)	-573	-290	-312	-75			
Kosten der PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)	3.345	3.225	1.998	2.186	2.236	2.259	2.283
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	575.326	588.358	580.443	603.956	606.208	608.876	611.041
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-5.635	-3.108	-350	-350	-350	-350	-350
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	25.235	21.301	14.851	18.385	9.402	8.146	8.146
Saldo aus Investitionstätigkeit	19.599	18.193	14.501	18.035	9.052	7.796	7.796
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
276 Wasserschutzpolizeischule							
Erlöse der PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule	-2.521	-3.134	-2.246	-2.615	-2.602	-2.505	-2.505
Kosten der PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule	2.146	2.388	2.332	2.499	2.539	2.557	2.566
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-374	-746	86	-117	-63	52	61
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-322		-1.631	-1.255	-77	-159	-159
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	433	170	1.964	1.554	95	160	170
Saldo aus Investitionstätigkeit	111	170	333	299	18	1	11
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							

Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
277 Feuerwehr							
Erlöse der PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr	-47.746	-52.590	-42.342	-42.970	-43.005	-43.041	-43.080
Kosten der PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr	126.367	140.806	123.286	132.495	136.186	139.806	142.816
Erlöse der PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz	-71	-2.177	-86	-1.710	-1.770	-1.821	-1.868
Kosten der PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz	5.734	8.290	5.828	6.262	6.369	6.480	6.572
Erlöse der PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren	-100	-350	-100	-108	-110	-112	-123
Kosten der PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren	7.842	9.777	7.661	8.358	8.730	9.486	9.807
Erlöse der PG 277.04 Feuerwehrakademie		-2.852	-1.775	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
Kosten der PG 277.04 Feuerwehrakademie	5.531	8.370	7.389	7.456	7.589	7.671	7.744
Erlöse der PG 277.05 Zentrale Dienste	-495	-11.269	-358	-393	-401	-418	-432
Kosten der PG 277.05 Zentrale Dienste	8.380	10.206	10.041	9.347	9.481	9.640	10.004
Erlöse der PG 277.06 Technik und Logistik	-51	-635	-70	-70	-72	-74	-76
Kosten der PG 277.06 Technik und Logistik	13.399	6.539	13.575	10.553	10.663	10.885	10.940
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	118.790	114.115	123.049	127.919	132.361	137.202	141.005
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		-241					
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.146	5.920	7.366	8.811	10.606	9.406	8.161
Saldo aus Investitionstätigkeit	5.146	5.680	7.366	8.811	10.606	9.406	8.161
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

1.4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans

1.4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service – Amt für Innere Verwaltung und Planung

1.4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 272 Steuerung und Service – Amt für Innere Verwaltung und Planung

Übergeordnete Aufgabenstellung des Amtes für Innere Verwaltung und Planung ist das Entwickeln von Zielvorgaben für den gesamten Aufgabenbereich der Innenpolitik und des Sportes aufgrund politischer Vorgaben und einer Reflektion gesellschaftlicher, politischer und zwischenstaatlicher Ereignisse und Entwicklungen.

Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören folgende Aufgaben

- Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten, Landeswahlamt, Glückspielaufsicht,
- Grundsatzangelegenheiten des Straßenverkehrs,
- Grundsatzangelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und des Polizeivollzuges,
- Grundsatzangelegenheiten der Feuerwehr und des Rettungsdienstes,
- Wahrnehmung der Aufgaben eines Landessportamtes,
- Katastrophen- und Bevölkerungsschutz sowie
- Aufsicht über und Steuerung von verbundenen Einrichtungen und Unternehmen.

Der Aufgabenbereich 272 gliedert sich in sechs Produktgruppen. In der Produktgruppe 272.01 werden die folgenden Aufgaben wahrgenommen:

- Strategische Gesamtsteuerung der von der Behörde für Inneres und Sport betreuten fachpolitischen Aufgabenfelder auf ministerieller Ebene einschließlich zentraler finanzpolitischer Ziele
- Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und Landesebene,
- Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten, u. a. in den Bereichen Personal, Einwohnerwesen, Staatsangehörigkeitsrecht, Wahlrecht, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Waffenrecht, Polizeivollzug, Feuerwehrangelegenheiten (inkl. Rettungsdienst) und Straßenverkehr,
- Wahrnehmung der Aufgaben als Landeswahlamt, Aufsicht über das Glücksspiel und Antiterrorkoordination,
- Oberste Straßenverkehrsbehörde einschließlich der amtlichen Anerkennung und Überwachung von Kfz.-Überwachungsorganisationen
- Aufsicht und Steuerung über verbundene Einrichtungen und Unternehmen.

Die Produktgruppe 272.02 beinhaltet die Aufgaben in Zusammenhang mit der Sicherstellung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes. In Produktgruppe 272.03 werden die Aufgaben in Zusammenhang mit dem Sport zusammengefasst. Produktgruppe 272.04 und 272.05 bilden die Ablieferung des Landesbetriebs Verkehr bzw. den Zuschuss an das Statistikamt Nord ab. In der Produktgruppe 272.06 Zentraler Ansatz BIS werden u. a. globale Mehr- bzw. Minderkosten ausgebracht.

1.4.1.2 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service – Amt für Innere Verwaltung und Planung

Die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“, „Personalkosten“, „Kosten aus Transferleistungen“ und „Sonstige Kosten“ sind übertragbar.

Für Leistungen aus Gründen der Billigkeit können im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ Kosten bis zu 200 Tsd. Euro verursacht werden.

Sofern zur Erreichung des Leistungszwecks ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel gefördert wird,

- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ innerhalb einer Produktgruppe und zu den Produktgruppen desselben Aufgabenbereichs gegenseitig deckungsfähig.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

- sind die Mittel für sonstige Investitionen der Aufgabenbereiche innerhalb des Einzelplans 8.1 gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ aller Produktgruppen des Einzelplans 8.1 bis zur Höhe von zwei von Hundert der veranschlagten Kosten zugunsten aller Produktgruppen innerhalb des Einzelplans 8.1 deckungsfähig.
- ist in allen Produktgruppen eines Aufgabenbereichs der Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ einseitig deckungsfähig zugunsten von Auszahlungen der drei Investitionsmittelgruppen desselben Aufgabenbereichs.
- fließen die aus Desinvestitionen erfolgenden Einzahlungen für Investitionen den Auszahlungen für Investitionen zu.

In der Produktgruppe „Steuerung und Service incl. Besondere Regierungsaufgaben“ im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ vorhandene Mittel für einzelne Maßnahmen oder Maßnahmengruppen der Glücksspielaufsicht sind bis zu 1.000 Tsd. Euro einseitig deckungsfähig zugunsten aller Produktgruppen aller Aufgabenbereiche, wenn es im Sinne der Drucksache 18/7229 „Ratifizierung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland, Erlass des notwendigen Ausführungsgesetzes, zugleich Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens vom 13. Dezember 2006 - Sportwetten und Lotteriewesen - Drucksache 18/5480“ zur Erfüllung des Leistungszwecks notwendig ist.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

1.4.1.3 Produktgruppe 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

1.4.1.3.1 Vorwort zur PG 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.1.3.2 Ergebnisplan der PG 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-928	-3.382	-21	-1.448	-1.489	-21	-21
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	8.713	27.848	11.075	13.851	17.986	16.323	11.925
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>	1.648	2.496	1.360	1.184	1.184	1.184	1.184
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	39	8.864	26	26	26	26	26
3. Personalkosten	10.147	10.858	9.952	10.984	11.145	11.313	11.482
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	2.401	2.497	2.649	2.616	2.655	2.695	2.735
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	5.129	5.614	4.770	5.689	5.772	5.859	5.947
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	907	904	932	784	796	808	820
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	1.710	1.843	1.601	1.895	1.922	1.951	1.980
4. Kosten für Transferleistungen	62	60	96	55	55	55	55
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	1.205	1.196	825	1.169	1.338	1.242	888
6. Sonstige Kosten	278	385	3.302	1.900	5.150	4.808	1.308
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	19.477	36.965	25.230	26.511	34.185	33.720	25.637
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	19.477	36.965	25.230	26.511	34.185	33.720	25.637
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis							
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	19.477	36.965	25.230	26.511	34.185	33.720	25.637

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

1.4.1.3.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.1.3.4 Ziele der PG 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

- Z 1: Sicherstellung ordnungsgemäßes Glücksspiel sowie Verhinderung illegales Glücksspiel und verbotene Werbung (siehe Kennzahlen 1 und 2)
- Z 2: Verbesserung der Verkehrssicherheit (siehe Kennzahl 3)

1.4.1.3.5 Kennzahlen der PG 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Quote Untersagungsverfügungen zu festgestellten illegalen Wettanbietern	Prozent	45	0	-	20	40	60	80
2. legale Glücksspielanbieter	Anzahl	1.080	1.073	-	1.350	1.350	1.350	1.350
3. durchgeführte Verkehrssicherheitsaktionen	Anzahl	6	7	6	6	6	6	6

Zu den Aufgaben der Produktgruppe Steuerung und Service inkl. Besondere Regierungsaufgaben zählen insbesondere

- Einbringung, fachliche Gestaltung, sowie Förderung und Begleitung von Initiativen, Konzepten und Programmen auf Bundes- und Landesebene sowie Einführung und Weiterentwicklung von Rechtsnormen
- Darstellung und Vertretung der Ziele der Behörde für Inneres und Sport nach innen und außen, z. B. in behörden- und länderübergreifenden Arbeitsgruppen sowie in überregionalen und internationalen Gremien und Fachausschüssen
- Klärung grundsätzlicher Rechtsfragen
- Ministerielle Begleitung hamburgischer, deutscher sowie europäischer Normsetzungsverfahren
- Ordnungsgemäße Durchführung von Wahlen und Abstimmungen
- Koordination aller exekutiven Aufgaben (Schwerpunkt Behörde für Inneres und Sport), die die Bekämpfung des Terrorismus betreffen inkl. Schutz kritischer Infrastrukturen

Zu 1.:

Im Jahr 2010 wurden 40 illegale Wettanbieter ermittelt, in 18 Fällen wurde eine Untersagungsverfügung erlassen. Aufgrund der entstandenen Rechtsunsicherheit (Urteil des VG Hamburg zugunsten der Glücksspielanbieter) wurden 2011 keine neuen Verfügungen erlassen. Ab 2013 wird in dem Maße, in dem sich die Anwendung des 1. Glücksspieländerungsstaatsvertrages (ÄndGlüStV) konsolidiert, mit einer kontinuierlichen Steigerung des Erlasses von Untersagungsverfügungen gerechnet.

Zu 2.:

Die Erlaubnisse umfassen sowohl staatliche als auch private Veranstalter und Vermittler. Die Arbeitsbelastung, die mit dem Erlaubnisverfahren je legalem Anbieter einhergeht, wird voraussichtlich nach und nach mit zunehmender Erfahrung mit dem neuen Gesetz und weil Erlaubnisse überwiegend nicht nur auf ein Jahr befristet sind, sinken.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

1.4.1.3.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Service<							
Erlöse	-7	-26		-11	-11		
Kosten	14.920	29.502	18.464	20.432	26.070	24.666	18.757
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Service<	14.913	29.476	18.463	20.421	26.070	24.666	18.757
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Service<							
>Produkt Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Verkehr (ministerielle Steuerung)<							
Erlöse							
Kosten	408	807	505	560	713	674	512
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Verkehr (ministerielle Steuerung)<	408	807	505	560	713	674	512
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Verkehr (ministerielle Steuerung)<							
>Produkt Glücksspielaufsicht<							
Erlöse	-17	-61		-26	-27		
Kosten	1.422	2.812	1.760	1.949	2.484	2.350	1.786
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Glücksspielaufsicht <	1.406	2.752	1.760	1.923	2.457	2.350	1.786
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Glücksspielaufsicht<							
>Produkt Aufsicht, Koordination Wahlen und Volksabstimmungen<							
Erlöse	-904	-3.296	-21	-1.411	-1.451	-21	-21
Kosten	3.169	6.266	3.921	4.354	5.549	.250	3.994
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Aufsicht, Koordination Wahlen und Volksabstimmungen<	2.265	2.970	3.901	2.943	4.098	5.229	3.973
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Aufsicht, Koordination Wahlen und Volksabstimmungen<							
>Produkt Grundsatz und strategische Ressourcensteuerung BIS<							
Erlöse							
Kosten	486	960	601	664	847	801	609
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Grundsatz und strategische Ressourcensteuerung BIS<	486	960	601	664	847	801	609
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Grundsatz und strategische Ressourcensteuerung BIS<							

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

-

1.4.1.3.7 Vollzeitäquivalente der PG 272.01 Steuerung und Service inkl. besondere Regierungsaufgaben

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	158,0	153,8	164,0	167,8	167,8	167,8	167,8

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

1.4.1.4 Produktgruppe 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

1.4.1.4.1 Vorwort zur PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.1.4.2 Ergebnisplan der PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	3.149	4.544	1.913	1.819	415	415	415
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	225	256	185	161	161	161	161
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	1.315	541	1.254	1.446	1.466	1.488	1.511
a) Kosten für Entgelte	167	261	178	176	178	181	184
b) Kosten für Bezüge	821	53	765	918	931	945	959
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	56	99	57	49	49	50	51
e) Kosten für Versorgungsleistungen	271	128	255	303	308	312	317
4. Kosten für Transferleistungen	612	603	547	546	545	546	546
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen		84	160	169	185	201	217
6. Sonstige Kosten			11	4	4	4	4
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	5.076	5.773	4.255	3.984	2.615	2.654	2.693
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	5.076	5.773	4.255	3.984	2.615	2.654	2.693
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	5.076	5.773	4.255	3.984	2.615	2.654	2.693
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	5.076	5.773	4.255	3.984	2.615	2.654	2.693

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

1.4.1.4.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.1.4.4 Ziele der PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

- Z 1: Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor Gefährdungen und Schädigungen durch Katastrophen und Großschadensereignisse (siehe Kennzahlen 1, 3 und 4)
- Z 2: Einbindung aller beteiligten Behörden, Ämter und Organisationen sowie nicht staatlicher Stellen zur Gewährleistung einer durchgängigen Struktur der Gefahrenabwehr (siehe Kennzahlen 1, 3, 4, 5 und 6)
- Z 3: Verringerung von Einschränkungen der Bevölkerung und der Wirtschaft im Großschadens- oder Katastrophenfall (siehe Kennzahlen 1 und 3)
- Z 4: Förderung von Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes und Förderung des Ehrenamtes (siehe Kennzahl 2)

1.4.1.4.5 Kennzahlen der PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. durchgeführte Übungen von Angehörigen der Katastrophenschutzstäbe	Anzahl	7	7	4	4	4	4	4
2. Gesamthöhe der Zuwendungen an Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes	Euro	496.000	496.000	496.000	496.000	496.000	496.000	496.000
3.1 Zahl der Kräfte für Kats (ZKD und RKD's)	Anzahl	550	550	-	550	550	550	550
3.2 Zahl der besetzten Funktionen	Anzahl	200	200	-	200	200	200	200
3.3 Zahl der Ausgebildeten	Anzahl	149	182	-	262	302	342	382
4. Teilnehmer an Übungen	Anzahl	720	600	-	500	500	500	500
5. Zahl der Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz	Anzahl	1.800	1.800	-	1.800	1.800	1.800	1.800
6. Teilnahme von Angehörigen der Katastrophenschutzstäbe an Aus- und Fortbildungen in Tagen	Anzahl	225	150	-	150	150	150	150

Abkürzungen:

MA = Mitarbeiter
 ZKD = Zentraler Katastrophendienststab
 RKD = Regionaler Katastrophendienststab
 ÜL = Übungsleiter
 HPA = Hamburg Port Authority
 HiOrgs = Hilfsorganisationen

Zu 1.:

Rückgang der Übungen erklärt sich u.a. dadurch, dass in 2011 zwei länderübergreifende Übungen stattgefunden haben, die für 2012 entfallen.

Zu 3.1.:

Die Zahl der Kräfte, die im ZKD und in den RKD's zum Einsatz kommen, hängt von dem jeweiligen Ereignis ab. Bei einem Sturmflutereignis werden mehr Kräfte benötigt (ZKD und vier RKD's) als z.B. bei einem Ereignis, von dem

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

nur ein RKD und ggf. der ZKD betroffen ist. Die genannte Zahl ist der ermittelte Höchstwert. Diese Zahl unterliegt aber auch der Fluktuation (Personalwechsel, Nachbesetzung, Gewinnung von Personal).

Zu 3.2.:

Im ZKD müssen bis zu 35 und in den 7 RKD's bis zu 25 Funktionen besetzt werden; dies jedoch in Abhängigkeit des jeweiligen Ereignisses.

Zu 3.3.:

Annahme von 40 ausgebildeten Personen des KatS pro Jahr.

Zu 4.:

Ca. 350 Personen (ZKD, ÜL, RKD's, HPA, etc.), zzgl. u.a. diverse Teilnehmer der HiOrgs

Zu 6.:

In 2010 drei Seminare und ab 2011 zwei Seminare pro Jahr zu je 3 Tagen mit jeweils 25 Teilnehmern.

1.4.1.4.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Planung, Lenkung und Koordination des Katastrophenschutzes<							
Erlöse							
Kosten	2.198	2.500	1.842	1.725	1.132	1.149	1.164
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Planung, Lenkung und Koordination des Katastrophenschutzes<	2.198	2.500	1.842	1.725	1.132	1.149	1.164
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Planung, Lenkung und Koordination des Katastrophenschutzes<							
>Produkt Zuwendungen für Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz<							
Erlöse							
Kosten	2.878	3.273	2.413	2.259	1.483	1.505	1.527
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Zuwendungen für Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz<	2.878	3.273	2.413	2.259	1.483	1.505	1.527
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Zuwendungen für Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz<							

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

1.4.1.4.7 Vollzeitäquivalente der PG 272.02 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	16,7	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5
-							

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung
Produktgruppe 272.03 Sport

1.4.1.5 Produktgruppe 272.03 Sport

1.4.1.5.1 Vorwort zur PG 272.03 Sport

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.1.5.2 Ergebnisplan der PG 272.03 Sport

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse	-756						
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit		283	338	338	338	338	338
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen		239	246	246	246	246	246
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz		8	9	9	9	9	9
3. Personalkosten	1.224	1.421	1.636	1.626	1.588	1.611	1.636
a) Kosten für Entgelte	588	809	304	270	223	227	230
b) Kosten für Bezüge	356	303	903	952	966	980	995
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	5						
d) Kosten für Sozialleistungen	144	184	131	91	83	84	86
e) Kosten für Versorgungsleistungen	132	125	298	313	316	320	325
4. Kosten für Transferleistungen	14.466	13.788	12.101	11.942	12.192	12.192	12.192
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	7.760	8.182	8.511	8.528	8.553	2.754	2.803
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	22.694	23.675	22.586	22.434	22.671	16.895	16.969
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	22.694	23.675	22.586	22.434	22.671	16.895	16.969
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	22.694	23.675	22.586	22.434	22.671	16.895	16.969
16. Globale Mehr- oder Minderkosten			-624				
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	22.694	23.675	21.962	22.434	22.671	16.895	16.969

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung
Produktgruppe 272.03 Sport

1.4.1.5.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 272.03 Sport

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
VE für Kosten für Transferleistungen				3.250	3.250		
VE für Sonstige Kosten							

-

1.4.1.5.4 Ziele der PG 272.03 Sport

- Z 1: Bereitstellung attraktiver Sportangebote für alle Bevölkerungsgruppen, sowohl im organisierten als auch im nichtorganisierten Sport; Sportaktivität der Kinder und Jugendlichen steigern (siehe Kennzahlen 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15 bis 15.6)
- Z 2: Aufbau und Unterstützung eines effizienten Fördersystems für den Nachwuchs- und Spitzensport (Talentsichtung und –förderung, Verbandstrainerförderung), vor allem im Bereich der Schwerpunktsportarten; Talentförderung in den Schulen (s. Dekadenstrategie), Förderung der Wettkämpfe im Behinderten- und Gehörlosensport (siehe Kennzahlen 1, 4.1, 4.2, 4.3, 5 und 6)
- Z 3: Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur für den Leistungssport (siehe Kennzahlen 2 und 3)
- Z 4: Herstellung und Sicherstellung der Vereinbarkeit von Leistungssportkarriere einerseits und Schule, Studium/Ausbildung und Beruf andererseits („Duale Karriere“, siehe Kennzahlen 1 und 2)
- Z 5: Stärkung des Profils Hamburg als Stadt des Sports durch die Initiierung, Akquisition, Realisierung und Förderung von hochrangigen nationalen und internationalen Sportveranstaltungen (siehe Kennzahlen 14, 14.1, 15 bis 15.6)
- Z 6: Verknüpfung der Sportveranstaltungen mit dem Schul- und Breitensport (sog. „Hamburger Profil“, siehe Kennzahl 14.2)
- Z 7: Nutzbarmachung der hohen internationalen Strahlkraft hochkarätiger Sportveranstaltungen für das wirtschaftliche und touristische Wachstum der Metropole Hamburg (siehe Kennzahlen 14 und 15)
- Z 8: Ausbau des Veranstaltungsprofils in den Schwerpunktsportarten und im Nachwuchsbereich (siehe Kennzahlen 14.3, 15.5, 15.6)
- Z 9: Betrieb und Instandhaltung öffentlicher und Sondersportstätten (Rahmenezuweisung an die Bezirke, siehe Kennzahlen 17 bis 17.7 und 20)
- Z 10: Sanierung und Modernisierung öffentlicher Sportstätten (siehe Kennzahlen 16.1, 16.2, 17 bis 17.7)
- Z 11: Aus-, Um- und Neubau von Vereinssportstätten, Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Substanzerhaltung (siehe Kennzahlen 18 und 18.1)
- Z 12: Betrieb von Vereins- und Sondersportstätten (siehe Kennzahlen 19 und 20)

1.4.1.5.5 Kennzahlen der PG 272.03 Sport

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Verbandstrainerförderung*	Tsd. Euro	550	550	560	580	580	580	580
2. Anzahl der Sportler an der Eliteschule des Sports (s. Erläuterung)	Anzahl	172	172	172	175	180	180	180
3. Investitionen in bedarfsgerechte Infrastruktur im Bereich Leistungssport	Tsd. Euro	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
4. 1 geförderte Wettkämpfe im Behinderten- und Gehörlosensport	Anzahl		101	-	100	100	100	100
4. 2 Talentfördergruppen im Nachwuchsbereich*	Anzahl	27	27	-	60	60	60	60

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung
Produktgruppe 272.03 Sport

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
4. 3 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Hamburg Parcours	Anzahl	2.000	5.000	-	14.664	14.552	14.739	14.938
5. Hauptamtliche Landestrainer der Verbände für Leistungssportförderung*	Anzahl	11	11	-	12	12	12	12
6. Teilnehmer an Kinderolympiade	Anzahl	7.500	8.000	-	8.000	8.000	8.000	8.000
7. Mitgliederzahlen von Kindern und Jugendlichen im Alter von 6-18 Jahren in den Sportvereinen*	Anzahl	114.000	116.000	-	118.000	119.000	120.000	121.000
8. Teilnehmer/-innen am Projekt „Ab ins Wasser- aber sicher!“ (Schwimmfähigkeit)	Anzahl	4.900	4.900	-	5.100	5.200	5.300	5.400
9. Geförderte Schwimmstunden	Anzahl	16.000	17.300	-	16.900	17.000	17.000	17.000
10. Alltagskulturelle und soziale Integrationskurse im Sport (Teilnehmer/-innen)*	Anzahl	16	16	-	20	20	22	22
11. Soziale und sozialstrukturelle Integrationskurse im Sport (Teilnehmer/-innen)*	Anzahl	4	6	-	10	10	12	12
12. Integrationsmaßnahmen von Vereinen*	Anzahl	57	55	-	60	60	60	60
13. Förderung des Integrationssports (Anzahl der Teilnehmer/-innen mit Behinderung)*	Prozent	55	53	-	52	52	52	52
14. geförderte Welt- und Europameisterschaften sowie Veranstaltungen auf Weltcupniveau	Anzahl	12	10	-	11	11	11	11
14.1. davon in Schwerpunktsportarten	Anzahl	2	2	-	2	2	2	2
14.2 davon mit Verknüpfung zum Schul- und Breitensport (Hamburger Profil)	Anzahl	5	5	-	5	5	5	5
14.3 davon Anzahl der Nachwuchssportveranstaltungen	Anzahl	6	5	-	5	5	5	5
15. Anzahl der sonstigen geförderten Sportveranstaltungen	Anzahl	33	38	45	39	39	39	39
15.1 mit bis zu 1.000 Zuschauern	Anzahl	20	26	24	26	26	26	26
15.2 mit bis zu 5.000 Zuschauern	Anzahl	7	6	8	7	7	7	7
15.3 mit bis zu 10.000 Zuschauern	Anzahl	2	2	3	2	2	2	2
15.4 mit mehr als 10.000 Zuschauern	Anzahl	4	4	10	4	4	4	4
15.5 davon Schwerpunktsportarten	Anzahl	7	8	8	7	7	7	7
15.6 davon Nachwuchssportveranstaltungen	Anzahl	11	12	8	12	12	12	12
16.1 Investitionen in öffentliche Sportstätten	Tsd. Euro	8.040	5.510	7.063	6.813	6.813	6.813	4.813
16.2 Sanierungsmaßnahmen bei öffentlichen Sportstätten	Anzahl	70	66	-	70	70	70	70
17. Öffentliche Sportplätze		149	149	-	149	149	149	149
17.1 Mitte		29	29	-	29	29	29	29
17.2 Altona		19	19	-	19	19	19	19
17.3 Eimsbüttel		16	16	-	16	16	16	16
17.4 Nord	Anzahl	24	24	-	24	24	24	24
17.5 Wandsbek		34	34	-	34	34	34	34
17.6 Bergedorf		15	15	-	15	15	15	15
17.7 Harburg		12	12	-	12	12	12	12

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung
Produktgruppe 272.03 Sport

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
18. Investitionen bei vereinseigenen Sportanlagen und Sportanlagen anderer Träger*	Tsd. Euro	900	1.400	1.400	900	900	900	900
18.1 davon Förderung von Vereinsbauvorhaben*	Anzahl	70	70	70	70	70	70	70
19. Geförderte Sportstätten (Betriebskosten)	Anzahl	4	4	4	4	4	4	4
20. Konsumtive Mittel für Betrieb von öffentlichen und Sondersportstätten	Tsd. Euro	4.837	4.822	4.819	4.846	4.846	4.846	4.846

Die mit * gekennzeichneten Kennzahlen sind Bestandteil des Sportfördervertrages 2013 / 2014 und werden vom Hamburger Sportbund (HSB) erhoben.

Zu 2:

Die Gesamtschule Alter Teichweg ist seit Dezember 2006 offiziell "Eliteschule des Sports". Dieser Titel wird vom Deutschen Olympischen Sportbund als höchste Auszeichnung für eine vorbildliche Betreuung von Hochleistungssportlerinnen und -sportlern vergeben. Voraussetzung hierfür sind das Vorhandensein von Internatsplätzen, sehr gute Trainings- und Sportmöglichkeiten und die Anbindung an den regionalen Olympiastützpunkt. Aktuell werden Aktive aus den Sportarten Schwimmen, Badminton, Fußball, Judo, Basketball, Volleyball und Tennis an der Schule gefördert.

Zu 4.1:

In 2011 wurde die Teilnahme an 75 Wettkämpfen für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung und 26 Wettkämpfe für gehörlose Sportlerinnen und Sportler gefördert.

Zu 4.3:

Der Hamburger Parcours ist mit in Kraft treten des Bildungsplans für die Grundschule zum Schuljahr 2011 / 12 verbindlich für das Ende der Jahrgangsstufe 2 vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass ab Schuljahr 2012/13 der Test rahmenplangemäß an allen Grundschulen durchgeführt wird. Der Planwert 2013 umfasst die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 2 der Hamburger Grundschulen für das Schuljahr 2012/13. Der Planwert 2014 bezieht sich auf die Schülerinnen und Schüler des Schuljahrs 2013/14 etc.

Zu 10. und 11:

Laut Definition des HSB unterscheiden sich die Integrationspotentiale wie folgt:

- soziale Integration = Aufbau von sozialen Beziehungen und Bindungen
- alltagskulturelle Integration = Vermittlung von Alltagswissen, wechselseitiges interkulturelles Lernen
- sozialstrukturelle Integration = Vermittlung von Bildungs- und beruflichen Chancen.

Beispiel für Kennzahl 10 (Alltagskulturelle und soziale Integrationskurse im Sport): Fahrradfahren lernen für Frauen aller Kulturen und Nationalitäten.

Beispiel für Kennzahl 11 (Soziale und sozialstrukturelle Integrationskurse im Sport): Selbstverteidigung und Behauptung für Mädchen und Frauen.

Zu 13:

Die Prozentangabe bezieht sich auf den Anteil der Teilnehmer/-innen mit Behinderung an der Gesamtzahl der Teilnehmer an Integrationssportkursen.

Zu 14 bis 14.3:

Die bislang im Haushaltsplan 2011/ 2012 veröffentlichten Werte sind nicht mit den dargestellten Ist- und Planwerten vergleichbar, da nunmehr nicht die Gesamtzahl aller Veranstaltungen, sondern ausschließlich die finanziell geförderten Veranstaltungen abgebildet werden. Es handelt sich insofern um eine neue Kennzahl, so dass für 2012 keine Planwerte angegeben sind.

Zu 16.1:

Der Istwert für 2010 beinhaltet übertragene Reste und Deckungsfähigkeiten, so dass der ursprüngliche Planwert für 2010 überschritten wurde. Ab 2016 wurden die Mittel für die Sanierungsoffensive um 2 Mio. Euro abgesenkt. (siehe kameral veranschlagte Titel 08.1 8780.710.01, 08.1 8780.710.02, 08.1.8780.741.86 und 08.1.8780.742.86)

Zu 16.2:

Bei den Sanierungsmaßnahmen handelt es sich nicht nur um Sportplatzbaumaßnahmen, sondern auch um

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung
Produktgruppe 272.03 Sport

Instandsetzungsarbeiten. Es soll eine Fülle von unterschiedlichsten Sportstätten saniert werden. Dazu gehört z.B. die Eisbahn in Stellingen oder verschiedene Umkleidehäuser. Eine Sportstätte kann daher mehrfach aufgeführt sein.

Zu 18:

Ab 2013 stehen temporäre Investitionen für das Programm „Sportklima beim HSB“ (Energetische Maßnahmen) im Volumen von 500 Tsd. Euro nicht mehr zur Verfügung.

Zu 20:

Die konsumtiven Mittel setzen sich zusammen aus Betriebsmitteln für die Unterhaltung von Sportstätten – Rahmenezuweisung an die Bezirke - (siehe kameral veranschlagter Titel 08.1 8780.517.81) und Zuschüsse für Sondersportstätten.

1.4.1.5.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 272.03 Sport

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Sportentwicklung<							
Erlöse	-113						
Kosten	17.822	17.993	16.691	17.041	17.221	12.840	12.897
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Sportentwicklung<	17.709	17.993	16.691	17.041	17.221	12.840	12.897
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Sportentwicklung<							
>Produkt Sportstätten<							
Erlöse	-643						
Kosten	5.628	5.682	5.271	5.393	5.450	4.055	4.072
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Sportstätten<	4.985	5.682	5.271	5.393	5.450	4.055	4.072
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Sportstätten<							

-

1.4.1.5.7 Vollzeitäquivalente der PG 272.03 Sport

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	21,50	21,50	21,50	21,50	21,50	21,50	21,50

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

1.4.1.6 Produktgruppe 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

1.4.1.6.1 Vorwort zur PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.1.6.2 Ergebnisplan der PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse	-1.252	-1.467	-1.623	-3.967	-2.967	-1.467	-1.467
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-1.252	-1.467	-1.623	-3.967	-2.967	-1.467	-1.467
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	-1.252	-1.467	-1.623	-3.967	-2.967	-1.467	-1.467
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-1.252	-1.467	-1.623	-3.967	-2.967	-1.467	-1.467
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	-1.252	-1.467	-1.623	-3.967	-2.967	-1.467	-1.467

Siehe Wirtschaftsplan des Landesbetriebs Verkehr.

1.4.1.6.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

1.4.1.6.4 Ziele der PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

In dieser Produktgruppe wird das Unternehmen Landesbetrieb Verkehr abgebildet. Ziele der Produktgruppe werden an dieser Stelle nicht aufgeführt, da Angaben zu den Unternehmensdaten dem als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan zu entnehmen sind.

1.4.1.6.5 Kennzahlen der PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
-								

S. O.

1.4.1.6.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr<							
Erlöse	-1.252	-1.467	-1.623	-3.967	-2.967	-1.467	-1.467
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr <	-1.252	-1.467	-1.623	-3.967	-2.967	-1.467	-1.467
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt 2<							

S. O.

1.4.1.6.7 Vollzeitäquivalente der PG 272.04 Ablieferung durch den Landesbetrieb Verkehr

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
-							

S. O.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

1.4.1.7 Produktgruppe 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

1.4.1.7.1 Vorwort zur PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.1.7.2 Ergebnisplan der PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse	-16.332	-18.508	-15.671	-16.143	-15.672	-15.250	-15.232
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	28.544	36.365	27.353	28.599	27.857	27.209	27.753
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	12.212	17.857	11.682	12.456	12.185	11.959	12.521
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	12.212	17.857	11.682	12.456	12.185	11.959	12.521
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	12.212	17.857	11.682	12.456	12.185	11.959	12.521
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	12.212	17.857	11.682	12.456	12.185	11.959	12.521

Siehe Erläuterungen zum Wirtschaftsplan Statistikamt Nord.

1.4.1.7.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

1.4.1.7.4 Ziele der PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

In dieser Produktgruppe ist das Statistikamt Nord (AöR) abgebildet. Ziele der Produktgruppe werden an dieser Stelle nicht aufgeführt, da Angaben zu den Unternehmensdaten unter Ziffer 1.1 Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans (Wirtschaftsplan 2012 und mittelfristige Finanzplanung 2013/2014) aufgeführt werden.

1.4.1.7.5 Kennzahlen der PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
-							

S. O.

1.4.1.7.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Zuschuss an das Statistikamt Nord<							
Erlöse	-16.332	-18.508	-15.671	-16.143	-15.672	-15.250	-15.232
Kosten	28.544	36.365	27.353	28.599	27.857	27.209	27.753
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Zuschuss an das Statistikamt Nord<	12.212	17.857	11.682	12.456	12.185	11.959	12.521
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt 2<							

S. O.

1.4.1.7.7 Vollzeitäquivalente der PG 272.05 Zuschuss an das Statistikamt Nord

Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
-						

S. O.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Produktgruppe 272.06 Zentraler Ansatz BIS

1.4.1.8 Produktgruppe 272.06 Zentraler Ansatz BIS

1.4.1.8.1 Vorwort zur PG 272.06 Zentraler Ansatz BIS

Für die Produktgruppe „Zentraler Ansatz“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollübertragung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

Im Übrigen siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.1.8.2 Ergebnisplan der PG 272.06 Zentraler Ansatz BIS

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit							
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)							
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis							
16. Globale Mehr- oder Minderkosten			-140	-19.843	-20.392	-34.546	-43.959
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)			-140	-19.843	-20.392	-34.546	-43.959

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung
 Produktgruppe 272.06 Zentraler Ansatz BIS

1.4.1.8.3 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 272.06 Zentraler Ansatz BIS

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Zentraler Ansatz BIS<							
Erlöse							
Kosten			-140	-19.843	-20.392	-34.546	-43.959
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Zentraler Ansatz BIS<			-140	-19.843	-20.392	-34.546	-43.959
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Zentraler Ansatz BIS<							

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Investitionen, Darlehen und Gesetzliche Leistungen

1.4.1.9 Investitionen des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service – Amt für Innere Verwaltung und Planung

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
BOS Digitalfunk (projektbedingte interne Investitionsauszahlungen)							
Einzahlungen							
Auszahlungen		25					
Zuschussbedarf für BOS Digitalfunk (projektbedingte interne Investitionsauszahlungen)		25					
Verpflichtungsermächtigung für BOS Digitalfunk (projektbedingte interne Investitionsauszahlungen)							
BOS Digitalfunk (Geräte und Ausstattungsgegenstände)							
Einzahlungen							
Auszahlungen		38					
Zuschussbedarf für BOS Digitalfunk (Geräte und Ausstattungsgegenstände)		38					
Verpflichtungsermächtigung für BOS Digitalfunk (Geräte und Ausstattungsgegenstände)							
BOS Digitalfunk (Erwerb betriebsbedingter Software)							
Einzahlungen							
Auszahlungen		16					
Zuschussbedarf für BOS Digitalfunk (Erwerb betriebsbedingter Software)		16					
Verpflichtungsermächtigung für BOS Digitalfunk (Erwerb betriebsbedingter Software)							
BOS Digitalfunk (Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)							
Einzahlungen							
Auszahlungen	6.556	395	3.914	3.600			
Zuschussbedarf für BOS Digitalfunk (Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)	6.556	395	3.914	3.600			
Verpflichtungsermächtigung für BOS Digitalfunk (Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)							
Digitaler BOS-Funk in den Tunnelanlagen der Hamburger U-Bahn (Gesamtmaßnahme)							
Einzahlungen							
Auszahlungen		1.210					
Zuschussbedarf für Digitaler BOS-Funk in den Tunnelanlagen der Hamburger U-Bahn (Gesamtmaßnahme)		1.210					
Verpflichtungsermächtigung für Digitaler BOS-Funk in den Tunnelanlagen der Hamburger U-Bahn (Gesamtmaßnahme)							

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

Investitionen, Darlehen und Gesetzliche Leistungen

Digitaler BOS-Funk in den Tunnelanlagen der Hamburger U-Bahn (Anteil des Bundes aus Konjunkturprogramm II)							
Einzahlungen	-908						
Auszahlungen							
Zuschussbedarf für Digitaler BOS-Funk in den Tunnelanlagen der Hamburger U-Bahn (Anteil des Bundes aus Konjunkturprogramm II)	-908						
Verpflichtungsermächtigung für Digitaler BOS-Funk in den Tunnelanlagen der Hamburger U-Bahn (Anteil des Bundes aus Konjunkturprogramm II)							
Zuschuss Sportpark Dulsberg							
Einzahlungen							
Auszahlungen	2.000					1.000	1.000
Zuschussbedarf für Zuschuss Sportpark Dulsberg	2.000					1.000	1.000
Verpflichtungsermächtigung für Zuschuss Sportpark Dulsberg							
Zuschuss Landesleistungszentrum Schwimmen							
Einzahlungen							
Auszahlungen	2.176	2.208	300				
Zuschussbedarf für Zuschuss Landesleistungszentrum Schwimmen	2.176	2.208	300				
Verpflichtungsermächtigung für Zuschuss Landesleistungszentrum Schwimmen							
Zuschuss Landesleistungszentrum Handball / Judo							
Einzahlungen							
Auszahlungen					2.000	1.000	1.000
Zuschussbedarf für Zuschuss Landesleistungszentrum Handball / Judo					2.000	1.000	1.000
Verpflichtungsermächtigung für Zuschuss Landesleistungszentrum Handball / Judo							
Landesleistungszentrum Wasserball / Wilhelmsburg							
Einzahlungen							
Auszahlungen		1.800			2.000		
Zuschussbedarf für Landesleistungszentrum Wasserball / Wilhelmsburg		1.800			2.000		
Verpflichtungsermächtigung für Landesleistungszentrum Wasserball / Wilhelmsburg							
Saldo für Einzelinvestitionen	8.732	4.984	6.014		5.600	2.000	2.000
Verpflichtungsermächtigungen für Einzelinvestitionen					2.000	2.000	
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen	-498	-1.102					
Auszahlungen sonstige Investitionen	968	3.064	1.633		350	350	350
Saldo für sonstige Investitionen	471	1.962	1.633		350	350	350
Verpflichtungsermächtigung für sonstige Investitionen							
					200	200	
Gesamtsaldo für Investitionsmittel	9.203	6.946	7.647		5.950	2.350	2.350

Teilplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung
Investitionen, Darlehen und Gesetzliche Leistungen

Auszahlungen für Investitionen

Die Investitionsauszahlungen für **Einzelinvestitionen** ergeben sich aus der Position:

- Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Die Schwankungen bei den Investitionsauszahlungen für **Einzelinvestitionen** von 2013 nach 2014 ergeben sich im Wesentlichen aus

- dem Wegfall des Zuschussbedarfs für das Projekt BOS.

Erläuterungen zu den Investitionen (Landessportamt)

Der Erlös bei der Einzelinvestition „**Landesleistungszentrums Wasserball**“ im Jahr 2012 ergibt sich aus einer Sollübertragung durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und die Behörde für Inneres und Sport finanzieren den Bau gemeinsam. Der Anteil der Behörde für Inneres und Sport beträgt 2.000 Tsd. EUR, die in 2013 verausgabt werden.

Im Rahmen der Einzelinvestition „**Sportpark Dulsberg**“ entsteht am Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein ein Verbindungsbau zwischen dem sanierten Landesleistungszentrum Schwimmen und dem neu errichteten Büro- und Trainingsgebäude des Olympiastützpunktes. Dieser Verbindungsbau ist Teil des Bauabschnitts IV am Sportpark Dulsberg, welcher dem Bauabschnitt III aus bau- und sportfachlichen Gründen vorgezogen wurde.

Im Rahmen der Einzelinvestition „**Landesleistungszentrum Handball/Judo**“ soll der Bauabschnitt III am Sportpark Dulsberg umgesetzt und damit die Gesamtbaumaßnahme abgeschlossen werden.

Der Erlös bei der Einzelinvestition „**Landesleistungszentrums Schwimmen**“ im Jahr 2010 ergibt sich aus einer Bezuschussung durch das Bundesministerium des Innern, das 30% der zuwendungsfähigen Investitionskosten übernimmt.

1.4.1.10 Darlehen des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service – Amt für Innere Verwaltung und Planung

Darlehen sind nicht veranschlagt.

1.4.1.11 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service – Amt für Innere Verwaltung und Planung

Wesentliche gesetzliche Leistungen sind nicht veranschlagt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

1.4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

1.4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 273 Verfassungsschutz

Ziel des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) ist der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder (§ 1 (1) Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz (HmbVerfSchG).

Dazu werden Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen gesammelt und auf tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die genannten Schutzgüter ausgewertet. Ziel ist zum einen die Erstellung von umfassenden Lagebildern und –beurteilungen, zum anderen werden eine Vielzahl von Erkenntnissen und Hinweisen für die Bewertung und Beantwortung konkreter Fragen und die Einschätzung besonderer Situationen/Lagen im Gesamtbereich politisch-extremistischer Gefahren zur Verfügung gestellt.

Diese Informationen dienen der Unterrichtung des Senats und der zuständigen staatlichen Gefahrenabwehrstellen zur Vorbereitung oder Unterstützung von behördlichen oder strafrechtlichen Maßnahmen. Sie dienen weiterhin zur Information der Öffentlichkeit und zur Unterrichtung der zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes eingesetzten Gremien der Hamburgischen Bürgerschaft.

Weiterhin wirkt das LfV mit an

- dem Schutz von staatlichen Verschlussachen, um geheim zu haltende Informationen und Materialien vor unbefugtem Gebrauch oder vor unerlaubter Einsichtnahme zu schützen,
- dem Schutz sicherheitsempfindlicher Bereiche von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen vor Sabotageaktionen,
- dem Schutz Hamburger Wirtschaftsunternehmen vor Gefahren, insbesondere im Hinblick auf Wirtschaftsspionage, Proliferation, Know-how-Schutz und IT-Sicherheit durch Sensibilisierung und Anregung von Schutzmaßnahmen und -konzepten zur Vermeidung und Verringerung von Schadensfällen,
- Aufgaben im Bereich des Ausländerrechts. Hierzu gehören Zuverlässigkeitsüberprüfungen bei Einbürgerungen und für Erteilung von Aufenthaltstiteln und Visa,
- dem Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs und des Hamburger Hafens. Hierzu gehören Zuverlässigkeitsüberprüfungen im Rahmen des vorbeugenden personellen Sabotageschutzes nach dem Luftsicherheits- (LuftSiG) und Hafensicherheitsgesetz (HafenSG),
- Prüfungen über die Zuverlässigkeit von Personen nach dem Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG).

Das Landesamt für Verfassungsschutz sammelt - auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln - Informationen und wertet sie nach der jeweiligen Zielsetzung aus. Dabei arbeitet es eng mit den Landesämtern für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz zusammen. Zudem ist es an zentralen Einrichtungen wie dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin und dem Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) in Köln und Meckenheim mit Verbindungsbeamten beteiligt. Zentrale Beobachtungsfelder sind der Islamismus (insb. der islamistische Terrorismus), sicherheitsgefährdende Bestrebungen ausländischer Gruppen, Rechtsextremismus und Linksextremismus sowie Scientology. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte sind die Spionageabwehr sowie der Geheim- und Sabotageschutz. Dabei werden lageabhängig besondere Prioritäten gesetzt.

1.4.2.2 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

Die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“, „Personalkosten“, „Kosten aus Transferleistungen“ und „Sonstige Kosten“ sind übertragbar.

Für Leistungen aus Gründen der Billigkeit können im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ Kosten bis zu 200 Tsd. Euro verursacht werden.

Sofern zur Erreichung des Leistungszwecks ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel gefördert wird,

Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ innerhalb einer Produktgruppe und zu den Produktgruppen desselben Aufgabenbereichs gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Mittel für sonstige Investitionen der Aufgabenbereiche innerhalb des Einzelplans 8.1 gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ aller Produktgruppen des Einzelplans 8.1 bis zur Höhe von zwei von Hundert der veranschlagten Kosten zugunsten aller Produktgruppen innerhalb des Einzelplans 8.1 deckungsfähig.
- ist in allen Produktgruppen eines Aufgabenbereichs der Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ einseitig deckungsfähig zugunsten von Auszahlungen der drei Investitionsmittelgruppen desselben Aufgabenbereichs.
- fließen die aus Desinvestitionen erfolgenden Einzahlungen für Investitionen den Auszahlungen für Investitionen zu.

Der Aufgabenbereich 273 kann aus Geheimschutzgründen nicht zu jeder Zielerreichung eine Kennzahl veröffentlichen. Die Finanzbehörde hat dieser Ausnahme von der Regelung der Nr. 2.2.5 der VV zu § 15a LHO gemäß Nr. 6 der VV zu § 15a LHO zugestimmt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz
Produktgruppe 273.01 Verfassungsschutz

1.4.2.3 Produktgruppe 273.01 Verfassungsschutz

1.4.2.3.1 Vorwort zur PG 273.01 Verfassungsschutz

Die operativen und auswerterischen Maßnahmen zur Sammlung und Auswertung von Erkenntnissen über Bestrebungen werden unterschieden nach Bestrebungen, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Mächte in der Bundesrepublik Deutschland zum Inhalt haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden sowie
- gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Die im Rahmen der vorgenannten Aufgaben erhobenen und verarbeiteten Informationen dienen der bedarfsgerechten Unterrichtung des Senats, der zuständigen staatlichen Gefahrenabwehrstellen zur Vorbereitung oder Unterstützung von behördlichen oder strafrechtlichen Maßnahmen sowie der Information der Öffentlichkeit, zur Unterrichtung der zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes eingesetzten Gremien der Hamburgischen Bürgerschaft und der Zusammenarbeit mit den zuständigen öffentlichen Stellen. Seinen Informationspflichten kommt das LfV durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen und sonstigen Erkenntnismitteilungen nach.

Das LfV wirkt aufgrund gesetzlicher Bestimmungen auch in ausländerrechtlichen Fragen (Einbürgerungen, Erteilung oder Versagung von Aufenthaltstiteln oder Visa) mit. In diesem Zusammenhang werden auf Anfrage die vorhandenen Informationen geprüft, ob Erkenntnisse vorliegen, die einer Einbürgerung oder der Erteilung eines Aufenthaltstitels entgegenstehen oder ggf. eine Ausweisung erforderlich machen.

Weitere Mitwirkungsaufgaben des LfV werden u.a. durch Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Beratungsleistungen durchgeführt. Im Bereich des Geheimschutzes erfolgt der Schutz von staatlichen Verschlusssachen, um geheim zu haltende Informationen und Materialien vor unbefugtem Gebrauch oder vor unerlaubter Einsichtnahme zu schützen.

1.4.2.3.2 Ergebnisplan der PG 273.01 Verfassungsschutz

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-137	-187					
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	2.617	2.556	2.458	2.611	2.611	2.611	2.611
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	904	72	861	80	80	80	80
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	205	109	195	100	100	100	100
3. Personalkosten	8.823	8.825	8.475	8.761	8.794	8.895	8.985
a) Kosten für Entgelte	1.778	1.847	1.755	1.824	1.772	1.772	1.764
b) Kosten für Bezüge	4.888	4.806	4.652	4.798	4.869	4.943	5.017
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	539	579	527	549	542	545	546
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.618	1.593	1.541	1.590	1.611	1.635	1.658
4. Kosten für Transferleistungen	33		31				
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	17	213	195	216	178	197	196
6. Sonstige Kosten	62	91	62	62	62	62	62
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854

Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz
Produktgruppe 273.01 Verfassungsschutz

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.2.3.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 273.01 Verfassungsschutz

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.2.3.4 Ziele der PG 273.01 Verfassungsschutz

- Z 1: Erstellen eines möglichst umfassenden Lagebildes über den Extremismus in Hamburg (siehe Kennzahlen 1 bis 7)
- Z 2: Schutz von Verschlussachen und geheimhaltungsbedürftiger Informationen sowie Schutz bestimmter sicherheitsempfindlicher Stellen (siehe Kennzahlen 8 und 9)
- Z 3: Schutz Hamburger Unternehmen (siehe Kennzahl 10)

1.4.2.3.5 Kennzahlen der PG 273.01 Verfassungsschutz

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Ausländerextremismus, beobachtete Organisationen	Anzahl	59	47	65	47	47	47	47
2. Ausländerextremismus, Personen	Anzahl	4.000	3.600	2.950	3.600	3.600	3.600	3.600
3. Linksextremismus, beobachtete Organisationen	Anzahl	23	23	23	23	23	23	23
4. Linksextremismus, Personen	Anzahl	1.780	1.700	1.200	1.700	1.700	1.700	1.700
5. Rechtsextremismus, beobachtete Organisationen	Anzahl	20	20	20	18	18	18	18
6. Rechtsextremismus, Personen	Anzahl	1.050	950	530	950	950	950	950
7. Scientology, Personen	Anzahl	650	650	650	650	650	650	650
8. Geheimschutzbetreute Unternehmen, Behörden und Einrichtungen	Anzahl	58	61	55	56	56	56	56

Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz
Produktgruppe 273.01 Verfassungsschutz

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
9. Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	Anzahl	9.608	5.900	9.650	5.670	6.670	6.670	6.670
10. Im Wirtschaftsschutz betreute Unternehmen	Anzahl	450	329	600	350	350	350	350

Zu den Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz zählen

- Unterrichtung des Senats und der Öffentlichkeit über durch den Extremismus bestehende Gefahren für die Schutzgüter des § 4 HmbVerfSchG
- Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen im Vorfeld strafbarer Handlungen
- Vervollständigung der Erkenntnislage und Schließen bestehender Informationslücken durch auswerterische und operative Maßnahmen (hierzu zählen u.a. der Einsatz der Observation und menschlicher Quellen, Maßnahmen nach § 7 HmbVerfSchG, Ermittlungen, wie auch die Durchführung von G 10-Maßnahmen und andere technische Aufklärungsmethoden)
- Austausch relevanter Produktdaten innerhalb des Verfassungsschutzverbundes und mit anderen Sicherheitsbehörden
- Austausch relevanter Produktdaten in ausländerrechtlichen Verfahren mit der Ausländerbehörde
- Aufklärung von Strukturen, Arbeitsmethoden und Zielrichtungen der gegen die Bundesrepublik Deutschland tätigen Nachrichtendienste
- Aufklärung von nachrichtendienstlichen Verdachtsfällen

Zu 1 bis 10:

Es handelt sich bei den abgebildeten Planwerten für 2012 um die **nicht aktualisierten** Planwerte für 2012 gem. dem von der Bürgerschaft am 24.11.2011 beschlossenen Haushaltsplan 2011/2012. Die aktualisierten Planwerte für 2012 würden den Planwerten für 2013 entsprechen.

Zu 9:

Der Rückgang der Sicherheitsüberprüfungen (SÜ) ab 2011 begründet sich in einer Änderung der „Verordnung zur Bestimmung sicherheitsempfindlicher Bereiche für SÜ ohne Mitwirkung des LfV nach dem HambSÜG“. In § 1 Nr. 6 der mit Wirkung vom 11.3.2011 neu gefassten VOHmbSÜG wurde die Senatskanzlei neu aufgenommen. Dem folgend ist die gesetzliche Grundlage für eine Vielzahl von SÜ unter Beteiligung des LfV entfallen.

Die Anzahl der Zuverlässigkeitsüberprüfungen ist gleichfalls gesunken. Gem. § 3 Abs. 5 der Luftsicherheits-Zuverlässigkeitsverordnung (LuftSiZÜV) findet eine Wiederholung der Zuverlässigkeitsüberprüfung (WH-ZÜP) alle 5 Jahre statt. Gem. § 9 LuftSiZÜV gilt abweichend für bis zum 31.12.2008 geprüfte Altfälle eine Frist zur Wiederholung von 2 Jahren. Demnach wurde bislang eine Vielzahl von WH-ZÜP im zweijährlichen Rhythmus durchgeführt. Durch die Erweiterung der Zeitspanne fällt dieses Aufkommen erstmals in 2011 weg. Mit einem Anstieg der ZÜP nach dem LuftSiG ist erst wieder ab 2014 zu rechnen.

Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz
Produktgruppe 273.01 Verfassungsschutz

1.4.2.3.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 273.01 Verfassungsschutz

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Verfassungsschutz<							
Erlöse	-137	-187					
Kosten	11.553	11.685	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Verfassungsschutz<	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Verfassungsschutz<							

-

1.4.2.3.7 Vollzeitäquivalente der PG 273.01 Verfassungsschutz

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	154,1	155,7	155,65	154,65	152,65	151,65	150,65

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.4.2.4 Investitionen des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen		-4					
Auszahlungen sonstige Investitionen	123	357	200	200	200	200	200
Saldo für sonstige Investitionen	123	354	200	200	200	200	200
Verpflichtungsermächtigung für sonstige Investitionen				200	200		

Gesamtsaldo für Investitionsmittel	123	354	200	200	200	200	200
---	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

Einzahlungen aus Investitionen

Keine.

Auszahlungen für Investitionen

Die Investitionsauszahlungen entstehen durch den Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen.

1.4.2.5 Darlehen des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

Darlehen sind nicht veranschlagt.

1.4.2.6 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

Wesentliche gesetzliche Leistungen sind nicht veranschlagt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

1.4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

1.4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 274 Einwohner-Zentralamt

Der Aufgabenschwerpunkt des Einwohner-Zentralamtes umfasst die Umsetzung von politischen und rechtlichen Vorgaben auf dem Gebiet der Ordnungsverwaltung in den Bereichen:

- Aufenthaltsangelegenheiten von Ausländern im nicht gesicherten Aufenthalt,
- Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten,
- Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr.

Darüber hinaus ist das Einwohner-Zentralamt zuständig für amtliche Beglaubigungen, Namensänderungen, Führung des Pass- und des Personalausweisregisters sowie Fachbehörde für die Ausstellung von Pässen und Personalausweisen sowie für Beglaubigungen.

Wesentliche Schwerpunkte der Haushaltsjahre 2013 und 2014:

Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einbürgerungsinitiative.

1.4.3.2 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

Die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“, „Personalkosten“, „Kosten aus Transferleistungen“ und „Sonstige Kosten“ sind übertragbar.

Für Leistungen aus Gründen der Billigkeit können im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ Kosten bis zu 200 Tsd. Euro verursacht werden.

Sofern zur Erreichung des Leistungszwecks ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel gefördert wird,

- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ innerhalb einer Produktgruppe und zu den Produktgruppen desselben Aufgabenbereichs gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Mittel für sonstige Investitionen der Aufgabenbereiche innerhalb des Einzelplans 8.1 gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ aller Produktgruppen des Einzelplans 8.1 bis zur Höhe von zwei von Hundert der veranschlagten Kosten zugunsten aller Produktgruppen innerhalb des Einzelplans 8.1 deckungsfähig.
- ist in allen Produktgruppen eines Aufgabenbereichs der Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ einseitig deckungsfähig zugunsten von Auszahlungen der drei Investitionsmittelgruppen desselben Aufgabenbereichs.
- fließen die aus Desinvestitionen erfolgenden Einzahlungen für Investitionen den Auszahlungen für Investitionen zu.

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.01 Service

1.4.3.3 Produktgruppe 274.01 Service

1.4.3.3.1 Vorwort zur PG 274.01 Service

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.3.3.2 Ergebnisplan der PG 274.01 Service

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-81	-128	-71	-83	-83	-83	-83
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	3.181	3.016	3.192	3.185	3.170	3.150	3.150
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.576	2.558	2.635	2.665	2.650	2.630	2.630
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	269	154	120	120	120	120	120
3. Personalkosten	3.321	2.946	2.872	3.103	3.158	3.194	3.241
a) Kosten für Entgelte	1.456	1.619	1.244	1.257	1.276	1.295	1.314
b) Kosten für Bezüge	1.132	967	988	1.149	1.172	1.181	1.199
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	328	1.661	273	292	297	301	305
e) Kosten für Versorgungsleistungen	406	-1.301	368	405	413	417	423
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	54	1					
6. Sonstige Kosten	25	265	21	20	20	20	20
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	6.500	6.100	6.015	6.225	6.265	6.281	6.328
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	6.500	6.100	6.015	6.225	6.265	6.281	6.328
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	6.500	6.100	6.015	6.225	6.265	6.281	6.328
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	6.500	6.100	6.015	6.225	6.265	6.281	6.328

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.3.3.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 274.01 Service

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.01 Service

1.4.3.3.4 Ziele der PG 274.01 Service

-

1.4.3.3.5 Kennzahlen der PG 274.01 Service

Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
-							

In dieser Produktgruppe werden die Intendanzleistungen abgebildet, die sich aus folgenden Bereichen zusammensetzen:

- Amtsleitung
- Recht
- Ressourcensteuerung, Controlling und Zentrale Buchhaltung
- Personalverwaltung, -planung und -entwicklung, Personalrat
- Interner Service (Gebäudemanagement, Beschaffung und Bewirtschaftung, Registratur und Poststelle)

Kennzahlen wurden bislang noch nicht aufgenommen, da eine einheitliche Definition der Intendanzkennzahlen für alle SNH-Bereiche in Planung ist.

1.4.3.3.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 274.01 Service

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Service<							
Erlöse	-81	-128	-71	-83	-83	-83	-83
Kosten	6.581	6.228	6.086	6.308	6.348	6.364	6.411
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Service<	6.500	6.100	6.015	6.225	6.265	6.281	6.328
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Service<							

In den abgebildeten Summen sind neben den Erlösen für Intendanzleistungen auch die Gebäudekosten des Aufgabenbereiches enthalten.

1.4.3.3.7 Vollzeitäquivalente der PG 274.01 Service

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	64,30	56,80	61,59	53,99	54,11	54,05	54,05

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

1.4.3.4 Produktgruppe 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

1.4.3.4.1 Vorwort zur PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.3.4.2 Ergebnisplan der PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-68	-119	-36	-46	-46	-46	-46
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit		4					
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen		1					
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz		1					
3. Personalkosten	300	457	308	366	370	378	383
a) Kosten für Entgelte	73	110	86	97	99	100	102
b) Kosten für Bezüge	155	233	148	181	183	188	190
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	20		19	26	27	27	28
e) Kosten für Versorgungsleistungen	52	114	55	61	62	63	64
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	1	1	1	1	1		
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	233	343	274	321	325	332	337
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	233	343	274	321	325	332	337
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	233	343	274	321	325	332	337
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	233	343	274	321	325	332	337

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.3.4.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.3.4.4 Ziele der PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

- Z 1: Beibehaltung der zügigen Auskunftserteilung aus dem Pass- und dem Personalausweisregister innerhalb von zwei Arbeitstagen in mind. 95% der Anfragen (siehe Kennzahl 1)

1.4.3.4.5 Kennzahlen der PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Quote der Auskunftserteilung aus dem Pass- und dem Personalausweisregister innerhalb von zwei Arbeitstagen	Prozent	99,21	95,85	95	95	95	95	95
2. Auskünfte aus dem Pass- und dem Personalausweisregister	Anzahl	32.256	37.804	27.000	35.000	35.000	35.000	35.000

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
 Produktgruppe 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

1.4.3.4.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Produkt Beglaubigungen und Apostillen							
Erlöse	-4	-8	-2	-3	-3	-3	-3
Kosten	69	106	71	84	85	87	88
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Beglaubigungen und Apostillen	65	98	69	81	82	84	85
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Beglaubigungen und Apostillen							
Produkt Pass- und Ausweisangelegenheiten							
Erlöse	-19	-34	-10	-13	-13	-13	-13
Kosten	167	257	172	204	206	210	213
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Pass- und Ausweisangelegenheiten	148	223	162	191	193	197	200
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Pass- und Ausweisangelegenheiten							
Produkt Namensänderungen und -feststellungen							
Erlöse	-44	-78	-23	-30	-30	-30	-30
Kosten	65	99	67	79	80	81	82
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Namensänderungen und -feststellungen	20	21	43	49	50	51	52
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Namensänderungen und -feststellungen							

-

1.4.3.4.7 Vollzeitäquivalente der PG 274.02 Pass-, Ausweis-, Namens- u. Beglaubigungsangelegenheiten

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	7,50	7,25	7,83	7,59	7,56	7,60	7,60

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.03 Ausländerangelegenheiten

1.4.3.5 Produktgruppe 274.03 Ausländerangelegenheiten

1.4.3.5.1 Vorwort zur PG 274.03 Ausländerangelegenheiten

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.3.5.2 Ergebnisplan der PG 274.03 Ausländerangelegenheiten

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-556	-1.038	-473	-464	-464	-464	-464
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	84	2.854	2.199	2.224	2.224	2.224	2.224
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen		42	20	20	20	20	20
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz		2.637	2.075	2.104	2.104	2.104	2.104
3. Personalkosten	6.411	7.116	6.515	6.250	6.330	6.442	6.539
a) Kosten für Entgelte	3.055	3.249	3.200	2.999	3.044	3.090	3.136
b) Kosten für Bezüge	1.965	2.091	1.905	1.893	1.911	1.952	1.982
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	671		701	663	672	683	693
e) Kosten für Versorgungsleistungen	720	1.776	709	696	703	717	728
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	155	220	252	252	238	221	80
6. Sonstige Kosten	1.890	47					
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	7.984	9.199	8.494	8.263	8.328	8.423	8.379
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	7.984	9.199	8.494	8.263	8.328	8.423	8.379
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	7.984	9.199	8.494	8.263	8.328	8.423	8.379
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	7.984	9.199	8.494	8.263	8.328	8.423	8.379

Zu 2. u. 6.: Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Die Kosten setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Rückführungskosten von Ausländern und Fahrkosten für Asylbewerber sowie die Kosten für die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung.

Die Kostensteigerung von 2012 auf 2013 ist dadurch zu erklären, dass bei der Überleitung der kameralen Kostenarten die Kosten für die Zentrale Erstaufnahme (1.399 Tsd. EUR) und Rückführungen (600 Tsd. EUR) irrtümlich der Position 6. Sonstige Kosten zugewiesen wurden. Dies wurde nun in der Planung ab 2013 korrigiert und die entsprechenden Beträge den Kosten aus Verwaltungstätigkeit zugeordnet.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.3.5.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 274.03 Ausländerangelegenheiten

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.3.5.4 Ziele der PG 274.03 Ausländerangelegenheiten

- Z 1: Entscheidungen in Visaangelegenheiten innerhalb von durchschnittlich 60 Arbeitstagen nach Antragstellung (siehe Kennzahl 1)
- Z 2: Kundenfreundliche Aufgabenwahrnehmung durch Begrenzung der durchschnittlichen Wartezeit vor einer persönlichen Vorsprache auf maximal 60 Minuten (siehe Kennzahl 6)
- Z 3: Entscheidungen über Aufenthaltserlaubnisanträge sollen künftig innerhalb von durchschnittlich 5 Monaten nach Antragstellung getroffen werden (siehe Kennzahl 7)

1.4.3.5.5 Kennzahlen der PG 274.03 Ausländerangelegenheiten

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Durchschnittliche Verfahrensdauer bei der Bearbeitung von Visaanträgen	Tage	58	56	60	56	56	56	56
2. Neueingänge von Visaanträgen	Anzahl	3.834	6.108	6.500	6.100	6.100	6.100	6.100
3. Durchschnittliche Kosten je Stellungnahme in Visaangelegenheiten*	Euro	-	167	-	172	174	176	178
4. Betreute Personen	Anzahl	7.637	8.856	9.700	9.200	9.400	9.600	9.800
5. Durchschnittliche Kosten pro betreuter Person*	Euro	-	881	-	861	855	850	845
6. Durchschnittliche Wartezeit bei Vorsprachen	Minuten	-	66	60	60	60	60	60
7. Durchschnittliche Verfahrensdauer bei Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis	Monate	-	5	7	5	5	5	5
8. Zugänge von Personen im ungesicherten Aufenthalt nach Hamburg	Anzahl	1.855	2.024	2.000	2.400	2.600	2.800	3.000
9. Durchschnittliche Belegung der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung	Anzahl	165	169	100	170	180	180	180
10. Vorbereitete Rückführungen	Anzahl	703	626	650	600	600	600	600
11. Rückführungen	Anzahl	451	445	500	450	450	450	450
12. Kosten pro Rückführung*	Euro	-	5.995	-	6.176	6.268	6.362	6.457

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.03 Ausländerangelegenheiten

* : Pauschale lineare Tarif- und Besoldungssteigerung um 1,5 Prozentpunkte p. a. ab 2013.

Zu 4.:

Bei den angegebenen betreuten Personen liegt eine Duldung oder Aufenthaltsgestattung vor.

Zu 8.:

Bei den Personen im ungesicherten Aufenthalt handelt es sich um Asylbewerber und Flüchtlinge.

Zu 12.:

Die Planung der Kennzahl zu Ziffer 14 beruht auf der Annahme, dass keine relevanten Verschiebungen der Zielländer von Rückführungen stattfinden.

1.4.3.5.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 274.03 Ausländerangelegenheiten

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Produkt Visaangelegenheiten							
Erlöse							
Kosten	741	889	778	757	763	771	768
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Visaangelegenheiten	741	889	778	757	763	771	768
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Visaangelegenheiten							
Produkt Aufenthaltsangelegenheiten von Asylbewerbern und Flüchtlingen							
Erlöse	-73	-136	-62	-61	-61	-61	-61
Kosten	3.570	4.279	3.748	3.648	3.675	3.715	3.697
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Aufenthaltsangelegenheiten von Asylbewerbern und Flüchtlingen	3.497	4.143	3.686	3.587	3.614	3.654	3.636
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Aufenthaltsangelegenheiten von Asylbewerbern und Flüchtlingen							
Produkt Angelegenheiten der ZEA							
Erlöse							
Kosten	2.245	2.691	2.357	2.294	2.311	2.336	2.325
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Angelegenheiten der ZEA	2.245	2.691	2.357	2.294	2.311	2.336	2.325
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Angelegenheiten der ZEA							
Produkt Ausweisungen und nachträgliche Befristungen							
Erlöse							
Kosten	452	542	474	462	465	470	468
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Ausweisungen und nachträgliche Befristungen	452	542	474	462	465	470	468
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Ausweisungen und nachträgliche							

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
 Produktgruppe 274.03 Ausländerangelegenheiten

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Befristungen							
Produkt Vollzug ausländerrechtlicher Entscheidungen							
Erlöse	-483	-902	-411	-403	-403	-403	-403
Kosten	1.532	1.837	1.609	1.566	1.577	1.594	1.586
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Vollzug ausländerrechtlicher Entscheidungen	1.049	934	1.198	1.162	1.174	1.191	1.183
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Vollzug ausländerrechtlicher Entscheidungen							

-

1.4.3.5.7 Vollzeitäquivalente der PG 274.03 Ausländerangelegenheiten

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	134,64	135,67	147,18	125,27	125,00	125,37	125,37

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

1.4.3.6 Produktgruppe 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

1.4.3.6.1 Vorwort zur PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.3.6.2 Ergebnisplan der PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse	-1.076	-1.121	-1.050	-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit		33					
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz		1					
3. Personalkosten	1.359	1.869	1.410	1.509	1.527	1.553	1.576
a) Kosten für Entgelte	364	493	398	550	558	567	575
b) Kosten für Bezüge	672	911	675	614	620	631	641
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	97		87	132	134	136	138
e) Kosten für Versorgungsleistungen	226	465	251	213	215	219	222
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten		17					
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	283	798	360	309	327	353	376
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	283	798	360	309	327	353	376
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	283	798	360	309	327	353	376
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	283	798	360	309	327	353	376

Zu 1.: Erlöse

Bedingt durch die Einbürgerungsinitiative ab Herbst 2011 wurden die Planwerte der Erlöse ab 2013 angepasst.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.3.6.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.3.6.4 Ziele der PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

- Z 1: Beschleunigung der Einbürgerungsverfahren durch Verkürzung des Zeitraums bis zur Erstentscheidung nach Antragstellung auf unter 12 Monate in mind. 70% der Verfahren (siehe Kennzahl 3)
- Z 2: Ziel ist es, die durchschnittliche Verfahrensdauer in Einbürgerungsverfahren bis zur Erstentscheidung zu verkürzen (siehe Kennzahl 2)
- Z 3 :Ziel ist es, die Beratung vor der Antragsstellung qualitativ so zu gestalten, dass der Kunde besser auf das Einbürgerungsverfahren vorbereitet ist (siehe Kennzahl 1)

1.4.3.6.5 Kennzahlen der PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Beratungen	Anzahl	8.307	9.420	-	15.900	15.900	15.900	15.900
2. Durchschnittliche Verfahrensdauer in Einbürgerungsverfahren bis zur Erstentscheidung	Monate	11,85	10,67	6	9	8	7	6
3. Quote der Einbürgerungsverfahren mit Erstentscheidung innerhalb von 12 Monaten nach Antragstellung	Prozent	62,92	68,91	70	72	74	76	78
4. Neueingänge Einbürgerungsanträge	Anzahl	5.084	5.249	5.000	7.500	7.500	7.500	7.500
5. Laufende Einbürgerungsverfahren (Personen), Bestandsfälle	Anzahl	13.992	13.556	12.198	12.700	12.300	11.900	11.500
6. Verfahrensabschlüsse	Anzahl	6.016	6.360	5.500	6.500	6.500	6.500	6.500
7. Durchschnittliche Kosten je abgeschlossenem Verfahren*	Euro	-	401	-	413	419	425	431
8. Durchschnittliche Erlöse je Einbürgerungsneuantrag	Euro	-	220	-	220	220	220	220
9. Personen mit Optionspflicht zur Staatsangehörigkeit	Anzahl	232	337	479	637	828	987	1158
9.1. davon Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit	Anzahl	152	185	-	382	497	592	695
9.2. davon Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit	Prozent	65,5	54,9	-	60	60	60	60

* : Pauschale lineare Tarif- und Besoldungssteigerung um 1,5 Prozentpunkte p. a. ab 2013.

Zu 4.:

Erhöhung der Planwerte bei den Beratungen und den Neuanträgen bedingt durch die Einbürgerungsinitiative.

Zu 9.

Die Werte beinhalten alle Personen, die seit 2008 der Optionspflicht unterliegen, unabhängig davon, ob sie sich bereits für oder gegen die deutsche Staatsangehörigkeit ausgesprochen haben. Da die Optionspflichtigen sich innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres entscheiden können, enthalten die Planwerte jeweils die kumulierten Werte der Vorjahre. Die Steigerung der Planzahlen ab 2012 beruht auf den Zahlen aus der SKA-19/3417.

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

Zu 9.1.

Es wurden alle Personen erfasst, die sich seit 2008 für die dt. Staatsangehörigkeit entschieden haben. Diese Zahl berücksichtigt nicht, ob der Nachweis über den Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit tatsächlich erbracht wurde.

Zu 9.2.

Die Planzahlen entsprechen dem (gerundeten) Mittelwert der Jahre 2010 und 2011.

1.4.3.6.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Produkt Einbürgerungsangelegenheiten							
Erlöse	-1.070	-1.115	-1.044	-1.193	-1.193	-1.193	-1.193
Kosten	1.264	1.784	1.311	1.403	1.420	1.444	1.466
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Einbürgerungsangelegenheiten	194	670	267	210	227	251	273
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Einbürgerungsangelegenheiten							
Produkt Staatsangehörigkeitsangelegenheiten							
Erlöse	-6	-7	-6	-7	-7	-7	-7
Kosten	95	135	99	106	107	109	111
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	89	128	93	99	100	102	104
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Staatsangehörigkeitsangelegenheiten							

Die von 2012 auf 2013 geplante Steigerung der Erlöse um 150 Tsd. EUR begründet sich aus der Einbürgerungsinitiative ab Herbst 2011.

1.4.3.6.7 Vollzeitäquivalente der PG 274.04 Einbürgerungsangelegenheiten

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	28,50	28,92	31,21	28,25	28,17	28,25	28,25

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

1.4.3.7 Produktgruppe 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

1.4.3.7.1 Vorwort zur PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.3.7.2 Ergebnisplan der PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	30	45	25	25	25	25	25
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen		1					
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	30	27	25	25	25	25	25
3. Personalkosten	4.536	3.781	4.433	4.258	4.313	4.388	4.453
a) Kosten für Entgelte	2.328	1.847	2.314	2.132	2.164	2.197	2.230
b) Kosten für Bezüge	1.241	984	1.176	1.209	1.220	1.246	1.265
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	500		507	466	472	480	487
e) Kosten für Versorgungsleistungen	467	950	437	451	455	465	472
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	108	115	213	213	213	213	115
6. Sonstige Kosten		-55					
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	4.674	3.886	4.671	4.496	4.550	4.625	4.593
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	4.674	3.886	4.671	4.496	4.550	4.625	4.593
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	4.674	3.886	4.671	4.496	4.550	4.625	4.593
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	4.674	3.886	4.671	4.496	4.550	4.625	4.593

Zu 1.: Erlöse

Die Erlöse (und die Portokosten im Zusammenhang mit der Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten) werden weiterhin kameral veranschlagt.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.3.7.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.3.7.4 Ziele der PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

- Z 1: Beibehalten der erreichten niedrigen Quote der Verfahrenseinstellungen (siehe Kennzahl 1)

1.4.3.7.5 Kennzahlen der PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Quote der Verfahrenseinstellungen	Prozent	6,4	6,1	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3
2. Anzeigte Verkehrsordnungswidrigkeiten	Anzahl	1.103.922	1.270.839	1.552.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000
3. Durchschnittliche Kosten je angezeigter Ordnungswidrigkeit	Euro	-	-	-	-	-	-	-
4. Durchschnittliche Erlöse je angezeigter Ordnungswidrigkeit	Euro	-	-	-	-	-	-	-

Zu 3. u. 4.:

Die Ermittlung der Kennzahlen ist gegenwärtig nicht möglich, da die Einnahmen und die Portokosten im Zusammenhang mit der Ahnung von Verkehrsordnungswidrigkeiten weiterhin kameral bewirtschaftet werden (Titel 8010.112.01 Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten u. 8010.511.01 Post- u. Fernmeldegebühren). Die im doppischen System dargestellten Kosten bilden die Personal- und Sachkosten sowie die Rechts- und Beratungskosten ab.

1.4.3.7.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Produkt Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr							
Erlöse							
Kosten	4.674	3.886	4.671	4.496	4.550	4.625	4.593
Saldo Jahresergebnis 1 Produkt Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr	4.674	3.886	4.671	4.496	4.550	4.625	4.593
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 Produkt Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr							

Die o. g. Kosten bilden die Personal- und Sachkosten sowie die Rechts- und Beratungskosten ab.

Die Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten und die Portokosten im Zusammenhang mit der Ahnung von Verkehrsordnungswidrigkeiten werden weiterhin kameral veranschlagt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt
Produktgruppe 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

1.4.3.7.7 Vollzeitäquivalente der PG 274.05 Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	95,15	87,66	95,14	87,72	87,55	87,77	87,77

-

1.4.3.8 Investitionen des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

Investitionen sind nicht veranschlagt.

1.4.3.9 Darlehen des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

Darlehen sind nicht veranschlagt.

1.4.3.10 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

Wesentliche gesetzliche Leistungen sind nicht veranschlagt.

1.4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei

1.4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 275 Polizei

Die Polizei gewährleistet mit ihrer Arbeit

- den Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität unter Berücksichtigung besonderer Schwerpunktsetzungen in einzelnen Kriminalitätsfeldern;
- eine durch geeignete Maßnahmen gestärkte Verkehrssicherheit, vor allem durch Aktivitäten zur Reduzierung der Unfälle mit Personenschäden;
- die sich aus der Lageentwicklung und aus nationalen und internationalen Anforderungen ergebende Weiterentwicklung der Maßnahmen zur weiteren Optimierung der Sicherheit im Hafen als einem für Hamburg zentralen Standortfaktor;
- die weitere Intensivierung bürgernaher Wahrnehmung ihrer Aufgaben und fördert durch geeignete Maßnahmen weiterhin das Sicherheitsgefühl der Menschen und ihr Vertrauen in die Polizei in Hamburg.

Die Polizei gewährleistet in dem ihr gesetzlich zugewiesenen Aufgabenbereich die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie arbeitet dabei kooperativ mit anderen Verwaltungsbehörden und Institutionen zusammen.

Die Polizei trifft hierzu Maßnahmen in verschiedenen Aufgabenbereichen der Kriminalitätsbekämpfung, der Verkehrssicherheitsarbeit, der Sicherheit im Hafen- und Schifffahrtsbereich, der Gefahrenabwehr und auch im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Versammlungen, die vielfältigen Einflüssen unterliegen. Entsprechend muss die Polizei flexibel auch auf sich kurzfristig ergebende Veränderungen sowie auf aktuelle Ereignisse reagieren. Das bedingt eine hohe Flexibilität auch im Einsatz der zur Verfügung stehenden personellen und sächlichen Ressourcen. Der polizeiliche Aufgabenvollzug ist in seiner Aufgabenwahrnehmung darauf angewiesen, durch Technik und Logistik in vielfältiger Form unterstützt zu werden. Der komplexe Aufgabenbereich erfordert darüber hinaus eine adäquate Steuerung des polizeilichen Vollzugsbereiches. Des Weiteren wird der polizeiliche Aufgabenbereich zunehmend durch Kooperationserfordernisse in der Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Einrichtungen und Institutionen geprägt. Die wesentlichen Elemente polizeilicher Arbeit liegen im Bereich der Prävention, der Gefahrenabwehr und der Repression. Insbesondere repressives Handeln erfordert regelmäßige Anpassungen polizeilicher Handlungsschwerpunkte. Hierdurch ist die langfristige Planbarkeit eingeschränkt.

1.4.4.2 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 275 Polizei

Die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“, „Personalkosten“, „Kosten aus Transferleistungen“ und „Sonstige Kosten“ sind übertragbar.

Für Leistungen aus Gründen der Billigkeit können im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ Kosten bis zu 200 Tsd. Euro verursacht werden.

Sofern zur Erreichung des Leistungszwecks ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel gefördert wird,

- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ innerhalb einer Produktgruppe und zu den Produktgruppen desselben Aufgabenbereichs gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Mittel für sonstige Investitionen der Aufgabenbereiche innerhalb des Einzelplans 8.1 gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ aller Produktgruppen des Einzelplans 8.1 bis zur Höhe von zwei von Hundert der veranschlagten Kosten zugunsten aller Produktgruppen innerhalb des Einzelplans 8.1 deckungsfähig.
- ist in allen Produktgruppen eines Aufgabenbereichs der Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ einseitig deckungsfähig zugunsten von Auszahlungen der drei Investitionsmittelgruppen desselben Aufgabenbereichs.
- fließen die aus Desinvestitionen erfolgenden Einzahlungen für Investitionen den Auszahlungen für Investitionen zu.

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.01 Kernbereich Vollzug

1.4.4.3 Produktgruppe 275.01 Kernbereich Vollzug

1.4.4.3.1 Vorwort zur PG 275.01 Kernbereich Vollzug

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.4.3.2 Ergebnisplan der PG 275.01 Kernbereich Vollzug

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse	-105	-195		-7	-7	-7	-7
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	9.756	9.303	8.336	8.446	8.446	8.609	8.609
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>	70	110	100	102	102	102	102
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	4.203	4.171	3.839	2.672	2.672	2.820	2.820
3. Personalkosten	308.282	318.567	303.701	332.370	334.328	335.820	337.303
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	25.296	26.016	24.325	28.237	28.581	28.912	29.163
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	199.820	204.140	207.511	215.855	216.969	217.758	218.593
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	13.921	13.582	4.713	18.354	18.488	18.597	18.700
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	69.244	74.830	67.152	69.924	70.290	70.553	70.848
4. Kosten für Transferleistungen		3					
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	3.422	2.846	2.160	1.873	1.671	1.630	1.577
6. Sonstige Kosten	419	324	82	174	174	174	174
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	321.774	330.847	314.279	342.857	344.612	346.226	347.656
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	321.774	330.847	314.279	342.857	344.612	346.226	347.656
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	321.774	330.847	314.279	342.857	344.612	346.226	347.656
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	321.774	330.847	314.279	342.857	344.612	346.226	347.656

Die Aufteilung bzw. Überleitung der Kosten und Erlöse auf die neue Ermächtigungsebene Produktgruppe erfolgte auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels, der auf der Kostenrechnung des Haushaltsjahres 2011 und Erkenntnissen der Polizei internen Budgetplanung 2012 basiert.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.01 Kernbereich Vollzug

1.4.4.3.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 275.01 Kernbereich Vollzug

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				598	619		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Für die Jahre 2013 und 2014 werden Verpflichtungsermächtigungen für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie für diverse Wartungsverträge ausgebracht.

1.4.4.3.4 Ziele der PG 275.01 Kernbereich Vollzug

- Z 1: Gewährleistung einer zügigen Hilfeleistung/Einsatzabwicklung (siehe Kennzahlen 1, 2, 4, 5, 6, 7)
- Z 2: Gewährleistung einer lageangepassten uniformierten Präsenz (siehe Kennzahl 3)
- Z 3: Schutz gefährdeter Objekte (siehe Kennzahl 8)
- Z 4: Gewährleistung einer störungsfreien Durchführung von Versammlungen, Aufzügen und Veranstaltungen (siehe Kennzahl 9)
- Z 5: Beibehalten des hohen Niveaus bei der Bekämpfung von Delikten der Schwerstkriminalität; Intensivierung der Maßnahmen gegen gefährliche und schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen, Reduzierung des Straßen- und Handtaschenraubes, Erhöhung der Aufklärungsquote bei Haus- und Wohnungseinbrüchen und Senkung bzw. Konsolidierung der Fallzahlen bei Haus- und Wohnungseinbrüchen (siehe Kennzahl 11)
- Z 6: Fortführung der Bekämpfung der Delinquenz von Intensivtätern durch konsequente Umsetzung des Intensivtäter-Konzeptes und interbehördlicher Kooperation (siehe Kennzahlen 12, 13)
- Z 7: Verhütung der Jugendkriminalität (siehe Kennzahlen 15, 16, 17, 18, 19, 20)
- Z 8: Reduzierung von Verkehrsrisiken durch zielgruppen- und ursachenorientierte Verkehrssicherheitsarbeit (siehe Kennzahlen 21, 22, 23, 25, 26)
- Z 9: Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung des Schiffverkehrs auf der Elbe (Vertragsgebiet) und im Hamburger Hafen (siehe Kennzahlen 32, 33, 34)
- Z 10: Gewährleistung der Sicherheit der Schengen-Außengrenze Hamburg-Hafen (siehe Kennzahl 27)
- Z 11: Gewährleistung der Sicherheit bei der Beförderung und dem Umschlag gefährlicher Güter (siehe Kennzahlen 28, 29, 30, 31)
- Z 12: Durchsetzung des Waffenverbots- und Glasflaschenverbotsgesetzes in der Waffenverbotszone (siehe Kennzahl 35)

1.4.4.3.5 Kennzahlen der PG 275.01 Kernbereich Vollzug

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1.1 Anzahl der Polizeikommissariate, Wasserschutzpolizeikommissariate und Wasserschutzreviere	Anzahl	28	28	28	28	28	28	28
1.2 Anzahl der Außenstellen und Polizeiposten	Anzahl	24	23	23	23	23	23	23
2. Erfüllungsquote Besetzung an den PK	Prozent	97,9	97,9	-	97,8	98,5	99,1	98,8
3. Personalstunden uniformierte Präsenz	Stunden	429.209	405.009	430.000	450.000	450.000	450.000	450.000

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.01 Kernbereich Vollzug

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
4. 1 Notrufe über 110	Anzahl	521.430	541.426	522.000	540.000	540.000	540.000	540.000
4.2 Notrufe über 110 durchschnittliche Anrufentgegennahmezeit (in Sek.)	Anzahl	7,3	7,7	-	7,7	7,7	7,7	7,7
5. Funkstreifeneinsätze	Anzahl	490.386	503.784	496.000	500.000	500.000	500.000	500.000
6. Anteil der Einsätze im höchsten Prioritätsbereich mit einer Vergabezeit unter fünf Minuten	Prozent	-	-	-	≥97	≥97	≥97	≥97
7. Anteil der Einsätze geringer und mittlerer Priorität mit einer Vergabezeit über 15 Minuten	Prozent	-	-	-	<21	<21	<21	<21
8. Personalstunden Schutzmaßnahmen	Stunden	353.657	389.002	355.000	400.000	400.000	400.000	400.000
9. 1 Anteil störungsfrei verlaufender Versammlungen und Aufzügen an allen Versammlungen und Aufzügen	Prozent	97,7	96,8	98,3	97,0	97,0	97,0	97,0
9.2 Anzahl aller Versammlungen und Aufzüge	Anzahl	998	1.197	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
10. Straftaten PKS gesamt	Anzahl	224.775	228.874	-	-	-	-	-
11. Aufklärungsquote Straftaten insgesamt	Prozent	46,2	44,3	46,5	47,5	47,5	47,5	47,5
12. Ausgeschriebene Intensivtäter	Anzahl	668	643	680	655	655	655	655
13. Darunter Intensivtäter unter 21 Jahren	Anzahl	375	370	375	375	375	375	375
14. Tatverdächtigenbelastungszahl (TV ab 8 Jahren je 100.000 Einwohner ab 8 Jahren)	Anzahl	4.268	4.089	-	-	-	-	-
15. Erreichte Schulen-Präventionsprogramm	Anzahl	192	189	220	220	220	220	220
16. Anzahl Präventionsunterrichtsstunden	Stunden	6.970	7.136	-	7.300	7.300	7.300	7.300
17. Anzahl Cop4U	Anzahl	230	227	-	234	234	234	234
18. Norm- und Hilfesgespräche	Anzahl	1.513	1.535	1.800	1.500	1.500	1.500	1.500
19. Zahl der Fallkonferenzen (Jugenddelinquenz)	Anzahl	34	69	-	96	96	96	96
20. Meldungen an das Familieninterventionsteam (FIT)	Anzahl	1.469	1.843	-	-	-	-	-
21. Verkehrsunterrichtsstunden	Stunden	26.283	26.814	25.000	26.000	26.000	26.000	26.000
22. Verkehrsunfälle	Anzahl	64.375	66.118	63.000	63.000	63.000	63.000	63.000
23. Verkehrsunfälle mit Personenschaden	Anzahl	7.237	7.735	8.400	7.500	7.500	7.500	7.500
24. Polizeiseitig gewährte Einsichtnahmen in Verkehrsunfallakten durch Externe	Anzahl	2.074	2.196	-	2.100	2.100	2.100	2.100
25. Personalstunden für Überwachung des ruhenden Verkehrs durch AiA/AiP	Stunden	48.085	46.353	-	46.500	^^46.500	46.500	46.500
26. Festgestellte Ordnungswidrigkeiten bei der Überwachung des fließenden Verkehrs	Anzahl	544.486	-	-	-	-	-	-
27. Grenzpolizeiliche Überprüfungen	Anzahl	675.573	828.019	680.000	900.000	900.000	900.000	900.000
28. Überprüfungsquote Gefahrgutcontainer	Prozent	2,2	2,1	-	2,0	2,0	2,0	2,0

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.01 Kernbereich Vollzug

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
29. Beanstandungsquote der überprüften Gefahrgutcontainer	Prozent	83,4	72,3	87	70	70	70	70
30. Überprüfungen von Gefahrguttransporten auf der Straße	Anzahl	2.810	2.844	2.800	3.000	3.000	3.000	3.000
31. Beanstandungsquote bei überprüften Gefahrguttransporten auf der Straße	Prozent	32,2	33,7	45	33,3	33,3	33,3	33,3
32. Anzahl der im Hamburger Hafen durchgeführten Schiffskontrollen bei Seeschiffen	Anzahl	7.601	8.278	7.550	7.550	7.550	7.550	7.550
33. Kontrolldichte Seeschiffe (Hamburger Hafen)	Prozent	74,5	81,3	60	74	74	74	74
34. Beanstandungsquote bei Seeschiffskontrollen	Prozent	11,1	11,5	13	13,5	13,5	13,5	13,5
35.1 Anzahl der Polizeivollzugsbeamten im Waffenverbotsgebiet	Anzahl	46,7	40,2	-	40,2	40,2	40,2	40,2
35.2 Einsatztage im Jahr im Waffenverbotsgebiet	Anzahl	108	108	-	108	108	108	108

Zu 1.1:

Es handelt sich um 24 Polizeikommissariate, 3 Wasserschutzpolizeikommissariate, 1 Wasserschutzpolizeirevier. Der Ist-Stand wurde fortgeschrieben. Es werden keine Polizeikommissariate geschlossen.

Zu 1.2:

Es handelt sich um 10 Außenstellen der ZD, 3 Außenstellen der Wasserschutzpolizei, 3 Bedarfsaußenstellen (Stadion, Dom und Fischmarkt) und 7 Polizeiposten (Differenz von 2010 zu 2011 ergibt sich durch die Schließung eines Polizeipostens im Bereich des PK 43). Der Ist-Stand wurde fortgeschrieben.

Zu 2:

Die Prognose erfolgte unter Berücksichtigung der Nachwuchsplanung für 2013 ff., die von mind. 250 Neueinstellungen pro Jahr ausgeht. Zur Ermittlung der Erfüllungsquote wird der erwartete Durchschnittswert an freien Vollzugsstellen (im Wesentlichen aufgrund von Ruheständen) pro Jahr ermittelt und auf den Gesamtstellenbestand des Vollzugs bezogen.

Zu 3:

Die Anzahl der geleisteten polizeilichen uniformierten Präsenzstunden sank 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 24.200 Stunden. Der Personalstundenrückgang ist auf die geringere Verfügbarkeit von Zusatzkräften zurück zu führen. Die Zusatzkräfte waren in Einsätzen gebunden.

Zu 5:

Die Prognose basiert auf dem aufgerundeten Mittelwert der letzten 4 Jahre.

Zu 6 und 7:

Die Einsatzanlässe werden entsprechenden Prioritäten zugeordnet. Beispiele für höchste Prioritäten: Amoklauf, Bedrohung mit Waffe, Falschfahrer, Geiselnahme, Hilferufe u.ä. Beispiele für geringe und mittlere Prioritäten sind Einsatzanlässe wie: Randalierer, Streit, Verwirrte Person, Ruhestörung u.ä. Diese Kennzahlen werden seit dem 01.01.2012 erhoben, Ist-Werte für davor liegende Zeiträume können nicht retrograd erhoben werden. Die Vergabezeit ist die Zeitspanne zwischen Eingang des Notrufes (Anrufzeit) bis zur Annahme des Einsatzes durch die Funkstreifenwagenbesatzung – die Annahme wird mittels einer Statustaste am Funksprechgerät quittiert.

Zu 8:

Die Personalstunden für Schutzmaßnahmen sind gestiegen, da die Bewachung des Polizeipräsidiums, die vorher durch eine Sicherheitsfirma geleistet wurde, seit dem 01.04.2011 durch Mitarbeiter der Polizei wahrgenommen wird.

Zu 10:

Die Zunahme der Fallzahlen ergibt sich im Wesentlichen aus einem Anstieg bei einfachen Diebstahlsdelikten und einer Steigerung beim Betrug, speziell dem Warenbetrug. Drei Serien und u.a. ein Verfahren des Waren / Warenkreditbetruges, des Anlagebetruges (Wirtschaftskriminalität) und des Betruges mit rechtswidrig erlangten Debitkarten wurden Anfang 2011 erfasst.

Zu 11:

Die Aufklärungsquote (AQ) eines Deliktbereiches ist im Wesentlichen abhängig von dem Anteil der Täter-Opfer-Beziehungen. Der Anteil ist bei Gewaltdelikten i.d.R. hoch, insbesondere für Körperverletzung, hier sind durchweg hohe AQ zu verzeichnen. Diese Voraussetzungen liegen beispielsweise für Diebstahlsdelikte (außer Ladendiebstahl) nicht vor. Die deutlichen Fallzahlsteigerungen beim einfachen Diebstahl, dürften somit für den Rückgang der AQ verantwortlich sein. Die Aufklärungsquote insgesamt wird durch die Deliktstruktur (Anteil Kontrolldelikte und Anteil schwerer Diebstahl) und durch den Abschluss großer langlaufender Verfahren (i.d.R. Wirtschaftskriminalität) beeinflusst. Es handelt sich für das Jahr 2013 ff. ausdrücklich nicht um Ziel – oder Planwerte, sondern um eine Fortschreibung des Wertes aus 2012, der auf Istwerte zurückzuführen ist.

Zu 14:

Grundsätzlich muss bei Bezügen von Tatverdächtigenzahlen zur Wohnbevölkerung beachtet werden, dass bei Zuständigkeiten nach dem Tatortprinzip auch jene Tatverdächtige in der PKS erfasst werden, die nicht in Hamburg wohnen oder für die der Wohnort Hamburg nicht eindeutig feststellbar ist. Zu den Tatverdächtigen insgesamt zählen ferner jene, die ihren Wohnsitz außerhalb von Hamburg in der Bundesrepublik haben oder die im Ausland leben. Der Anteil dieser nicht unbedingt der Hamburger Wohnbevölkerung zuzurechnenden Tatverdächtigen beträgt 29,4% und liegt damit 1,9 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. Dieser hohe Anteil ist bei jedem Bezug von PKS-Zahlen zu Wohnbevölkerungszahlen für die Interpretation zu berücksichtigen.

Zu 10, 11, 14,

Detaillierte Informationen sind aus Veröffentlichungen von PKS-Daten des LKA ersichtlich (z.B. www.hamburg.de Polizeiliche Kriminalstatistik 2011 - ausgewählte Delikte nach Bezirken/Stadtteilen).

Zu 15:

Ziel ist es, die Klassenstufen 5 bis 8 innerhalb eines Schuljahres zu erreichen.

Zu 19:

Durch die Einführung der Obachtverfahren (= Kategorisierung der Täter unter 21 Jahren, verbunden mit entsprechenden Maßnahmen) ab dem 26.09.2011 hat sich die Anzahl der Fallkonferenzen erhöht. Da sich die Einführung der Obachtverfahren erst 2012 voll, also über das ganze Jahr auswirken wird, wird eine weitere Erhöhung der Anzahl der Fallkonferenzen prognostiziert.

Zu 20:

Dem Familieninterventionsteam (FIT) werden polizeiseitig alle besonderen Gefährdungen delinquenter Minderjähriger gemeldet. Die Meldungen der Polizei an das FIT stoßen dort eine Abarbeitung an. Gleichwohl kann bei einem Anstieg der Fallzahlen eine Verstärkung von Präventionsmaßnahmen erforderlich sein.

Zu 21:

Der leichte Anstieg der Verkehrsunterrichtsstunden erklärt sich durch die derzeitige Strukturveränderung im Hamburger Schulwesen (Tendenz: Kleinere Klassen, dafür aber größere Anzahl) sowie dem normalen Schwankungsbereich, der sich aus der Lage der Ferien und Feiertage pp. ergibt.

Zu 22:

Es handelt sich für das Jahr 2013 ff. aus fachlichen Gründen ausdrücklich nicht um Ziel- oder Planwerte, vielmehr um die Fortschreibung der Planwerte für 2012.

Zu 23:

Die Prognose basiert auf dem abgerundeten Mittelwert der letzten 2 Jahre.

Zu 26:

Zzt. liegen noch keine geprüften Werte aus dem Datawarehouse Owi21 vor.

Zu 27:

Durch erhöhtes Aufkommen an Kreuzfahrtschiffen steigt die Anzahl der grenzpolizeilichen Überprüfungen von Fahrgästen und Besatzungsmitgliedern deutlich. Da bereits jetzt für das Jahr 2012 mehr Anmeldungen für Kreuzfahrtschiffe vorliegen als 2011, ist von einem Fortsetzen der Steigerung auszugehen.

Zu 28 und 29:

Diese Kennzahl errechnet sich aus der Anzahl konkret überprüfter Gefahrgutcontainer bezogen auf die Gesamtzahl aller Gefahrgutcontainer, die im Hamburger Hafen umgeschlagen werden. Dabei erfolgen die Kontrollen nach einem gefahren- und risikoorientierten Ansatz mit entsprechenden Vorselektionen auf Basis der im Gefahrgutinformationssystem GEGIS eingestellten Daten. Nur die aufgrund entsprechender Plausibilitätskontrollen aufgefallenen und vor Ort kontrollierten Container gehen in die dargestellte Erhebung ein und führen daher im Ergebnis zu einer vergleichsweise hohen Beanstandungsquote.

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.01 Kernbereich Vollzug

Zu 31:

Diese Kennzahl errechnete sich bisher aus der Anzahl der Beanstandungen im Verhältnis zu den Kontrollen. Pro Kontrolle kann es an ein und demselben Fahrzeug jedoch zu mehreren Beanstandungen kommen, so dass Kontrollen mit sehr vielen Beanstandungen stark ins Gewicht fielen und die Kennzahl maßgeblich beeinflussten. Die Aussagekraft der Kennzahl ist nun größer und auch unmissverständlicher, da nur die Kontrollen mit und ohne Beanstandung ins Verhältnis gesetzt werden. Dies führt zu einer auffälligen Abweichung der Ist-Werte zum Planwert, der vor Umstellung der Kennzahlendefinition erstellt worden ist.

Zu 32-34:

Die Erhöhung der Anzahl der Kontrollen durch präventive Durchführung der Schwefelrichtlinien- (ab 01.07.2010) und der ISPS-Kontrollen (ab 01.01.2011) beeinflusste in der Vergangenheit die Kontrolldichte. Die zukünftige Ausrichtung sieht keine Erhöhung der Anzahl der Kontrollen vor, sondern eine Erhöhung der Kontrollqualität. Die Seeschiffskontrolldichte stellt das Verhältnis der Anzahl der Seeschiffskontrollen im Hamburger Hafen zu der Anzahl der den Hamburger Hafen anlaufenden Seeschiffe dar - während einer Liegezeit sind mehrere Seeschiffskontrollen auf einem Seeschiff möglich.

Zu 35:

Es wird die durchschnittliche Anzahl der zielgerichtet im Waffenverbotsgebiet St. Pauli eingesetzten Mitarbeiter pro Einsatztag angegeben. Der Rückgang der durchschnittlich zielgerichtet im Waffenverbotsgebiet eingesetzten Mitarbeiter von 2010 zu 2011 ist insbesondere auf die Einsetzung der Landesreserve -C- (Kräfte der Landesbereitschaftspolizei, die den täglichen Dienst unterstützen; Pilotierungsbeginn 01.02.2011) zurückzuführen, da diese Kräfte nicht mehr für die zielgerichteten Maßnahmen im Waffenverbotsgebiet St. Pauli zur Verfügung stehen.

1.4.4.3.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 275.01 Kernbereich Vollzug

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung<							
Erlöse							
Kosten	127.001	130.616	124.002	135.280	135.972	136.610	137.174
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung<	127.001	130.616	124.002	135.280	135.972	136.610	137.174
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung<							
>Produkt Gefahrenabwehr<							
Erlöse							
Kosten	107.694	110.760	105.152	114.715	115.303	115.843	116.321
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Gefahrenabwehr<	107.694	110.760	105.152	114.715	115.303	115.843	116.321
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Gefahrenabwehr<							
>Produkt Verkehrssicherheitsaufgaben<							
Erlöse							
Kosten	60.430	62.150	59.003	64.369	64.699	65.002	65.270
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Verkehrssicherheitsaufgaben<	60.430	62.150	59.003	64.369	64.699	65.002	65.270
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Verkehrssicherheitsaufgaben<							

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.01 Kernbereich Vollzug

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Wasserschutzpolizeiliche Vollzugsaufgaben<							
Erlöse	-105	-195		-7	-7	-7	-7
Kosten	15.122	15.552	14.765	16.108	16.190	16.266	16.333
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Wasserschutzpolizeiliche Vollzugsaufgaben<	15.017	15.358	14.765	16.101	16.183	16.259	16.326
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Wasserschutzpolizeiliche Vollzugsaufgaben<							
>Produkt Führungs- und Lagedienst<							
Erlöse							
Kosten	11.633	11.964	11.358	12.391	12.455	12.513	12.565
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Führungs- und Lagedienst<	11.633	11.964	11.358	12.391	12.455	12.513	12.565
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Führungs- und Lagedienst<							

-

1.4.4.3.7 Vollzeitäquivalente der PG 275.01 Kernbereich Vollzug

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ		5.564	6.020	6.014	6.011	6.007	6.002

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

1.4.4.4 Produktgruppe 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

1.4.4.4.1 Vorwort zur PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.4.4.2 Ergebnisplan der PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	8.374	7.541	6.680	7.239	7.239	7.344	7.344
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	2.787	2.573	2.339	1.628	1.628	1.718	1.718
3. Personalkosten	76.730	76.227	75.820	78.717	79.179	79.534	79.885
a) Kosten für Entgelte	5.967	5.849	6.072	6.675	6.756	6.834	6.894
b) Kosten für Bezüge	48.861	47.885	51.810	51.025	51.288	51.475	51.672
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	4.103	4.022	1.176	4.489	4.520	4.548	4.572
e) Kosten für Versorgungsleistungen	17.798	18.471	16.762	16.528	16.615	16.677	16.747
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	852	976	1.005	913	787	484	294
6. Sonstige Kosten	242	440	264	563	563	563	563
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	86.198	85.184	83.769	87.432	87.768	87.925	88.086
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	86.198	85.184	83.769	87.432	87.768	87.925	88.086
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	86.198	85.184	83.769	87.432	87.768	87.925	88.086
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	86.198	85.184	83.769	87.432	87.768	87.925	88.086

Die Aufteilung bzw. Überleitung der Kosten und Erlöse auf die neue Ermächtigungsebene Produktgruppe erfolgte auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels, der auf der Kostenrechnung des Haushaltsjahres 2011 und Erkenntnissen der Polizei internen Budgetplanung 2012 basiert.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

1.4.4.4.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				1.920	1.933		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Für die Jahre 2013 und 2014 werden Verpflichtungsermächtigungen für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen, für diverse Wartungsverträge sowie für Fahndungskosten ausgebracht.

1.4.4.4.4 Ziele der PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

- Z 1: Beibehalten des hohen Niveaus bei der Bekämpfung von Delikten der Schwerstkriminalität (siehe Kennzahl 1)
- Z 2: Gewährleistung des hohen Niveaus bei der Bekämpfung politisch motivierter Straftaten (siehe Kennzahl 3)
- Z 3: Unterstützung bei der Aufklärung von Straftaten durch DNA-Analysen (siehe Kennzahl 2)

1.4.4.4.5 Kennzahlen der PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1.1 Vorsätzliche Tötungsdelikte (PKS)	Anzahl	77	61	-	-	-	-	-
1.2 Aufklärungsquote vorsätzlicher Tötungsdelikte	Prozent	89,6	93,4	100	100	100	100	100
2.1 Durchschnittliche Wartezeit auf die DNA-Analyse	Monate	12	12	-	12	12	12	12
2.2 Abgeschlossene DNA-Vorgänge	Anzahl	2.553	2.455	-	3.000	3.000	3.000	3.000
2.3 Ausstehende DNA-Vorgänge	Anzahl	1.019	1.278	-	1.874	2.387	3.250	4.500
3.1 Fallzahl politisch motivierte Gewalttaten (PMK)	Anzahl	231	273	-	-	-	-	-
3.2 Davon Fallzahlen PMK rechts	Anzahl	23	24	-	-	-	-	-
3.3 Davon Fallzahlen PMK links	Anzahl	153	221	-	-	-	-	-
4. Mehrarbeitsstunden LKA	Stunden	183.593	196.600	-	196.600	196.600	196.600	196.600

Zu 1:

Die Anzahl der Tötungsdelikte befindet sich auf dem gleichen niedrigen Niveau wie im Jahr 2009. Es ist aber anzumerken, dass sich durch polizeiliche Arbeit das Fallaufkommen bei Tötungsdelikten nicht beeinflussen lässt. Deshalb liegen diese Rückgänge innerhalb normaler Schwankungen, die in den vorangegangenen Jahren immer wieder aufgetreten sind. 2010 gab es 18, 2011 insgesamt 11 vollendete Tötungsdelikte.

Zu 2:

Die Kennzahlen 2.1 und 2.3 beziehen sich ausschließlich auf nicht mit Priorität zu behandelnde Spuren (Haldenvorgänge). Priorisierte Spuren (Schwerstkriminalität) werden regelmäßig vorrangig behandelt. Je Vorgang können eine Vielzahl von DNA-Analysen durchzuführen sein. Vor Bearbeitung eines Vorgangs ist nicht

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

erkennbar, wie viele DNA-Analysen im Zusammenhang mit dem Vorgang erforderlich sind. Die Anforderungen an DNA-Analysen haben sich erhöht, da fünf Merkmale mehr geprüft werden müssen (vorher 11, jetzt 16). Die Prognose der Neuvorgangszahlen erfolgte als Hochrechnung der Entwicklung 2007 bis 2011 (Anstieg um 10% / Jahr). Bei annähernd gleichbleibender Laborkapazität (2500 Vorgänge mit ca. 9000 Spuren/Jahr) und dem prognostizierten Anstieg der Vorgangszahlen ergibt sich eine Zunahme der Halbe wie dargestellt. Für das Jahr 2013 wird mit einer Erhöhung der Jahresleistung gerechnet, da temporäre Freistellungen von der Fallarbeit bei zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern um jeweils ca. 50% reduziert werden können.

Zu 3:

Die Steigerung der Fallzahlen im Bereich PMK links resultiert aus Straftaten bei verschiedensten, kleineren Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2011, so u.a. Solidaritätsveranstaltung zur Räumung der Liebigstraße in Berlin, Aktionen rund um den Wasserturm, Versammlung vor Vattenfall, Hausbesetzung in Altona.

1.4.4.4.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Landeskriminalamt (LKA)<							
Erlöse							
Kosten	86.198	85.184	83.769	87.432	87.768	87.925	88.086
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Landeskriminalamt (LKA)<	86.198	85.184	83.769	87.432	87.768	87.925	88.086
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 > Produkt Landeskriminalamt (LKA) <							

-

1.4.4.4.7 Vollzeitäquivalente der PG 275.02 Landeskriminalamt (LKA)

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ		1.318	1.406	1.405	1.404	1.403	1.402

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

1.4.4.5 Produktgruppe 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

1.4.4.5.1 Vorwort zur PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.4.5.2 Ergebnisplan der PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	237	207	203	80	80	80	80
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz			2				
3. Personalkosten	2.782	2.705	2.687	2.792	2.810	2.821	2.834
a) Kosten für Entgelte	217	207	215	237	240	242	245
b) Kosten für Bezüge	1.774	1.699	1.836	1.810	1.820	1.826	1.833
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	149	143	42	159	160	161	162
e) Kosten für Versorgungsleistungen	642	656	594	586	590	592	594
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten	4	3	5	6	6	6	6
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	3.023	2.914	2.895	2.878	2.896	2.907	2.920
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	3.023	2.914	2.895	2.878	2.896	2.907	2.920
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	3.023	2.914	2.895	2.878	2.896	2.907	2.920
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	3.023	2.914	2.895	2.878	2.896	2.907	2.920

Die Aufteilung bzw. Überleitung der Kosten und Erlöse auf die neue Ermächtigungsebene Produktgruppe erfolgte auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels, der auf der Kostenrechnung des Haushaltsjahres 2011 und Erkenntnissen der Polizei internen Budgetplanung 2012 basiert.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

1.4.4.5.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				3	3		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Für die Jahre 2013 und 2014 werden Verpflichtungsermächtigungen für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen ausgebracht.

1.4.4.5.4 Ziele der PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

- Z 1: Ermittlung von strafrechtlich relevanten Sachverhalten innerhalb der gesamten öffentlichen Verwaltung (siehe Kennzahlen 1 bis 4)

1.4.4.5.5 Kennzahlen der PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. abgeschlossene Korruptionsverfahren	Anzahl	80	97	-	78	78	78	78
2. Korruptionsstraftaten	Anzahl	187	785	-	401	401	401	401
3. Verfahren Amtsdelinquenz	Anzahl	786	747	-	780	780	780	780
3.1 davon Körperverletzung im Amt gem. § 340 StGB	Anzahl	329	291	-	320	320	320	320
4 Zahl der Verfahren, die Polizeibedienstete betreffen	Anzahl	502	519	-	515	515	515	515
4.1. davon Körperverletzung im Amt gem. § 340 StGB	Anzahl	219	227	-	234	234	234	234

Zu 1 und 2:

Die Kennzahlen zu 1 und 2 beziehen sich auf abgeschlossene Verfahren und entsprechen einer Ausgangsstatistik.

Zu 3 bis 3.1:

Die Kennzahlen zu 3 bis 3.1 beziehen sich auf eingeleitete Verfahren und entsprechen einer Eingangsstatistik.

Zu 4 und 4.1:

Die Kennzahlen zu 4 und 4.1 sind eine Teilmenge der Kennzahlen von 3 bzw. 3.1. Es handelt sich bei den Werten ab 2013 ff. ausdrücklich nicht um Ziel – oder Planwerte, sondern um eine Fortschreibung der durchschnittlichen Istwerte der letzten 3 Jahre.

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

1.4.4.5.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)<							
Erlöse							
Kosten	3.023	2.914	2.895	2.878	2.896	2.907	2.920
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)<	3.023	2.914	2.895	2.878	2.896	2.907	2.920
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 > Produkt Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)<							

-

1.4.4.5.7 Vollzeitäquivalente der PG 275.03 Dezernat Interne Ermittlungen (DIE)

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ		46	54	54	54	54	54

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

1.4.4.6 Produktgruppe 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

1.4.4.6.1 Vorwort zur PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.4.6.2 Ergebnisplan der PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-1.645	-1.634	-145	-165	-165	-165	-165
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	3.044	2.304	2.067	2.046	2.046	2.090	2.090
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	1.552	1.065	1.047	729	729	769	769
3. Personalkosten	39.343	40.679	37.310	42.003	42.251	42.440	42.627
a) Kosten für Entgelte	3.062	3.118	2.988	3.562	3.605	3.647	3.679
b) Kosten für Bezüge	25.070	25.530	25.495	27.227	27.367	27.467	27.572
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	2.105	2.149	579	2.395	2.413	2.427	2.440
e) Kosten für Versorgungsleistungen	9.106	9.882	8.248	8.819	8.866	8.899	8.936
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	680	692	695	681	673	661	661
6. Sonstige Kosten	94	106	96	205	205	205	205
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	41.516	42.147	40.023	44.770	45.010	45.231	45.418
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	41.516	42.147	40.023	44.770	45.010	45.231	45.418
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	41.516	42.147	40.023	44.770	45.010	45.231	45.418
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	41.516	42.147	40.023	44.770	45.010	45.231	45.418

Die Aufteilung bzw. Überleitung der Kosten und Erlöse auf die neue Ermächtigungsebene Produktgruppe erfolgte auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels, der auf der Kostenrechnung des Haushaltsjahres 2011 und Erkenntnissen der Polizei internen Budgetplanung 2012 basiert.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

1.4.4.6.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				154	160		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

Für die Jahre 2013 und 2014 werden Verpflichtungsermächtigungen für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen ausgebracht.

1.4.4.6.4 Ziele der PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

- Z 1: Gewährleistung der Unterstützung mit Kräften, Führungs- und Einsatzmitteln für Maßnahmen aus besonderem Anlass und des täglichen Dienstes sowie des Bundes und anderer Bundesländer im Rahmen von Verfassungslagen oder Amtshilfe (siehe Kennzahlen 1 bis 9)

1.4.4.6.5 Kennzahlen der PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Personalstunden zur Unterstützung des täglichen Dienstes der Polizei	Stunden	-	503.146	-	-	-	-	-
2. Personalstunden zur Unterstützung anderer Bundesländer	Stunden	-	80.055	-	-	-	-	-
3. Personalstunden für besondere Anlässe (z.B. Fußballspiele, Versammlungen)	Stunden	-	182.272	-	-	-	-	-
4. Einsatz der Reiterstaffel	Stunden	-	9.799	-	-	-	-	-
5. Kosten der Reiterstaffel	Tsd. Euro	538	659	-	690	690	690	690
6. Erlöse der Reiterstaffel (Einsätze in anderen Bundesländern)	Tsd. Euro	0	-	-	-	-	-	-
7. Mehrarbeitsstunden LBP	Stunden	115.700	130.000	-	-	-	-	-
8. Kosten des Polizeiorchesters pro Jahr	Tsd. Euro	1.768	1.819	-	1.800	1.800	1.800	1.800
9. Erlöse aus Auftritten des Polizeiorchesters	Tsd. Euro	31	36	-	30	30	30	30

Zu 1-4:

Diese Kennzahlen werden seitens der Landesbereitschaftspolizei erst seit 2011 mit einer neuen Systematik erhoben, so dass für das Jahr 2010 keine Vergleichsdaten vorliegen und auch nicht retrograd in die neue Systematik überführt werden können. Wegen fehlender Vergleichsdaten ist eine Planung nicht möglich. Im Jahr 2011 unterstützte die LBP beispielsweise das Land Niedersachsen bei dem Castortransport (37.488 Personalstunden). Im Jahr 2012 wird kein Castortransport stattfinden. Bei welchen Großeinsätzen in anderen Bundesländern in den Folgejahren die Bereitschaftspolizei Hamburg Unterstützung leisten wird, kann nicht vorausgesagt werden.

Zu 5:

2010: Aufbau der Reiterstaffel ab 01.04.10

2013: gleiche Planwerte wie 2011 mit neuen Werten der Personalkostentabelle

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
 Produktgruppe 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

Zu 6:

2011: Abrechnung des Castor – Einsatzes ist noch nicht abschließend erfolgt, rechnerischer Anteil der Reiterstaffel beträgt: 7.800 €

2012 ff.: Unterstützungseinsätze der Reiterstaffel in anderen Bundesländern sind nicht planbar

1.4.4.6.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Landesbereitschaftspolizei<							
Erlöse	-1.645	-1.634	-145	-165	-165	-165	-165
Kosten	43.161	43.781	40.168	44.935	45.175	45.396	45.583
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Landesbereitschaftspolizei<	41.516	42.147	40.023	44.770	45.010	45.231	45.418
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 > Produkt Landesbereitschaftspolizei <							

-

1.4.4.6.7 Vollzeitäquivalente der PG 275.04 Landesbereitschaftspolizei (LBP)

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ		779	876	875	875	874	874

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

1.4.4.7 Produktgruppe 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

1.4.4.7.1 Vorwort zur PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.4.7.2 Ergebnisplan der PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-20.034	-18.199	-11.939	-12.134	-12.415	-12.425	-12.705
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	65.573	62.035	55.390	59.124	59.124	59.432	59.432
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	38.940	39.396	39.636	40.226	40.226	40.226	40.226
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	12.534	8.859	10.577	8.339	8.339	8.621	8.621
3. Personalkosten	61.398	68.289	84.562	67.262	67.657	67.956	68.258
a) Kosten für Entgelte	10.126	10.279	5.136	5.649	5.718	5.783	5.833
b) Kosten für Bezüge	52.262	47.018	43.626	43.180	43.404	43.561	43.728
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	-7.620	9.063	21.611	4.432	4.462	4.487	4.511
e) Kosten für Versorgungsleistungen	6.630	1.929	14.188	14.001	14.073	14.125	14.185
4. Kosten für Transferleistungen	548	84	334	64	3	3	3
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	8.199	8.768	8.748	8.371	8.095	8.139	8.468
6. Sonstige Kosten	4.399	3.437	695	1.222	1.222	1.222	1.222
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	120.084	124.413	137.790	123.908	123.685	124.328	124.677
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit	-40	-83					
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis	-40	-83					
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	120.043	124.330	137.790	123.908	123.685	124.328	124.677
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	120.043	124.330	137.790	123.908	123.685	124.328	124.677
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	120.043	124.330	137.790	123.908	123.685	124.328	124.677

Die Aufteilung bzw. Überleitung der Kosten und Erlöse auf die neue Ermächtigungsebene Produktgruppe erfolgte auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels, der auf der Kostenrechnung des Haushaltsjahres 2011 und Erkenntnissen der Polizei internen Budgetplanung 2012 basiert.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.4.7.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit				9.321	10.104		
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten				20	20		

Für die Jahre 2013 und 2014 werden Verpflichtungsermächtigungen für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen, für diverse Wartungsverträge sowie für Mieten, Bauunterhaltung, IT-Baumaßnahmen und Einsatzkostenerstattung ausgebracht.

1.4.4.7.4 Ziele der PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

- Z 1: Gewährleistung einer bedarfsgerechten Ausbildung unter wirtschaftlichen Aspekten (siehe Kennzahlen 1, 2, 3 und 5)

1.4.4.7.5 Kennzahlen der PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Absolventenquote	Prozent	86,9	89,7	-	90	90	90	90
2. Auszubildende im Jahresdurchschnitt ¹	Anzahl	330	358	377	490	500	500	500
3. Kosten je Auszubildende/n LA I	Tsd. Euro	20	20,2	18,2	14,9	14,5	14,5	14,5
4. Eingestellte Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte mit Migrationshintergrund	Prozent	9,9	10,9	-	15	15	20	20
5. Wechsel von Polizeivollzugsbeamten Hamburgs in andere Bundesländer	Anzahl	33	26	-	-	-	-	-

Zu 1:

Gemeint ist das Verhältnis von jenen, die die Prüfung bestehen zu denen, die während der Ausbildung die Polizei verlassen.

Zu 4:

Die Planwerte entsprechen der Zielvorgabe des Senats (Drs. 18/5530, S. 9, Ziff. 1.3.2).

Zu 5:

2010 wechselten 34 Polizeivollzugsbeamte (PVB) anderer Bundesländer nach Hamburg, 2011 waren es 33. In der Regel wird Gesuchen auf Wechsel in ein anderes Bundesland nur dann stattgegeben, wenn im Gegenzug ein PVB nach Hamburg wechselt. Für eine Planung müsste die Gesuchslage der Hamburger PVB und die dazu passenden anderer Bundesländer prognostiziert werden, was nicht möglich ist.

Weitere Informationen sind dem Personalbericht zu entnehmen

(www.hamburg.de/zpd/publikationen/236290/personalbericht-2009.html) z.B.:

- Darstellung der Beschäftigtenzahlen des Polizeivollzugsdienstes der BIS nach Geschlecht (Kapitel C.2.1.1)

¹ Auszubildende Laufbahnabschnitt I (LA I)

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

- Weitere Informationen über Beschäftigte mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (Kapitel C.2.4).

1.4.4.7.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Vollzugsunterstützung Service und Intendanz <							
Erlöse	-19.468	-17.730	-11.578	-11.768	-12.040	-12.049	-12.322
Kosten	108.015	109.938	115.425	104.873	104.919	105.421	105.907
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Vollzugsunterstützung Service und Intendanz<	88.547	92.208	103.847	93.106	92.878	93.372	93.585
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Vollzugsunterstützung Service und Intendanz<							
>Produkt Aus- und Fortbildung<							
Erlöse	-121	-110	-72	-73	-75	-75	-76
Kosten	28.412	28.917	30.361	27.585	27.597	27.729	27.857
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Aus- und Fortbildung<	28.291	28.808	30.289	27.512	27.522	27.655	27.781
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Aus- und Fortbildung<							
>Produkt Waffenrechtliche Dienstleistungen<							
Erlöse	-485	-442	-289	-293	-300	-300	-307
Kosten	3.692	3.758	3.945	3.585	3.586	3.603	3.620
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Waffenrechtliche Dienstleistungen<	3.207	3.316	3.657	3.291	3.286	3.303	3.313
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Waffenrechtliche Dienstleistungen<							

-

1.4.4.7.7 Vollzeitäquivalente der PG 275.05 Vollzugsunterstützung und Ausbildung

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ		1.528	1.035	1.034	1.033	1.033	1.032

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

1.4.4.8 Produktgruppe 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

1.4.4.8.1 Vorwort zur PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.4.8.2 Ergebnisplan der PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-573	-290	-312	-75			
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	1.567	1.520	203	312	387	387	387
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	1.570	1.488	1.644	1.748	1.724	1.749	1.776
a) Kosten für Entgelte	230	296	208	185	147	149	151
b) Kosten für Bezüge	923	799	1.016	1.113	1.129	1.146	1.164
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	79	95	87	88	82	83	84
e) Kosten für Versorgungsleistungen	339	298	333	362	366	371	377
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	2	9	19	18	17	15	12
6. Sonstige Kosten	206	209	132	108	108	108	108
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	2.772	2.935	1.686	2.111	2.236	2.259	2.283
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	2.772	2.935	1.686	2.111	2.236	2.259	2.283
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	2.772	2.935	1.686	2.111	2.236	2.259	2.283
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	2.772	2.935	1.686	2.111	2.236	2.259	2.283

Die Aufteilung bzw. Überleitung der Kosten und Erlöse auf die neue Ermächtigungsebene Produktgruppe erfolgte auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels, der auf der Kostenrechnung des Haushaltsjahres 2011 und Erkenntnissen der Polizei internen Budgetplanung 2012 basiert.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

1.4.4.8.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit							
VE für Kosten für Transferleistungen							
VE für Sonstige Kosten							

-

1.4.4.8.4 Ziele der PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

- Z 1: Bedarfsgerechte und wirtschaftliche, berufsqualifizierende Ausbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten des gehobenen Polizeivollzugsdienstes (siehe Kennzahlen 1, 3, 4, 7, 8 und 11)
- Z 2: Sukzessive Erhöhung des Anteils der Absolventinnen und Absolventen mit Migrationshintergrund auf zunächst 10 %. Längerfristig soll der Zielwert des Senats von 20 % erreicht werden (siehe Kennzahl 10)
- Z 3: Sicherstellung der beruflichen Weiterbildung (siehe Kennzahlen 12 und 13)
- Z 4: Erfüllung des Gleichstellungsauftrages (siehe Kennzahlen 2, 5, 6 und 9)

Die Ziele werden im Rahmen eines Struktur- und Entwicklungsplanes der Hochschule der Polizei konkretisiert.

1.4.4.8.5 Kennzahlen der PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Studienplatzbewerbungen	Anzahl	1.182	1.135	1.182	1.000	1.000	-	-
2. Weibliche Studienplatzbewerbungen	Prozent	51,5	48	47	50	50	-	-
3. Studienplätze Polizei (gem. ZulZVO-HdP) ²	Anzahl	78	78	78	78	78	-	-
4. Betreuungsrelation hauptamtliches Lehrpersonal zu Studierenden	Prozent	22,4	22,9	26,2	20	20	-	-
5. Frauenanteil an den Professuren	Prozent	12,5	25	12,5	25	25	-	-
6. Frauenanteil an hauptamtlichem Lehrpersonal	Prozent	10	18	18	18	18	-	-
7. Studiengruppen ³	Anzahl	6	7	8	8	8	-	-
8. Absolventinnen/ Absolventen des dualen Studiengangs Polizei (Bachelor of Arts)	Anzahl	54	54	84	81	78	-	-
9. Absolventinnen Studiengang Polizei	Prozent	38	33	43	56	50	-	-
10. Absolventinnen/Absolventen mit Migrationshintergrund ⁴	Prozent	-	-	7,7	10	15	-	-
11. Bestehensquote ⁵	Prozent	100	100	-	100	100	-	-
12. Zahl der Personentage bei Weiterbildungen	Anzahl	1.103	1.152	-	200	200	-	-
13. Weiterbildungsveranstaltungen	Anzahl	7	9	6	1	1	-	-

² Die Angabe der Studienplätze gem. ZulZVO für 2012 ff. ist noch nicht abgesichert, da die ZulZVO für 2012 ff. noch nicht beschlossen sind.

³ Studiengruppen im Studiengang Polizei (Bachelor of Arts)

⁴ Erhebungszahlen bis 2011 liegen der HdP nicht vor.

⁵ Bezieht sich auf Absolventen die an der Staatsprüfung teilgenommen haben

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Produktgruppe 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

zu 12. und 13:

Gesamtbeteiligung Studiengang Polizei, Studiengang Sicherheitsmanagement sowie Vertreter aus Polizei, Wissenschaft und Wirtschaft. 2012 und 2013 laufen befristete Arbeitsverhältnisse aus, daher fehlt für die Organisation von Veranstaltungen Personal. Darüber hinaus können aufgrund der anstehenden Reorganisationsprozesse derzeit für die Planungen der Jahre 2012 ff. keine belastbaren Angaben gemacht werden.

1.4.4.8.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Hochschule der Polizei (HdP)<							
Erlöse	-573	-290	-312	-75			
Kosten	3.345	3.225	1.998	2.186	2.236	2.259	2.283
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Hochschule der Polizei (HdP)<	2.772	2.935	1.686	2.111	2.236	2.259	2.283
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 > Produkt Hochschule der Polizei (HdP <							

-

1.4.4.8.7 Vollzeitäquivalente der PG 275.06 Hochschule der Polizei (HdP)

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ		26	23	23	22	22	22

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.4.4.9 Investitionen des Aufgabenbereichs 275 Polizei

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen	-5.635	-3.108	-350	-350	-350	-350	-350
Auszahlungen sonstige Investitionen	25.235	21.301	14.851	18.385	9.402	8.146	8.146
Saldo für sonstige Investitionen	19.599	18.193	14.501	18.035	9.052	7.796	7.796
Verpflichtungsermächtigung für sonstige Investitionen				9.395	8.139		

Gesamtsaldo für Investitionsmittel	19.599	18.193	14.501	18.035	9.052	7.796	7.796
---	---------------	---------------	---------------	---------------	--------------	--------------	--------------

Die Polizei verfügt weder über Investitionsprogramme noch über politisch bedeutsame Einzelinvestitionen. Eine detaillierte Erläuterung zum Verlauf der sonstigen Investitionen ist im Finanzplan des Aufgabenbereichs zu finden.

1.4.4.10 Darlehen des Aufgabenbereichs 275 Polizei

Darlehen sind nicht veranschlagt.

1.4.4.11 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 275 Polizei

Wesentliche gesetzliche Leistungen sind nicht veranschlagt.

1.4.5 Teilplan des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule

1.4.5.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 276 Wasserschutzpolizeischule

Die Wasserschutzpolizeischule (WSPS) in Hamburg ist das einzige Aus- und Fortbildungsinstitut im Bundesgebiet für Bedienstete der Wasserschutzpolizei. Ihre Aufgaben sowie ihre Finanzierung werden über das Gesetz zum Abkommen vom 18. November 1974 und Gesetz zum Zusatzabkommen vom 15. Januar 1993 geregelt.

Einen wesentlichen Bestandteil zur Finanzierung dieser Einrichtung bilden die Erlöse, die der WSPS aufgrund der genannten rechtlichen Regelungen aus den Ländern zufließen. Es handelt sich hierbei insbesondere um die von den Ländern getragenen Lehrgangsentgelte und Betriebs- und Investitionskostenanteile. Die Einzahlungen aus den Bundesländern für die Betriebs- und Investitionskostenanteile erfolgen halbjährlich zu Beginn des 2. und 4. Quartals. Im Übrigen wird auf die nachfolgenden Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzplanung verwiesen.

1.4.5.2 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule

Die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“, „Personalkosten“, „Kosten aus Transferleistungen“ und „Sonstige Kosten“ sind übertragbar.

Für Leistungen aus Gründen der Billigkeit können im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ Kosten bis zu 200 Tsd. Euro verursacht werden.

Sofern zur Erreichung des Leistungszwecks ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel gefördert wird,

- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ innerhalb einer Produktgruppe und zu den Produktgruppen desselben Aufgabenbereichs gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Mittel für sonstige Investitionen der Aufgabenbereiche innerhalb des Einzelplans 8.1 gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ aller Produktgruppen des Einzelplans 8.1 bis zur Höhe von zwei von Hundert der veranschlagten Kosten zugunsten aller Produktgruppen innerhalb des Einzelplans 8.1 deckungsfähig.
- ist in allen Produktgruppen eines Aufgabenbereichs der Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ einseitig deckungsfähig zugunsten von Auszahlungen der drei Investitionsmittelgruppen desselben Aufgabenbereichs.
- fließen die aus Desinvestitionen erfolgenden Einzahlungen für Investitionen den Auszahlungen für Investitionen zu.

Teilplan des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule
Produktgruppe 276.01 Wasserschutzpolizeischule

1.4.5.3 Produktgruppe 276.01 Wasserschutzpolizeischule

1.4.5.3.1 Vorwort zur PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule

Die Wasserschutzpolizeischule (WSPS) in Hamburg ist eine gemeinsame Bildungsstätte aller Bundesländer (außer Thüringen).

An der WSPS werden alle Wasserschutzpolizeibeamtinnen und -beamten Deutschlands (ca. 3.000 Vollzugskräfte) einheitlich unter Beachtung des jeweiligen Landesrechts aus- und fortgebildet. Auch andere Einsatzkräfte (z.B. Feuerwehr) nehmen das Lehrgangsangebot wahr.

Das bedarfsgerechte Lehrgangsangebot besteht aus 35 verschiedenen Lehrgängen / Seminaren mit einer Dauer von bis zu 98 Tagen. Jährlich werden bis zu 1.200 Teilnehmer in etwa 100 Lehrgängen geschult, wobei 7 Lehrgänge gleichzeitig durchgeführt werden können.

Neben der wasserschutzpolizeilichen Grundausbildung in den Fachlehrgängen Küste und Binnen werden allgemeine Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Weitere fachbezogene Lehrgänge und Seminare erfassen die Bereiche Radar, das Electronic Chart Display and Informations-System (ECDIS), Gefährliche Güter, Containertransport, Ladungssicherung, Bootskriminalität, Umweltschutz, Schiffsbetriebstechnik sowie den Schifffahrtfunk.

Im Übrigen siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.5.3.2 Ergebnisplan der PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-2.521	-3.134	-2.246	-2.615	-2.602	-2.505	-2.505
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	541	1.049	501	1.171	1.171	1.171	1.171
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen				20	20	20	20
b) davon IT-Kosten				78	78	78	78
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	1.022	1.054	1.036	1.028	1.044	1.059	1.074
a) Kosten für Entgelte	361	406	411	386	392	398	404
b) Kosten für Bezüge	427	388	387	402	408	414	420
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	87	113	102	99	101	102	103
e) Kosten für Versorgungsleistungen	147	147	136	141	143	145	147
4. Kosten für Transferleistungen	470		447				
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen		220	222	242	267	269	263
6. Sonstige Kosten	114	65	126	58	58	58	58
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-374	-746	86	-117	-63	52	61
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	-374	-746	86	-117	-63	52	61
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-374	-746	86	-117	-63	52	61
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	-374	-746	86	-117	-63	52	61

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.5.3.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.5.3.4 Ziele der PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule

- Z 1: Gewährleistung einer bedarfsgerechten Ausbildung (siehe Kennzahlen 1 bis 5)

1.4.5.3.5 Kennzahlen der PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Lehrgangsteilnehmertage	Anzahl	18.227	17.566	17.254	17.783	16.244	16.244	16.244
2. Lehrgangsteilnehmer	Anzahl	1.275	1.189	1.287	1.150	1.128	1.128	1.128
3. Lehrgänge	Anzahl	112	104	103	92	92	92	92
4. Zufriedenheit Lehrgangsteilnehmer	Note	2,2	-	-	2,0	2,0	2,0	2,0
5. Bestehensquote	Prozent	99,2	98,0	-	96	96	96	96

Zu 1:

Die Abweichungen bewegen sich in der normalen langfristigen Schwankungsbreite.

Zu 2:

Die Anzahl der Lehrgangsteilnehmer ist nicht beeinflussbar. Sie erfolgt durch die Länder und unterliegt den dortigen Entscheidungskriterien. Die für 2012 erwartete leicht herausragende Zahl ist somit ein Zufallsergebnis, dem keine besonderen Umstände zugrunde liegen.

Zu 2 und 3:

Der ab 2013 einsetzende Rückgang der Teilnehmer und Lehrgänge ist die Folge der Umbaumaßnahmen an der WSPS. Die Raumkapazitäten gehen dadurch zugunsten hochwertigerer Räume leicht zurück.

Zu 4:

Für 2011 erfolgte keine Evaluation, da die Ergebnisse seit Jahren gleich waren und keine neuen Erkenntnisse erwartet wurden. Kritikpunkt war stets nur die Art der Unterbringung bzw. die Räumlichkeiten. Nach dem Umbau wird es eine neue Zufriedenheitsstudie geben (ab 2012).

Teilplan des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule
Produktgruppe 276.01 Wasserschutzpolizeischule

1.4.5.3.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Wasserschutzpolizeischule (WSPS)<							
Erlöse	-2.521	-3.135	-2.246	-2.615	-2.602	-2.505	-2.505
Kosten	2.146	2.388	2.332	2.499	2.539	2.557	2.566
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Wasserschutzpolizeischule (WSPS)<	-374	-746	86	-117	-63	52	61
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 > Produkt Wasserschutzpolizeischule (WSPS)<							

Siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.5.3.7 Vollzeitäquivalente der PG 276.01 Wasserschutzpolizeischule

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ		19,8	19,8	19,8	19,8	19,8	19,8

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.4.5.4 Investitionen des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen	-322		-1.631	-1.255	-77	-159	-159
Auszahlungen sonstige Investitionen	433	170	1.964	1.554	95	160	170
Saldo für sonstige Investitionen	111	170	333	299	18	1	11
Verpflichtungsermächtigung für sonstige Investitionen							

Gesamtsaldo für Investitionsmittel	111	170	333	299	18	1	11
---	------------	------------	------------	------------	-----------	----------	-----------

Einzahlungen aus Investitionen

Veranschlagt werden die Investitionskostenanteile der Länder. Nach dem Abkommen über die Aufgaben und Finanzierung der Wasserschutzpolizeischule wird der sich nach der Jahresabrechnung für das jeweilige Haushaltsjahr ergebende Finanzbedarf von den vertragschließenden Ländern gemeinsam getragen. Als Verteilungsschlüssel gelten Vomhundertsätze, die sich aus der Sollstärke der Wasserschutzpolizeien des vorletzten Haushaltsjahres ergeben.

Die Schwankung bei den Investitionseinzahlungen 2012 nach 2013 und 2013 nach 2014 ff. ergibt sich im Wesentlichen

- aus der Umsetzung der Umbaumaßnahmen für das Haus A,
- daraus, dass ab 2014 nur kleinere Investitionen (Beschaffung von Geräten) geplant sind.

Auszahlungen für Investitionen

Die Investitionsauszahlungen setzen sich aus folgenden Positionen zusammen:

- Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen,
- Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen.

Die Schwankung bei den Investitionsauszahlungen 2012 nach 2013, 2013 nach 2014, 2014 nach 2015 und 2015 nach 2016 ergibt sich im Wesentlichen aus

- der Umsetzung der Umbaumaßnahmen für das Haus A in den Jahren 2012/2013. Die Maßnahme soll zwar in 2012 abgeschlossen werden, die Mittel werden aber teilweise erst in 2013 abfließen.
- der Notwendigkeit im Bereich „Beschaffung Geräte und Ausstattung“ in 2013 die Flussradaranlagen zu erneuern sowie die ECDIS-Anlage (elektronischer Schiffsfahringsimulator) um einen Ausbildungsplatz zu erweitern.
- dem Wegfall der hohen Investitionsraten ab 2014 für die o. g. Baumaßnahme. In 2014 werden im Bereich Bauinvestitionen keine Mittel eingeworben. Dadurch sinkt der Anteil der Länder an den Investitionsleistungen auf 77 Tsd. Euro. Im Bereich „Beschaffung Geräte und Ausstattung“ reduziert sich der Bedarf ebenfalls. Es werden die Bedienelemente und –instrumente der Radarsimulationsanlage erneuert. Ferner wird neues Mobiliar beschafft.
- der Notwendigkeit ab 2015 ff. sukzessive die Fenster im Haus B zu erneuern.

1.4.5.5 Darlehen des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule

Darlehen sind nicht veranschlagt.

1.4.5.6 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule

Wesentliche gesetzliche Leistungen sind nicht veranschlagt.

1.4.6 Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr

1.4.6.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 277 Feuerwehr

Die Feuerwehr gewährleistet im Rahmen der Daseinsvorsorge Schutz für die Bevölkerung durch Prävention und schnellstmögliche und bedarfsgerechte Hilfe bei Gefahren und Notfällen. Die Freiwilligen Feuerwehren dienen der Verstärkung des Brandschutzes und unterstützen die Berufsfeuerwehr bei ihren sonstigen Aufgaben.

Durch die stabile Funktionsbesetzung, eine hochwertige Aus- und Fortbildung und eine dem Stand der Technik entsprechende Ausstattung soll den mit der Entwicklung der Metropolregion einhergehenden Herausforderungen, der demographischen Entwicklung, des Klimawandels und dem damit zu erwartenden steigenden Einsatzaufkommen mit hoher Qualität begegnet werden.

Zukunftsfelder für die Neuausrichtung der Gefahrenabwehr sind:

- Entwicklung und Konsolidierung von Sondereinheiten
- Aufbau einer technischen Vorhaltung für Großschadenslagen und Katastrophen
- Fortentwicklung der Kommunikations- und Führungsmittel
- Entwicklung eines umfassenden Qualitätsmanagements im Rettungsdienst
- Fortentwicklung zukunftsorientierter Lehr- und Lernmethoden

1.4.6.2 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr

Die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“, „Personalkosten“, „Kosten aus Transferleistungen“ und „Sonstige Kosten“ sind übertragbar.

Für Leistungen aus Gründen der Billigkeit können im Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ Kosten bis zu 200 Tsd. Euro verursacht werden.

Sofern zur Erreichung des Leistungszwecks ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel gefördert wird,

- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ innerhalb einer Produktgruppe und zu den Produktgruppen desselben Aufgabenbereichs gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Mittel für sonstige Investitionen der Aufgabenbereiche innerhalb des Einzelplans 8.1 gegenseitig deckungsfähig.
- sind die Kontenbereiche „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und „Personalkosten“ aller Produktgruppen des Einzelplans 8.1 bis zur Höhe von zwei von Hundert der veranschlagten Kosten zugunsten aller Produktgruppen innerhalb des Einzelplans 8.1 deckungsfähig.
- dürfen Mehrerlöse aus Rettungsdienstgebühren im Aufgabenbereich der Feuerwehr zur Deckung von Mehrauszahlungen für Investitionen bei der Feuerwehr verwendet werden.
- ist in allen Produktgruppen eines Aufgabenbereichs der Kontenbereich „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ einseitig deckungsfähig zugunsten von Auszahlungen der drei Investitionsmittelgruppen desselben Aufgabenbereichs.
- fließen die aus Desinvestitionen erfolgenden Einzahlungen für Investitionen den Auszahlungen für Investitionen zu.

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

1.4.6.3 Produktgruppe 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

1.4.6.3.1 Vorwort zur PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.6.3.2 Ergebnisplan der PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse	-47.746	-52.590	-42.342	-42.970	-43.005	-43.041	-43.080
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	13.589	17.539	11.094	14.908	14.801	15.132	14.825
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	7.587	6.929	7.875	7.975	8.015	8.085	8.156
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	5.195	6.172	4.860	4.650	4.453	4.361	4.350
3. Personalkosten	106.176	115.169	107.540	112.354	114.195	115.906	117.644
a) Kosten für Entgelte	346	258	344	256	259	263	267
b) Kosten für Bezüge	77.278	83.530	77.618	81.309	82.640	83.879	85.137
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	191		134				
d) Kosten für Sozialleistungen	3.622	4.690	4.607	4.762	4.843	4.915	4.988
e) Kosten für Versorgungsleistungen	24.739	26.691	24.837	26.027	26.452	26.849	27.252
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	6.457	6.860	4.633	4.681	6.383	7.883	9.051
6. Sonstige Kosten	145	1.238	19	552	807	885	1.296
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	78.621	88.216	80.944	89.525	93.181	96.765	99.736
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	78.621	88.216	80.944	89.525	93.181	96.765	99.736
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	78.621	88.216	80.944	89.525	93.181	96.765	99.736
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	78.621	88.216	80.944	89.525	93.181	96.765	99.736

1. Erlöse

Den wesentlichen Anteil bilden

- Verwaltungsgebühren (Rettungsdienst und Techn. Hilfeleistungen) und
- Verwaltungsgebühren für Einsätze des DRK Harburg im Rettungsdienst.

2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Den wesentlichen Anteil bildet der Aufwand für

- Einsatzmittel,
- Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung, Verbrauchsmittel,
- Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke sowie der baulichen Anlagen,
- Mieten und Pachten,
- Erstattungen an die Asklepios Kliniken GmbH, das Universitätskrankenhaus Eppendorf und das

- Berufsgenossenschaftliche Unfallkrankenhaus Boberg und Erstattungen an das DRK Harburg für Notfallbeförderungen.

5. Kosten für Abnutzung und Abschreibung

Die Kosten für Abschreibungen ergeben sich im wesentlichen aus

- Neu- und Umbau von Rettungswachen und Erneuerung von Betriebsvorrichtungen,
- Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen,
- Beschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen,
- Beschaffungen für Fernmelde-, Alarmierungstechnik und Lichtsignalanlagen,
- Ersatzbeschaffung und Umrüstung von Atemschutzgeräten und
- Ersatzbeschaffung unterschiedlicher Einsatzgeräte sowie
- Ersatzbeschaffungsprogramm für Dienst- und Schutzkleidung.

6. Sonstige Kosten

Die Sonstigen Aufwendungen umfassen insbesondere die Verbrauchsmittel (periodenfremd) und Aufwendungen für Aus- und Fortbildung.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.6.3.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.6.3.4 Ziele der PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

- Z 1: Schnellstmögliche Rettung von Menschen und Tieren und Schutz von Sachwerten (siehe Kennzahlen 1, 2, 3, 5, 7, 8 bis 11)
- Z 2: Zeitgerechtes Beseitigen von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Rahmen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr und Schutz der Umwelt durch Technische Hilfeleistung (siehe Kennzahlen 9 und 9.1)
- Z 3: Sicherstellung der schnellstmöglichen, dem aktuellen Stand der Medizin entsprechenden Rettung von Menschen sowie der flächendeckenden, bedarfs- und fachgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes (Kennzahl 2, 4, 6, 7, 10, 11 bis 16)

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

1.4.6.3.5 Kennzahlen der PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1.1 Notrufe 112	Anzahl	568.015	688.200	-	700.000	700.000	700.000	700.000
1.2 Notrufe über 112								
durchschnittliche Anrufentgegennahmezeit (in Sek.)	Anzahl	11,7	10,4	-	10,4	10,4	10,4	10,4
2. Standorte (Gesamt)	Anzahl	38	39	38	39	39	39	39
3.Funktionsbesetzung (Funktionen im Durchschnitt pro Tag) der Löschzüge								
- tagsüber	Anzahl	197	199	250	250	250	250	250
- nachts		189	191	229	229	229	229	229
4. Funktionsbesetzung (Funktionen im Durchschnitt pro Tag) des Rettungsdienstes								
- tagsüber	Anzahl	114	117	114	125	125	125	125
- nachts		100	100	100	100	100	100	100
5. Erfüllungsquote Funktionsbesetzung in der Löschzugstärke								
- tagsüber	Prozent	79	80	81	83	83	83	83
- nachts		82	83	87	88	88	88	88
6. Erfüllungsquote Funktionsbesetzung im Rettungsdienst								
- tagsüber	Prozent	100	100	100	100	100	100	100
- nachts		100	100	100	100	100	100	100
7. Im Einsatzdienst tätige Frauen	Anzahl	28	36	32	28	28	28	28
8. Alarmierungen Brandbekämpfung (BB)	Anzahl	30.883	36.044	29.000	36.000	36.000	36.000	36.000
9. Alarmierungen Technische Hilfeleistung (TH)	Anzahl	28.301	27.099	30.000	27.000	27.000	27.000	27.000
9.1 davon Alarmierungen von Einheiten der Freiwilligen Feuerwehren (BB und TH, ohne Erstversorgung)	Anzahl	5.933	7.260	6.500	7.200	7.200	7.200	7.200
10. Erfüllungsquote Eintreffzeit und der taktischen Mindeststärke beim sog. „kritischen Brand“ innerhalb von <= 8 Min (mind. 10 Funktionen)	Prozent							
11. Erfüllungsquote Eintreffzeit (s.o.) innerhalb von <= 13 Min. (mind. 16 Funktionen)	Prozent							
12. Alarmierungen Notfallrettung im öffentlichen Rettungsdienst (ohne Erstversorgung FF)	Anzahl	228.935	238.930	227.850	239.450	239.450	239.450	239.450
13. Alarmierungen der Erstversorgung durch Einheiten der Freiwilligen Feuerwehren	Anzahl	1.749	1.771	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800
14. Erfüllungsquote Eintreffzeit im öffentlichen Rettungsdienst an der Einsatzstelle innerhalb von <= 8 Min.	Prozent	71	72	73	72	72	72	72
15. Erfüllungsquote Eintreffzeit Notarzt an der Einsatzstelle innerhalb von <= 15 Min.	Prozent	93	95	95	95	95	95	95
16. Krankenförderungen Feuerwehr	Anzahl	177	147	250	150	150	150	150

Weitere Angaben zu den Standorten und den Alarmierungen sind dem Jahresbericht der Feuerwehr zu entnehmen.

Zu 10., 11.:

Bei der Berechnung der „Erfüllungsquote Eintreffzeit und taktische Mindeststärke“ werden die „Ausrücke- und Anfahrtszeit“ (Differenz zwischen Alarmierung der Einheiten und Eintreffen am Einsatzort) und die taktische

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

Mindeststärke für die jeweiligen Schutzzielstufen aller auswertbarer „kritischen Brände“ berücksichtigt. Sie ist erreicht, wenn eine angemessen ausgebildete Mannschaft mit einer taktischen Mindeststärke von 10 Funktionen (Schutzzielstufe 1) innerhalb von 8 Min. sowie 6 weitere Funktionen (Schutzzielstufe 2) nach max. 13 Min. mit dem erforderlichen Gerät die Einsatzstelle erreicht, um somit einen kritischen Brand in einer Obergeschosswohnung eines mehrgeschossigen Gebäudes bei verqualmten Rettungswegen bekämpfen zu können.

Zu 14., 15.:

Die „Erfüllungsquote Eintreffzeit“ des öffentlichen Rettungsdienstes wird auf Basis der Differenz zwischen Notrufannahme und Eintreffen des Fahrzeugs berechnet. Sie ist erreicht, wenn die personell und technisch voll ausgestatteten Rettungsmittel innerhalb der vorgegebenen Eintreffzeit am Einsatzort eine dem aktuellen Ausbildungsstandard entsprechende rettungsdienstliche Versorgung erbringen können.

Weitere Informationen sind dem Personalbericht zu entnehmen (z. B. Darstellung der Beschäftigtenzahlen des feuerwehrtechnischen Dienstes der BIS nach Geschlecht (Kapitel C.2.1.1).

www.hamburg.de/zpd/publikationen/236290/personalbericht-2009.html

1.4.6.3.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Produkt >Gefahrenabwehr<							
Erlöse	-2.387	-2.630	-2.117	-2.598	-2.650	-2.652	-2.654
Kosten	88.457	98.564	86.300	97.146	100.008	102.740	105.127
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Gefahrenabwehr<	86.070	95.935	84.183	94.548	97.358	100.088	102.473
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 > Produkt Gefahrenabwehr <							
Produkt >Rettungsdienst<							
Erlöse	-45.359	-49.961	-40.225	-40.372	-40.355	-40.389	-40.426
Kosten	37.910	42.242	36.986	35.348	36.178	37.066	37.689
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Rettungsdienst<	-7.449	-7.719	-3.239	-5.024	-4.177	-3.323	-2.737
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 > Produkt Rettungsdienst <							

Die Werte für die Erlöse und Kosten bei den Produkten der Aufgabengruppe „Einsatzdienst“ wurden mit einem prozentualen Schlüssel verteilt.

1.4.6.3.7 Vollzeitäquivalente der PG 277.01 Einsatzdienst Feuerwehr

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	2.069,22	2.105,01	2.106,20	2.038,25	2.040,04	2.040,04	2.040,04

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

1.4.6.4 Produktgruppe 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

1.4.6.4.1 Vorwort zur PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.6.4.2 Ergebnisplan der PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-71	-2.177	-86	-1.710	-1.770	-1.821	-1.868
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	486	2.564	584	757	812	847	857
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	252	158	217	217	217	217	217
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	129	2.309	239	450	504	530	540
3. Personalkosten	5.239	5.505	5.154	5.238	5.316	5.396	5.477
a) Kosten für Entgelte	908	803	902	763	774	786	798
b) Kosten für Bezüge	3.127	3.350	3.005	3.123	3.169	3.217	3.265
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	176	360	259	330	336	340	345
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.028	992	989	1.022	1.037	1.053	1.069
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			87	67	41	35	34
6. Sonstige Kosten	9	221	3	200	200	202	204
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	5.663	6.113	5.742	4.552	4.599	4.659	4.704
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	5.663	6.113	5.742	4.552	4.599	4.659	4.704
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	5.663	6.113	5.742	4.552	4.599	4.659	4.704
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	5.663	6.113	5.742	4.552	4.599	4.659	4.704

1. Erlöse

Den wesentlichen Anteil bilden

- Verwaltungsgebühren u.a. aus Gefahrenerkundung und für Brandverhütungsschauen.

2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Den wesentlichen Anteil bildet der Aufwand für

- Beseitigung von Kampfmitteln,
- Betrieb des Kampfmittelkatasters,
- Einsatzmittel,
- Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung, Verbrauchsmittel,
- Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke sowie der baulichen Anlagen,
- Mieten und Pachten.

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

5. Kosten für Abnutzung und Abschreibung

Die Kosten für Abschreibungen ergeben sich im wesentlichen aus der
- Ersatzbeschaffung unterschiedlicher Einsatzgeräte

6. Sonstige Kosten

Die Sonstigen Aufwendungen umfassen insbesondere die Verbrauchsmittel (periodenfremd) und Aufwendungen für Aus- und Fortbildung.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.6.4.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.6.4.4 Ziele der PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

- Z 1: Schnelle, fachlich korrekte Stellungnahmen in den Genehmigungsverfahren der unterschiedlichen Genehmigungsbehörden (siehe Kennzahl 1)
- Z 2: Sicherstellung der Einhaltung von Standards des Vorbeugenden Brandschutzes in besonders brandgefährdeten Objekten (siehe Kennzahlen 2 und 3)
- Z 3: Zielgruppenorientierte Brandschutzerziehung und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über vorbeugenden Brandschutz und das richtige Verhalten im Gefahrenfall (siehe Kennzahl 4)
- Z 4: Sicherstellung der Identifizierung und Entschärfung, des Abtransportes und Beseitigung der gemeldeten Kampfmittel (siehe Kennzahl 6)
- Z 5: Gewährleistung eines vor Kampfmitteln sicheren Baugewerbes durch Einschätzung des Gefährdungspotentials, das von belasteten Grundstücken ausgeht (siehe Kennzahlen 7, 8, 9 und 11)

1.4.6.4.5 Kennzahlen der PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Erledigungsquote aller Stellungnahmen binnen vier Wochen nach Eintreffen der Anfrage	Prozent	60	92	80	82	82	84	84
2. Durchzuführende Brandsicherheitsschauen	Anzahl	1.624	1.755	1.820	1.820	1.820	1.820	1.820
3. Durchführungssquote Brandverhütungsschauen, davon nur Hauptschauen	Prozent	93	91	85	88	88	89	89
4. Teilnehmerinnen/Teilnehmer Brandschutzerziehung	Anzahl	17.204	18.034	-	18.200	18.200	18.200	18.200
5. Kostendeckungsgrad Brandverhütungsschauen	Prozent	52	59	-	62	64	64	66
6. Munitionsfunde	Anzahl	201	173	-	-	-	-	-
7. Anzahl Anträge Gefahrenerkundungen	Anzahl	5.208	6.673	3.500	6.500	6.500	6.500	6.500
8. Erledigung der Anträge in Verfahren mit gesetzlicher Frist (z.B. § 62 HBauO) binnen 4 Wochen	Prozent	100	100	100	100	100	100	100
9. Erledigung der Anträge in Verfahren ohne gesetzliche Frist binnen 16 Wochen	Prozent	-	-	75	50	50	50	50

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
10. Kostendeckungsgrad	Prozent	57	64	-	65	65	67	67
Gefahrenerkundung durch GEKV								
11. Durchschnittl. Bearbeitungsdauer	Stunden	4,5	5	-	5	5	5	5
Gefahrenerkundung durch GEKV								

Zu 10. und 11.:

GEKV = Referat „Gefahrenerkundung und Kampfmittelverdacht“ bei der Feuerwehr

1.4.6.4.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Gefahrenvorbeugung<							
Erlöse	-46	-1.415	-56	-1.112	-1.151	-1.184	-1.214
Kosten	2.867	4.145	2.914	3.131	3.185	3.240	3.286
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Gefahrenvorbeugung<	2.821	2.730	2.858	2.019	2.034	2.056	2.072
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Gefahrenvorbeugung<							
>Produkt Kampfmittelbeseitigung<							
Erlöse	-25	-762	-30	-599	-620	-637	-654
Kosten	2.867	4.145	2.914	3.131	3.185	3.240	3.286
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Kampfmittelbeseitigung<	2.842	3.383	2.884	2.532	2.565	2.603	2.632
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Kampfmittelbeseitigung <							

Die Werte für die Erlöse und Kosten bei den Produkten der Aufgabengruppe „Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz“ wurden mit einem prozentualen Schlüssel verteilt.

1.4.6.4.7 Vollzeitäquivalente der PG 277.02 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	94,66	96,26	88,20	82,79	82,79	82,79	82,79

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

1.4.6.5 Produktgruppe 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

1.4.6.5.1 Vorwort zur PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.6.5.2 Ergebnisplan der PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-100	-350	-100	-108	-110	-112	-123
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	3.896	4.163	4.167	4.570	4.669	4.814	4.892
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.850	2.505	2.668	3.190	3.190	3.190	3.190
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	163	512	677	430	479	522	552
3. Personalkosten	434	1.673	422	417	424	430	436
a) Kosten für Entgelte	125	242	124	65	66	67	68
b) Kosten für Bezüge	213	975	205	248	252	256	260
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	24	97	24	23	23	23	23
e) Kosten für Versorgungsleistungen	72	359	69	81	83	84	85
4. Kosten für Transferleistungen		434	405	470	480	490	500
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	2.327	2.473	2.279	2.177	2.433	2.902	3.039
6. Sonstige Kosten	1.185	1.011	388	724	724	850	940
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	7.742	9.404	7.561	8.250	8.620	9.374	9.684
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit		23					
10. Finanzergebnis		23					
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	7.742	9.427	7.561	8.250	8.620	9.374	9.684
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	7.742	9.427	7.561	8.250	8.620	9.374	9.684
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	7.742	9.427	7.561	8.250	8.620	9.374	9.684

1. Erlöse

Den wesentlichen Anteil bilden

- Verwaltungsgebühren (Techn. Hilfeleistung)

2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Den wesentlichen Anteil bildet der Aufwand für

- Einsatzmittel,
- Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung, Verbrauchsmittel,
- Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke sowie der baulichen Anlagen,
- Mieten und Pachten.

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

Die erhöhten Ansätze bei den Kosten aus Verwaltungstätigkeit resultieren im Wesentlichen aus Kostensteigerungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Preissteigerungen bei den Kraftstoffen, Kostensteigerungen für Reparaturaufwendungen sowie Mehrausgaben bei Dienst- und Schutzkleidung.

4. Kosten für Transferleistungen

Die Position enthält Ausgaben für Verdienstaussfälle und Aufwandsentschädigungen für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren.

5. Kosten für Abnutzung und Abschreibung

Die Kosten für Abschreibungen ergeben sich im wesentlichen aus

- Beschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen,
- Ersatzbeschaffungsprogramm für Dienst- und Schutzkleidung.

6. Sonstige Kosten

Die Sonstigen Aufwendungen umfassen insbesondere die Verbrauchsmittel (periodenfremd) und Aufwendungen für Aus- und Fortbildung sowie Erstattungen an die Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.6.5.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.6.5.4 Ziele der PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

- Z 1: Verstärkung des Brandschutzes (siehe Kennzahlen 1 bis 5)
- Z 2: Unterstützung der Berufsfeuerwehr (siehe Kennzahlen 1 bis 5)
- Z 3: Unterstützung des Katastrophenschutzes (siehe Kennzahlen 1, 2, 4)

1.4.6.5.5 Kennzahlen der PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Freiwillige Feuerwehren	Anzahl	87	87	87	87	87	87	87
1.1 darunter Erstversorgungswehren	Anzahl	18	18	18	18	18	18	18
1.2 darunter mit Jugendfeuerwehren	Anzahl	56	57	65	58	58	58	58
2. Angehörige Freiwillige Feuerwehren	Anzahl	2.589	2.520	2.650	2.600	2.600	2.600	2.600
davon Frauen		168	166	195	190	190	190	190
3. Angehörige der Jugendfeuerwehren	Anzahl	921	930	1.024	930	930	930	930
davon Mädchen		185	163	200	165	165	165	165
4. Anzahl der Fahrzeuge der FF	Anzahl	-	306	-	306	306	306	306
5. Einsatzzahl selbstständige Erledigung	Anzahl	1.727	2.726	-	2.200	2.200	2.200	2.200

Zu 5.:

Die Steuerung von Einsätzen obliegt ausschließlich den Disponenten der Feuerwehreinsatzlenkung in der Einsatzabteilung. Deshalb wird diese Kennzahl, die die Anzahl der Alleineinsätze der FF wiedergibt, vom Einsatzdienst (Referat Einsatzcontrolling) ermittelt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
 Produktgruppe 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

1.4.6.5.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Freiwillige Feuerwehren<							
Erlöse	-100	-350	-100	-108	-110	-112	-123
Kosten	7.842	9.777	7.661	8.358	8.730	9.486	9.807
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Freiwillige Feuerwehren<	7.742	9.427	7.561	8.250	8.620	9.374	9.684
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Freiwillige Feuerwehren <							

Die Werte für die Erlöse und Kosten der Aufgabengruppe „Landesbereich Freiwillige Feuerwehren“ wurden vollständig dem Produkt „Freiwillige Feuerwehren“ zugeordnet.

1.4.6.5.7 Vollzeitäquivalente der PG 277.03 Landesbereich Freiwillige Feuerwehren

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	8,90	8,97	9,00	8,55	8,55	8,55	8,55

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.04 Feuerwehrakademie

1.4.6.6 Produktgruppe 277.04 Feuerwehrakademie

1.4.6.6.1 Vorwort zur PG 277.04 Feuerwehrakademie

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.6.6.2 Ergebnisplan der PG 277.04 Feuerwehrakademie

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse		-2.852	-1.775	-1.300	-1.300	-1.300	-1.300
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	1.185	2.140	1.582	1.351	1.416	1.416	1.416
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	911	1.247	1.212	1.125	1.125	1.125	1.125
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	187	400	255	76	111	111	111
3. Personalkosten	3.901	5.527	5.113	5.624	5.708	5.795	5.882
a) Kosten für Entgelte	239	606	331	323	328	333	338
b) Kosten für Bezüge	2.731	3.546	3.406	3.798	3.855	3.913	3.972
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	49	221	276	278	282	287	291
e) Kosten für Versorgungsleistungen	881	1.154	1.100	1.225	1.243	1.262	1.281
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen			99	81	65	60	46
6. Sonstige Kosten	445	703	595	400	400	400	400
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	5.531	5.518	5.614	6.156	6.289	6.371	6.444
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	5.531	5.518	5.614	6.156	6.289	6.371	6.444
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	5.531	5.518	5.614	6.156	6.289	6.371	6.444
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	5.531	5.518	5.614	6.156	6.289	6.371	6.444

1. Erlöse

Die Erlöse aus Verwaltungstätigkeit umfassen Seminarkosten für externe Seminar- und entsprechend des zu erwartenden Betriebsverlaufs sowie die Erstattung der Ausbildungskosten der für die Polizei Hamburg durchgeführten Lehrgänge des Rettungsdienstes.

Hinzu kommen Sonstige Erlöse wie

- die durch den Bund zu erstattenden anteiligen Kosten für die Ausbildungen im Katastrophenschutz
- die Erstattung von Personalkosten gem. Haushaltsbeschluss,
- Einnahmen zur Realisierung des Projekts 4 Laufbahnlehrgänge der Laufbahngruppe 1 und
- Sponsoring.

In 2013 bzw. 2014 werden die EU-Lehrgänge im Bereich des Katastrophenschutzes (Community Mechanism Induction Course – kurz: CMI) nicht an der Feuerwehrakademie durchgeführt. Hierdurch reduzieren sich die

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.04 Feuerwehrakademie

Einnahmen um ca. 400 Tsd. EUR p.a..

Die betrieblichen Einnahmen dienen der Deckung der Ausgaben der FeuAk.

3. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

In den Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit sind neben den Mieten, Bewirtschaftungskosten und Kosten der Fahrzeugunterhaltung der Feuerwehrakademie auch die Erstattungen an die Hamburgische Verwaltung u.a. für die Bezügeabrechnung und die Prüfung des Jahresabschlusses enthalten. Ferner werden hier Kosten für Geschäftsbedarf veranschlagt. Durch den Wegfall der Veranstaltung von EU-Lehrgängen wurde dieser Ansatz entsprechend gekürzt.

5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen

Die Aufwendungen für Abschreibungen werden sich nach Aktivierung der Investition „Brandsimulationsanlage“ um 164 Tsd. EUR jährlich erhöhen.

6. Sonstige Kosten

Die Sonstigen Aufwendungen umfassen insbesondere die Lehr- und Lernmittel, sowie Verbrauchsmittel, Aufwendungen für Schutzbekleidung und Gastdozentenonorare. Durch den Wegfall der Veranstaltung von EU-Lehrgängen (CMI) wurde der Ansatz entsprechend angepasst.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.6.6.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 277.04 Feuerwehrakademie

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.6.6.4 Ziele der PG 277.04 Feuerwehrakademie

- Z 1: Vermittlung von fachtechnischem Wissen als Voraussetzung für die Rettung, die Bewahrung und den Schutz des Lebens, der Lebensgrundlagen sowie den Erhalt von Sachwerten bei Bränden, Not- und Unglücksfällen, Natur- und Großschadensereignissen unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Gesichtspunkte (siehe Kennzahlen 1, 2, 3, 5 und 6)
- Z 2: Hoher Kundenzufriedenheitsindex auf einer Skala von -5 (sehr schlecht) bis +5 (sehr gut) (siehe Kennzahl 4)

1.4.6.6.5 Kennzahlen der PG 277.04 Feuerwehrakademie

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Personentage Lehrgangsteilnehmer	Anzahl	41.822	42.837	-	41.000	41.000	41.000	41.000
2. Kapazität in Lehrerunterrichtsstunden	Anzahl	37.946	36.785	43.426	43.500	43.500	43.500	43.500
3. Bestehensquote der Laufbahnausbildungen	Prozent	89	94	>95	>95	>95	>95	>95
4. Kundenzufriedenheitsindex	Note	2,8	2,4	>2	>2	>2	>2	>2
5. Anzahl der Lehrgänge davon extern	Anzahl	1.175	1.121	-	1.100	1.100	1.100	1.100
		460	446	-	450	450	450	450
6. Auslastung aller Lehrgänge	Prozent	-	-	-	80	80	80	80

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.04 Feuerwehrakademie

Zu 4.:

Die Kennzahl wird durch die Auswertung der Evaluationsbögen ermittelt, die im Rahmen der Lehrgänge an die Lehrgangsteilnehmer verteilt werden. Es werden verschiedene Kategorien zu den Unterrichten und den Rahmenbedingungen an der Feuerwehrakademie abgefragt und auf einer Skala von -5 bis +5 bewertet.

Zu 5.:

Die Feuerwehrakademie bietet zusätzlich zu der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehren, anderer Behörden und Ämter etc. Seminare für externe Unternehmen auf dem Gebiet der Brandschutzerziehung und der Rettungsdienstlichen Erziehung und Aufklärung an. Diese Seminare werden als externe Lehrgänge dargestellt.

1.4.6.6.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 277.04 Feuerwehrakademie

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Feuerwehrtechnische Aus-, Fort- u. Weiterbildung<							
Erlöse		-143	-89	-65	-65	-65	-65
Kosten	2.213	3.348	2.956	3.005	3.059	3.092	3.121
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Feuerwehrtechnische Aus-, Fort- u. Weiterbildung<	2.213	3.205	2.867	2.940	2.994	3.027	3.056
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Feuerwehrtechnische Aus-, Fort- u. Weiterbildung<							
>Produkt Rettungsdienstliche Aus-, Fort- u. Weiterbildung<							
Erlöse		-143	-89	-65	-65	-65	-65
Kosten	1.936	2.930	2.586	2.572	2.618	2.646	2.672
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Rettungsdienstliche Aus-, Fort- u. Weiterbildung<	1.936	2.787	2.497	2.507	2.553	2.581	2.607
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Rettungsdienstliche Aus-, Fort- u. Weiterbildung<							
>Produkt Seminarprogramm<							
Erlöse		-2.567	-1.598	-1.170	-1.170	-1.170	-1.170
Kosten	1.383	2.093	1.847	1.878	1.912	1.933	1.951
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Seminarprogramm<	1.383	-474	250	708	742	763	781
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Seminarprogramm<							

Die Werte für die Erlöse und Kosten bei den Produkten der Aufgabengruppe „Feuerwehrakademie“ wurden mit einem prozentualen Schlüssel verteilt.

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.04 Feuerwehrakademie

1.4.6.6.7 Vollzeitäquivalente der PG 277.04 Feuerwehrakademie

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	85,27	86,77	87,20	87,25	87,25	87,25	87,25

--

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.05 Zentrale Dienste

1.4.6.7 Produktgruppe 277.05 Zentrale Dienste

1.4.6.7.1 Vorwort zur PG 277.05 Zentrale Dienste

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.6.7.2 Ergebnisplan der PG 277.05 Zentrale Dienste

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-495	-11.269	-358	-393	-401	-418	-432
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	654	3.354	2.247	2.060	2.110	2.080	2.140
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen		1.659	1.829	1.180	1.180	1.180	1.180
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz		761	239	650	700	650	700
3. Personalkosten	7.710	5.078	7.712	5.948	6.032	6.122	6.213
a) Kosten für Entgelte	902	785	896	943	953	967	982
b) Kosten für Bezüge	5.011	2.920	4.815	3.504	3.557	3.610	3.664
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	10						
d) Kosten für Sozialleistungen	175	294	450	353	357	363	368
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.612	1.079	1.551	1.148	1.165	1.182	1.199
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten	16	1.774	82	1.339	1.339	1.438	1.651
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	7.885	-1.063	9.683	8.954	9.080	9.222	9.572
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	7.885	-1.063	9.683	8.954	9.080	9.222	9.572
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	7.885	-1.063	9.683	8.954	9.080	9.222	9.572
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	7.885	-1.063	9.683	8.954	9.080	9.222	9.572

1. Erlöse

Den wesentlichen Anteil bilden

- Erträge aus der Abrechnung von Alarmen (Brandmeldeanlagen)

Der hohe Wert bei den Erlösen in 2011 resultiert aus der Auflösung von Rückstellungen für Prozessrisiken für mögliche Erstattungsforderungen aufgrund der unter Vorbehalt gezahlten Gebühren (10.600 Tsd. €). Mit den Krankenkassen wurde ein Vergleich geschlossen, so dass die Rückzahlungsrisiken entfallen. Die Auflösung dieser Rückstellungen für Prozessrisiken ist nicht zahlungswirksam.

2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Den wesentlichen Anteil bildet der Aufwand für

- Verbrauchsmittel,

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.05 Zentrale Dienste

- Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke sowie der baulichen Anlagen,
- Mieten und Pachten.

6. Sonstige Kosten

Die Sonstigen Aufwendungen umfassen insbesondere die Verbrauchsmittel (periodenfremd) und Aufwendungen für Aus- und Fortbildung.

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.6.7.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 277.05 Zentrale Dienste

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.6.7.4 Ziele der PG 277.05 Zentrale Dienste

- Z 1: Gewährleistung des internen und Unterstützung des externen Dienstbetriebs durch ein sach- und fachgerechtes Gebäudemanagement (siehe Kennzahl 1)
- Z 2: Sicherung der ordnungsgemäßen Durchführung des nicht-öffentlichen Rettungsdienstes (Kennzahl 2)

1.4.6.7.5 Kennzahlen der PG 277.05 Zentrale Dienste

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Gebäudebestand (Gesamt)	qm	99.942	98.932	99.020	98.430	98.730	98.730	98.730
2. Betriebsprüfungen im nicht-öffentlichen Rettungsdienst	Anzahl	91	96	50	80	80	80	80

Zu den Aufgaben der Produktgruppe gehören

- die Finanzdienste der zentralen Buchhaltung des Amtes
- das Controlling und die Stellenwirtschaft des Amtes
- die Personalverwaltung, Personalplanung und –entwicklung sowie Weiterbildung
- das Gebäudemanagement
- das betriebliche Gesundheitsmanagement

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.05 Zentrale Dienste

1.4.6.7.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 277.05 Zentrale Dienste

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt Interner Service<							
Erlöse	-416	-9.466	-301	-330	-337	-351	-363
Kosten	3.352	4.082	4.016	3.558	3.613	3.731	4.002
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Interner Service<	2.936	-5.384	3.716	3.228	3.276	3.380	3.639
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Interner Service<							
>Produkt Ressourcenmanagement<							
Erlöse							
Kosten	2.095	2.552	2.510	2.412	2.445	2.562	2.501
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Ressourcenmanagement<	2.095	2.552	2.510	2.412	2.445	2.562	2.501
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Ressourcenmanagement<							
>Produkt Personaldienste<							
Erlöse	-79	-1.803	-57	-63	-64	-67	-69
Kosten	2.933	3.572	3.514	3.376	3.423	3.346	3.501
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Personaldienste<	2.854	1.769	3.457	3.313	3.359	3.279	3.432
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Personaldienste<							

Die Werte für die Erlöse und Kosten bei den Produkten der Aufgabengruppe „Zentrale Dienste“ wurden mit einem prozentualen Schlüssel verteilt.

Weitergehende Erläuterungen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan der Aufgabengruppe.

1.4.6.7.7 Vollzeitäquivalente der PG 277.05 Zentrale Dienste

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	96,64	98,20	110,48	105,60	105,60	105,60	105,60

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.06 Technik und Logistik

1.4.6.8 Produktgruppe 277.06 Technik und Logistik

1.4.6.8.1 Vorwort zur PG 277.06 Technik und Logistik

Siehe Vorwort zum Aufgabenbereich.

1.4.6.8.2 Ergebnisplan der PG 277.06 Technik und Logistik

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	-51	-635	-70	-70	-72	-74	-76
2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	6.194	4.288	5.658	3.761	3.846	3.880	3.901
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	50	1.164	181	830	830	830	830
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz		710	403	675	738	750	761
3. Personalkosten	7.189	2.086	7.200	6.099	6.173	6.265	6.360
a) Kosten für Entgelte	2.384	823	2.368	2.494	2.519	2.557	2.595
b) Kosten für Bezüge	3.216	742	3.090	2.207	2.240	2.273	2.308
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	7						
d) Kosten für Sozialleistungen	462	203	666	614	620	629	638
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.119	318	1.076	784	794	806	819
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	1	1	717	530	480	567	496
6. Sonstige Kosten	15	164		164	164	173	183
7. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	13.348	5.904	13.505	10.483	10.591	10.811	10.864
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (Zeile 7 + Zeile 10)	13.348	5.904	13.505	10.483	10.591	10.811	10.864
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	13.348	5.904	13.505	10.483	10.591	10.811	10.864
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15 + 16)	13.348	5.904	13.505	10.483	10.591	10.811	10.864

1. Erlöse

Den wesentlichen Anteil bilden

- Fremdleistungen für Dritte

2. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Den wesentlichen Anteil bildet der Aufwand für

- Einsatzmittel,
- Verbrauchsmittel,
- Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke sowie der baulichen Anlagen,
- Mieten und Pachten.

Die erhöhten Ansätze bei den Kosten aus Verwaltungstätigkeit resultieren im Wesentlichen aus

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.06 Technik und Logistik

Kostensteigerungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Preissteigerungen bei Kraftstoffen und Bekleidung, Kostensteigerungen für Reparaturaufwendungen.

5. Kosten für Abnutzung und Abschreibung

Die Kosten für Abschreibungen ergeben sich im wesentlichen aus

- Beschaffung von Atemschutztechnik,
- Beschaffung von Alarmierungstechnik

Im Übrigen siehe Erläuterungen zum Ergebnisplan des Aufgabenbereichs.

1.4.6.8.3 Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen der PG 277.06 Technik und Logistik

Konsumtive Verpflichtungsermächtigungen sind nicht veranschlagt.

1.4.6.8.4 Ziele der PG 277.06 Technik und Logistik

- Z 1: Sicherstellung einer an den Bedarfen ausgerichteten, dem Stand der Technik entsprechenden und auf wirtschaftlichen Prinzipien basierenden technischen Ausstattung für die Feuerwehr Hamburg und deren ständige Funktionsbereitschaft. (siehe Kennzahlen 1 bis 5)

1.4.6.8.5 Kennzahlen der PG 277.06 Technik und Logistik

	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1. Fahrzeugbestand BF (Gesamt)	Anzahl		352	-	352	352	352	352
1.1 davon Brandschutz / Techn. Hilfeleistung	Anzahl		240	-	240	240	240	240
1.2 davon Rettungsdienst	Anzahl		112	-	112	112	112	112
2. Fahrzeugbestand FF (Gesamt)	Anzahl		306	-	306	306	306	306
3. Kosten je Werkstattstunde der Kfz- und Gerätewerkstatt	Euro	78,00	78,00	-	78,00	78,00	78,00	78,00
4. Kosten je Werkstattstunde der Atemschutzwerkstatt	Euro	64,50	64,50	-	64,50	64,50	64,50	64,50
5. Kosten je Werkstattstunde für Telekommunikationstechnik	Euro	75,00	75,00	-	75,00	75,00	75,00	75,00

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Produktgruppe 277.06 Technik und Logistik

1.4.6.8.6 Kosten und Erlöse der Produkte der PG 277.06 Technik und Logistik

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
>Produkt IT und Kommunikation<							
Erlöse							
Kosten	6.164	3.008	6.245	4.880	4.932	5.034	5.059
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt IT und Kommunikation<	6.164	3.008	6.245	4.880	4.932	5.034	5.059
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt IT und Kommunikation<							
>Produkt Beschaffung und Logistik<							
Erlöse							
Kosten	2.010	981	2.036	1.591	1.608	1.642	1.650
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Beschaffung und Logistik<	2.010	981	2.036	1.591	1.608	1.642	1.650
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Beschaffung und Logistik<							
>Produkt Technische Dienste<							
Erlöse	-51	-635	-70	-70	-72	-74	-76
Kosten	5.226	2.550	5.294	4.081	4.122	4.209	4.231
Saldo Jahresergebnis 1 >Produkt Technische Dienste<	5.175	1.915	5.224	4.011	4.050	4.135	4.155
Erlöse							
Kosten							
Saldo Jahresergebnis 2 >Produkt Technische Dienste<							

Die Werte für die Erlöse und Kosten bei den Produkten der Aufgabengruppe „Technik und Logistik“ wurden mit einem prozentualen Schlüssel verteilt.

1.4.6.8.7 Vollzeitäquivalente der PG 277.06 Technik und Logistik

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gesamtanzahl VZÄ	116,91	119,00	125,29	115,85	115,46	115,46	115,46

-

Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.4.6.9 Investitionen des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
>Wasserschneideanlage<							
Einzahlungen							
Auszahlungen		114					
Zuschussbedarf für >Einzelinvestition Wasserschneideanlage<		114					
>Brandsimulationsanlage Modul U-/S-Bahn<							
Einzahlungen							
Auszahlungen		6					
Zuschussbedarf für >Brandsimulationsanlage Modul U-/S-Bahn<		6					
> Brandsimulationsanlage Technik Industrie<							
Einzahlungen							
Auszahlungen		17					
Zuschussbedarf für > Brandsimulationsanlage Technik Industrie<		17					
Saldo für Einzelinvestitionen		137					
Verpflichtungsermächtigungen für Einzelinvestitionen							
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen		-241					
Auszahlungen sonstige Investitionen	5.146	5.920	7.366	8.811	10.606	9.406	8.161
Saldo für sonstige Investitionen	5.146	5.680	7.366	8.811	10.606	9.406	8.161
Verpflichtungsermächtigung für sonstige Investitionen				10.606	9.406		
Gesamtsaldo für Investitionsmittel	5.146	5.816	7.366	8.811	10.606	9.406	8.161

Auszahlungen für Investitionen

Die Investitionsauszahlungen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus

- Neu- und Umbau von Rettungswachen und Erneuerung von Betriebsvorrichtungen,
- Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen (einschließlich Wasserfahrzeugen),
- Beschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen,
- Beschaffungen für Fernmelde-, Alarmierungstechnik und Lichtsignalanlagen,
- Ersatzbeschaffung und Umrüstung von Atemschutzgeräten und
- Ersatzbeschaffung unterschiedlicher Einsatzgeräte sowie
- Ersatzbeschaffungsprogramm für Dienst- und Schutzkleidung.

Die Feuerwehrakademie plant in der zweiten Jahreshälfte 2012 den Bau einer Brandsimulationsanlage bestehend aus zwei Modulen. Geplant ist die Realisierung der Module „Industriebrandbekämpfungsanlage“ und „Brände in U-/S-Bahn-Anlagen“, um eine realitätsnahe Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Feuerwehr Hamburg (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren) zu gewährleisten.

1.4.6.10 Darlehen des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr

Darlehen sind nicht veranschlagt.

1.4.6.11 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr

Wesentliche gesetzliche Leistungen sind nicht veranschlagt.

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans

1.5.1 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

1.5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-438	-52	-14	-29	-14	-14	-14
2. Erlöse aus Transferleistungen	-18.314	-22.172	-17.042	-21.527	-20.112	-16.722	-16.704
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen		-3					
5. Sonstige Erlöse	-761	-969	-2	-2	-2	-2	-2
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	11.862	32.676	13.326	16.008	18.739	17.076	12.678
8. Personalkosten	12.687	12.820	12.842	14.056	14.199	14.412	14.629
a) Kosten für Entgelte	3.156	3.567	3.130	3.062	3.066	3.103	3.149
b) Kosten für Bezüge	6.307	5.970	6.438	7.559	7.669	7.784	7.901
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	5						
d) Kosten für Sozialleistungen	1.106	1.187	1.120	924	928	942	957
e) Kosten für Versorgungsleistungen	2.213	2.096	2.154	2.511	2.546	2.583	2.622
9. Kosten für Transferleistungen	43.684	50.816	40.460	41.142	40.649	40.002	40.546
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	8.965	9.462	9.497	9.866	10.076	4.197	3.908
12. Sonstige Kosten	278	386	3.313	1.904	5.154	4.812	1.312
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	57.962	82.963	62.380	61.418	68.689	63.761	56.353
15. Erlöse aus Beteiligungen		-1.826					
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten							
20. Finanzergebnis		-1.826					
21. Ordentliches Ergebnis (14 + 20)	57.962	81.138	62.380	61.418	68.689	63.761	56.353
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21 + 24)	57.962	81.138	62.380	61.418	68.689	63.761	56.353
26. Globale Mehr- oder Minderkosten			-764	-19.843	-20.392	-34.546	-43.959
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25 + 26)	57.962	81.138	61.616	41.575	48.297	29.215	12.394

1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit:

Den wesentlichen Anteil bilden Erlöse aus Verwaltungsgebühren und Gebühren für das Glücksspielwesen.

Die vom Plan 2012 auf Plan 2013 geplante Erhöhung der Erlöse resultiert daraus, dass für die zum Jahreswechsel 2012/2013 erforderlich werdenden Neubewilligungen nach der Gebührenordnung deutlich höhere Gebührensätze

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans

Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

vorgesehen sind mit der Folge, dass das Aufkommen in den Folgejahren wieder absinkt.

2. Erlöse aus Transferleistungen:

Den wesentlichen Anteil bilden

- Erlöse aus der Ablieferung des Landesbetriebs Verkehr (LBV) und
- Erstattungen für die anteilige Finanzierung und für Versorgungsrückstellungen des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein als Anstalt öffentlichen Rechts.
- die Erstattung von Wahlkosten für die Bundestagswahl 2013 durch den Bund.

Die Schwankungen bei den Erträgen aus Transferleistungen ergeben sich im Wesentlichen für 2012 nach 2013 (+4.485 Tsd. Euro) aus:

- der Erhöhung der Erstattung für die anteilige Finanzierung des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein als Anstalt öffentlichen Rechts (+472 Tsd. Euro),
- der Erstattung des Bundes für die Bundestagswahl 2013 (+1.411 Euro) und
- der Erhöhung des Ablieferungsbetrages des LBV (+2.500 Tsd. Euro).

Die Schwankungen von 2013 nach 2014 (-1.415 Tsd. Euro) ergeben sich im Wesentlichen aus

- einer niedrigeren Erstattung für die anteilige Finanzierung des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein als Anstalt öffentlichen Rechts (-415 Tsd. Euro) und
- des gegenüber 2012 erhöhten Ablieferungsbetrages des LBV (+1.500 Tsd. Euro).

Die Schwankung von 2014 nach 2015 (-3.390 Tsd. Euro) ergibt sich im Wesentlichen

- aus dem Wegfall der Erstattung des Bundes für die in 2014 stattfindende Europawahl (-1.890 Tsd. Euro) und
- der Reduzierung des Ablieferungsbetrages des LBV (-1.500 Tsd. Euro).

7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit:

Den wesentlichen Anteil bilden

- Sachaufwand für Telekommunikation- und Sirenenanlagen und
- Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen

Die Schwankungen bei den Kosten aus Verwaltungstätigkeit ergeben sich im Wesentlichen für 2012 nach 2013 (+2.682 Tsd. Euro) aus:

- Minderbedarf für die Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS),
- Mehrbedarf für die Durchführung der Bundestagswahl 2013 und
- die Veranschlagung von Mitteln für Verkehrssicherheitsarbeit.
- Die Überleitung des Landessportamtes in den Aufgabenbereich 272 ab 2013.

Die Schwankung von 2013 nach 2014 (+2.731 Tsd. Euro) ergibt sich aus der erstmalig zeitgleichen Durchführung der Europa- und Bezirksversammlungswahl in 2014 mit entsprechenden Sachkosten.

Ab 2015 sinken die Kosten aus Verwaltungstätigkeit dann wieder ab, allerdings nicht in gleicher Höhe, da in 2015 die Bürgerschaftswahl stattfindet.

Von 2015 nach 2016 sinken die Kosten erheblich (-4.400 Tsd. Euro), da in 2016 planmäßig keine Wahl stattfindet.

8. Personalkosten:

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen. Die Personalkostenverrechnungssätze für die Beamtinnen und Beamten und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für die NHH-Bereiche FHH-einheitlich. Bei der Berechnung der Durchschnittssätze sind die folgenden Faktoren berücksichtigt worden:

- Tarif- und Besoldungsanpassung 2011/2012,
- Aktualisierung der Sonderzahlungen im Beamtenbereich
- Pauschale lineare Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsteigerung um 1,5 Prozentpunkte p.a. ab 2013 gemäß Eckdatenbeschluss
- Veränderungen bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung

Der gesamte „Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN)“ und der „Kontenrahmen für Versorgungsleistungen (KRV)“ verbleiben bis zur endgültigen Überleitung aller kameralen Bereiche im kameralen Haushaltsplan veranschlagt und werden dort bewirtschaftet.

Die im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Personalkosten beinhalten

- Entgelte
- Bezüge
- Sozialleistungen
 - zahlungswirksam, in Form des Arbeitgeber-Anteils an der Sozialversicherung
 - nichtzahlungswirksam, zur Abbildung der kameral bewirtschafteten Nebenleistungen (Beihilfe, Fürsorgeleistungen)
- Versorgungsleistungen; nichtzahlungswirksame Rückstellungen für Versorgung und Beihilfe

Es ist ferner zu beachten:

- Der „Plan 2012“ enthält nicht die Budgetaktualisierungen aufgrund angepasster Personalkostenverrechnungssätze (Tarifsteigerungen, Anpassung Sonderzuwendung).

9. Kosten für Transferleistungen:

Den wesentlichen Anteil bilden:

- Zuwendung an die Verkehrswacht Hamburg e. V. für den Verkehrsübungsplatz Großmannstraße,
- Zuschüsse an Hilfsorganisationen,
- Zuschuss an das Statistische Amt (inkl. Versorgungsleistungen) für Hamburg und Schleswig-Holstein als Anstalt öffentlichen Rechts

Die Mehrkosten von 2012 nach 2013 ergeben sich im Wesentlichen aus dem geplanten erhöhten Zuschuss an das Statistische Amt. In den Folgejahren sinkt der Zuschuss an das Statistische Amt wieder.

12. Sonstige Kosten:

Die Differenz des Planwertes 2012 zum Planwert 2013 ergibt sich im Wesentlichen aus dem Wegfall der Ausgaben für das Krisen-Kommunikations-Zentrum (-2.000 Tsd. Euro) und den Erfrischungsgeldern für Wahlhelfer zur Bundestagswahl 2013 (+ 592 Tsd. Euro).

Von 2013 nach 2014 ist die Kostensteigerung (+3.250 Euro) mit den Erfrischungsgeldern für die ehrenamtlichen Wahlhelfer für die erstmalig zeitgleiche Durchführung der Europa- und der Bezirksversammlungswahl begründet. Aufgrund des komplexeren Wahlrechts für die Bezirksversammlungswahl entstehen höhere Kosten, da die abschließende Auszählung der Stimmen nicht am Wahlabend erfolgen kann.

Von 2014 nach 2015 sinken die sonstigen Kosten nur geringfügig ab (-342 Tsd. Euro), da 2015 die Bürgerschaftswahl stattfindet. Auch hier liegt - wie bei der Bezirksversammlungswahl - ein komplexeres Wahlrecht zugrunde, so dass die abschließende Auszählung der Stimmen nicht am Wahlabend erfolgen kann.

Da 2016 planmäßig keine Wahl stattfindet, sinken die Kosten von 2015 nach 2016 wieder ab (-3.500 Tsd. Euro).

26. Globale Mehr- oder Minderkosten:

Die Globalen Minderkosten für 2012 ergeben sich aus den Vorgaben der Konsolidierung vom November 2009 und resultieren für den AB 272 aus der Maßnahme „Neuorganisation der Arbeitsgruppe Scientology (AGS)“. Ab 2013 bringt die BIS Globale Minderkosten für den Einzelplan in Höhe von 19.843 Tsd. Euro für 2013, 20.392 Tsd. Euro für 2014, 34.546 Tsd. Euro für 2015 und 43.959 Tsd. Euro für 2016 aus. Diese sind im AB 272 zentral veranschlagt. Die BIS beabsichtigt diese Globalen Minderausgaben in den jeweiligen Resteverfahren, flankiert durch ein behördeninternes Programm zur Aufgabenkritik und Konsolidierung, nachzuweisen.

Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)

Bund und Länder arbeiten an der Errichtung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Die Bürgerschaft hat hierfür beginnend im Jahre 2002 Investitionsmittel in Höhe von zunächst 38,3 Mio. Euro bereitgestellt. Zum Doppelhaushalt 2011/2012 wurden weitere 14,9 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zu den unter den Begriff BOS zusammengefassten Institutionen gehören die Polizeien der Länder und des Bundes, die Verfassungsschutzorgane, der Zoll, das Technische Hilfswerk, und auf der kommunalen Ebene die Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutzeinheiten. Zurzeit kommunizieren die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in jeweils separaten analogen Funknetzen, deren Technik hinsichtlich Abhörsicherheit, Sprachqualität usw. heutigen Ansprüchen vor dem Hintergrund einer effizienten Einsatzorganisation und –steuerung nicht mehr genügt. Das Projekt wird voraussichtlich im Jahr 2013 abgeschlossen sein.

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.5.1.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service - Amt für Innere Verwaltung und Planung

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-19.514	-24.295	-17.058	-21.558	-20.128	-16.738	-16.720
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	65.895	83.999	66.507	50.432	55.453	38.817	22.222
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	46.381	59.704	49.449	28.874	35.325	22.079	5.502
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	-498	-2010	0	0	0	0	0
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	0	0	0	0	0	0
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	840	1.979	420	270	270	270	270
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.176	4.208	2.600	2.000	2.000	2.000	2.000
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.684	1.381	4.627	3.680	80	80	80
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	0	1349	0	0	0	0	0
14. Saldo Investitionsmittel	9.203	6.908	7.647	5.950	2.350	2.350	2.350
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
16. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Saldo Darlehen							
18. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	55.584	66.612	57.096	34.824	37.675	24.429	7.852

1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Siehe Ziffer 1 und 2 der Erläuterungen zu den Einzelpositionen des Ergebnisplans

2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Siehe Ziffer 7 – 9 der Erläuterungen zu den Einzelpositionen des Ergebnisplans.

7. + 8. Sonstige Investitionszuschüsse:

Die Absenkung der Investitionskostenzuschüsse für das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein als Anstalt öffentlichen Rechts StaNord von 2012 auf 2013 ist dadurch begründet, dass eine Veranschlagung aus anlagenbuchhalterischen Gründen bei Erlösen und Aufwendungen aus Transferleistungen vorzunehmen ist.

11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen:

Siehe Erläuterungen zu Investitionsmaßnahmen.

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.5.2 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

1.5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit		-145					
2. Erlöse aus Transferleistungen							
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	-137	-41					
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	2.617	2.556	2.458	2.611	2.611	2.611	2.611
8. Personalkosten	8.823	8.825	8.475	8.761	8.794	8.895	8.985
a) Kosten für Entgelte	1.778	1.847	1.755	1.824	1.772	1.772	1.764
b) Kosten für Bezüge	4.888	4.806	4.652	4.798	4.869	4.943	5.017
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	539	579	527	549	542	545	546
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.618	1.593	1.541	1.590	1.611	1.635	1.658
9. Kosten für Transferleistungen	33		31				
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	17	213	195	216	178	197	196
12. Sonstige Kosten	62	91	62	62	62	62	62
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten							
20. Finanzergebnis							
21. Ordentliches Ergebnis (14 + 20)	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21 + 24)	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25 + 26)	11.415	11.498	11.221	11.650	11.645	11.765	11.854

8. Personalkosten:

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen. Die Personalkostenverrechnungssätze für die Beamtinnen und Beamten und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für die NHH/SNH-Bereiche FHH-einheitlich. Bei der Berechnung der Durchschnittssätze sind die folgenden Faktoren berücksichtigt worden:

- Tarif- und Besoldungsanpassung 2011/2012,
- Aktualisierung der Sonderzahlungen im Beamtenbereich
- Pauschale lineare Tarif-, Besoldungs- und Versorgungssteigerung um 1,5 Prozentpunkte p.a. ab 2013 gemäß Eckdatenbeschluss

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans

Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

- Veränderungen bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung

Der gesamte „Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN)“ und der „Kontenrahmen für Versorgungsleistungen (KRV)“ verbleiben bis zur endgültigen Überleitung aller kameralen Bereiche im kameralen Haushaltsplan veranschlagt und werden dort bewirtschaftet.

Die im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Personalkosten beinhalten

- Entgelte
- Bezüge
- Sozialleistungen
 - zahlungswirksam, in Form des Arbeitgeber-Anteils an der Sozialversicherung
 - nichtzahlungswirksam, zur Abbildung der kameral bewirtschafteten Nebenleistungen (Beihilfe, Fürsorgeleistungen)
- Versorgungsleistungen; nichtzahlungswirksame Rückstellungen für Versorgung und Beihilfe

Es ist ferner zu beachten:

Der „Plan 2012“ enthält nicht die Budgetaktualisierungen aufgrund angepasster Personalkostenverrechnungssätze (Tarifsteigerungen, Anpassung Sonderzuwendung).

1.5.2.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 273 Verfassungsschutz

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-137	-170					
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.723	8.810	9.298	9.652	9.661	9.735	9.799
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.585	8.640	9.298	9.652	9.661	9.735	9.799
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen		171					
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	123	187	200	200	200	200	200
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Saldo Investitionsmittel	123	357	200	200	200	200	200
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
16. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Saldo Darlehen							
18. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	9.708	8.997	9.498	9.852	9.861	9.935	9.999

-

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.5.3 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

1.5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-1.766	-2.312	-1.614	-1.758	-1.758	-1.758	-1.758
2. Erlöse aus Transferleistungen							
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	-16	-95	-15	-35	-35	-35	-35
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	3.295	5.952	5.416	5.434	5.420	5.399	5.399
8. Personalkosten	15.928	16.170	15.539	15.486	15.697	15.955	16.194
a) Kosten für Entgelte	7.275	7.318	7.241	7.036	7.141	7.249	7.357
b) Kosten für Bezüge	5.165	5.186	4.892	5.046	5.106	5.198	5.277
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	1.616	1.661	1.586	1.579	1.602	1.627	1.651
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.871	2.005	1.820	1.826	1.848	1.881	1.909
9. Kosten für Transferleistungen							
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	318	338	466	467	452	434	195
12. Sonstige Kosten	1.915	274	21	20	20	20	20
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	19.674	20.326	19.814	19.614	19.796	20.014	20.014
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten							
20. Finanzergebnis							
21. Ordentliches Ergebnis (14 + 20)	19.674	20.326	19.814	19.614	19.796	20.014	20.014
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21 + 24)	19.674	20.326	19.814	19.614	19.796	20.014	20.014
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25 + 26)	19.674	20.326	19.814	19.614	19.796	20.014	20.014

1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit:

Den wesentlichen Anteil bilden Erlöse nach dem Staatsangehörigkeitsrecht und Erlöse aus der Erstattung von Rückführungskosten.

Die von 2012 auf 2013 geplante Steigerung der Erlöse aus Verwaltungstätigkeit ergibt sich insbesondere durch eine Erhöhung der geplanten Erlöse um 150 Tsd. Euro nach dem Staatsangehörigkeitsrecht.

5. Sonstige Erlöse:

Sonstige Erlöse beinhalten

- Vermischte Einnahmen,
- Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Tiefgaragenstellplätzen.

7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit:

Den wesentlichen Anteil bilden

- Kosten für Miete, Pachten, Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke,
- Kosten für Geschäftsbedarf,
- Rückführungskosten von Ausländern sowie Fahrtkosten für Asylbewerber und
- Sachverständigen- und Gerichtskosten.

Die Kostensteigerung von 2012 auf 2013 ist dadurch zu erklären, dass bei der Überleitung der kameralen Kostenarten die Kosten für die Zentrale Erstaufnahme (1.399 Tsd. EUR) und Rückführungen (600 Tsd. EUR) irrtümlich der Position 12. Sonstige Kosten zugewiesen wurden. Dies wurde nun in der Planung ab 2013 korrigiert und die entsprechenden Beträge den Kosten aus Verwaltungstätigkeit zugeordnet.

8. Personalkosten:

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen. Die Personalkostenverrechnungssätze für die Beamtinnen und Beamten und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für die NHH/SNH-Bereiche FHH-einheitlich. Bei der Berechnung der Durchschnittssätze sind die folgenden Faktoren berücksichtigt worden:

- Tarif- und Besoldungsanpassung 2011/2012,
- Aktualisierung der Sonderzahlungen im Beamtenbereich,
- Pauschale lineare Tarif- und Besoldungssteigerung um 1,5 Prozentpunkte p.a. ab 2013 gemäß Eckdatenbeschluss,
- Veränderungen bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung.

Der gesamte Kontenrahmen für Nebenleistungen und der Kontenrahmen für Versorgungsleistungen verbleiben bis zur endgültigen Überleitung aller kameralen Bereiche im kameralen Haushaltsplan veranschlagt und werden dort bewirtschaftet.

Neben den Kosten für Bezüge, Entgelte und Sozialleistungen beinhaltet die Position „Kosten für Versorgungsleistungen“ nicht zahlungswirksame Rückstellungen für Versorgung. Die Beamtenversorgung wird ab 2013 gemäß Eckdatenbeschluss pauschal mit einem Steigerungsfaktor von 1,5 Prozent p.a. dezentral fortgeschrieben werden. Die Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger erfahren pauschal eine Steigerung in 2013 von 14,3 v.H. sowie in 2014 von 14,4 v.H.

12. Sonstige Kosten:

Sonstige Kosten entstehen im Rahmen von Aus- und Fortbildung.

Die Kostenreduzierung von 2012 auf 2013 begründet sich durch die Korrektur der bei der Überleitung der kameralen Ansätze irrtümlich dieser Position zugeordneten Kosten (Siehe Erläuterung zu Position 7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit).

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.5.3.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 274 Einwohner-Zentralamt

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.782	-2.407	-1.629	-1.793	-1.793	-1.793	-1.793
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.060	19.301	19.214	18.913	19.085	19.285	19.493
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.278	16.894	17.585	17.120	17.292	17.492	17.700
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Saldo Investitionsmittel							
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
16. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Saldo Darlehen							
18. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	17.278	16.894	17.585	17.120	17.292	17.492	17.700

1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Siehe Ziffer 1 und 5 der Erläuterungen zu den Einzelpositionen des Ergebnisplans.

2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Siehe Ziffer 7 – 9 der Erläuterungen zu den Einzelpositionen des Ergebnisplans.

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.5.4 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei

1.5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-14.807	-15.121	-11.084	-11.376	-11.655	-11.940	-12.232
2. Erlöse aus Transferleistungen			-311				
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	-7.550	-5.197	-1.000	-1.005	-932	-657	-645
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	88.552	82.909	72.880	77.247	77.321	77.942	77.942
8. Personalkosten	490.105	507.955	505.724	524.892	527.949	530.320	532.683
a) Kosten für Entgelte	44.898	45.765	38.944	44.545	45.047	45.567	45.965
b) Kosten für Bezüge	328.710	327.070	331.295	340.210	341.977	343.233	344.562
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	12.738	29.054	28.208	29.917	30.125	30.303	30.469
e) Kosten für Versorgungsleistungen	103.759	106.065	107.277	110.220	110.800	111.217	111.687
9. Kosten für Transferleistungen	548	87	334	64	3	3	3
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	13.154	13.290	12.628	11.856	11.244	10.930	11.012
12. Sonstige Kosten	5.364	4.517	1.274	2.278	2.278	2.278	2.278
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	575.367	588.440	580.443	603.956	606.208	608.876	611.041
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	-40	-83					
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten							
20. Finanzergebnis	-40	-83					
21. Ordentliches Ergebnis (14 + 20)	575.326	588.358	580.443	603.956	606.208	608.876	611.041
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21 + 24)	575.326	588.358	580.443	603.956	606.208	608.876	611.041
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25 + 26)	575.326	588.358	580.443	603.956	606.208	608.876	611.041

1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit und 5. Sonstige Erlöse

Die Erlöse ab 2013 ff. basieren auf den Planwerten 2012 und berücksichtigen die Mindereinnahmen in Höhe von rd. 560 Tsd. Euro aufgrund des neuen Elbeabkommens. Außerdem trägt die Planung der vorgesehenen Steigerungsrate von 2,35% Rechnung.

Die Istwerte 2010 und 2011 bei den Erlösen aus Verwaltungstätigkeit weichen signifikant von den Planwerten 2012 ff. ab. Dies liegt insbesondere an

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans

Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

- nicht geplanten Erlösen aus der Erstattung der Kosten zur Weiterentwicklung, Anpassung und Pflege der Comvor-Software,
- Mehrererlösen aus bundes- und landesrechtlichen Gebühren der Verwaltung sowie
- Mehrererlösen aus Ersatzvornahmen.

Bei den sonstigen Erlösen sind für die Abweichung der Istwerte zu den Planwerten folgende nicht planbare Sachverhalte ursächlich:

- nicht zahlungswirksame Erlöse (insbesondere Erträge aus internen Erstattungen nach § 61 LHO, der Auflösung von Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen und Bestandsmehrungen)
- periodenfremde Erlöse
- Erlöse aus dem Verkauf von Anlagevermögen (Dienstkraftfahrzeuge)

7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Die Abweichung zwischen dem Ist 2010 und 2011 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in 2010 zum einen Leistungen aus dem Kontenrahmen für Nebenleistungen (700 Tsd. Euro) sowie Erstattungen von Dataportleistungen (ca. 3,3 Mio. Euro) im Aufgabenbereich Polizei, ab 2011 aber zentral bei der Finanzbehörde (KRN) bzw. im Querschnittsbereich „Behördenverwaltung“ der Behörde für Inneres und Sport (Dataportleistungen) bewirtschaftet wurden.

Die Istwerte 2010/ 2011 liegen erheblich höher als die Planwerte 2012 ff. Das ist ursächlich auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

- Die Kosten zur Weiterentwicklung, Anpassung und Pflege der Comvor-Software (ca. 1,3 Mio Euro) werden nicht in der Planung 2012 ff. ausgewiesen (entsprechend der Erlöse, siehe Ziffer 1).
- Die Erstattungen an andere Bundesländer für Einsatzunterstützung lagen in 2011 um ca. 1 Mio. Euro höher als der ab 2012 ff. veranschlagte Wert.
- Die Überleitung nach SNH sieht keine explizite Abbildung einer pauschalen Vorgabeerfüllung vor. Demzufolge wurde der Planwert 2012 insgesamt um 4.010 Tsd. Euro entsprechend bei den Kosten aus Verwaltungstätigkeit abgesenkt.

8. Personalkosten

Die Steigerungen von 2012 zu 2013 ist wie folgt zu erklären: Der Plan 2012 enthält nicht die Budgetaktualisierungen aufgrund angepasster Personalkostenverrechnungssätze (Tarifsteigerungen, Anpassung Sonderzuwendung).

Die Personalkosten ab 2013 ff. sind das Ergebnis folgender Verpflichtungen:

- Berücksichtigung von Vakanzen bei der Veranschlagung im Polizeivollzug (2%) und im Verwaltungsbereich (5 %) mussten Vakanzen planerisch abgebildet werden)
- Einbeziehung behördeninterner Konsolidierungsvorgaben
- Kein Einkalkulieren der erwarteten zusätzlichen Kosten des bestehenden Laufbahnverlaufsmodells im Polizeivollzug

9. Kosten für Transferleistungen

Die Abweichung zwischen dem Ist 2011 und Plan 2012 ergeben sich aus den Nichtallimentierungsmitteln, die erst in 2012 von der HdP in Anspruch genommen und entsprechend im fortgeschriebenen Plan ausgewiesen wurden.

Die reduzierten Planwerte ab 2014 ff. ergeben sich aus dem Wegfall des Baukostenzuschusses für die Deutsche Hochschule der Polizei. Die 3 Tsd. Euro ergeben sich aus dem jährlichen Zuschuss für die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft.

11. Abschreibungen

Die Entwicklung der Abschreibungen ergibt sich aus der zentral geregelten Berechnungsweise der Anlagenbuchhaltung und Investitionsplanung.

12. Sonstige Kosten

Die Istwerte 2010/ 2011 der "Sonstigen Kosten" weisen sogenannte periodenfremde Kosten aus, die nicht geplant werden können. Dies gilt auch für nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie z.B. uneinbringliche Forderungen und Aufwendungen für die Bildung von Allgemeinen Verbindlichkeitsrückstellungen.

Der Plan 2012 enthält bereits interne Plankostenanpassungen, die nicht mehr in die Planung 2013 ff. einfließen

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

konnten.

27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten

Die Entwicklung des Budgets ergibt sich im Wesentlichen aus den unter Ziffer 7. und 8. aufgeführten Erläuterungen.

1.5.4.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-43.420	-18.270	-11.993	-12.020	-12.226	-12.513	-12.807
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	475.779	472.531	452.283	473.079	475.461	477.958	479.764
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	432.359	454.261	440.290	461.059	463.235	465.445	466.957
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	-5.050	-2.450					
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-586	-633	-350	-350	-350	-350	-350
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen		-25					
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	6.733	3.267					
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden		6.146					
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	6.792	160	5.147	9.498	171	171	171
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	10.371	11.375	9.704	8.887	9.231	7.975	7.975
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	1.338	353					
14. Saldo Investitionsmittel	19.598	18.193	14.501	18.035	9.052	7.796	7.796
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
16. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Saldo Darlehen							
18. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	451.957	472.454	454.791	479.094	472.287	473.241	474.753

1 bis 3 Einzahlungen, Auszahlungen und Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Erläuterungen ergeben sich analog aus dem Ergebnisplan, soweit es sich um zahlungswirksame Plankosten handelt. Differenzen im Ist zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung sind möglich, sofern Erlöse bzw. Kosten bereits angefallen, die entsprechenden Ein- oder Auszahlungen aber noch nicht erfolgt sind.

4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen

Die Werte 2010 und 2011 bildet den Bundesanteil aus der Konjunkturoffensive für das Polizeitrainingszentrum in Höhe von 7,5 Mio. Euro ab.

5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen

Die Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen ergeben sich aus dem Verkauf von Dienstkraftfahrzeugen.

8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse

Die Werte 2010 und 2011 bilden die im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive bewilligten Mittel zum Bau des Polizeitrainingszentrums in Höhe von 10. Mio. Euro ab.

9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden

Abgebildet sind im Ist 2011 neben der Sonderleasingrate für das Polizeipräsidium (4.881. Tsd. Euro) auch die entsprechenden monatlichen Leasingraten (jeweils ca. 105 Tsd. Euro). Der Planwert ab 2012 ff. ist demgegenüber

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

der Position 10. zugeordnet, da eine Neuordnung nicht mehr in die Planung 2013 ff. einfließen konnte.

10. Auszahlungen für Baumaßnahmen

Hinsichtlich der Abweichung zwischen dem Ist 2011 und dem Plan 2012 wird auf die Erläuterungen zur Position 9 verwiesen.

Die signifikante Erhöhung des Plans 2013 zum Plan 2012 ist in der veränderten Veranschlagung der Sonderleasingrate für das Polizeipräsidium begründet. Die in 2011 und 2012 abgesenkten Beträge sind in die Rate 2013 eingeflossen. Ab 2014 ff. werden hierfür keine Mittel mehr benötigt.

11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Da der Plan 2012 noch keine Budgetaktualisierungen für zentral bei der Finanzbehörde veranschlagte IT-Maßnahmen enthält, weicht das Ist 2011 deutlich vom Plan 2012 ab.

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.5.5 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule

1.5.5.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-16	-2.696	-15	-2.329	-2.321	-2.321	-2.321
2. Erlöse aus Transferleistungen	-2.089		-1.986				
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	-416	-438	-245	-286	-281	-184	-184
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	541	1.049	501	1.171	1.171	1.171	1.171
8. Personalkosten	1.022	1.054	1.036	1.028	1.044	1.059	1.074
a) Kosten für Entgelte	361	406	411	386	392	398	404
b) Kosten für Bezüge	427	388	387	402	408	414	420
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	87	113	102	99	101	102	103
e) Kosten für Versorgungsleistungen	147	147	136	141	143	145	147
9. Kosten für Transferleistungen	470		447				
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen		220	222	242	267	269	263
12. Sonstige Kosten	114	65	126	58	58	58	58
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-374	-746	86	-117	-63	52	61
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten							
20. Finanzergebnis							
21. Ordentliches Ergebnis (14 + 20)	-374	-746	86	-117	-63	52	61
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21 + 24)	-374	-746	86	-117	-63	52	61
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25 + 26)	-374	-746	86	-117	-63	52	61

1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit

Diese Position umfasst die Lehrgangsentgelte der WSPS-Bediensteten der Länder (ohne FHH) sowie die Anteile der Länder (ohne FHH) an den Betriebskosten.

Die Abweichungen zwischen dem Ist 2011, dem Plan 2012 und den Planwerten 2013 ff. erklärt sich durch die bis 2012 erfolgte Aufteilung der Erlöse aus Verwaltungstätigkeit und den Erlösen aus Transferleistungen. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2013 erfolgt die Planung der o. g. Erlöspositionen ausschließlich unter Position 1.

2. Erlöse aus Transferleistungen

Siehe Erläuterung zu Position 1.

5. Sonstige Erlöse

Die sonstigen Erlöse setzen sich zusammen aus den „Einnahmen für Verpflegung“ (Verwaltung und Gäste), den „Einnahmen für Gästeübernachtungen“ sowie „Lehrgangsentgelte für „Dritte“ (z. B. Feuerwehren).

Die Reduzierung der Planwerte 2013/2014 zu 2015/2016 ergibt sich im Wesentlichen dadurch, dass unter dieser Position auch die Erlöse aus Übernachtung von Gästen verbucht werden. Durch den Wegfall von 20 Schlafplätzen aufgrund der geplanten Umbaumaßnahmen können nicht mehr so viele Gäste an der WSPS übernachten wie in den Vorjahren. Hierdurch verringern sich die Erlöse entsprechend.

7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Den wesentlichen Anteil bildet der Aufwand für Gebäude (Mieten, Pachten, Bewirtschaftung und Bauunterhaltung), Geschäftsbedarf und Geräte, Sachaufwand für Informationstechnologie sowie Lehr- und Lernmittel, Fortbildung und Aufwand für Verpflegung.

Die Steigerung der Planansätze von 2012 nach 2013 ff. ergibt sich dadurch, dass die bislang unter Position 9 geplanten Kosten in Höhe von 447 Tsd. Euro sowie Anteile der von unter Position 12 geplanten Kosten für „Aus- und Fortbildung sowie Lern- und Lehrmittel“ in Höhe von 75 Tsd. Euro ab 2013 in den Kosten der Position 7 enthalten sind.

Die verbleibende Differenz ergibt sich im Wesentlichen durch starke Kostensteigerungen der vergangenen Jahre bei den Lebensmitteln.

8. Personalkosten

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen. Die Personalkostenverrechnungssätze für die Beamtinnen und Beamten und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für die NHH/SNH-Bereiche FHH-einheitlich. Bei der Berechnung der Durchschnittssätze sind die folgenden Faktoren berücksichtigt worden:

- Tarif- und Besoldungsanpassung 2011/2012
- Aktualisierung der Sonderzahlungen im Beamtenbereich
- Pauschale lineare Tarif-, Besoldungs- und Versorgungssteigerung um 1,5 Prozentpunkte p.a. ab 2013 gemäß Eckdatenbeschluss
- Veränderungen bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung

Der gesamte „Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN)“ und der „Kontenrahmen für Versorgungsleistungen (KRV)“ verbleiben bis zur endgültigen Überleitung aller kameralen Bereiche im kameralen Haushaltsplan veranschlagt und werden dort bewirtschaftet.

Die im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Personalkosten beinhalten

- Entgelte
- Bezüge
- Sozialleistungen
 - zahlungswirksam, in Form des Arbeitgeber-Anteils an der Sozialversicherung
 - nichtzahlungswirksam, zur Abbildung der kameral bewirtschafteten Nebenleistungen (Beihilfe, Fürsorgeleistungen)
- Versorgungsleistungen, nichtzahlungswirksame Rückstellungen für Versorgung und Beihilfe

Die Steigerungen bei den Personalkosten von 2012 zu 2013 ff. sind mit folgenden Faktoren zu erklären:

- Der „Plan 2012“ enthält nicht die Budgetaktualisierungen aufgrund angepasster Personalkostenverrechnungssätze (Tarifsteigerungen, Anpassung Sonderzuwendung).

9. Kosten für Transferleistungen

Siehe Erläuterung zu Position 7.

11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen

Dieser nicht zahlungswirksame Kostenanteil berechnet sich aus den unterschiedlichen Abschreibungszeiträumen des Anlagevermögens. Die anteiligen Abschreibungen betragen für das Anlagevermögen (Fuhrpark, technische Anlagen sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände) in den Planjahren (2013/2014) 242 bzw. 267 Tsd. Euro

12. Sonstige Kosten

Unter den „Sonstigen Kosten“ sind aufgeführt die Aufwendungen für „Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

nebenamtlich und nebenberuflich Tätige“.

Die in 2012 an dieser Stelle erfassten Ausgaben für „Aus- und Fortbildung sowie Lern- und Lehrmittel“ sind ab 2013 der Position 7 zugeordnet (s. o.).

1.5.5.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 276 Wasserschutzpolizeischule

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.130	-2.759	-2.024	-2.386	-2.380	-2.380	-2.380
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.982	1.951	1.952	2.093	2.106	2.119	2.132
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-148	-807	-72	-293	-274	-261	-248
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	-322		-1.631	-1.255	-77	-159	-159
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							0
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	433	160	1.944	1.349		130	80
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			20	205	95	30	90
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen		10					
14. Saldo Investitionsmittel	112	170	333	299	18	1	11
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
16. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Saldo Darlehen							
18. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-36	-637	261	6	-256	-260	-237

1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Siehe Ziff. 1 und 5 der Erläuterungen zu den Einzelpositionen des Ergebnisplans

2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Siehe Ziff. 7, 8, 11 und 12 der Erläuterungen zu den Einzelpositionen des Ergebnisplans

4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen

- siehe Erläuterungen zu den Investitionen des Aufgabenbereichs 276 -

10. Auszahlungen für Baumaßnahmen

- siehe Erläuterungen zu den Investitionen des Aufgabenbereichs 276 -

11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

- siehe Erläuterungen zu den Investitionen des Aufgabenbereichs 276 -

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

1.5.6 Ergebnis- und Finanzplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr

1.5.6.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr

	Ist 2010 Tsd. EUR	Ist 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-47.723	-53.554	-44.216	-43.900	-43.960	-44.022	-44.086
2. Erlöse aus Transferleistungen		-1.332		-438	-438	-438	-438
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	-740	-14.978	-523	-2.213	-2.260	-2.306	-2.355
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit	26.004	34.048	25.332	27.404	27.654	28.169	28.031
8. Personalkosten	130.649	135.038	133.141	135.681	137.847	139.914	142.013
a) Kosten für Entgelte	4.904	3.517	4.965	4.844	4.899	4.973	5.048
b) Kosten für Bezüge	91.576	95.063	92.139	94.189	95.713	97.148	98.606
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	208		134				
d) Kosten für Sozialleistungen	4.508	5.865	6.282	6.362	6.459	6.557	6.653
e) Kosten für Versorgungsleistungen	29.451	30.593	29.622	30.287	30.774	31.236	31.706
9. Kosten für Transferleistungen		434	405	470	480	490	500
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	8.785	9.334	7.815	7.536	9.404	11.447	12.666
12. Sonstige Kosten	1.815	5.111	1.087	3.379	3.634	3.948	4.674
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	118.790	114.101	123.041	127.919	132.361	137.202	141.005
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten		23					
20. Finanzergebnis		114.124					
21. Ordentliches Ergebnis (14 + 20)	118.790	114.124	123.041	127.919	132.361	137.202	141.005
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21 + 24)	118.790	114.124	123.041	127.919	132.361	137.202	141.005
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25 + 26)	118.790	114.124	123.041	127.919	132.361	137.202	141.005

1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit

Den wesentlichen Anteil bilden

- Verwaltungsgebühren (Feuerlöschwesen),
- Verwaltungsgebühren (Rettungsdienst) und
- Verwaltungsgebühren für Einsätze des DRK Harburg im Rettungsdienst.

5. Sonstige Erlöse

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

Der wesentliche Anteil entfällt auf

- Schadensersatzleistungen,
- Erlöse aus dem Verkauf von Dienstfahrzeugen und
- verschiedene zweckgebundene Einnahmen.

Die Schwankungen bei den Ist- im Vergleich zu den Planwerten resultieren aus verschiedenen zweckgebundenen Einnahmen, die unterjährig erfolgen.

Der hohe Wert bei den Erlösen in 2011 resultiert aus der Auflösung von Rückstellungen für Prozessrisiken für mögliche Erstattungsforderungen aufgrund der unter Vorbehalt gezahlten Gebühren (10.600 Tsd. €). Mit den Krankenkassen wurde ein Vergleich geschlossen, so dass die Rückzahlungsrisiken entfallen. Die Auflösung dieser Rückstellungen für Prozessrisiken ist nicht zahlungswirksam.

7. Kosten aus Verwaltungstätigkeit

Den wesentlichen Anteil bildet der Aufwand für

- Einsatzmittel,
- Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung, Verbrauchsmittel,
- Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke sowie der baulichen Anlagen,
- Mieten und Pachten,
- Erstattungen an die Asklepios Kliniken GmbH, das Universitätskrankenhaus Eppendorf und das Berufsgenossenschaftliche Unfallkrankenhaus Boberg und
- Erstattungen an das DRK Harburg für Notfallbeförderungen.

Die erhöhten Ansätze bei den Kosten aus Verwaltungstätigkeit resultieren im Wesentlichen aus Kostensteigerungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Mehrausgaben infolge steigender Rettungsdiensteseinsätze für medizinisches Verbrauchsmaterial und Kraftstoffe wie auch erheblichen Preissteigerungen bei den Kraftstoffen, Kostensteigerungen für Reparaturaufwendungen sowie Mehrausgaben bei Dienst- und Schutzkleidung.

8. Personalkosten

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen. Die Personalkostenverrechnungssätze für die Beamtinnen und Beamten und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für die NHH/SNH-Bereiche FHH-einheitlich. Bei der Berechnung der Durchschnittssätze sind die folgenden Faktoren berücksichtigt worden:

- Tarif- und Besoldungsanpassung 2011/2012,
- Aktualisierung der Sonderzahlungen im Beamtenbereich
- Pauschale lineare Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsteigerung um 1,5 Prozentpunkte p.a. ab 2013 gemäß Eckdatenbeschluss
- Veränderungen bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung

Der gesamte „Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN)“ und der „Kontenrahmen für Versorgungsleistungen (KRV)“ verbleiben bis zur endgültigen Überleitung aller kameralen Bereiche im kameralen Haushaltsplan veranschlagt und werden dort bewirtschaftet.

Die im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Personalkosten beinhalten

- Entgelte
- Bezüge
- Sozialleistungen
 - zahlungswirksam, in Form des Arbeitgeber-Anteils an der Sozialversicherung
 - nichtzahlungswirksam, zur Abbildung der kameral bewirtschafteten Nebenleistungen (Beihilfe, Fürsorgeleistungen)
- Versorgungsleistungen; nichtzahlungswirksame Rückstellungen für Versorgung und Beihilfe

Es ist ferner zu beachten:

- Der „Plan 2012“ enthält nicht die Budgetaktualisierungen aufgrund angepasster Personalkostenverrechnungssätze (Tarifsteigerungen, Anpassung Sonderzuwendung).

Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans
Investitionen, Darlehen, Gesetzliche Leistungen

12. Sonstige Kosten

Die Position enthält u. a. die Ausgaben für Aus- und Fortbildung, Verdienstausfälle und Aufwandsentschädigungen für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren sowie Erstattungen an die Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord.

Die „Sonstigen Kosten“ beinhalten zahlungs- und nicht zahlungswirksame Aufwendungen. Bei dem zahlungswirksamen Anteil (1.879 Tsd. Euro) handelt es sich überwiegend um periodenfremde Aufwendungen. Die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen (1.500 Tsd. Euro), überwiegend uneinbringliche Forderungen, sind im Finanzplan unter Punkt 2 „Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit“ nicht berücksichtigt

1.5.6.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-48.462	-54.882	-44.739	-46.551	-46.658	-46.766	-46.879
2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	125.463	136.468	124.687	129.733	131.837	134.188	136.319
3. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	77.000	81.586	79.948	83.182	85.179	87.422	89.440
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen		-241					
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden		32					
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen		18					
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5.146	6.007	7.366	8.811	10.606	9.406	8.161
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Saldo Investitionsmittel	5.146	5.816	7.366	8.811	10.606	9.406	8.161
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
16. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Saldo Darlehen							
18. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	82.146	87.402	87.314	91.993	95.785	96.828	97.601

1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Siehe Ziff. 1 und 5 der Erläuterungen zu den Einzelpositionen des Ergebnisplans

2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Siehe Ziff. 7 bis 19 der Erläuterungen zu den Einzelpositionen des Ergebnisplans

11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Siehe Erläuterungen zu den Investitionsmaßnahmen

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2013/2014

Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Verkehr (§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500 Tsd. EUR verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 Tsd. EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 Tsd. EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Verkehr

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
<u>Erträge</u>					
1. Umsatzerlöse					
520 Fahrerlaubnisgebühren	2.827	3.067	2.888	3.103	3.103
521 Fahrschul- und Seminarüberwachungen	41	24	22	30	31
522 Gebühren für Berufskraftfahrerqualifikationen	6	5	6	5	5
524 Gebühren für Genehmigungen und Ausnahmen	2.428	2.584	2.950	2.652	2.652
525 Einnahmen aus landesrechtl. festgelegten Gebühren, hier FE	0	0	0	0	0
527 Bußgelder Fahrschulbereich	1	1	3	1	1
528 Einnahmen für Führungszeugnisse	1	0	0	0	0
530 Kfz-Zulassungsgebühren	13.899	14.551	13.954	14.517	14.554
531 Einnahmen für Kfz-Briefe	261	274	284	250	250
532 Einnahmen aus Logistikleistungen	0	0	0	0	0
533 Logistikdienstleistungen	2	0	58	0	0
535 Einnahmen aus landesrechtl. festgelegten Gebühren, hier Zul.	0	0	0	0	0
539 Erstattungen für Dienstleistungen der Kfz-Zulassung	600	535	535	600	300
540 TP-Technik (umsatzsteuerpflichtig)	0	0	0	0	0
550 Erstattungen für Fahrzeugservice (FzS)-Leistungen	2.101	2.327	2.298	2.615	2.690
551 Erstattungen für FzS-Kfz-Beschaffungen	51	51	51	51	51
552 Erstattungen für Gutachten oder andere Beratungsleistungen des FzS	0	0	156	0	0
555 Einnahmen aus landesrechtl. festgelegten Gebühren, hier FzS	0	0	0	0	0
Summe 1.	22.218	23.419	23.205	23.824	23.637
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen					
Summe 2.	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen					
585 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	93	0	0	0
Summe 3.	0	93	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge					
560 Mieterträge	444	505	439	680	730
561 Empfangene Schadenersatzleistungen	0	5	5	1	1
562 Einnahmen aus Mahnkosten	27	14	25	25	25
563 Erträge aus dem Abgang des Anlagevermögens	0	0	0	0	0
564 Einnahmen aus Zwangsgeldfestsetzung	55	49	50	50	50
565 Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	393	444	120	249	250

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Verkehr

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
566 Kassenüberschüsse	0	1	1	1	1
568 Übrige sonstige Erträge	191	75	94	70	70
569 Periodenfremde Erträge (soweit nicht außerordentlich)	395	262	180	200	200
Summe 4.	1.505	1.355	914	1.276	1.327
5. Zinserträge und ähnliche Erträge					
570 Zinserträge	139	221	165	225	225
579 Erträge aus Kursdifferenzen	0	0	0	0	0
Summe 5.	139	221	165	225	225
6. Außerordentliche Erträge					
... Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH					
567 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht	0	0	0	0	0
580 Außerordentliche Erträge i. S. d. BiRiLiG	0	0	0	0	0
Summe 6.	0	0	0	0	0
<u>Gesamterträge</u>	23.862	25.088	24.284	25.325	25.189

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Verkehr

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren					
601 Prüf- und Zulassungsplaketten	355	357	413	337	341
602 Führerscheine	280	214	313	269	269
603 sonstige Vordrucke	455	494	490	471	476
604 Kfz-Ersatzteile des Fahrzeugservice	1.082	1.056	1.088	1.121	1.153
605 Kfz-Dienstleistungen des Fahrzeugservice	0	0	0	0	0
606 Kleinwerkzeuge	7	2	4	5	5
608 Kfz-QuS-Leistungen	0	0	0	0	0
609 Kennzeichen für mobile Dienste	7	4	10	0	0
Summe 1.1	2.186	2.127	2.318	2.203	2.244
1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen					
620 Bezogene Leistungen Fahrzeugservice	0	0	0	0	0
621 Bezogene Leistungen der Kfz-Zulassung	1.925	2.098	1.824	1.850	1.850
629 Sonstige bezogene Leistungen	0	0	0	0	0
Summe 1.2	1.925	8	1.824	1.850	1.850
Summe 1.	4.111	4.225	4.142	4.053	4.094
2. Personalaufwand					
2.1 Gehälter und Löhne					
630 Beamtenbezüge	2.313	2.327	2.224	2.532	2.570
631 Entgelt für Arbeitnehmer	7.254	7.508	7.496	7.408	7.432
635 Altersteilzeitrückstellungen (Zuführung)	-12	-63	70	-10	-20
636 Rückstellungen f. Beihilfen (Zuführung)	51	10	71	51	52
639 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	40	55	30	30	30
Summe 2.1	9.646	9.837	9.891	10.011	10.064
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
641 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung für Arbeitnehmer	1.428	1.493	1.569	1.462	1.473
643 Beiträge zur Landesunfallkasse	7	0	7	7	7
644 Versorgungsaufwendungen - Beamte	648	633	654	650	650
645 Versorgungsaufwendungen - Arbeitnehmer	623	601	626	630	635
647 Pensionsrückstellung (Zuführung)	388	307	305	385	395
648 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	111	168	110	120	120
Summe 2.2	3.205	3.202	3.271	3.254	3.280
Summe 2.	12.851	13.039	13.162	13.265	13.344

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
650 Abschreibungen auf immaterielle Wirtschaftsgüter (o. GWG)	131	277	283	447	367
651 Abschreibungen auf Gebäude und Außenanlagen (o. GWG)	487	465	596	700	699
652 Abschreibungen auf Maschinen u. Anlagen (ohne GWG)	5	7	35	7	6
653 Abschreibungen auf andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung (ohne GWG)	209	169	250	95	56
654 Abschreibungen auf Sammelsonderkonto Geringwertige Wirtschaftsgüter (20 %)	39	55	0	69	67
658 geringwertige Wirtschaftsgüter / IT Hard- u. Software	6	1	1	1	1
659 übrige geringwertige Wirtschaftsgüter	7	12	40	12	12
Summe 3.	884	986	1.205	1.331	1.208
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Personalbedingte Aufwendungen					
661 Dienstkleidung (Beschaffung und Reinigung)	30	8	20	28	9
662 Fahrt- u. Flugkosten, Kilometerentschädigungen	18	22	17	16	16
664 Reiseverpflegungs- und Übernachtungskosten	9	9	10	9	9
665 Aus- und Fortbildung	61	67	80	72	72
667 Trinkwasser für Wasserspender	6	5	7	2	2
669 übrige sonstige Personalaufwendungen	236	129	70	60	60
Summe 4.1	360	240	204	187	168
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
670 Miete für Räume und Grundstücke	495	508	515	559	559
671 Miete für Fahrzeuge	8	8	6	10	10
672 Miete für Maschinen und Geräte	19	19	23	21	22
673 Strom, Wasser, Fernwärme, Heizöl, Notstromkraftstoff	432	419	360	460	460
674 Bewirtschaftung, Grundstück und Gebäude	229	264	190	240	240
675 Kosten für Entsorgung und Müllabfuhr	20	19	23	23	23
679 Instandhaltung Grundstück und Gebäude	278	251	154	170	170
680 Instandhaltung Maschinen u. Anlagen (außer BGA u. IT)	49	67	40	60	60
681 Instandhaltung Betriebs- u. Geschäftsausstattung	33	21	32	35	35
682 Instandhaltung u. Wartung IT-Geräte u. Software	144	124	132	141	144
689 Unterhaltung der eigenen Dienstkraftfahrzeuge	9	17	25	12	12
Summe 4.2	1.716	1.717	1.500	1.731	1.735

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Verkehr

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
700 Büromaterial	62	59	61	60	60
701 optische Belegarchivierung	161	170	170	207	211
703 Verbrauchsmaterial IT-Technik	37	28	40	35	35
705 Leitungs- und Rechenzentrumskosten	683	812	575	886	893
710 Bücher, Zeitschriften und andere Medien	18	20	18	18	18
711 Porto- u. Postzustellkosten	208	225	218	200	200
712 Telefon- u. ähnliche Fernmeldekosten	154	155	155	160	160
713 Gerichts- und ähnliche Kosten	26	17	60	30	30
720 Kosten des Geldverkehrs	50	51	60	50	50
725 Abschlusskosten	46	45	50	40	40
727 Beratungskosten	35	91	47	40	40
730 Versicherungsbeiträge, Umlage Kfz.-Schäden	4	5	5	4	4
735 Mitgliedsbeiträge	1	1	1	2	2
740 Kundeninfo., Öffentlichkeitsarbeit (ohne Werbeartikel)	48	32	48	40	40
741 Werbeartikel	7	20	15	15	15
746 Gästebewirtung und Repräsentation	7	7	7	7	7
780 Verwaltungskostenerstattung	372	497	407	852	722
789 Verschiedene Ausgaben / sonstige Verwaltungskosten	14	23	12	15	15
Summe 4.3	1.933	2.258	1.949	2.661	2.542
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
790 Schadenersatzleistungen	3	5	5	3	3
791 Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	1	1	1
795 Abschreibungen auf Zwangsgeldfestsetzungen	0	0	0	0	0
796 Kassenfehlbeträge	1	0	1	1	1
797 Abschreibungen auf Forderungen	412	532	300	392	392
798 erhaltene Skonti, sonst. Betrieblicher Aufw.	-24	-22	-19	-25	-25
799 Periodenfremde Aufwendungen (soweit nicht außerordentlich)	243	268	150	250	250
Summe 4.4	635	783	438	622	622
Summe 4.	4.644	4.998	4.091	5.201	5.067
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen					
850 Zinsaufwendungen	0	0	0	0	0
859 Aufwendungen aus Kursdifferenzen	0	0	0	0	0
Summe 5.	0	0	0	0	0

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Verkehr

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2010	2011	2012	2013	2014
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
6. Außerordentliche Aufwendungen					
860 Außerordentliche Aufwendungen i.S.d. BiRi-LiG	0	0	0	0	0
Summe 6.	0	0	0	0	0
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					
870 Gewerbesteuer	0	0	0	0	0
871 Körperschaftsteuer	0	0	0	0	0
872 Kapitalertragsteuer	0	0	0	0	0
Summe 7.	0	0	0	0	0
8. Sonstige Steuern					
802 Grundsteuer	7	7	7	7	8
803 Kraftfahrzeugsteuer	1	1	1	1	1
Summe 8.	8	8	8	8	9
<u>Gesamtaufwendungen</u>	22.498	23.256	22.608	23.858	23.722
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	1.364	1.832	1.676	1.467	1.467
310 Entnahmen aus der Kapitalrücklage					
320 Entnahmen aus der Gewinnrücklage					

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Verkehr

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2010	2011	2012	2012	2013	2013	2014	2014
	In Tsd. EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B. Finanzierungsplan								
I. Finanzbedarf								
1. Investitionen								
027 EDV Software	582	561	36		200		200	
030xx Sammelkonten GWG	64	75	72		0		0	
041 Lizenzen diverse	0	0	0		0		0	
042 gel. Anz. Software VEMAGS	0	0			0		0	
044 SAGE/CRS Kfm. Software	0	0	0		0		0	
045 Projekt IT2012+x /Zulassung	0	5	0		0		0	
046 Projekt IT 2012+x /FE	0	200	0		0		0	
051 Bebaute Grundstücke	0	0	0		0		0	
053 Gebäude	0	0	0		1.100		0	
055 Einbauten in Gebäuden	0	0	40		100		0	
058 Außenanlagen	12	4	200		50			
070 Maschinen und Anlagen	10	12	0		10		10	
080 Betriebs- u. Geschäftsausstattung (ohne IuK-Hardware)	74	21	29		75		110	
081 IuK-Hardware	63	52	350		194		180	
084 Fahrzeuge	21	1	0		0		0	
090 Umbau 2011 Gebäude Nord					0		0	
658 IuK-Hard- u. Software GWG		1			1		0	
659 übrige Geringwertige Wirtschaftsgüter	13	12	67		65		0	
Summe 1.	839	944	794		1.795		500	
2. Sonstiger Finanzbedarf								
... Abdeckung des nicht gedeckten Finanzbedarfs aus Vorjahren	0	0			0		0	
336 Ablieferung an den Haushalt	1.252	1.467	1.623		3.967		2.967	
902 Gewinn- u. Verlustkonto	0	0	0		0			
Summe 2.	1.252	1.467	1.623		3.967		2.967	
Gesamtsumme Finanzbedarf	2.091	2.411	2.417		5.762		3.467	

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Verkehr

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2010	2011	2012	2012	2013	2013	2014	2014
	In Tsd. EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8	9
II. <u>Deckungsmittel</u>								
902 Gewinn- u. Verlustkonto	1.364	1.832	1.676		1.467		1.467	
... Abschreibungen (inkl. GWG)	884	986	1.205		1.331		1.208	
... Aus den Vorjahren nicht verbrauchte Deckungsmittel	4.560	4.717	3.895		4.359		1.395	
... Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel)	0	0	0		0		0	
... Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel)	0	0	0		0		0	
<u>Summe Deckungsmittel</u>	6.808	7.535	6.776		7.157		4.070	
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel</u>	4.717	5.125	4.359		1.395		603	
IV. <u>Nicht gedeckter Finanzbedarf</u>	0	0	0					

Wirtschaftsplan 2013/2014 des Landesbetriebes Verkehr

Vorbemerkung: Entsprechend Nr. 3 der Verwaltungsvorschriften für die Landesbetriebe zu §§ 26 (1 u. 4), 74, 85 Nr. 3 und 87 LHO bucht der Landesbetrieb Verkehr (LBV) nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung und richtet sich hierbei nach der Struktur des Industriekontenplans, der die Wirtschaftsführung wegen einer größeren Feingliederung erleichtert.

Erläuterungen 2013

(Die Erläuterungen beziehen sich auf den Ansatz 2012)

A. Erfolgsplan

Erträge

1.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse sind für das Jahr 2013 mit **23.824 Tsd. EUR um 619 Tsd. EUR** höher als im Wirtschaftsplan 2012 veranschlagt (23.205 Tsd. EUR). Dies entspricht einer Erhöhung von 2,7 %.

Die erwarteten Veränderungen gegenüber dem Vorjahresansatz ergeben sich insbesondere aus folgenden Erlös-konten:

in Tsd. EUR

- Konto 520 **Fahrerlaubnisgebühren**
Das Ergebnis 2011 liegt mit 179 Tsd. EUR über dem Planansatz 2012. Der LBV geht für das Wirtschaftsjahr 2013 von einem steigende Verlauf aus und rechnet demnach mit einem Zuwachs von 215 Tsd. EUR zum Ansatz 2012. + 215
- Konto 524 **Gebühren für Genehmigungen und Ausnahmen**
Bei der Planaufstellung 2012 wurde davon ausgegangen, dass zusätzliche Aufwendungen für Prüfkosten von Brücken und Straßen durch zusätzliche Einnahmen aufgefangen werden können. Da dies derzeit noch nicht realisiert werden kann, liegt der Ansatz 2013 unter dem des Jahres 2012. - 298
- Konto 530 **Kfz-Zulassungsgebühren**
Für das Wirtschaftsjahr 2013 wird in Anpassung an das Ergebnis 2011 mit einem im Vergleich zum Jahr 2012 deutlich besseren Ergebnis geplant (+4,0%). Die Umsatzerlöse entwickeln sich voraussichtlich seit dem Ergebnis 2011 wieder deutlich besser. Die positive Abweichung zwischen dem Ansatz 2012 und dem Ansatz 2013 beträgt: + 563
- Konto 539 **Erstattungen für Dienstleistungen des Fachgebiets Zulassung**
Der Ansatz 2013 übersteigt den Plan 2012 um 65 Tsd. EUR. Der LBV generiert Mehr Einnahmen, da sich das Aufgabengebiet um die Bearbeitung von rückständigen Kfz-Steuern erweitert hat. + 65
- Konto 550 **Erstattungen für Leistungen des Fahrzeugservice**
Auf Basis des guten Ergebnisses 2011 (2.327 Tsd. EUR) ist für die Planung 2013 mit einem Anstieg um 317 Tsd. EUR zum Plan 2012 zu rechnen. + 317
- Konto 552 **Erstattungen für Gutachten oder andere Betreuungsleistungen des FzS**
Im Ansatz 2012 waren 156 Tsd. EUR Erstattung für das Flottenmanagement eingeplant. Dieser Betrag wird derzeit mit der Ablieferung an den Haushalt verrechnet und deshalb nicht mehr als Umsatzerlös gebucht und geplant. - 156

Die übrigen Ansätze der Umsatzerlös-Konten im Wirtschaftsplan 2013 unterscheiden sich von den Ansätzen im Wirtschaftsplan 2012 nur unwesentlich.

2. Sonstige betriebliche Erträge, Zins- und außerordentliche Erträge

		in Tsd. EUR
• Konto 560	Mieterträge Erhöhung des Ansatzes 2013 auf Grund von zusätzlichen Mietverträgen und damit gestiegenen Mieterlösen an den LBV-Standorten	+ 241
• Konto 565	Erträge aus der Herabsetzung v. Wertberichtigungen und Rückstellungen Mit der Wirtschaftsplanaufstellung 2012 wurde von wenig ertragswirksamen Auflösungen von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausgegangen, da die tatsächlichen Auswirkungen des BilMoG noch nicht absehbar waren. Für die Planung 2013 wird hier von etwas mehr Erträgen ausgegangen.	+ 129

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge entsprechen etwa den Ansätzen für das Jahr 2012.

3. Entwicklung der Gesamterträge

Die für 2013 veranschlagten Gesamterträge in Höhe von **25.325 Tsd. EUR** sind um **1.041 Tsd. EUR** (+4,3%) höher als im Wirtschaftsplanansatz 2012. Das Ergebnis 2011 wird mit dem Planansatz 2013 um 277 Tsd. EUR überschritten.

Aufwendungen

1. Materialaufwand

- Konten 601 - 629:

Der Minderaufwand in Höhe von 89 Tsd. EUR (- 2,2 %) erklärt sich durch folgende Entwicklungen:

- Konto 601 (Plaketten): hier liegt der Ansatz 2013 mit 76 Tsd. EUR unter dem Planansatz aus 2012. Diese Reduzierung hängt mit einem optimierten Einkaufsverhalten und verbesserter Bedarfssteuerung innerhalb des LBV zusammen. Die Abweichung zwischen dem vorläufigen Ergebnis 2011 und dem Plan 2013 liegt bei gerade 3 Tsd. EUR.
- Konto 621 (bezogene Leistungen der Kfz-Zulassung): hier liegt die Abweichung zwischen dem Wirtschaftsplanansatz 2012 und dem Ansatz des Plans 2013 bei lediglich 26 Tsd. EUR; die Abweichung von 246 Tsd. EUR zum Ergebnis 2011 resultiert aus der zu vermutenden rückläufigen Zulassungssituation bei den größeren gewerblichen Kunden, welche bereits im Jahr 2012 zu erkennen ist und sich in den Jahre 2013/2014 vermutlich fortsetzt.

2. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden für das Wirtschaftsjahr 2013 mit insgesamt 13.265 Tsd. EUR veranschlagt. Damit liegt der Ansatz um 103 Tsd. EUR (+ 0,8 %) höher als im Jahr 2012. Die Planung erfolgte auf Basis des Ansatzes 2012 zuzüglich der Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsanpassung 2011/2012/2013 gem. dem Aufstellungsgrundschriften der FB sowie diverser Einsparungen in Bezug auf die Einsparvorgaben der BIS.

- Konten 630 – 639; 641 – 648:

Berücksichtigt wurden:

- Mehraufwand bei den Arbeitnehmervergütungen und Arbeitgeberanteilen durch Tarifsteigerungen und Beamtenbezügen durch Besoldungserhöhungen für die Jahre 2011 sowie 2012-2013, die sich fortschreiben. + 335
- Einsparungen in Bezug auf die Einsparvorgaben der BIS in Höhe von rund 260 Tsd. EUR. - 260

3. Abschreibungen auf Anlagevermögen

- Konten 650 – 659:

Die Ansätze für die Abschreibungskonten erhöhen sich insgesamt um 126 Tsd. EUR (+ 10,5%) gegenüber dem Ansatz für den Wirtschaftsplan 2012 sowie um 362 Tsd. EUR gegenüber dem Ergebnis für das Jahr 2011 infolge der Abschreibung neuer Software für die Kfz-Zulassung, die Fahrerlaubnissoftware und das Transport- und

Anlage 2
Wirtschaftsplan
Landesbetrieb Verkehr

Genehmigungsmanagement und der damit verbundenen Projektkosten. Des Weiteren sind Investitionen für Umbaumaßnahmen am Ausschläger Weg geplant die zu erhöhten Abschreibungswerten führen.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

- Konten 661 - 799:

Die Ansätze bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhen sich gegenüber 2012 um 1.465 Tsd. EUR (+35,89 %). Veränderungen ergeben sich insbesondere bei folgenden Positionen:

- Konto 705 (Leitungs- und Rechenzentrumskosten): hier wird im Vergleich 2012/2013 mit einem um rund 311 Tsd. EUR höheren Ansatz gerechnet. Im Planansatz für 2013 wird auf Grund der Einführung der neuen Fachverfahren in den Bereichen Zulassung und Fahrerlaubnis mit höheren Kosten gerechnet, da zu den Produktionsservern für die neuen Verfahren auch noch die Test- und die alten Server vorgehalten werden müssen. +311
- Konto 780 (Verwaltungskostenerstattung): hier ist ein Betrag in Höhe von 495 Tsd. EUR für die Konsolidierung innerhalb der BIS zur Realisierung der Einsparvorgabe BIS enthalten. Die Erhöhung, ausgehend vom Ansatz 2012, beträgt insgesamt 445 Tsd. EUR. +445
- Konto 799 (periodenfremde Aufwendungen): der Ansatz für das Jahr 2013 wurde auf Grund der Vorjahresergebnisse um 100 Tsd. EUR gegenüber dem Ansatz 2012 erhöht. Durch Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen, gerade auch im Bereich der Zwangsgeldfestsetzungen liegt diese Aufwandsposition immer bei rund 250 Tsd. EUR. + 100

5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen

Konten 850 und 859:

Zinsaufwand entsteht für Verzugszinsen, hier keine Ansätze.

6. Außerordentliche Aufwendungen

Konto 860:

Aufwendungen für außergewöhnliche Geschäftstätigkeiten i. S. des BiRiLiG werden nicht erwartet.

7. Steuern von Einkommen und Ertrag

Konten 870, 871 und 872:

Aufwendungen werden nicht erwartet.

8. Sonstige Steuern

Konten 802 und 803:

Die Ansätze entsprechen denen der Vorjahre.

9. Entwicklung der Gesamtaufwendungen

Für 2013 liegen die veranschlagten Gesamtaufwendungen in Höhe von 23.858 Tsd. EUR über dem Vorjahresplanansatz von insgesamt 22.608 Tsd. EUR (Steigerung um 1.250 Tsd. EUR).

Eine Erklärung für diese Steigerung findet sich wie beschrieben im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge (Konto 780); hier ist der Aufwand zur Realisierung der Einsparvorgabe der BIS mit einem Betrag von 465 Tsd. EUR enthalten.

Jahresüberschuss

Für das Jahr 2013 ist ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.467 Tsd. EUR (nach Steuern und Realisierung der Einsparvorgabe BIS) geplant, der den Ansatz des Jahres 2012 um 209 Tsd. EUR (- 12,48 %) und das Ergebnis 2011 um 368 Tsd. EUR unterschreitet. Der Rückgang jeweils zu den Jahren 2011 und Ansatz 2012 liegt unter anderem daran, dass die Einsparvorgaben aufwandswirksam an die BIS abgeführt werden.

B. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

1. Investitionen

- Konten 027 - 659

Die Investitionen sind gegenüber dem Ansatz 2012 um 1.041 Tsd. EUR höher veranschlagt. Die Investitionsschwerpunkte liegen bei:

- Konto 027 (Software): veranschlagt sind hier noch Investitionen im Bereich des neuen Fachverfahrens für den Bereich Fahrerlaubnis sowie eine Nachfolgesoftware für die Materialwirtschaft beim Fahrzeugservice.

Konto 053 (Investitionen für Gebäude): hier ist für das Gebäude Zulassung am Standort Mitte ein großer Investitionsbedarf geplant. Es soll so umgebaut werden, damit neben der Kfz-Zulassung auch die Abteilungen Führerschein und Ausnahmegenehmigungen in einem Gebäude integriert werden und damit eine umfassende und gebündelte Kundenbedienung erfolgen kann; in dem Ansatz ist auch die damit verbundene Anpassung der Außenanlage notwendig. Diese Anpassung resultiert auch aus dem erwarteten Neubau der TÜV Hanse GmbH für eine Prüfstelle auf dem heutigen Gelände des LBV.

Investitionsbedarf insgesamt	Tsd. EUR	1.795
-------------------------------------	----------	-------

2. Sonstiger Finanzbedarf

Ablieferung an den Haushalt	Tsd. EUR	3.967
-----------------------------	----------	-------

Abdeckung des nicht gedeckten Finanzbedarfs aus Vorjahren	Tsd. EUR	0
---	----------	---

Gesamter Finanzbedarf	Tsd. EUR	5.762
------------------------------	-----------------	--------------

II. Deckungsmittel

Als Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

- | | | |
|---|----------|-------|
| • Jahresüberschuss | Tsd. EUR | 1.467 |
| • Abschreibungen | Tsd. EUR | 1.331 |
| • Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel | Tsd. EUR | 4.359 |

Summe insgesamt	Tsd. EUR	7.157
------------------------	-----------------	--------------

Daraus ergeben sich noch verfügbare Deckungsmittel in Höhe von	Tsd. EUR	1.395
---	-----------------	--------------

Erläuterungen 2014

(Die Erläuterungen beziehen sich auf den Ansatz 2013)

A. Erfolgsplan

Erträge

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse basieren im Wesentlichen auf dem Niveau der Veranschlagung 2013. Sie sind für das Jahr 2014 mit **23.637 Tsd. EUR** etwas niedriger (- 187 Tsd. EUR) als im Wirtschaftsplan 2013 veranschlagt (23.824 Tsd. EUR).

Die erwarteten Veränderungen gegenüber dem Vorjahresansatz ergeben sich insbesondere aus folgenden Ertragskonten:

in Tsd. EUR

- Konto 539 **Erstattungen für Dienstleistungen der Kfz-Zulassung**
Hier wird von einem geringeren Ertrag in den Jahren ab 2014 ausgegangen, da die Organleihe längstens bis zum 30.07.2014 besteht und danach auf den Bund übertragen wird. Derzeit ist es unter anderem die Aufgabe des LBV, die Kfz-Steuer im Bedarfsfall zu errechnen, zu vereinnahmen und an das Finanzamt für Verkehrssteuern (Steuerverwaltung) weiterzugeben. - 300

Bei den anderen Umsatzerlöskonten wird ein ähnlicher Wert wie im Ansatz 2013 geplant erwartet.

2. Sonstige betriebliche Erträge, Zins- und außerordentliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entsprechen den Ansätzen für das Jahr 2013 weitestgehend.

3. Entwicklung der Gesamterträge

Die für 2014 veranschlagten Gesamterträge in Höhe von 25.189 Tsd. EUR unterschreiten das Vorjahr um 136 Tsd. EUR.

Aufwendungen

1. Materialaufwand

Konten 601 - 629

Die Ansätze entsprechen denen des Jahres 2013.

2. Personalaufwendungen

Die Ansätze erhöhen sich in Bezug auf das Jahr 2013 um rund 79 Tsd. EUR. Im Einzelnen wird ein zusätzlicher Aufwand für weitere Tarifsteigerungen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von rund 169 Tsd. EUR erwartet. Dem gegenüber stehen jedoch weitere Aufwandsreduzierungen im Rahmen der Erfüllung der Einsparvorgaben der BIS von ca. 97 Tsd. EUR.

3. Abschreibungen auf Anlagevermögen

Konten 650 – 659:

Die Werte bei den Abschreibungskonten verringern sich um 123 Tsd. EUR auf 1.208 EUR (-9,3 %).

Es wird von geringeren Abschreibungen bei den Investitionsgütern für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie bei der Software ausgegangen.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Konten 661 - 799:

Der Ansatz in diesem Bereich bleibt auf dem Niveau des Jahres 2013.

Die einzig gravierende Abweichung findet sich im Konto 780 (Verwaltungskostenerstattung). Hier ist der Ansatz 2014 mit 722 Tsd. EUR gegenüber 2013 (Ansatz 852 Tsd. EUR) um rund 130 Tsd. EUR geringer. Für das Jahr 2014 wird von etwas geringeren Erstattungen von Verwaltungskosten für z.B. die Vollstreckungskosten oder auch die Rechtsberatung durch die Polizei im Vergleich zum Basisjahr 2011 ausgegangen.

5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen

Konten 850 und 859:

Ebenfalls keine Ansätze.

6. Außerordentliche Aufwendungen

Konto 860:

Aufwendungen für außergewöhnliche Geschäftstätigkeiten i. S. des BiRiLiG werden nicht erwartet.

7. Steuern von Einkommen und Ertrag

Konten 870, 871 und 872:

Aufwendungen werden nicht erwartet.

8. Sonstige Steuern

Konten 802 und 803:

Die Ansätze entsprechen denen der Vorjahre.

9. Entwicklung der Gesamtaufwendungen

Für das Jahr 2014 liegen die veranschlagten Gesamtaufwendungen bei 23.722 Tsd. EUR und weichen demnach um 136 Tsd. EUR von den des Jahres 2013 ab (23.858 Tsd. EUR).

Jahresüberschuss

Für das Jahr 2014 ist ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.467 Tsd. EUR (nach Steuern und Realisierung der Einsparvorgabe BIS) geplant.

B. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

1. Investitionen

- Konten 027 - 659

Die Investitionen liegen mit einem Ansatz von 500 Tsd. EUR weit unter dem Ansatz aus 2013. Die Gründe sind:

- Konto 053 (Investitionen für Gebäude): Die Investitionsplanungen beziehen sich lediglich auf das Jahr 2013.

Investitionsbedarf insgesamt	Tsd. EUR	500
-------------------------------------	----------	-----

2. Sonstiger Finanzbedarf

Ablieferung an den Haushalt	Tsd. EUR	2.967
-----------------------------	----------	-------

Abdeckung des nicht gedeckten Finanzbedarfs aus Vorjahren	Tsd. EUR	0
---	----------	---

Gesamter Finanzbedarf	Tsd. EUR	3.467
------------------------------	-----------------	--------------

II. Deckungsmittel

Als Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

• Jahresüberschuss	Tsd. EUR	1.467
--------------------	----------	-------

• Abschreibungen	Tsd. EUR	1.208
------------------	----------	-------

• Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	Tsd. EUR	1.395
---	----------	-------

Summe insgesamt	Tsd. EUR	4.070
------------------------	-----------------	--------------

Verbleiben noch verfügbare Deckungsmittel in Höhe von	Tsd. EUR	603
--	-----------------	------------

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Unternehmen

Der Landesbetrieb Verkehr (LBV) ist ein unternehmerisch geführter Dienstleistungsbetrieb der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH), eingegliedert in die Behörde für Inneres und Sport, mit 307 Beschäftigten. Er wird nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet, gemäß den Regeln des Handelsgesetzbuches (HGB), der Landeshaushaltsordnung (§ 26 LHO) und spezieller Verwaltungsvorschriften. Der Jahresabschluss wird nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufgestellt. Der LBV erstellt, überprüft und verändert Dokumente für den Straßenverkehr auf Basis der rechtlichen Grundlagen und Vorschriften (StVG, StVO, FZV, FeV, StVZO, EG-FGV, FahrIG etc.). Hierzu gehören beispielsweise Führerscheine und Fahrzeug-Zulassungsbescheinigungen (ehem. Fahrzeug-Schein und -Brief). Zusätzlich erteilt der LBV Ausnahmen von diesen Dokumenten und straßenverkehrsrechtlichen Pflichten und ist damit auch der umfassende Servicedienstleister für gewerbliche Kunden und Individualkunden, Vereine, Institutionen und sonstige Organisationen. Er ist außerdem im Rahmen eines Fahrzeugservice-Managements Dienstleister für Behörden- und Sonderfahrzeuge (PKW, LKW, Motorräder etc.) der FHH.

Der LBV ist organisatorisch wie ein modernes Dienstleistungsunternehmen im Automotive- Umfeld aufgestellt. Er orientiert sich in seiner inneren Ausgestaltung maßgeblich an den Erfolgsfaktoren mittelständischer Unternehmen und überträgt diese in das Verwaltungsumfeld. Der LBV wird sich für die weitere Zukunft verstärkt auf das Zusammenspiel hoheitlicher und wettbewerbsorientierter Angebots- und Nachfragestrukturen einstellen. Er wird stets die sich permanent ändernden Kundenanforderungen analysieren und sein Angebot und die Serviceleistungen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten entsprechend anpassen. Ein zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der jeweils aktuellen Norm der DIN EN ISO 9001 stellt sicher, dass die Geschäftsprozesse wirtschaftlich ausgerichtet und zur Zufriedenheit der Kunden und Beschäftigten gestaltet sind.¹

Seine Dienstleistungen bietet der LBV innerhalb Hamburgs an fünf Standorten an (Ausschläger Weg 100 in HH-Mitte; Langenhorner Chaussee 491 in HH-Nord; Großmoordamm 61 in HH-Harburg; Bergedorfer Str. 74 in HH-Bergedorf sowie für den Fahrzeugservice am Bruno-Georges-Platz 2 in HH-Alsterdorf und auch am LBV-Standort in Harburg). Dazu kommt mit LBV-Mobil, an ca. zwölf Wochen im Jahr, eine regelmäßig wiederkehrende Präsenz in Einkaufszentren in der Zeit von Montag bis Sonnabend von 09.30 Uhr bis 20.00 Uhr sowie an Einzeltagen in Firmen. Zusätzlich bietet der LBV seinen Kunden Bestell-, Eingabe und Service-Möglichkeiten über das Internet an sieben Tagen die Woche zu jeweils 24 Stunden an. Hierzu zählt auch die elektronische Terminvereinbarung, verbunden mit der Möglichkeit einer Anlieferung an den vom Kunden ausgewählten LBV-Mobil-Einsatzort.

Das Jahr 2011 entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr sehr viel besser. Der Jahresüberschuss 2011 lag mit einem Anstieg um € 466.888,46 deutlich über dem Vorjahreswert.

1.2 Entwicklung der Umsatzerlöse und der sonstigen betrieblichen Erträge

Der Umsatz ist im Jahr 2011 um 1.202 Tsd. EUR (+5,41%) auf insgesamt 23,4 Mio. EUR (Vorjahr 22,2 Mio. EUR) gestiegen.

Ein Grund für die gute Geschäftsentwicklung liegt darin begründet, dass die negativen Einflüsse der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2011 vollständig überwunden sind. Mit dem Umsatz von 23,4 Mio. EUR konnte der gute Wert aus dem Jahr 2008 (23,6 Tsd. EUR), vor Eintreten der Krise, annähernd erreicht werden.

Im Geschäftsjahr 2011 sinken die sonstigen betrieblichen Erträge um 151 Tsd. EUR auf insgesamt 1.355 Tsd. EUR (-10,01%). Die Gesamterträge betragen im Geschäftsjahr einschließlich der Zinserträge 24.995 Tsd. EUR; dies waren 1.133 Tsd. EUR (+ 4,75%) mehr als im Vorjahr (23.862 Tsd. EUR). Zusätzlich sind im Geschäftsjahr 2011 noch Erlöse aus aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 93 Tsd. EUR gebucht worden. Diese resultieren aus der Aktivierung von Programmierleistungen LBV- interner Mitarbeiter.

¹ Die Unternehmensziele sind in § 3 der Geschäftsanweisung wie folgt festgelegt:

- Optimale Versorgung der Bevölkerung /gewerblichen Kunden mit Dienstleistungen
- Ausrichtung der Dienstleistungen am Markt
- Befriedigung der Kundenbedürfnisse orientiert am wirtschaftlichen Nutzen
- Förderung der Beschäftigten zur Dienstleistungsorientierung und -erfüllung
- Erreichung einer angemessenen Wirtschaftlichkeit bzgl. des eingesetzten Kapitals auch durch Bildung von Kooperationen

Anlage 2 Wirtschaftsplan Landesbetrieb Verkehr

1.3 Entwicklung des Aufwandes

Der Gesamtaufwand (Material-/Personalaufwand, Abschreibungen, sonstiger betrieblicher Aufwand, sowie die sonstigen Steuern) ist im Geschäftsjahr 2011 um 759 Tsd. EUR auf 23.257 Tsd. EUR gestiegen (+ 3,38 %). Der Materialaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr um 113 Tsd. EUR (+ 2,74%) auf 4.224 Tsd. EUR. Größere Einzelveränderungen ergaben sich aus einem erhöhten Plakettenaufwand im Bereich der Euro- u. sonstigen Plaketten (entstanden durch Inventurveränderungen) und dem erhöhten Materialaufwand im Bereich der bezogenen Leistungen der größeren gewerblichen Kunden (+ 173 Tsd. EUR). Dieser Erhöhung steht allerdings auch ein gleichwertiger Anstieg der Umsatzerlöse entgegen.

Der Personalaufwand betrug 13.039 Tsd. EUR. Er hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 188 Tsd. EUR (+ 1,47%) erhöht. Im Bereich des operativen Personalaufwandes (Löhne, Gehälter, Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung) ist der Aufwand um ca. 333 Tsd. EUR (+ 3,03 %) gestiegen. Gesunken hingegen sind im Wirtschaftsjahr 2011 die Rückstellungen für Personal, hier ist ein Rückgang in Höhe von ca. 140 Tsd. EUR zu erkennen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen inkl. sonstige Steuern haben sich um 357 Tsd. EUR (+7,67%) auf 5.008 Tsd. EUR erhöht. Der erhöhte Jahreswert ist im Besonderen folgenden Konten zuzuordnen: Die Leitungs- und Rechenzentrumskosten haben sich im speziellen durch die Inbetriebnahme) des neuen Zulassungsverfahrens VIATO Z um 109 Tsd. EUR erhöht, die Verwaltungskostenerstattungen sind um 177 Tsd. EUR sowie die Abschreibungen auf Forderungen um 119 Tsd. EUR gestiegen. Die Erhöhung der Forderungsabschreibung liegt in erster Linie an einem erhöhten Volumen an Einzelwertberichtigungen. Es wurden Forderungen wertberichtigt, die noch nicht gemahnt wurden, da der LBV interne Mahnlauf sich in der Jahresmitte um einige Zeit verschoben hat. Dieser Effekt dürfte einmalig sein und sich im nächsten Jahr nicht mehr wiederholen. Den Steigerungen stehen Aufwandsminderungen in den Bereichen der periodenfremden Aufwendungen (- 95 Tsd. EUR) und im Bereich der Instandhaltungsaufwendungen (- 40 Tsd. EUR) gegenüber.

Der Aufwand für Abschreibungen auf Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr 2011 um 102 Tsd. EUR (+ 11,5%) erhöht. Diese Erhöhung liegt an der Aktivierung der neuen Zulassungssoftware VITATO Z zum 01.02.2011 und den damit verbundenen Abschreibungen.

Ertragslage

2.1 Geschäftsergebnis und Ablieferung an den Haushalt

Der LBV hat im Geschäftsjahr 2011 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.831 Tsd. EUR erzielt. An den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg wurden gemäß fortgeschriebenen Wirtschaftsplan 1.467 Tsd. EUR überwiesen; der Überschuss in Höhe von 364 Tsd. EUR wird der Gewinnrücklage zugeführt.

2.2 Entwicklung der Ergebnisse in den einzelnen Fachgebieten

Das Umsatzvolumen im Fachgebiet Fahrerlaubnis liegt im Jahr 2011 mit einem Wert in Höhe von 3.097 Tsd. EUR um 258 Tsd. EUR (+ 9,08%) über dem des Vorjahres. Bei den Fahrerlaubnisgebühren sind die Steigerungen vor allem in den Bereichen internationaler Führerschein (+ 34,82%), Umschreibung aus Drittstaaten (+ 17,04%), Ausstellung von Fahrerkarten (+ 77,36%) zu verzeichnen. Erfreulich ist auch, dass die Anzahl der Ersterteilungen um 4,18% gestiegen sind.

Das Umsatzvolumen im Fachgebiet TGM liegt im Jahr 2011 mit einem Wert von 2.584 Tsd. EUR um 156 Tsd. EUR (+6,43%) über dem des Vorjahres (2.428 Tsd. EUR). Die Steigerungen betreffen vorrangig die Bereiche Ausnahmen von Bau- und Betriebsvorschriften, Halte- und Parkvorschriften sowie die Schwertransporte. Rückläufig waren im Geschäftsjahr 2011 die Sonntagsfahrgenehmigungen.

Im Fachgebiet Zulassung ist eine Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 598 Tsd. EUR (+ 4,05%) erkennbar. Die hauptsächlichsten Steigerungen finden sich im Bereich der Ausfuhrkennzeichen mit einem Anstieg um + 34,15% und den Zulassungen allgemein. Dieser ist um 6,50% gestiegen. Etwas abgemildert wird diese Entwicklung durch Rückgänge im Bereich der Außerbetriebsetzungen(- 13,36%) sowie der Änderungen Halter/Technik (- 39,73%).

Im Fachgebiet Fahrzeugservice betragen die Umsatzerlöse 2.377 Tsd. EUR im Geschäftsjahr 2011 (Vorjahr 2.188 Tsd. EUR). Der Zuwachs in Höhe von 189 Tsd. EUR ergibt sich aus dem reinen Reparaturgeschäft des Fahrzeugservices. Der Erlös aus dem Bereich Flottenmanagement ist im Wirtschaftsjahr 2011 nicht als Umsatzerlös gebucht, sondern mit dem Ablieferungsbetrag verrechnet worden.

Die folgende Betrachtung verdeutlicht die Jahresergebnisse der operativen Fachgebiete des LBV nach Umlage aller sonstigen Gemeinkosten sowie das LBV-Gesamtergebnis.

	2011
	Tsd. EUR
Fahrerlaubnis	-222
Transport- und Genehmigungsmanagement	1.311
Kfz-Zulassung	1.347
Fahrzeugservice	-340
Rest ehemalige TP	-265
Ergebnis insgesamt (entspricht dem LBV-Jahresüberschuss)	1.831

Finanzlage

Die folgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick über die Liquidität und finanzielle Situation des LBV:

	2011	2010
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Jahresüberschuss vor Abführung an den Haushalt der FHH	1.831	1.364
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	986	884
Zunahme der Rückstellungen	167	723
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	6
Veränderung der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	107	-60
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-305	380
Veränderungen des Saldos der Forderungen/Verbindlichkeiten gegenüber der FHH	1.155	-320
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.941	2.977
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-944	-839
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-944	-839
Ablieferungsbetrag an den Haushalt der FHH	-1.467	-1.252
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.467	-1.252
Zahlungswirksame Änderungen des Finanzmittelfonds	1.530	886
Finanzmittelfonds am 1. Januar	13.189	12.303
Finanzmittelfonds am 31. Dezember	14.719	13.189

Vermögenslage

Der Jahresüberschuss 2011 in Höhe von insgesamt 1.831 Tsd. EUR ist um 364 Tsd. EUR höher als der Ablieferungsbetrag an den Haushalt (1.467 Tsd. EUR). Infolge der Zuführung in die Gewinnrücklagen steigen diese auf 2.511 Tsd. EUR und das Eigenkapital steigt in gleicher Höhe auf insgesamt 11.422 Tsd. EUR.

Anlage 2 Wirtschaftsplan Landesbetrieb Verkehr

Von allen bilanzierten Rückstellungen des LBV in Höhe von 8.732 Tsd. EUR entfallen auf Rückstellungen für die Beschäftigten (Aktive und Inaktive) des LBV insgesamt 6.409 Tsd. EUR. Für nach dem 31.12.1986 begründete unmittelbare Pensionsverpflichtungen, d. h. für so genannte Neuzusagen, werden aufgrund eines jährlichen versicherungsmathematischen Gutachtens gemäß § 249 Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 87 LHO Pensionsrückstellungen gebildet. Nach dem externen versicherungsmathematischen Gutachten beträgt die Veränderung für Pensionsverpflichtungen im aktuellen Geschäftsjahr 364 Tsd. EUR (Vorjahr: 440 Tsd. EUR). Zu den weiteren Rückstellungen wird auf Ziffer C des Anhangs zur Bilanz verwiesen. Darüber hinaus bestehen beim LBV Verpflichtungen aus nicht bilanzierten Rückstellungen in Höhe von 10.537 Tsd. EUR, die gemäß dem Wahlrecht im Anhang angegeben werden.

An Verbindlichkeiten bestehen zum Bilanzstichtag insgesamt 2.604 Tsd. EUR, davon gegenüber der FHH 2.330 Tsd. EUR insbesondere für Versorgungsaufwendungen.

Das Vermögen setzt sich wie folgt zusammen:

• A Anlagevermögen	6.021 Tsd. EUR
• B Umlaufvermögen	16.699 Tsd. EUR
• C Rechnungsabgrenzungsposten	<u>39 Tsd. EUR</u>
Bilanzsumme	22.758 Tsd. EUR

Das langfristig gebundene Vermögen (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) ist vollständig durch Eigenkapital finanziert.

Die Investitionen betragen im Jahr 2011 insgesamt 1.080 Tsd. EUR (im VJ. 839 Tsd. EUR). Schwerpunkte waren u.a. Investitionen für Software (einschließlich geleisteter Anzahlungen auf Software).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr (1.099 Tsd. EUR) um 142 Tsd. EUR auf 1.241 Tsd. EUR.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen mit einer Reduzierung von 316 Tsd. EUR bei jetzt 234 Tsd. EUR unter dem Vorjahr.

1 Risikobericht

Der Landesbetrieb Verkehr hat sich auch für das Jahr 2011 systematisch mit Risiken befasst. Der Schwerpunkt hat sich verlagert von der Betrachtung der Risiken, resultierend aus der Finanz- und Wirtschaftskrise und den daraus folgenden Rückgängen in den Bereichen Kfz-Zulassung, Fahrerlaubnis, sowie Transport- und Genehmigungsmanagement in 2010, hin zu den Projekten Einführung neue Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubnissoftware.

Zusätzlich ist der LBV, als Teil der Hamburger Verwaltung, im Jahre 2011 noch einer Prüfung durch den Rechnungshof unterzogen worden, mit Schwerpunkt Fachbereich Kfz-Zulassung. Es wurde ein Prüfbericht mit ein paar Kritikpunkten vorgelegt, die der LBV per 30.03.2012 abgearbeitet hat.

Für die Dienstleistungsprodukte in Zusammenhang mit Großraum- und Schwertransporten, die sich entgegen der meisten Produkte aus den Fachgebieten Führerschein und Kfz-Zulassung in einer Konkurrenzsituation mit anderen Genehmigungsstellen befindet, hat sich das konjunkturelle Risiko deutlich reduziert; jedoch bleibt dies Segment weiterhin vor stark von Nachfrageschwankungen der Kunden stärker abhängig. Das Risiko verlagert sich derzeit auf die Rekrutierung des notwendigen Personals. Dies hängt mit dem Senatsbeschluss der FHH aus dem Jahr 2011 zusammen, gemäß dessen Einstellungen aus dem externen Arbeitsmarkt bis auf einige Ausnahmen ausgeschlossen sind. Zusätzlich ist noch im Dezember 2011 eine Nachbesetzungssperre für die Behörde für Inneres und Sport und damit auch für den LBV beschlossen worden. Dies kann dazu führen, dass besondere Personalbedarfe nicht zeitnah gedeckt werden können und Umsatzmöglichkeiten entgehen.

Wie im Vorjahr, gibt es wirtschaftliche Belastungen durch die Tarifabschlüsse, die nicht an die Preise/Gebühren weitergegeben werden können, weil die überwiegende Mehrheit der Gebühren durch Bundesgebühren nicht als Rahmengebühren ausgeprägt sind und somit eine Deckelung vorhanden ist. Der LBV hat Gebührenanpassungen dort realisiert, wo dies zulässig ist und Kostenunterdeckungen vorhanden waren. Die Mehraufwendungen aus dem Tarifabschluss für das Jahr 2011 ca. 200 Tsd. Euro und werden als dauerhafter Sockel mit ca. 150 Tsd. Euro sich in die Folgejahre fortpflanzen. Für das Jahr 2012 betragen die dauerhaften Mehraufwendungen ca. 170 Tsd. Euro. Für die Folgejahre sind weitere erhebliche Erhöhungen zu erwarten, deren Finanzierung noch nicht abschließend geklärt ist.

Im Februar 2011 hat der LBV seine neue Zulassungssoftware erfolgreich eingeführt. Damit konnte dieses Projektrisiko abgeschlossen werden, allerdings ist der Herstellaufwand höher als geplant und führt folglich zu höheren Abschreibungen. Kostenrisiken bestanden in 2011 auch noch durch das Projekt neue Fahrerlaubnis-Software, deren Herstellung sich verzögerte. Die Einführung erfolgte im März 2012 und somit konnte dieses Risiko ebenfalls geschlossen werden.

Ziel der Geschäftsleitung des LBV ist es weiterhin, durch geeignete Einzelmaßnahmen, strategische Projekte und gezielten Personaleinstellungen, den verschiedenen Risiken entgegen zu wirken und frühzeitig sich für die immer wettbewerbsorientiertere Zukunft auch im Verwaltungsdienstleistungsumfeld auszurichten.

2 Ausblick

Der LBV versteht sich als öffentliches Unternehmen und strebt an die Herausforderungen der Zukunft im erweiterten Verkehrsumfeld mit motivierten und leistungsbereiten Beschäftigten kundengerecht zu erbringen. Dazu ist auch eine geeignete IT-Struktur und entsprechende Kommunikation mit den Kunden notwendig; diese Kommunikation soll systematisch auch über gesicherte Internetstrukturen möglich sein. Die interne Ausgestaltung orientiert sich an erfolgreichen mittelständischen Unternehmensstrukturen. Der LBV strebt weiterhin eine permanente Verbesserung im Bereich Innovation, Qualität und Kosten an und versucht auf diesem Weg die schon erlangten Erfolge abzusichern. Es bleibt das Ziel des LBV, die entsprechende Führerschaft in diesen Segmenten im Verwaltungsdienstleistungsumfeld über Hamburg hinaus zu halten auszubauen. Auf diese Weise möchte sich der LBV für weitere Aufgaben innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) empfehlen und so auch interessante und attraktive Arbeitsplätze anbieten. Hierzu wird der klassische Vertriebsweg über feste Standorte (genannt LBV-Classic) konsequent um die Dienstleistungen, die über die neuen Vertriebswege (LBV-Mobil und LBV-Internet) dem Kunden angeboten werden, ergänzt. Dem Kunden wird in der nahen Zukunft im Rahmen des Projektes Deutschland Online Kfz-Wesen eine noch engere Vernetzung dieser drei Vertriebswege erhalten und der Internetzugang wird systematisch erweitert werden. Sollte die Dienstleistung nicht vollständig über die Internetkommunikation realisiert werden können, so erhält der Kunde über ein entsprechendes Logistikangebot die Möglichkeit, den Lieferort – auch außerhalb des LBV- und den Zeitpunkt für die Entgegennahme der bestellten Waren/Dienstleistungen zu bestimmen. Zusätzlich wird der LBV alle Möglichkeiten nutzen, mit erweiterten und neuen Dienstleistungen dem konstant steigenden Interesse der gewerblichen Transport- und Logistikwirtschaft gerecht zu werden.

Das vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg erklärte Ziel eines bis zum Jahr 2020 strukturell ausgeglichenen Haushalts, verbunden mit einer strikten Ausgabenbegrenzung, stellt auch den LBV vor weitere umfangreiche Konsolidierungsverpflichtungen, die spätestens ab dem Jahr 2015 durch entsprechende Aufwandsreduzierungen und Umsatzerlössteigerungen umgesetzt werden müssen.

Zur Erhöhung des Kundenangebotes strebt der LBV eine Erweiterung der Öffnungszeiten ab dem Jahr 2013 an. In diesem Zusammenhang soll auch ein System greifen mit dem die großen Kundenmengen besser gesteuert bedient werden können; in dem Zusammenhang wird die Terminierungsmöglichkeit deutlich ausgeweitet werden. Darüber hinaus wird der LBV seine Bemühungen auf möglichst hohem Niveau halten, um den Beschäftigten Entwicklungsmöglichkeiten intern aber auch innerhalb der FHH zu offerieren und auch weiterhin interessante und attraktive Arbeitsplätze beim LBV anbieten zu können.

Der LBV schätzt die Wirtschaftslage für das Jahr 2012 leicht schwächer ein gegenüber dem Vorjahr. Dies wird sich auch bei den Umsatzerlösen widerspiegeln. Gegenüber den Planungen aus dem Jahr 2009 hat sich die Situation insgesamt jedoch deutlich besser entwickelt als in den Planwerten für das Jahr 2012 abgebildet. Dabei erkennt die Geschäftsleitung aber auch die wirtschaftlichen Risiken, welche in Europa vorhanden sind und auch in der Bundesrepublik jederzeit zu einer Abschwächung führen können. Personaleinstellungen werden deshalb nur sehr behutsam durchgeführt und der Betrieb nutzt alle Verbesserungspotenziale die erreichbar sind.

Für den aktuell erstellen Wirtschaftsplan 2013/2014 rechnet der LBV nicht mit größeren Umsatzerlössteigerungen, sondern wird weiterhin stark auf Aufwandsreduzierungen setzen, auch um dies sich abzeichnenden Tarifabschlüsse abfedern zu können.

6. Dank an die Beschäftigten, die Geschäftspartner, den Personalrat und das Aufsichtsgremium

Die Geschäftsleitung dankt allen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Führungskräften, die 2011 zuverlässig und engagiert ihrer Arbeit nachgegangen sind und so das verlässliche Fundament für den reibungslosen täglichen Kundenbetrieb bilden. Der besondere Dank gilt denen, die über die tägliche Pflicht hinaus, ein besonders hohes Maß an persönlichem Engagement in den Projekten, oder anderer Stelle des LBV geleistet und die eingeleiteten Veränderungen, aktiv im Sinne der strategischen LBV-Ausrichtung, mit unterstützt haben.

Der Dank gilt aber auch den Geschäfts-, Kooperations- und Entwicklungspartnern, die sich an der Fortentwicklung des LBV aktiv beteiligt haben, bzw. diese durch kritischen Rat und Anregungen mit gefördert haben.

Die Geschäftsführung dankt auch dem Personalrat des LBV, der die innovativen, kunden- und mitarbeiterorientierten Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des LBV konstruktiv begleitet hat. Ein besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern des Aufsichtsgremiums für die kooperative und zielführende Zusammenarbeit.

Hamburg, den 27.04.2012

Dr. Jörg Oltrogge

(LBV Geschäftsführer)

Andreas Schorling

(stellv. LBV Geschäftsführer)

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 8510	Landesbetrieb Verkehr

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 25,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 16	1,00			1,00	
A 15	1,00			1,00	
A 14	3,00	1,00	1)	3,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Freiwerden der Stelle
A 13	2,00			2,00	
A 12	6,00			6,00	
A 11	5,50			5,50	
A 10	4,00			4,00	
A 9	5,00			5,00	
A 9	11,00			11,00	
A 8	19,00			19,00	
A 7	40,00			40,00	
Summe:	97,50			97,50	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (6,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,50)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (5,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (11,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (19,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (40,00)

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 8510	Landesbetrieb Verkehr

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan LAN Kapitel 8510	Landesbetriebe Landesbetrieb Verkehr
--	---

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	1,00			1,00	
E 13	3,00			3,00	
E 12	2,00			2,00	
E 11	5,00	1,00	2)	5,00	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle
E 10	18,00	6,00	3)	18,00	kw: 6,00 EntgGr. E 10 nach Freiwerden der Stelle
E 9	2,00			2,00	
E 9	8,00			5,00	
E 8	27,00			27,00	
E 6	155,00	7,00	4)	160,50	kw: 7,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle
		2,00	5)		kw: 2,00 EntgGr. E 6 Einsparung im Intendanzbereich
		3,00	6)		kw: 3,00 EntgGr. E 6
E 4	1,00	1,00	7)	1,00	kw: 1,00 EntgGr. E 4
E 3	9,00	2,00	8)	12,00	kw: 2,00 EntgGr. E 3 nach Freiwerden der Stelle
		3,00	9)		kw: 3,00 EntgGr. E 3 Einsparung im Intendanzbereich
E 2 ü	1,00			1,00	
E 2	2,00			3,58	
Summe:	234,00			241,08	
Summe (ohne) insgesamt	331,50			338,58	

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Aufgabenbereich (AB)	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2012		2013		2014	
		Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro	Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro	Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro
274 275 277	Untersuchungen u. Gutachten (anteilig)	- 690 -	- - -	- 690 10	- - -	- 690 10	- - -
272 (incl. Sportamt)	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten (anteilig)	18	-	18	-	18	-

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

1 Hamburger Sportbund e.V. (HSB)

Es liegen noch keine verbindlichen Planzahlen für 2013 und 2014 vor, da der HSB seinen Haushalt erst zu einem späteren Zeitpunkt beschließen wird. Die Planzahlen 2012 werden deshalb zunächst für die Jahre 2013 / 2014 fortgeschrieben.

Anmerkungen:

Der Hamburger Sportbund e.V. ist die Vereinigung der Sportvereine und -verbände in der Freien und Hansestadt Hamburg. Er ist Mitglied des Deutschen Olympischen Sportbundes e.V. (DOSB).

Laut Satzung ist es Zweck des HSB,

- den Sport in der Freien und Hansestadt zu fördern und die dafür erforderlichen Maßnahmen zu koordinieren,
- die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder gegenüber dem Staat und der Öffentlichkeit zu vertreten,
- den Hamburger Sport in verbands- und fachübergreifenden Angelegenheiten zu vertreten und die damit zusammenhängenden Fragen zum Wohle seiner Mitglieder zu regeln.

	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
	2010	vorläufig 2011	(Voran) 2012	2013	2014
in Tsd. Euro					
Einnahmen					
1. Sportfinanzierung	5.391,3	5.106,2	150,60	150,6	150,6
2. Vereins-/Verbandsentwicklung *	116,6	114,9	124,0	124,0	124,0
2.1 Beschäftigungsprogramme	988,8	612,5	500	500	500
2.2 EU Programme	29,4	6,0	0	0	0
3. Breitensport	530,8	476,4	475,0	475,0	475,0
4. Leistungssport	782,1	876,5	650,0	650,0	650,0
5. Sportinfrastruktur	2.138,0	1.782,4	1.664,8	1.664,8	1.664,8
6. Dienstleistung	1.855,7	1.891,4	7.571,1	7.571,1	7.571,1
7. Sportjugend **	3.872,7	4.249,7			
8. Institutionelle Förderung der FHH/BIS			5.020,7	5.020,7	5.020,7
Summe Einnahmen	15.705,4	15.116,0	16.156,2	16.156,2	16.156,2

* In diesen Positionen sind Projektzuwendungen der Stadt gemäß Sportfördervertrag 2009/2010, 2011/2012 und je nach Aushandlung ggf. auch 2013/2014 enthalten.

** Ein Haushaltsvoranschlag der Sportjugend liegt derzeit nicht vor.

Anlage 4.1

	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
	2010	vorläufig 2011	(Voran) 2012	2013	2014
in Tsd. Euro					
Ausgaben					
1. Sportfinanzierung*	5.391,3	5.106,2	5.171,3	5.171,3	5.171,3
2. Vereins-/Verbandsentwicklung**	208,6	189,9	211,9	211,9	211,9
2.1 Beschäftigungsprogramme	647,0	500,4	500,0	500,0	500,0
2.2 EU Programme	29,4	6,0	0	0	0
3. Breitensport***	509,3	458,8	459	459	459
4. Leistungssport***	1.227,8	1.295,2	1.064,5	1.064,5	1.064,5
5. Sportinfrastruktur***	2.097,6	1.809,0	1.700,9	1.700,9	1.700,9
6. Dienstleistung	1.719,0	1.506,0	7.072,0	7.072,0	7.072,0
7. Sportjugend***	3.872,7	4.249,7	**	**	**
Summe Ausgaben****	15.702,7	15.121,2	16.179,6	16.179,6	16.179,6

* In dieser Ausgabebeziehung ist die institutionelle Förderung der FHH/BIS enthalten.

** In diesen Ausgabebeziehungen sind die Projektzuwendungen gemäß Sportfördervertrag 2009/2010, 2011/2012 und je nach Aushandlung ggf. auch 2013/2014 enthalten.

*** Ein Haushaltsvoranschlag der Sportjugend liegt derzeit nicht vor.

**** Mehrausgaben sind durch den HSB zu decken.

2 Hamburger Fußball-Verband e.V. (HFV):

Da der HFV keinen Doppelhaushalt hat, liegen für 2014 noch keine Planzahlen vor. Unter Vorbehalt kann angenommen werden, dass die Zahlen 2014 denen aus 2013 entsprechen.

Anmerkungen:

Der Hamburger Fußball-Verband e.V. ist Mitgliedsverband des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), des Norddeutschen Fußball-Verbandes (NFV) und des HSB. Er hat laut Satzung als Fachverband u.a. die Aufgabe,

- den Fußballsport in der Freien und Hansestadt Hamburg zu fördern und die dafür erforderlichen Maßnahmen zu koordinieren,
- alle fußballtechnischen Angelegenheiten, soweit sie nicht dem DFB oder dem NFV obliegen, zu regeln,
- den Spielbetrieb der Damen, Herren und Jugend sowie repräsentative Spiele durchzuführen,
- den Fußballsport als Freizeit- und Breitensport zu ermöglichen.

Zuwendungsetat

Einnahmen	Soll 2012 Tsd. Euro	Soll 2013 Tsd. Euro
Darlehensstilgungen	35	35
Zuwendungen	1.279	1.279
Drittmittel	175	175
Gesamt	1.489	1.489

Ausgaben:	Soll 2012 Tsd. Euro	Soll 2013 Tsd. Euro
Verbandssportlehrer-Talentförderung	195	195
Verbandslehrausschuss	270	270
Jugendausschüsse	230	230
Ausschüttung an Vereine	174	174
Spitzensport	10	10
Schiedsrichterausschüsse	115	115
Ausschuss für Frauen- u. Mädchenfußball	55	55
Spielausschuss	85	85
Ausschuss Freizeit-/Breitensport	25	25
Sport-/Verbandsgericht	75	75
Baumaßnahmen / Instandsetzungen	255	255
Gesamt	1.489	1.489

Anlage 4.1

Verbandsetat

Einnahmen	Soll 2012 Tsd. Euro	Soll 2013 Tsd. Euro
Beiträge, Meldegebühren		
Beiträge, Meldegebühren	140	140
Anteilige Spielabgaben	230	230
Gebühren, Kostenerstattungen	170	170
Weitere Finanzleistungen	175	175
Zinserträge	5	5
Sonstige Einnahmen	130	130
Erträge Geschäftsbetrieb	250	250
Gesamt	1.100	1.100

Ausgaben	Soll 2012 Tsd. Euro	Soll 2013 Tsd. Euro
Präsidium und PR	60	60
Personalkosten und AV	290	300
Presse/Öffentlichkeitsarbeit	10	10
HFV-Newsletter	31	31
Ruhegelder- und Pensions-Sicherungsverein	70	70
Bürobedarf	10	10
Porto und Telefon	11	11
Beiträge, Gebühren	35	35
Steuern und Prüfungskosten		
Nebenkosten Geldverkehr	2	2
Sonstige Verwaltungskosten	20	20
EDV - Kosten	85	85
Tagungs- und Reisekosten	10	10
Ausgaben wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	240	240
Abschreibungen	154	154
Betriebskosten Sportschule	25	25
Zinsaufwand	7	7
Instandhaltung	25	25
Umsatzsteuer	15	15
Gesamt	1.100	1.100

Übersicht über institutionelle Zuwendungen bis zu 100.000 Euro

Die Behörde für Inneres und Sport leistet zurzeit keine institutionellen Zuwendungen bis zu 100.000 Euro.

Übersicht über sonstige Zuwendungen

Aufgabenbereich/ Produktgruppe (AB/PG)	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Veranschlagte Zuwendung 2012	Veranschlagte Zuwendung 2013	Veranschlagte Zuwendung 2014
			Tsd. Euro		
AB 272 / PG 272.01	Verkehrswacht Hamburg e. V. (Verkehrsübungsplatz)	Projektförderung	464	51	51
AB 272 / PG 272.02	Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz	Projektförderung	496	496	496
AB 272 / PG 272.03	Zuwendungen in der Allgemeinen Sportförderung	Projektförderungen	2.163	2.250	2.500
AB 272 / PG 272.03	Zuwendungen im Bereich Veranstaltungen	Projektförderungen	774	774	774
AB 272 / PG 272.03	Zuwendungen im Bereich Leistungssport	Projektförderungen	1.414	1.414	1.414
AB 272 / PG 272.03	Zuwendungen für Sondersportstätten	Projektförderungen	286	390	390
AB 272 / PG 272.03	Zuwendungen für Vereinssportstätten und dergleichen	Projektförderungen	1.400	900	900
AB 275 / PG 275.05	Deutsche Lebensrettungsgesellschaft Landesverband Hamburg e. V.	Projektförderung	3	3	3

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2013/2014

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 8.1

Behörde für Inneres und Sport

Einzelplan 8.1

Behörde für Inneres und Sport

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
2,00					196,50	Anzahl der kw-Stellen
0,50					12,25	Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
2,50	0,00	0,00	0,00	0,00	208,75	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					3,00	Summe der kw-Leerstellen

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt ohne *
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
8000	Allgemeine Verwaltung	2013/14	110,57			62,63		173,20
		2012	108,47			62,48		170,95
8010	Einwohner-Zentralamt	2013/14	142,50			219,06		361,56
		2012	143,00			212,56		355,56
8500	Polizei	2013/14	7.887,50		461,00	1.263,82		9.151,32
		2012	7.890,50		461,00	1.275,82		9.166,32
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	2013/14	8,00			15,58		23,58
		2012	8,00			15,58		23,58
8550	Feuerwehr	2013/14	2.420,50	10,00		135,40	8,00	2.565,90
		2012	2.401,50	10,00		122,40	8,00	2.533,90
8580	Katastrophenschutz	2013/14	15,00			3,50		18,50
		2012	14,00			3,50		17,50
8590	Verfassungsschutz	2013/14	109,00			45,00		154,00
		2012	110,00			44,00		154,00
8770	Sportamt	2013/14	11,00			12,50		23,50
		2012	11,00			10,50		21,50
	gesamt:	2013/14	10.704,07	10,00	461,00	1.757,49	8,00	12.471,56
		2012	10.686,47	10,00	461,00	1.746,84	8,00	12.443,31

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2012) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/14.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 8.1

Behörde für Inneres und Sport

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2012	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2012				Stellenplan 2013/ 14	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2013/ 14	2013/ 14/ 2012
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
8.1	8000 Allgemeine Verwaltung	170,95	-2,75	1,00	-2,00	6,00		173,20	2,25
	8010 Einwohner-Zentralamt	355,56				6,00		361,56	6,00
	8500 Polizei	9166,32				1,00	-16,00	9151,32	-15,00
	8520 Wasserschutzpolizei-Schule	23,58						23,58	0,00
	8550 Feuerwehr	2533,90	-1,00			35,00	-2,00	2565,90	32,00
	8580 Katastrophenschutz	17,50				1,00		18,50	1,00
	8590 Verfassungsschutz	154,00		1,00	-1,00	1,00	-1,00	154,00	0,00
	8770 Sportamt	21,50	-1,00	2,00		1,00		23,50	2,00
	Summe:	12443,31	-4,75	+4,00	-3,00	+51,00	-19,00	12471,56	28,25

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8000	Allgemeine Verwaltung

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
1,00					8,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,50					5,25	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	13,25	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					1,00	Summe der kw-Leerstellen

Der Leiterin bzw. dem Leiter der Abteilung Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten kann für die Dauer der Wahrnehmung der Funktion der Landeswahlleiterin bzw. des Landeswahlleiters der Freien und Hansestadt Hamburg eine Zulage nach Anlage IX des Hamburgischen Besoldungsgesetzes gewährt werden.

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	3,00			3,00	
A 16	3,00	1,00	1)	3,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor zum 30.04.2012
A 15	11,00	1,00	2)	11,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Beendigung des Projektes BOS
A 14	17,50	1,00	4)	15,50	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projektes NHH/NRV
A 13	3,00			4,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2012
A 13	13,00	1,00	5)	12,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat KW nach Beendigung des Projektes NHH/NRV
A 12	21,77	1,00	28)	22,77	Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	6)		Vermerk weggefallen
		1,00	7)		kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projektes Elektronisierung des Personenstandswesens
		1,00	8)		kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Beendigung des Projektes BOS
		1,00	9)		kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 30.06.2012 nach Beendigung des Projektes REWA
A 11	18,30	1,00	10)	17,20	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat
		1,00	11)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman
		1,00	12)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman zum 31.12.2011
A 10	11,00	1,00	13)	11,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman zum 31.12.2012
		1,00	14)		kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projektes NHH/NRV
		1,00	15)		kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung des Projektes BOS
		1,00	16)		kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor zum 30.06.2012 nach Beendigung des Projektes REWA
A 9	3,00	1,00	17)	4,00	ku: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach BesGr. E 9
			18)		ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach BesGr. E 9

Einzelplan 8.1
Kapitel 8000

Behörde für Inneres und Sport
Allgemeine Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8590; an -A- im Tausch gegen RRA 13
A 14		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 14	-1,00								-1,00	kw n. Ausscheiden Stelleninhabers aus Projekt BOS
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8590; An -V- im Tausch gegen ORR A 14
A 13							1,00		1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 12							-1,00		-1,00	gem. Art. 11 Nr. 11 Haushaltsbeschluss
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						1,60			1,60	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss

Vemerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 12	6)	weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 11	11)	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	kw: 0,50 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
A 13	28)	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 14	2,00	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)

Einzelplan 8.1 **Behörde für Inneres und Sport**
Kapitel 8000 **Allgemeine Verwaltung**

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 9		1,75	19)		ku: 1,75 BesGr. A 9 Regierungsinспекtorin/ Regierungsinспекtor nach BesGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle
A 9	1,00			0,00	
A 8	2,00			2,00	
A 7	1,00	1,00	20)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst nach Freiwerden der Stelle
A 6	1,00			1,00	
Summe:	110,57			108,47	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (10,00)
- A 14 Kriminaloberärztin/ Kriminaloberarzt (1,00), Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (13,50), Polizeioberärztin/ Polizeioberarzt (2,00), Wissenschaftliche Oberärztin/ Wissenschaftlicher Oberarzt im Verwaltungsdienst (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
- A 13 Erste Kriminalhauptkommissarin/ Erster Kriminalhauptkommissar (2,00), Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (5,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (6,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (21,27), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,50)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (18,30)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (11,00)
- A 9 Regierungsinспекtorin/ Regierungsinспекtor (3,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
- A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00			1,00	
A 14	1,00	1,00	21)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.2 HB
A 12	1,00			0,00	
A 11	2,50			2,50	
A 10	2,00			1,50	
Summe:	7,50			6,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,50)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)

Einzelplan 8.1
Kapitel 8000

Behörde für Inneres und Sport
Allgemeine Verwaltung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 15	1,00			1,00	Nr. 7	B.Beschl. H.Beschl.
A 14	1,00	1,00	21)	1,00		
A 12	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00		
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	0,50			0,50	Nr. 7	
A 10	2,00			1,00	Nr. 7	
A 10	0,00			0,50	Nr. 6	
gesamt:	7,50			6,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	1,00	0,00	1,00	-1,00	1,60	0,00	0,00	1,60	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-1,00	1,50	0,00	1,00	-1,00	1,60	0,00	0,00	2,10	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8000

Behörde für Inneres und Sport
Allgemeine Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00	1,00	22)	3,00	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle kw: 2,00 EntgGr. E 14 Vermerk weggefallen kw: 2,25 EntgGr. E 13
E 14	3,00	2,00	23)	3,00	
E 13	7,00	1,75	24)	8,75	
		2,25	25)		
E 12	1,00			1,00	Vermerk weggefallen
E 11	15,88	1,00	26)	15,48	
E 10	1,00			1,00	
E 9	3,50			2,50	
E 9	0,50	0,50	31)	0,00	kw: 0,50 EntgGr. E 9 zum 01.01.2013
E 8	8,25			7,25	kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 6	7,38	1,00	27)	8,38	
E 5	4,50			4,50	
E 4	5,00			5,00	
E 3	1,22			1,22	
E 2	1,40			1,40	
Summe:	62,63			62,48	
Summe (ohne *) insgesamt	173,20			170,95	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15							1,00		1,00	Neubewertung durch qualitativ veränderte Aufgabenstellung
E 15						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14							-1,00		-1,00	Neubewertung durch qualitativ veränderte Aufgabenstellung
E 14		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II
E 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8770; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 11		2,00							2,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II
E 11	-1,00								-1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 11						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11						-1,60			-1,60	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 9		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II
Summe Arbeitnehmer										
	-1,00	4,00	0,00	0,00	-1,00	-1,60	0,00	0,00	0,40	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	-0,75	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,25	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	-1,75	4,50	0,00	0,00	-1,00	-1,60	0,00	0,00	0,15	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-2,75	6,00	0,00	1,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	2,25	

Vemerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 13	24)	weggefallen	kw: 1,75 EntgGr. E 13
E 11	26)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8010	Einwohner-Zentralamt

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
1,00					1,00	Anzahl der kw-Stellen
					1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					1,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Beamtinnen/ Beamte						
<u>Planstellen</u>						
B 4	1,00			1,00		
A 16	1,00			1,00		
A 15	2,00	1,00	1)	2,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor	
A 14	5,00			5,00		
A 12	11,00	1,00	2)	10,00	Freigestelltes Personalratsmitglied	
		1,00	6)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt zum 30.06.2012 Künftig wegfallend nach Abschluss des Projektes</i>	
A 11	23,00	1,00	3)	20,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 30.06.2012</i>	
		1,00	7)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.01.2013 Künftig wegfallend nach Beendigung des Projektes ProZent, spätestens am 31.01.2013</i>	
A 10	23,00			25,00		
A 9	9,00			8,00		
A 9	25,50			26,50		
A 8	35,50			37,50		
A 7	5,50			7,00		
A 6	1,00			0,00		
Summe:	142,50			143,00		

B 4	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (11,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (23,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (23,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (9,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (25,50)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (35,50)
A 7	Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (5,50)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2013/ 14				2012		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 12	1,75			1,75		
A 11	3,75			3,75		
A 10	3,00			3,00		
A 9	2,00			2,00		
A 8	2,00			2,00		
Summe:	12,50			12,50		

Einzelplan 8.1 **Behörde für Inneres und Sport**
Kapitel 8010 **Einwohner-Zentralamt**

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 12						1,00			1,00	Rückwandlung in Planstelle wg. Stellenbesetzung mit einem Beamten
A 11						1,00			1,00	Vorbereitung zur Konsolidierung
A 11						1,00			1,00	Stellenbesetzung mit einem Beamten
A 11						1,00			1,00	Stellenbesetzung mit einem Beamten
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	0,00	0,00	4,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	0,00	0,00	-5,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 12	1,75			1,75	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	2,75			2,75	Nr. 7	
A 10	3,00			3,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
A 8	2,00			2,00	Nr. 6	
gesamt:	12,50			12,50		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 11	3) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 30.06.2012	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 30.06.2011
A 12	6) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt zum 30.06.2012 Künftig wegfallend nach Abschluss des Projektes	
A 11	7) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.01.2013 Künftig wegfallend nach Beendigung des Projektes ProZent, spätestens am 31.01.2013	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8010	Einwohner-Zentralamt

I. Stellenbestand

A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (1,75)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,75)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)

Einzelplan 8.1
Kapitel 8010

Behörde für Inneres und Sport
Einwohner-Zentralamt

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan 8.1
Kapitel 8010

Behörde für Inneres und Sport
Einwohner-Zentralamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			1,00	
E 14	2,00			2,00	
E 13	5,50			5,50	
E 12	1,00			1,00	
E 11	10,00	1,00	4)	11,00	kw: 1,00 EntgGr. E 11 <i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	5)		
E 10	4,00			5,00	
E 9	37,25			29,25	
E 9	1,00			0,00	
E 8	110,33			111,33	
E 6	24,45			21,95	
E 5	20,53			22,53	
E 3	2,00			2,00	
Summe:	219,06			212,56	
Summe (ohne *) insgesamt	361,56			355,56	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8010

Behörde für Inneres und Sport
Einwohner-Zentralamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 12						-1,00			-1,00	Stellenbesetzung mit einem Beamten
E 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11							1,00		1,00	Neubewertung
E 11						-1,00			-1,00	Rückwandlung in Planstelle wg. Stellenbesetzung mit einem Beamten
E 11						-1,00			-1,00	Vorbereitung zur Konsolidierung
E 11						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11						-1,00			-1,00	Stellenbesetzung mit einem Beamten
E 10							-1,00		-1,00	Neubewertung
E 9		3,00							3,00	Stellenneuschaffung Einbürgerungsoffensive
E 9		2,00							2,00	Stellenneuschaffung Einbürgerungsinitiative
E 6		1,00							1,00	Stellenneuschaffung Einbürgerungsoffensive
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	6,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	4,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	6,00	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	6,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	

Vemerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 11	5)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 30.06.2012 Künftig wegfallend nach Abschluss des Projektes

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8500	Polizei

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 3,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 1,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Hauptamtlich als Verkehrslehrerin/Verkehrslehrer an allgemeinbildenden Schulen tätige Polizeivollzugsbeamtinnen/Polizeivollzugsbeamte, die monatlich wenigstens 52 Std. theoretischen Unterricht erteilen, erhalten eine Aufwandsentschädigung von 38,35 EUR monatlich.

Polizeivollzugsbeamtinnen/Polizeivollzugsbeamte der Kriminalpolizei, die mit der Untersuchung, Öffnung, Bergung oder dem Transport von Leichen betraut sind, erhalten nach näherer Bestimmung eine Aufwandsentschädigung, die 33,23 EUR im Monat nicht überschreiten darf.

Die Stellen A7/A8/A9/A10/A11 der uniformierten Polizei und die Stellen A9/A10/A11 der Kriminalpolizei dürfen im Rahmen des in Drucksache 18/6273 beschlossenen Laufbahnverlaufmodells, welches die Laufbahnabschnitte I und II umfasst, ausgenutzt werden.

Zivilfahnder im Polizeivollzugsdienst erhalten für das Tragen von Zivilkleidung eine Aufwandsentschädigung, die 10,23 Euro im Monat nicht überschreiten darf.

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	2012 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Beamtinnen/ Beamte Planstellen						
B 6	1,00				1,00	
B 4	1,00				1,00	
B 3	2,00				2,00	
B 2	1,00				1,00	
A 16	14,00				14,00	
A 15	45,00				45,00	
A 14	67,00				67,00	
A 13	37,00				37,00	
A 13	247,00	3,00	18)	245,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>	
A 12	663,00	1,00	1)	664,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>	
		3,00	2)		<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>	
		1,00	3)		Freigestellte Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen	
		1,00	4)		ku: 1,00 BesGr. A 12 Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar nach BesGr. A 7-A 11 Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar nach Freiwerden der Stelle	
A 11	35,00	1,00	5)		Freigestelltes Personalratsmitglied	
		1,00	6)	35,00	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projektes BOS	
		1,00	7)		Freigestelltes Personalratsmitglied	
		2,00	8)		ku: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Abschluss des Einführungsprozesses NHH/NRV in der Behörde für Inneres/Polizei	
A 9/A 10/A 11	1029,00	1,00	9)	1030,00	<i>Vermerk weggefallen</i>	
A 7-A 11	5636,50	4,00	10)	5637,50	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>	
		1,00	11)		Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 10	25,00	1,00	12)	25,00	ku: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor .	
A 9	4,00			5,00		
A 9	24,00			24,00		
A 7/A 8/A 9	2,00			2,00		
A 8	43,00	1,00	13)	43,00	ku: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach BesGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle	
A 7	8,00			9,00		
A 6	3,00			3,00		
Summe:	7887,50			7890,50		

B 6 Polizeipräsidentin/ Polizeipräsident (1,00)
B 4 Polizeivizepräsidentin/Polizeivizepräsident (1,00)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8500	Polizei

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13							3,00		3,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 13			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8000
A 12							1,00		1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12							-3,00		-3,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12							1,00		1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 9/A 10/A 11							-1,00		-1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 7-A 11							-1,00		-1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 9			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich Interne Dienste
A 7			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich des Erkennungsdienstes
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 12	1) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	3,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	2) 3,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	2,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 9/A 10/A 11	9) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 7-A 11	10) 4,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	5,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 13	18) 3,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 16	1,00	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor	Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)
A 15	3,00	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor	Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)
A 14	2,00	Oberstudienrätin/ Oberstudienrat	Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)
A 14	8,00	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)
A 13	7,00	Regierungsrätin/ Regierungsrat	Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8500	Polizei

I. Stellenbestand

B 3	Leitende Kriminaldirektorin/ Leitender Kriminaldirektor (1,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (1,00)
B 2	Leitender Polizeidirektor (1,00)
A 16	Leitende Kriminaldirektorin/ Leitender Kriminaldirektor (4,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (5,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (WS) (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (0,00)
A 15	Kriminaldirektorin/ Kriminaldirektor (12,00), Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (22,00), Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (WS) (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (6,00), Studiendirektorin/ Studiendirektor (3,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (0,00)
A 14	Dozentin/ Dozent an der Fachhochschule (1,00), Kriminaloberrätin/ Kriminaloberrat (18,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (15,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (2,00), Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (29,00), Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (WS) (2,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (0,00)
A 13	Kriminalrätin/ Kriminalrat (11,00), Polizeirätin/ Polizeirat (10,00), Polizeirätin/ Polizeirat (WS) (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (11,00), Studienrätin/ Studienrat (2,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (0,00)
A 13	Erste Kriminalhauptkommissarin/ Erster Kriminalhauptkommissar (105,00), Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (120,00), Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (WS) (17,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (5,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (20,00), Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (265,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (329,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (49,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (35,00)
A 9/A 10/A 11	Kriminalkommissarin/Kriminalkommissar / Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissar (1029,00)
A 7-A 11	Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (5203,50), Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (WS) (433,00)
A 10	Bibliotheksoberinspektorin/ Bibliotheksoberinspektor (1,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (24,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (24,00)
A 7/A 8/A 9	Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (2,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (43,00)
A 7	Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (8,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (3,00)

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			1,00	
A 14	0,00			1,00	
A 13	2,00			2,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00			3,00	
A 11	4,00			3,00	
A 9/A 10/A 11	27,00			28,00	
A 7-A 11	102,00			91,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	1,00			1,00	
A 9	2,00			2,00	
A 8	2,00			3,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	145,00			137,00	

A 15	Kriminaldirektorin/ Kriminaldirektor (1,00)
A 14	Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (0,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
A 13	Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (0,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (1,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00)
A 9/A 10/A 11	Kriminalkommissarin/Kriminalkommissar / Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissar (27,00)
A 7-A 11	Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (101,00), Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (WS) (1,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

Einzelplan 8.1
Kapitel 8500

Behörde für Inneres und Sport
Polizei

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00			1,00	Nr. 1	
A 14	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
A 12	0,00			1,00	Nr. 5	
A 12	1,00			1,00	Nr. 6	
A 12	0,00			1,00	Nr. 7	
A 12	1,00			0,00	Nr. 6	
A 11	2,00			2,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9/A 10/A 11	23,00			26,00	Nr. 7	
A 9/A 10/A 11	1,00			1,00	Nr. 1	
A 9/A 10/A 11	3,00			1,00	Nr. 6	
A 7-A 11	88,00			76,00	Nr. 7	
A 7-A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 7-A 11	1,00			1,00	Nr. 7	
A 7-A 11	11,00			11,00	Nr. 6	
A 7-A 11	0,00			1,00	Nr. 1	
A 7-A 11	1,00			1,00	Nr.7	
A 10	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
A 9	2,00			2,00	Nr. 6	
A 8	2,00			2,00	Nr. 7	
A 8	0,00			1,00	Nr. 6	
A 6	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	145,00			137,00		

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8500	Polizei

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	84,00			84,00	
Nachwuchs mD	377,00			377,00	
Summe:	461,00			461,00	

Nachwuchs gD Kommissaranwärterin/Kommissaranwärter (84,00)

Nachwuchs mD Polizeimeisteranwärterin/Polizeimeisteranwärter (347,00), Polizeimeisteranwärterin/Polizeimeisteranwärter (WS) (30,00)

Einzelplan 8.1
Kapitel 8500

Behörde für Inneres und Sport
Polizei

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan 8.1
Kapitel 8500

Behörde für Inneres und Sport
Polizei

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	3,00			3,00	
E 14	12,00			12,00	
E 13	19,60			18,60	
E 12	19,00			18,00	
E 11	22,00			23,00	
E 10	14,00			13,00	
E 9	82,00			91,00	
E 9	36,00			36,00	
E 8	234,00	2,00	14)	225,50	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 7 a	2,00			2,00	
E 6	88,00			91,00	
E 5	618,00	1,00	15)	624,00	kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 4	52,07	1,00	17)	53,07	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 3	50,50	1,00	16)	54,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2	9,00			9,00	
Richtl. gD	2,65			2,65	
Summe:	1263,82			1275,82	
Summe (ohne *) insgesamt	9151,32			9166,32	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8500

Behörde für Inneres und Sport
Polizei

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 13							1,00		1,00	Bewertung der Funktion Leiter / FB Fototechnik, Grafik, Tatortrekonstruktion
E 12							1,00		1,00	Tarifliche Bewertung
E 12							-1,00		-1,00	Bewertung der Funktion Leiter / FB Fototechnik, Grafik, Tatortrekonstruktion
E 12							1,00		1,00	Tarifliche Bewertung
E 11							-1,00		-1,00	Tarifliche Bewertung
E 10							1,00		1,00	Neubewertung der Leitung/Vertretung Polizeiorchester
E 8			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung in der Vollzugsunterstützung der Wasserschutzpolizei
E 6			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich der technischen Abteilung/Logistik
E 5		1,00							1,00	Stelleneuschaffung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
E 5			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung in Geschäftszimmern
E 5			-2,00						-2,00	Technikeinsatz im Schreibdienst
E 5			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung in Stabsbereichen
E 5			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich des Erkennungsdienstes
E 5			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung durch IT-Einsatz
E 4			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personalratsmitgliedes
E 3			-2,50						-2,50	Aufgabenstraffung im Bereich der technischen Abteilung/Logistik
E 3			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung in Geschäftszimmern
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	1,00	-12,50	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	-9,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	-2,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	1,00	-13,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-12,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	1,00	-16,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-15,00	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8520

Behörde für Inneres und Sport
Wasserschutzpolizei-Schule

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	1,00			1,00	
A 14	1,00			1,00	
A 12	2,00			2,00	
A 7-A 11	4,00			4,00	
Summe:	8,00			8,00	

A 16 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (WS) (1,00)
A 14 Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (WS) (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (1,00)
A 7-A 11 Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (WS) (4,00)

Einzelplan 8.1
Kapitel 8520

Behörde für Inneres und Sport
Wasserschutzpolizei-Schule

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan 8.1
Kapitel 8520

Behörde für Inneres und Sport
Wasserschutzpolizei-Schule

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	2,00			2,00	
E 6	4,00			4,00	
E 5	1,50			1,50	
E 4	1,00			1,00	
E 3	2,00			2,00	
E 2	3,00			3,00	
Richtl. gD	2,08			2,08	
Summe:	15,58			15,58	
Summe (ohne) insgesamt	23,58			23,58	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8520

Behörde für Inneres und Sport
Wasserschutzpolizei-Schule

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					180,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					4,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	184,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					1,00	Summe der kw-Leerstellen

Die Ausnutzung der Stellen der Besoldungsgruppen A7/A8/A9 des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes ist im Haushaltsbeschluss geregelt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Anzahl			
Beamtinnen/ Beamte Planstellen						
B 4	1,00		1,00			
A 16	2,00		2,00			
A 15	7,00	1,00	7,00	1)		kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Beendigung des Projektes BOS bzw. nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt BOS
A 14	6,00		6,00			
A 13	6,00		6,00			
A 13	34,00	1,00	35,00	2)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Brandrätin/Brandrat nach Beendigung des Projektes BOS bzw. nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt BOS
		1,00		3)		Vermerk weggefallen
		1,00		4)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Brandrätin/Brandrat zum 31.12.2011 nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt ATF (Analytische Task-Force)
A 12	52,00	1,00	51,00	7)		kw: 1,00 BesGr. A 12 Brandamtsrätin/ Brandamtsrat nach Beendigung des Projektes BOS bzw. nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt BOS
		1,00		5)		ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Freiwerden der Stelle
		1,00		6)		kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 30.06.2012 nach Abschluss des Projektes
		1,00		46)		ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach BesGr. E 12 zum 01.04.2014 Ablauf der 2 Jahresfrist ge. Art 11.6 HB
A 11	140,00	1,00	140,00	8)		Freigestelltes Personalratsmitglied
A 10	118,00	1,00	120,00	9)		kw: 1,00 BesGr. A 10 Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor nach Freiwerden der Stelle
A 9	4,00	2,00	3,00	10)		Vermerk weggefallen
		2,00		11)		ku: 2,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach BesGr. E 9
		1,00		45)		ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor
A 9	6,00		6,00			
A 7/A 8/A 9	1989,00	105,00	1970,00	12)		für Ausbildungszwecke genutzte Planstellen
		2,00		13)		ku: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13	-1,00								-1,00	Vollzug kw-Vermerk nach Ausscheiden des Mitarbeiters
A 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 10			-2,00						-2,00	Beendigung der Freistellung
A 7/A 8/A 9		15,00							15,00	Stellenschaffung gem. Art. 11 Nr. 26 Haushaltsbeschluss in Anpassung an die Einsatzbedarfe im Rettungsdienst

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Brandrätin/Brandrat zum 31.12.2011 nach Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Projekt Krisenabwehrzentrum
A 12	46) ku: 1,00 BesGr. A 12 Amträtin/ Amtrat nach BesGr. E 12 zum 01.04.2014 Ablauf der 2 Jahresfrist ge. Art.11.6 HB	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8550

Behörde für Inneres und Sport
Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14		Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 7/A 8/A 9		1,00	14)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle
		1,00	15)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 3
		2,00	16)		ku: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 7 nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 14 Nr. 1 HB
		4,00	17)		Freigestelltes Personalratsmitglied
		58,00	18)		kw: 58,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 14 Nr. 1 HB
		1,00	19)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach EntgGr. E 7
		1,00	20)		Vermerk weggefallen
		8,00	21)		kw: 8,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 11 Nr. 22 HB
		1,00	22)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach BesGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 11.22 HB
		2,00	23)		ku: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach BesGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 11.22 HB
		75,00	24)		kw: 75,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister künftig wegfallend bei absehbar dauerhaft sinkenden Einsatzzahlen im Rettungsdienst
		1,00	25)		kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 11 Nr. 22 HHB
		2,00	37)		ku: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach BesGr. E 4 nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 11 Nr. 22 HHB
		2,00	38)		ku: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach BesGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 11 Nr. 22 HHB
		1,00	39)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach BesGr. E 7 nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 11 Nr. 22 HHB
A 8	21,50	1,00	26)	21,50	kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär künftig wegfallend bei absehbar dauerhaft sinkenden Einsatzzahlen im Rettungsdienst
A 7	30,00	30,00	27)	30,00	kw: 30,00 BesGr. A 7 Brandmeisterin/ Brandmeister kw nach Beendigung der Maßnahme zur Aufstockung der Ausbildungskapazität im Rahmen der Hamburg Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum

Einzelplan 8.1 Kapitel 8550	Behörde für Inneres und Sport Feuerlöschwesen und Rettungsdienst
--	---

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 6	4,00	1,00	28)	3,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungsekretärin/ Regierungsekretär nach EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle kw: 2,00 BesGr. A 6 Regierungsekretärin/ Regierungsekretär ku: 2,00 BesGr. A 6 Regierungsekretärin/ Regierungsekretär nach BesGr. E 6
		2,00	29)		
		2,00	30)		
Summe:	2420,50			2401,50	

- B 4 Oberbranddirektorin/ Oberbranddirektor (1,00)
- A 16 Leitende Branddirektorin/ Leitender Branddirektor (2,00)
- A 15 Branddirektorin/ Branddirektor (5,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbrandrätin/ Oberbrandrat (6,00)
- A 13 Brandrätin/ Brandrat (5,00), Studienrätin/ Studienrat (1,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (1,00), Brandrätin/Brandrat (29,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (4,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (8,00), Brandamtsärztin/ Brandamtsarzt (44,00)
- A 11 Brandamtfrau/ Brandamtman (131,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (9,00)
- A 10 Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor (111,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (7,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (4,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,00)
- A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (1989,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (21,50)
- A 7 Brandmeisterin/ Brandmeister (30,00)
- A 6 Regierungsekretärin/ Regierungsekretär (4,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00	1,00	31)	1,00	Vermerk weggefallen
A 11	2,00			2,00	
A 10	0,00	1,00	34)	3,00	Vermerk weggefallen
		1,00	33)		Vermerk weggefallen
A 7/A 8/A 9	10,00			10,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	13,00			17,00	

- A 15 Branddirektorin/ Branddirektor (1,00)
- A 11 Brandamtfrau/ Brandamtman (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (10,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	15,00	-2,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	13,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	0,00	0,00	6,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-1,00	15,00	-2,00	0,00	0,00	7,00	0,00	0,00	19,00	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	2012 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 15	1,00	1,00		31)	1,00	Nr. 2	
A 11	1,00				1,00	Nr. 7	
A 11	1,00				1,00	Nr. 1	
A 10	0,00	1,00		34)	2,00	Nr. 7	
		1,00		33)			
A 7/A 8/A 9	10,00				10,00		B.Beschl.
A 8	0,00				1,00	Nr. 7	
gesamt:	13,00				17,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 15	31) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Branddirektorin/ Branddirektor

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 7	10,00	10,00	40)	10,00	<i>kw nach Ausscheiden bzw. Wechsel des Stelleninhabers - spätestens jedoch zum 31.12.12</i>
Summe:	10,00			10,00	

A 7 Brandmeisterin/ Brandmeister (10,00)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Einzelplan 8.1
Kapitel 8550

Behörde für Inneres und Sport
Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,50			0,50	
E 14	1,00			1,00	
E 12	2,00			3,00	
E 11	25,00	3,00	35)	18,50	kw: 3,00 EntgGr. E 11 nach Abschluss der Digitalisierung der Luftbilder
E 10	8,00			8,00	
E 9	16,00	1,00	36)	16,00	kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle
E 9	4,00			3,00	
E 8	37,50			30,00	
E 7	25,00			25,00	
E 6	11,00			10,00	
E 5	1,50			3,50	
E 4	1,00			1,00	
Richtl. gD	2,90			2,90	
Summe:	135,40			122,40	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs eD	8,00			8,00	
Summe:	8,00			8,00	
Summe (ohne *) insgesamt	2565,90			2533,90	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8550

Behörde für Inneres und Sport
Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 11		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II
E 11		5,50							5,50	bedarfsgerechte Stellenschaffung gem. Delegation II für GEKV (Gefahrenerkundung Kampfmittelverdacht)
E 9		1,00							1,00	bedarfsgerechte unterjährige Stellenschaffung gem. Delegation II
E 8		2,00							2,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II
E 8		2,00							2,00	bedarfsgerechte Stellenschaffung gem. Delegation II für personelle Verstärkung der Funktechnik bei Einführung des Digitalfunks
E 8		3,00							3,00	bedarfsgerechte Stellenschaffung gem. Delegation II für GEKV (Gefahrenerkundung Kampfmittelverdacht)
E 7		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Stellenschaffung gem. Delegation II zur personellen Stärkung der Atemschutzgerätewerkstatt
E 6		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Stellenschaffung gem. Delegation II aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 6		1,00							1,00	bedarfsgerechte unterjährige Stellenschaffung gem. Delegation II
E 4		2,00							2,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	19,50	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	18,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-6,00	0,00	0,00	-6,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	20,00	0,00	0,00	0,00	-7,00	0,00	0,00	13,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	35,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	32,00	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8580	Katastrophenschutz

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					1,00	Summe der kw-Leerstellen

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			1,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	2,00	1,00	1)	2,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat KW nach Beendigung des Projektes HKAZ
A 13	1,00			1,00	
A 13	3,00			2,00	
A 12	3,00			3,00	
A 11	3,00			3,00	
Summe:	15,00			14,00	

- B 3 Leitender Branddirektor (1,00)
- A 15 Branddirektorin/ Branddirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Polizeirätin/ Polizeirat (WS) (1,00)
- A 13 Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (1,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (2,00)
- A 11 Brandamtfrau/ Brandamtmann (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00	1,00	2)	0,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Beurlaubt nach § 1 der Verordnung über den Erziehungsurlaub für hamburgische Beamte.
Summe:	1,00			0,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8580	Katastrophenschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			2012	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 14	1,00	1,00	2)	0,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13		1,00							1,00	Stellenverlagerung von 8500 zu 8580
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 14	2) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Beurlaubt nach § 1 der Verordnung über den Erziehungsurlaub für hamburgische Beamte.	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8580	Katastrophenschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13	1,00			1,00	
E 12	1,00			1,00	
E 11	1,00			1,00	
E 5	0,50			0,50	
Summe:	3,50			3,50	
Summe (ohne *) insgesamt	18,50			17,50	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8590	Landesamt für Verfassungsschutz

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
					2,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

	einfacher Dienst	mittlerer Dienst	gehobener Dienst	höherer Dienst	Stellenzahl gesamt
Beamte	0	32,5	66,5	10	109
Angestellte	2	27,5	13,5	2	45
Summe gesamt	2	60	80	12	154
Nachwuchskräfte	0	0	0	0	0
Leerstellen	0	0	0	0	0

- (1) 0,5 Stelle kw nach Beendigung der Freistellung (PR)
- (2) 1,0 Stelle kw nach Beendigung des Projektes NHH/NRV im LfV
- (3) 1,0 Stelle kw spätestens zum 31.03.2013

Verkürzte Darstellung aus Gründen der Vertraulichkeit der Stellenplandaten

Einzelplan 8.1
Kapitel 8590

Behörde für Inneres und Sport
Landesamt für Verfassungsschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; an -A- im Tausch gegen RR A 13
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8000; An -V- im Tausch gegen ORR A 14
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 12						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	1,00	0,00	1,00	-1,00	-2,00	0,00	0,00	-1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 13	3) kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat KW spätestens zum 31.3.2013	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8590

Behörde für Inneres und Sport
Landesamt für Verfassungsschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	2,00			2,00	
E 12	1,00			1,00	
E 11	3,50			2,50	
E 10	8,00			8,00	
E 9	1,00			1,00	
E 8	18,50			18,50	
E 6	8,00			8,00	
E 5	1,00			1,00	
E 2	2,00			2,00	
Summe:	45,00			44,00	
Summe (ohne *) insgesamt	154,00			154,00	

Einzelplan 8.1
Kapitel 8590

Behörde für Inneres und Sport
Landesamt für Verfassungsschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 11						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10			-1,00						-1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	1,00	

Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	1,00	-1,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8770	Sportamt

I. Stellenbestand

kw 2013/ 14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					1,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2013/ 14				2012		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Beamtinnen/ Beamte						
<u>Planstellen</u>						
B 3	1,00	1,00	1)	1,00	Aufwandsentschädigung von monatlich 76,69 EUR kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Beendigung des Projektes Universiade 2015	
A 16	1,00	1,00	2)	1,00		
A 13	3,00			3,00		
A 12	1,00	1,00	3)	2,00	Vermerk weggefallen	
A 11	1,00			1,00		
A 10	4,00			3,00		
Summe:	11,00			11,00		

- B 3 Direktorin/ Direktor des Sportamtes (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00), Studienrätin/ Studienrat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00)

2013/ 14				2012		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 11	1,00			0,00		
Summe:	1,00			0,00		

- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres und Sport
Kapitel 8770	Sportamt

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	2012 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 11	1,00				0,00	Nr. 7	
gesamt:	1,00				0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 12 A 10	-1,00				1,00				-1,00	Wegfall des Projektes Universade 1,00 Verlagerung von Kapitel 3100; Personal- wirtschaftliche Maßnahme
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		-1,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
A 12	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Beendigung des Projektes Universiade 2015

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Regierungsrätin/ Regierungsrat	Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuord- nung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)

Einzelplan 8.1
Kapitel 8770

Behörde für Inneres und Sport
Sportamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
SAV hD	1,00			0,00	
E 15	3,00			3,00	
E 14	1,00			1,00	
E 13	3,00	1,00	4)	2,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13</i>
E 12	1,00			1,00	
E 11	1,00			1,00	
E 8	1,00			1,00	
E 6	1,00			1,00	
E 5	0,50			0,50	
Summe:	12,50			10,50	
Summe (ohne *) insgesamt	23,50			21,50	

Einzelplan 8.1 **Behörde für Inneres und Sport**
Kapitel 8770 **Sportamt**

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV hD		1,00							1,00	Bedarfsgerechte Ausbringung gem. Delegation II
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	

Summe (ohne*) insgesamt	-1,00	1,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
--------------------------------	-------	------	------	------	------	------	------	------	------	--

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2013/ 14	alter Vermerk 2012
E 13	4) kw: 1,00 EntgGr. E 13	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
E 15	1,00			Fachrichtung spezifische Bezeichnung

**Stellenplan
und
Stellenübersichten
der Hochschule der Polizei**

(Anlage 1.4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 275 Polizei Seite 106)

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8530	Hochschule der Polizei Hamburg

Die Stellen A7/A8/A9/A10/A11 der uniformierten Polizei dürfen im Rahmen des in Drucksache 18/6273 beschlossenen Laufbahnverlaufmodells, welches die Laufbahnabschnitte I und II umfasst, ausgenutzt werden.

I. Stellenbestand

2013/ 14			2012		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 14	3,00			3,00	
A 13	2,00			2,00	
C 3	2,00			2,00	
C 2	1,00			1,00	
W 3	1,00			1,00	
W 2	5,00			5,00	
A 12	1,00			1,00	
A 7-A 11	2,00			2,00	
A 10	1,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	19,00			19,00	

A 14	Kriminaloberärztin/ Kriminaloberarzt (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00), Polizeioberärztin/ Polizeioberarzt (1,00)
A 13	Kriminalrätin/ Kriminalrat (1,00), Polizeirätin/ Polizeirat (1,00)
C 3	Professorin/ Professor (2,00)
C 2	Professorin/ Professor (1,00)
W 3	Präsidentin/ Präsident (1,00)
W 2	Professorin/ Professor (5,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00)
A 7-A 11	Polizeimeisterin/Polizeimeister / Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (2,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2013/ 14			2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13	2,00			2,00	
E 11	2,00			2,00	
E 8	2,00			2,00	
E 6	1,00			1,00	
E 5	1,00			1,00	
Richtl. gD	1,60			1,60	
Summe:	9,60			9,60	
Summe (ohne) insgesamt	28,60			28,60	

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

**Stellenplan
und
Stellenübersichten
der Feuerwehrakademie**

(Anlage 1.4.6 Teilplan des Aufgabenbereichs 277 Feuerwehr Seite 135)

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8552	Feuerwehrakademie

I. Stellenbestand

kw 2013/14	kw 2015	kw 2016	kw 2017	kw >2017	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 12,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 1,00 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2013/ 14			Vermerk Nr.	2012	Vermerke
	Anzahl	davon	Anzahl			
Beamtinnen/ Beamte						
Planstellen						
A 16	1,00				1,00	
A 15	1,00				1,00	
A 14	3,00				3,00	
A 13	11,00	1,00		2)	11,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat kw nach Wegfall der Finanzierung
A 12	11,00	1,00		1)	11,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Brandrätin/Brandrat kw nach Wegfall der Finanzierung
A 11	15,00	1,00		3)	15,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Brandamtfrau/ Brandamtmann kw nach Wegfall der Finanzierung
A 10	4,00				4,00	
A 9	1,00				1,00	
A 7/A 8/A 9	33,00	3,00		4)	33,00	kw: 3,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 14 Nr. 1 HB
		5,00		5)		kw: 5,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister kw nach Wegfall der Finanzierung
		1,00		6)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach BesGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 11.22 HB
		1,00		7)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach BesGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 11.22 HB
		1,00		8)		kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gem. Art. 11 Nr. 22 HHB
Summe:	80,00				80,00	

A 16	Leitende Branddirektorin/ Leitender Branddirektor (1,00)
A 15	Branddirektorin/ Branddirektor (1,00)
A 14	Oberbrandrätin/ Oberbrandrat (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (2,00)
A 13	Brandrätin/Brandrat (9,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
A 12	Brandamtsrätin/ Brandamtsrat (11,00)
A 11	Brandamtfrau/ Brandamtmann (14,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 10	Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor (4,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 7/A 8/A 9	Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (33,00)

Einzelplan WI
Kapitel 8552

Wirtschaftspläne
Feuerwehrakademie

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

I. Stellenbestand

2013/ 14				2012	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,50			0,50	
E 8	4,00			3,00	
E 6	6,00	1,00	9)	7,00	kw: 1,00 EntgGr. E 6 kw nach Wegfall der Finanzierung
E 5	2,00			2,00	
Summe:	12,50			12,50	
Summe (ohne) insgesamt	92,50			92,50	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2013

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stelleneuschaffungen				
1	8000	1,00	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor A16	Leitung Glückspielwesen
2	8550	1,00	Brandrätin/ Brandrat A13	Analytische Task-Force
Stellenhebungen				
3	8010	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A10 in Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A11	Leitung Sachgebiet Sicherheitsaufgaben in der Ausländerabteilung
4	8010	1,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor A9 in Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor A9	Sachbearbeitung fachliche Leitstelle Paula Go - Ausländerbehörde
5	8010	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A10 in Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A11	Sachbearbeitung IT in der Abt. Staatsangehörigkeitsrecht u. Einbürgerung
6	8500	1,00	Polizeidirektorin/Polizeidirektor A15 in Leitende Polizeidirektorin/Leitender Polizeidirektor A16	Strukturverbesserung Laufbahngruppe 2
7	8500	1,00	Polizeioberin/Polizeioberer A14 in Polizeidirektorin/Polizeidirektor A15	Strukturverbesserung Laufbahngruppe 2
8	8500	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A10 in Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A11	Gebäudeservice
Sonstige Stellenveränderungen				
9	8000	1,00	Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor A16 in Leitende Regierungsdirektorin/Leitender Regierungsdirektor A16	für die fachrichtungsgerechte Stellenausstattung
10	8500	2,00	Studiendirektorin/ Studiendirektor A15 in Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A15	für die fachrichtungsgerechte Stellenausstattung
11	8500	1,00	Dozentin/Dozent an der Fachhochschule A14 in Oberstudienrätin / Oberstudienrat an der Fachhochschule A14	für die fachrichtungsgerechte Stellenausstattung

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
12	8550	1,00	Studienrätin/ Studienrat A13 in Brandrätin/Brandrat A13	für eine laufbahngerechte Stellenausbringung im Rah- men des Strukturprogramms im ehemaligen höheren feuer- wehrtechnischen Dienst

Kapiteldeckungskreis KDK-081-8780-01 / Investitionen „Sportstätten“ (im Kapitel 8780)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012		2013		2014	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
8780.710.01	Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau)	2.023	536	997	2.479	3.525	1.400	1.400	1.400	1.400	1.400
8780.710.02	Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau), Temporäre Investition, TSI	-	-	-	-	-	-	2.000	-	2.000	-
8780.741.86	Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau)	853	-	587	-	3.538	1.400	1.413	1.400	1.413	1.400
8780.742.86	Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau), Zweckzuweisung Temporäre Investitionen, TSI	-	-	-	-	-	-	2.000	-	2.000	-
8780.791.01	Baumaßnahmen zur Förderung des Spitzensports	2.176	1.401	4.208	750	2.100	5.500	-	-	-	-
8780.799.02	Baunebenkosten für Tierbauinvestitionen	231	29	175	-	100	-	100	-	100	-
8780.799.05	Planungsmittel Doppelrennbahn für den Pferdesport	495	23	23	-	-	-	-	-	-	-
8780.812.86	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	41	24	9	-	150	-	150	-	150	-
8780.893.02	Zuschüsse für Vereinssportstätten	2.800	224	2.563	682	1.400	1.000	-	-	-	-
	Summe Deckungskreis KDK-081-8780-01	8.619	2.237	8.562	3.911	10.813	9.300	7.063	2.800	7.063	2.800

Allgemeine Hinweise zur Überleitungstabelle

Die Tabelle gibt die Überleitung der kameraleen Kapitel 8770 Sportförderung, 8780 Sportstätten und 8790 Universiade 2015 in den Ergebnis- bzw. Finanzplan des Aufgabenbereichs 272 Steuerung und Service – Amt für Innere Verwaltung und Planung, Produktgruppe 272.03 Sport aus drei Sichtweisen wieder:

Kameraler Titel als Sender

Kameraler Titel als Sender bedeutet, dass in den ersten drei Spalten der bisherige Haushaltstitel, die Zweckbestimmung und der theoretische kamerale Planansatz stehen (die Darstellung der Überleitung beschränkt sich auf das Haushaltsjahr 2013). In den weiteren Spalten wird ausgewiesen, in welche Position des Ergebnis und / oder Finanzplan der Titel mit welchem Betrag übergeleitet wurde. Ist die Zeile ab der Spalte „AB Nr.“ leer, wurde der Titel nicht übergeleitet. (Differenzierung Positionen Ergebnisplan siehe Hinweis unten)

Nicht übergeleitet wurden trotz kameralem Planansatz eine Reihe von Personalausgabetiteln sowie Zuweisungen an die Bezirksämter. Hierzu wird auf die allgemeinen Erläuterungen im Vorwort zum Einzelplan verwiesen. Die übrigen nicht übergeleiteten Titel sind für die Ergebnisse 2010/11 und die Planjahre ab 2012 nicht mehr relevant, werden aber aus technischen Gründen in der Tabelle ausgewiesen.

Ergebnisplan bzw. Finanzplan als Empfänger

Die Seiten der Tabelle, die die Überleitung aus Sicht des Ergebnisplans bzw. des Finanzplans als Empfänger zeigen, nennen in den ersten beiden Spalten jeweils die Position Ergebnis- bzw. Finanzplan und das Budget 2013 und weisen dann als „Quelle“ den jeweiligen Haushaltstitel aus. Wenn eine Zeile in der Sicht Empfänger Ergebnisplan ab der Spalte „Kapitel“ kein Einträge enthält, handelt es sich um doppische, also kalkulatorische Erlöse / Kosten.

Die Positionen des Ergebnisplans sind in der Überleitungstabelle zum Teil stärker differenziert ausgewiesen als im Ergebnisplan des jeweiligen Aufgabenbereichs. Die am Anfang der einzelnen Position stehende Nummer ermöglicht jeweils die Zuordnung.

Innerhalb der drei Sichtweisen ist die Überleitungstabelle gegliedert nach Haushaltskapiteln.

Durch Rundungen kann es zu geringen Abweichungen zwischen den Beträgen kommen.

Sender kameraler Titel Kapitel 8770 Sportförderung

Einzelplan
Kapitel 8770 Sportförderung

Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	AB Nr.	Produktgruppe	Position Ergebnisplan Produktgruppe	Plan 2013 Tsd. EUR	Position Finanzplan	Plan 2013 Tsd. EUR	Erläuterung
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	0	272	Sport	01 Erlöse	0	01. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	
422.61	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	952	272	Sport	03 b) Kosten für Bezüge	952	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	952	
422.91	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	272	Sport	03 b) Kosten für Bezüge	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	
427.91	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	272	Sport	03 c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	323	272	Sport	03 a) Kosten für Entgelte	270	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	270	
428.91	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	272	Sport	03 d) Kosten für Sozialleistungen	53	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	53	
432.61	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	287	272	Sport	03 a) Kosten für Entgelte	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	
432.91	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	0	272	Sport	03 d) Kosten für Sozialleistungen	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	
432.93	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	-46							
438.61	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	30							
438.91	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0							
438.93	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-13							
441.61	Kostenanteil an den Beihilfen	38							
441.91	Kostenanteil an den Beihilfen	0							
441.92	Beihilfen	0							
443.92	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0							
446.93	Beihilfen in Krankheitsfällen u. a. für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger	35							
451.92	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	0							
453.92	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	0							
459.92	Sonstige personalbezogene Sachausgaben	0							
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5	272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	5	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5	
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	11	272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	11	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	11	
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	75	272	Sport	02 a) Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	75	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	75	
518.61	Mieten und Pachten	167	272	Sport	02 a) Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	167	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	167	
519.61	Unterhaltung der Grundstücke	4	272	Sport	02 a) Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	4	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4	
523.61	Lehr- und Lemmittel, Aus- und Fortbildung	1	272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	1	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1	
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	1	272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	1	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1	
526.61	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	9	272	Sport	02 c) Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	9	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9	

Sender kameraler Titel Kapitel 8770 Sportförderung

Einzelplan
Kapitel 8770 Sportförderung

Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	AB Nr.	Produktgruppe	Position Ergebnisplan Produktgruppe	Plan 2013 Tsd. EUR	Position Finanzplan	Plan 2013 Tsd. EUR	Erläuterung
527.61	Dienstreisen	12 272	12 272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	12	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12	
531.61	Öffentlichkeitsarbeit, Verkehrserziehung und Personalwerbung	3 272	3 272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	3	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3	
535.56	Sachausgaben für Informationstechnik	2 272	2 272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	2	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2	
539.01	Schwimm-Weltmeisterschaft 2013 in Hamburg	0 272	0 272						
539.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	10 272	10 272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	10	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10	
549.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	0 272	0 272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	
671.53	Erstattung an Dataport für ESARL-Aufwendungen	36 272	36 272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	36	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	36	
671.55	Ersatung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	1 272	1 272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	1	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1	
682.01	Betriebszuschuss an die Sprikenhof AG für den Betrieb der Eissporthalle Farmsen	0	0						
683.03	Sportmarketing	184 272	184 272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	184	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	184	
684.01	Sportförderung	2.250 272	2.250 272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	2.250	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.250	
684.02	Sportveranstaltungen	774 272	774 272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	774	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	774	
684.04	Förderung des Leistungssports	1.414 272	1.414 272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	1.414	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.414	
684.05	Zuschüsse im Rahmen des Sportfördervertrages an den HSB und HFV (Grundförderung)	6.300 272	6.300 272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	6.300	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.300	
685.61	Mitgliedsbeiträge	1 272	1 272	Sport	02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit	1	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1	
971.01	Garantien und Finanzierungszusagen für Bewerbungen zu nationalen und internationalen Sportveranstaltungen	0 272	0 272	Sport	06 Sonstige Kosten	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	
	Summe	12.566				12.535		12.535	

Sender kameraler Titel Kapitel 8780 Sportstätten

Einzelplan
Kapitel 8780 Sportstätten

Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	AB Nr	Produktgruppe	Position Ergebnisplan Produktgruppe	Plan 2013 Tsd. EUR	Position Finanzplan	Plan 2013 Tsd. EUR	Erläuterung
124.01	Einnahmen aus Vermietung von Sportstätten, Werbung etc.	0	272	Sport	01 Erlöse		01. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	
131.12	Einnahmen aus Mobilisierung von Grundstücken für den Grunderwerb der Leichtathletik-Trainingshalle	0							
131.91	Verkauf von Grundstücken	0							
331.02	Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen an Sportstätten	0	272	Sport			04. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	0	
341.02	Zweckgebundene Einnahmen für Sportbauinvestitionen	0	272	Sport			04. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	0	
517.81	Betriebsmittel für die Unterhaltung von Sportstätten -Rahmenezuweisungen an die Bezirke-	4.456							
518.01	Mieten und Pachten	82							
539.01	Vorkaufkosten Doppelrennbahn für den Pferdesport mit erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag zur Stadtentwicklung in Hamburg Horn u. Bahrenfeld	0							
684.01	Zuwendung an Vereine für den Betrieb öffentlicher Sportplätze	0							
684.02	Zuschüsse für Sondersportstätten	390	272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	390	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	390	
710.01	Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau)	1.400							
710.02	Bau, Instandsetzung und Baunebenkosten (Hochbau) Temporäre Investition, TSI	2.000							
710.04	Bau einer Leichtathletik-Trainingshalle	0							
741.86	Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau) Zweckzuweisung an die Bezirke	1.413							
742.86	Bau und Instandsetzung von Sportstätten (Garten- und Landschaftsbau und Tiefbau) Zweckzuweisung Temporäre Investition, TSI	2.000							
791.01	Baumaßnahmen zur Förderung des Spitzensports	2.000	272	Sport			010. Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.000	
799.02	Baunebenkosten für Tiefbauinvestitionen	100							
799.05	Planungsmittel Doppelrennbahn für den Pferdesport mit erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag zur Stadtentwicklung in Hamburg Horn u. Bahrenfeld	0							
799.09	Masterplanung Volkspark	0							
812.86	Beschaffung v. Geräten u. Ausstattungsgegenständen	150							
821.01	Grunderwerb für Sportanlagen	800							
821.02	Grunderwerb für die Leichtathletik-Trainingshalle	0							
892.80	Bundeskonjunkturprogramm Sportstätten	0							
893.02	Zuschüsse für Vereinssportstätten u. dgl.	900	272	Sport			08. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	270	
893.03	Zuschüsse für Vereinssportstätten u. dgl. Temporäre Investition, TSI	0	272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	630	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	630	
893.05	Zuwendung zur Instandsetzung des Geläufs auf dem Reitturmierplatz	0	272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	

Einzelplan
Kapitel 8780 Sportstätten

Sender kameraler Titel Kapitel 8780 Sportstätten

Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	AB Nr.	Produktgruppe	Position Ergebnisplan Produktgruppe	Plan 2013 Tsd. EUR	Position Finanzplan	Plan 2013 Tsd. EUR	Erläuterung
893.06	Investitionszuschuss an den FC St. Pauli für den Umbau und die Modernisierung des Millertorstadions	0	0						
893.07	Zuwendung zur Errichtung einer Trainingsarena für Eis- und Ballsport im Volkspark	0	0						
893.09	Realisierung einer Doppelrennbahn f. d. Pferdesport m. erweiterten Freizeitangeboten und als Beitrag z. Stadtteilentwickl.in HH-Horn u. Bahrenf	0	0						
893.80	Bundeskonjunkturprogramm Regattabahn	0	0						
972.02	Globale Minderausgabe für laufende Ausgaben -Sport-	0	272	Sport	16 Globale Mehr- oder Mindestkosten	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0
Summe		15.691				1.020		3.290	

Sender kameraler Titel Kapitel 8790 Universiade 2015

Einzelplan

Kapitel 8790 Universiade 2015

Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	AB Nr	Produktgruppe	Position Ergebnisplan Produktgruppe	Plan 2013 Tsd. EUR	Position Finanzplan	Plan 2013 Tsd. EUR	Erfäuterung
534.01	Lizenzgebühren an die FISU	0							
684.01	Förderung von Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Bewerbung für die Universiade 2015	0							
831.01	Gründungskosten einer Bewerfungsgesellschaft Universiade 2015, Beteiligung der FHH und Kapitalrücklage	0	272	Sport	04 Kosten für Transferleistungen	0	02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0
	Summe	0	0			0		0	0

Empfänger Ergebnisplan 272.03 Sport

Einzelplan
Produktgruppe
272.03 Sport

Position Ergebnisplan Produktgruppe	Plan 2013 Tsd. EUR	Kapitel	Kapitelbezeichnung	Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	Erläuterung
01 Erlöse	0	8780	Sportstätten	124.01	Einnahmen aus Vermietung von Sportstätten, Werbung etc.	0	
	83	8770	Sportförderung	282.81		0	
02 Kosten aus Verwaltungstätigkeit		8770	Sportförderung	511.61	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5	
		8770	Sportförderung	514.81	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	11	
		8770	Sportförderung	525.61	Lein- und Leinmittel, Aus- und Fortbildung	1	
		8770	Sportförderung	525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	1	
		8770	Sportförderung	527.61	Druckkosten	12	
		8770	Sportförderung	531.61	Offiziellarbeit, Verkehrszahlung und Personalarbeit	3	
		8770	Sportförderung	535.56	Sachausgaben für Informationstechnik	2	
		8770	Sportförderung	539.61	Sonstige sachliche Verwaltusaussgaben	10	
		8770	Sportförderung	546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	0	
		8770	Sportförderung	671.53	Erstattung an Dataport für ESARI-Aufwendungen	36	
		8770	Sportförderung	671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	1	
02 a) Kosten für Mieten, Pachten und Erbauzinsen	246	8770	Sportförderung	665.61	Mitgliedsbeiträge	1	
		8770	Sportförderung	517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	75	
		8770	Sportförderung	518.61	Mieten und Pachten	167	
		8770	Sportförderung	519.61	Unterhaltung der Grundstücke	4	
02 c) Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	9	8770	Sportförderung	526.61	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	9	
03 a) Kosten für Entgelte	270	8770	Sportförderung	428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	270	
		8770	Sportförderung	428.91	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	
03 b) Kosten für Bezüge	952	8770	Sportförderung	422.61	Bezüge der Beamtinnen, Beamtinnen, Richterinnen und Richter	952	
		8770	Sportförderung	422.91	Bezüge der Beamtinnen, Beamtinnen, Richterinnen und Richter	0	
03 c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	8770	Sportförderung	427.91	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	
03 d) Kosten für Sozialleistungen	91	8770	Sportförderung	426.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	53	
		8770	Sportförderung	426.91	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	
03 e) Kosten für Versorgungsleistungen	313						
04 Kosten für Transferleistungen	11.942	8770	Sportförderung	663.03	Sportmarketing	184	
		8770	Sportförderung	664.01	Sportförderung	2.250	
		8770	Sportförderung	664.02	Sportveranstaltungen	774	
		8780	Sportstätten	664.02	Zuschüsse für Sportstätten	380	
		8770	Sportförderung	664.04	Förderung des Leistungssports	1.414	
		8770	Sportförderung	664.05	Zuschüsse im Rahmen des Sportfördervertrages an den HSB und HFV (Grundförderung)	6.300	

Empfänger Ergebnisplan 272.03 Sport

Empfänger Ergebnisplan 272.03 Sport

Einzelplan Produktgruppe	272.03 Sport Plan 2013 Tsd. EUR	Kapitel	Kapitelbezeichnung	Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	Erfällung
Position Ergebnisplan Produktgruppe		8790	Universiade 2015	831.01	Gründungskosten einer Bewertungsgesellschaft Universiade 2015, Beteiligung der FHH und Kapitalrücklage	0	
		8780	Sportsstätten	883.02	Zuschüsse für Vereinsportstätten u. dgl.	630	
		8780	Sportsstätten	883.03	Zuschüsse für Vereinsportstätten u. dgl. Temporäre Investition TSI	0	
05 Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	8.528						
06 Sonstige Kosten	0	8770	Sportförderung	971.01	Garantien und Finanzierungszusagen für Bewerbungen zu nationalen und internationalen Sportveranstaltungen	0	
16 Pauschale Vorgabeerfüllung	0	8780	Sportsstätten	972.02	Sportminderausgabe für laufende Ausgaben - Sport-	0	
Summe	22.134					13.555	

Empfänger Ergebnisplan 272.03 Sport

Empfänger Finanzplan 272.03 Sport

Einzelplan
Produktgruppe

Position Finanzplan	272.03.Sport	Kapitel	Kapitelbezeichnung	Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	Erläuterung
01. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	8780	Sportstätten	124.01	Einnahmen aus Vermietung von Sportstätten, Werbung, etc.	0	
		8770	Sportförderung	282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	0	
02. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.555	8770	Sportförderung	517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	75	
		8770	Sportförderung	518.61	Mieten und Pachten	167	
		8770	Sportförderung	519.61	Unterhaltung der Grundstücke	4	
		8770	Sportförderung	511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5	
		8770	Sportförderung	514.61	Heilung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	11	
		8770	Sportförderung	527.61	Dienstreisen	12	
		8770	Sportförderung	531.61	Öffentlichkeitsarbeit, Verkehrserziehung und Personalwerbung	3	
		8770	Sportförderung	535.56	Sachausgaben für Informationstechnik	2	
		8770	Sportförderung	539.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	10	
		8770	Sportförderung	546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	0	
		8770	Sportförderung	671.53	Ersatung an Dataport für ESARI-Aufwendungen	36	
		8770	Sportförderung	671.55	Ersatung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	1	
		8770	Sportförderung	685.61	Mitgliedsbeiträge	1	
		8770	Sportförderung	526.61	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	9	
		8770	Sportförderung	525.61	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	1	
		8770	Sportförderung	525.92	Ersatung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	1	
		8770	Sportförderung	428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	270	
		8770	Sportförderung	428.91	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	
		8770	Sportförderung	422.61	Bezüge der Beamtinnen, Beamtinnen, Richterinnen und Richter	952	
		8770	Sportförderung	422.91	Bezüge der Beamtinnen, Beamtinnen, Richterinnen und Richter	0	
		8770	Sportförderung	428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	53	
		8770	Sportförderung	428.91	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	
		8770	Sportförderung	683.03	Sportmarketing	184	
		8770	Sportförderung	684.01	Sportförderung	2.250	
		8770	Sportförderung	684.02	Sportveranstaltungen	774	
		8770	Sportförderung	684.04	Förderung des Leistungssports	1.414	
		8770	Sportförderung	684.05	Zuschüsse im Rahmen des Sportförderungsvertrages an den HSV und HPV (Grundförderung)	6.300	
		8780	Sportstätten	684.02	Zuschüsse für Sondersportstätten	390	
		8780	Sportstätten	693.02	Zuschüsse für Vereinsportstätten u. dgl.	630	
		8780	Sportstätten	693.03	Zuschüsse für Vereinsportstätten u. dgl. Temporäre Investition, TSI	0	
		8790	Universiade 2015	831.01	Gründungskosten einer Bewertungsgesellschaft, Universiade 2015, Beteiligung der FHH und Kapitalrücklage	0	

Empfänger Finanzplan 272.03 Sport

Einzelplan
Produktgruppe

Position Finanzplan	272.03.Sport Plan 2013 Tsd. EUR	Kapitel	Kapitelbezeichnung	Titel	Zweckbestimmung	Plan 2013 Tsd. EUR	Erläuterung
		8770	Sportförderung	971.01	Garantien und Finanzierungszusagen für Bewerbungen zu nationalen und internationalen Sportveranstaltungen	0	
		8780	Sportstätten	972.02	Globale Minderausgabe für laufende Ausgaben-Sport-	0	
		8770	Sportförderung	427.91	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	
04. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	0	8780	Sportstätten	331.02	Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen an Sportstätten	0	
		8780	Sportstätten	341.02	Zweckgebundene Einnahmen für Sportbauinvestitionen	0	
08. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	270	8780	Sportstätten	893.02	Zuschüsse für Vereinssportstätten u. dgj.	270	
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.000	8780	Sportstätten	791.01	Baumaßnahmen zur Förderung des Spitzensports	2.000	
Summe	15.825					15.825	

Empfänger Finanzplan 272.03 Sport